Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.)

Shutdown

Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.)

Shutdown

Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus

UNRAST

Bibliografische Information der Deutschen Bibliothek
Die Deutsche Bibliothek verzeichnet diese Publikation in der Deutschen Nationalbibliografie; detaillierte bibliografische Daten sind im Internet über http://dnb.ddb.de abrufbar.

Ernst Lohoff, Norbert Trenkle (Hg.)
Shutdown
1. Auflage, November 2020
ISBN 978-3-89771-292-8

© UNRAST-Verlag, Münster 2020
www.unrast-verlag.de – kontakt@unrast-verlag.de
Mitglied in der assoziation Linker Verlage (aLiVe)

Umschlag: cuore, berlin
Satz: Andreas Hollender, Köln
Druck: Multiprint, Kostinbrod

Inhalt

Norbert Trenkle
Einleitung 7

Ernst Lohoff
Ein Virus stellt die Systemfrage 15
Wie die Corona-Pandemie die kapitalistischen Widersprüche verschärft

Norbert Trenkle
Verdrängte Kosten 55
Die Externalisierungslogik der kapitalistischen Reichtumsproduktion und deren Aufhebung

Ernst Lohoff
Wie Sand am Meer 97
Kleine politische Ökonomie des Wachstumszwangs

Karl-Heinz Simon
Die Sache mit dem Klima 121
Klimaschutz hinterfragt

Julian Bierwirth
Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen 137
Ideologiekritik in Zeiten von Corona- und Klimakrise

Lothar Galow-Bergemann und Ernst Lohoff
Gestohlene Lebenszeit 173
Warum Kapitalismus zu Verzicht nötigt und wir viel weniger arbeiten könnten

Einleitung

Es gehört zu den Nebenwirkungen der Corona-Krise, dass diese schon in wenigen Monaten mehr zur Erreichung der Klimaziele beigetragen hat als die gesamte Klimapolitik der letzten Jahre. Weil der Autoverkehr während des Shutdown in den großen Städten um bis zu 80 Prozent zurückging, der Flugverkehr extrem reduziert wurde und viele Produktionsstätten stillstanden, rechnet die UN damit, dass die CO_2-Emissionen im Jahr 2020 um bis zu sieben Prozent gegenüber 2019 sinken werden (*Frankfurter Rundschau*, 9.9.2020); und wie es scheint, könnte sogar die deutsche Regierung trotz ihrer zahnlosen klimapolitischen Maßnahmen das Ziel einer Reduktion des Treibhausgas-Ausstoßes um 40 Prozent gegenüber 1990 doch noch erreichen (*Die Zeit*, 26.8.2020).

Allerdings gibt es keinerlei Anlass zur Hoffnung, diese Entwicklung könnte von Dauer sein. Denn der vorübergehende Stopp der wirtschaftlichen Aktivitäten in großen Teilen der Welt hat ja rein gar nichts an der Grundlogik der kapitalistischen Produktionsweise geändert, die von dem Selbstzweck zur endlosen Vermehrung des Geldes, dem Repräsentanten abstrakten Reichtums, angetrieben wird. Der aus diesem Selbstzweck resultierende Wachstumszwang wurde durch die Maßnahmen zur Bekämpfung der Corona-Pandemie keinesfalls ausgesetzt, sondern nur kurzzeitig abgebremst. Gleichzeitig tun die Regierungen und Zentralbanken alles dafür, um die Folgen dieses Bremsmanövers abzumildern und die ökonomische Dynamik so schnell wie möglich wieder auf Touren zu bringen. Zwar sieht es kaum so aus, als ließe sich eine große Weltwirtschaftskrise vermeiden, nicht nur, weil viele ökonomische Effekte erst zeitverzögert wirksam werden und außerdem die Pandemie ja noch keineswegs besiegt ist. Hinzu kommt noch, dass die Krise zwar durch Corona ausgelöst wurde, aber tieferliegende, strukturelle Gründe hat, die nicht einfach verschwinden werden, wenn es einen Impfstoff oder Medikamente gibt und die Eindämmungsmaßnahmen vollständig zurückgenommen werden.

Zwar könnte man argumentieren, eine Weltwirtschaftskrise sei gut für das Klima, weil durch den Rückgang der wirtschaftlichen Aktivitäten we-

niger Treibhausgase und andere schädliche Substanzen freigesetzt würden, so wie in allen anderen großen Krisen der vergangenen Jahrzehnte – nicht zuletzt der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008. Doch diese ökologische Entlastung ist nur die Kehrseite einer massenhaften Verarmung und Verelendung von großen Teilen der Bevölkerung. Denn da in der kapitalistischen Gesellschaft nun einmal fast alle gesellschaftlichen Beziehungen die Warenform annehmen und daher der Zugang zu den Dingen ganz überwiegend über Geld erfolgt, führt eine Unterbrechung der monetären Flüsse notwendigerweise zu einem mehr oder weniger großen Zusammenbruch der gesellschaftlichen Versorgung: Unternehmen bankrottieren, Arbeitskräfte werden entlassen und weil die Einkommensquellen versiegen, können sich Millionen Menschen nicht einmal mehr das Nötigste kaufen. Dabei wird selbstverständlich nicht danach gefragt, ob nun die betreffenden Produkte und Dienstleistungen gesellschaftlich notwendig sind oder nicht, wie ihre Ökobilanz aussieht und unter welchen Bedingungen sie produziert werden; denn diese Kriterien spielen in der Welt der Warenproduktion keine Rolle. Vielmehr zählt, ob die produzierten Dinge sich auf dem Markt absetzen lassen und dabei einen Gewinn abwerfen. Deshalb werden in Krisen selbstverständlich auch weiterhin Autos produziert und Kohlekraftwerke betrieben, Flugreisen unternommen und Luxusappartements gebaut, während viele Menschen sich nicht einmal die nötigsten Lebensmittel kaufen können und Krankenhäuser geschlossen werden, weil die öffentlichen Finanzmittel gestrichen werden. In den Krisen offenbart sich besonders deutlich, dass unter kapitalistischen Bedingungen nur der abstrakte Reichtum, also der in Geldeinheiten ausgedrückte Reichtum, zählt; dagegen ist der stoffliche Reichtum, also der Reichtum an nützlichen Dingen und Versorgungsangeboten, immer nur untergeordnetes Mittel zum Zweck der Kapitalakkumulation und wird daher geopfert, wenn dieser Zweck nicht mehr erfüllt werden kann.

Es war deshalb auch absehbar, dass nach der akuten Phase der Corona-Krise die ohnehin schon halbgaren klimapolitischen Maßnahmen der letzten Jahre allesamt unter Beschuss geraten, weil sie als Hindernisse für einen wirtschaftlichen Aufschwung angesehen werden. Und auch von den Vorstellungen so mancher Klima-Aktivist*innen, die staatlichen und EU-Förderprogramme könnten im Sinne einer sozial-ökologischen Transformation der Wirtschaft ausgerichtet werden, sind allenfalls ein paar grüne Einsprengsel übrig geblieben. So wie die marktwirtschaftlichen Ideologen

nach der ersten Schockstarre sehr schnell dazu übergingen, die Folgen der Corona-Pandemie gegen die wirtschaftlichen Schäden des Shutdown aufzurechnen, so argumentieren sie auch, dass nicht nur die Erderwärmung eine Bedrohung für die Menschheit darstelle, sondern auch eine lahmende Wirtschaft, weil dadurch Millionen von Menschen ihre Existenzgrundlage verlören. Damit geben sie zwar im Grunde zu, dass der Kapitalismus die Menschheit in eine fatale Abhängigkeit von seiner destruktiven Akkumulationslogik bringt und vor die Alternative stellt, entweder aufgrund der ökologischen Zerstörung oder aus wirtschaftlicher Not zu sterben. Aber dennoch findet dieses Argument großen Anklang vor allem bei denjenigen, die angesichts der Krise um ihre Existenz bangen und keine Hoffnung auf eine andere Form von Gesellschaft hegen.

Soll die ›Klimafrage‹ also nicht von der politischen Tagesordnung verdrängt werden, muss sie in einer Weise reformuliert werden, die der neuen gesellschaftlichen Krisensituation adäquat ist. Das ist nicht so schwer, wie es vielleicht auf den ersten Blick scheinen mag. Maßnahmen zur Reduktion der CO_2-Emissionen und zum Schutz der natürlichen Lebensgrundlagen stehen nur dann im Widerspruch zur Sicherung der menschlichen Existenz und der gesellschaftlichen Versorgung, wenn die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion als selbstverständlich vorausgesetzt wird. Denn da prinzipiell alle Menschen in der heutigen Gesellschaft von der Produktion des abstrakten Reichtums abhängen, um zu überleben, befinden sie sich in einer Art Geiselhaft. Sie müssen darauf hoffen, dass die Selbstzweckbewegung der endlosen Akkumulation von Kapital in Gang bleibt, weil sie nur so ihre Arbeitskraft oder ihre Waren verkaufen können, auch wenn sie wissen, dass damit die bereits stattfindende ökologische Katastrophe noch weiter vorangetrieben wird.

Stellen wir jedoch diese Form der Reichtumsproduktion infrage, löst sich dieser Widerspruch auf. Denn wenn sich die gesellschaftliche Produktion am stofflichen Reichtum orientiert, also das Ziel die Herstellung nützlicher Dinge zur Befriedigung der konkret-sinnlichen Bedürfnisse aller Menschen ist, dann steht eine ökologisch nachhaltige Ausrichtung der Gesellschaft nicht mehr im Gegensatz zu einer guten materiellen Absicherung des Lebens, sondern fällt mit dieser zusammen. Es wäre dann beispielsweise äußerst unvernünftig, klimaschädliche Gase in die Atmosphäre zu pumpen, massenhaft Wälder abzuholzen oder das Grundwasser zu verseuchen, wenn allgemein bekannt ist, dass dadurch die menschlichen Lebensgrundlagen

zerstört werden. Und es wäre absurd, die Produktion von umwelt- und gesundheitsschädlichen Dingen zu befürworten, nur weil das einigen Menschen die Möglichkeit verschafft, ihre Arbeitskraft zu verkaufen und ein Einkommen zu erzielen. Unter kapitalistischen Bedingungen ist aber genau das ›vernünftig‹, weil das gesamte gesellschaftliche Leben auf der Produktion des abstrakten Reichtums beruht.

Es kommt also darauf an, diese Art der ›Vernunft‹ und die ihr zugrundeliegende Produktions- und Lebensweise in den Mittelpunkt der Kritik zu rücken. Damit ändert sich natürlich auch die politische Orientierung. Die ›Klimafrage‹ ordnet sich dann in ein ganzes Bündel von grundsätzlichen ›Fragen‹ ein, die sich allesamt durch eine radikale Transformation der Reichtumsproduktion beantworten lassen, genauer gesagt, durch eine konsequente Ausrichtung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion an konkret-stofflichen Kriterien und am Ziel eines guten Lebens für Alle.

Die Texte in diesem Buch orientieren sich an dieser Perspektive und diskutieren verschiedene Aspekte des kapitalistischen Naturverhältnisses im Zusammenhang mit der Klimakrise und der Corona-Pandemie. In *Ein Virus stellt die Systemfrage* untersucht *Ernst Lohoff* zunächst einmal den Zusammenhang zwischen der Corona-Pandemie und dem kapitalistischen Naturverhältnis. Bei der Pandemie handele es sich so wenig um einen Schicksalsschlag, der ohne eigenes Zutun über die kapitalistische Weltgesellschaft hereingebrochen wäre, wie beim Klimadesaster. Der massive Raubbau an der Natur habe die Entstehung von Zoonosen sehr viel wahrscheinlicher gemacht als in früheren Epochen. Gleichzeitig unterminiere die Ökonomisierung aller Verhältnisse und die damit einhergehende wachsende soziale Ungleichheit die Bekämpfung der Pandemie. Zu allem Überfluss reagiere der heutige von der Finanzdynamik getragene Kapitalismus extrem empfindlich auf jede Drosselung des Wirtschaftslebens. Je länger die Pandemie dauere, vom Auftreten neuer Pandemien ganz zu schweigen, desto mehr spitze sich der Widerspruch zwischen dem Schutz des Lebens einerseits und dem Fortbestand der kapitalistischen Wirtschaftsweise andererseits zu. Die mangelnde Pandemie-Resilienz der kapitalistischen Wirtschaftsweise sei eigentlich nur ein weiteres Argument dafür, deren Abschaffung auf die historische Tagesordnung zu setzen. Die Politik konzentriere sich stattdessen darauf, einen weiteren Shutdown um jeden Preis zu vermeiden und die Akkumulation des Kapitals in Gang zu halten.

In seinem Beitrag *Verdrängte Kosten* zeigt *Norbert Trenkle*, dass die angebliche Effizienz der kapitalistischen Produktionsweise ganz wesentlich darauf beruht, alle negativen Effekte auf verschiedene Weise zu externalisieren und damit die wirklichen Kosten für Natur und Gesellschaft auszublenden. Diese systematische Externalisierung resultiere aus der Verselbstständigung der Reichtumsproduktion gegenüber den Menschen und gegenüber dem gesellschaftlichen Zusammenhang, den sie zu ihrem ›Außen‹ mache. Als gesellschaftlicher Reichtum werde in der kapitalistischen Gesellschaft nur der abstrakte Reichtum anerkannt, also das, was sich als ›Wert‹ in den Waren darstelle. Hierin liege der tiefere Grund für die fortschreitende Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen, die Geringschätzung aller nicht-warenproduzierenden Tätigkeiten und die rücksichtslose Ausplünderung des Globalen Südens. Der Beitrag argumentiert, dass die Lösung nicht darin bestehen könne, einen neuen, umfassenderen Maßstab für den gesellschaftlichen Reichtum zu definieren, sondern die praktische Aufhebung der historisch-spezifischen Form der kapitalistischen Reichtumsproduktion ins Auge gefasst werden müsse. Letztlich gehe es um die Herstellung einer Gesellschaft, in der die Menschen nicht von ihren eigenen gesellschaftlichen Beziehungen in verdinglichter Form beherrscht werden, sondern in der sie selbst in freier Absprache über ihren gesellschaftlichen Zusammenhang verfügen. Damit würde sich auch das Verständnis dessen, was als Reichtum gilt, grundlegend verändern und erweitern. Reichtum wäre dann in einem umfassenden Sinne alles, was ein gutes Leben ausmacht.

Auch der Beitrag *Wie Sand am Meer* von *Ernst Lohoff* setzt sich mit der destruktiven Logik der kapitalistischen Reichtumsproduktion auseinander und widmet sich dem viel diskutierten Wachstumszwang. Dieser resultiere daraus, dass in der kapitalistischen Gesellschaft die Gebrauchsgüter als Waren produziert werden und der Sinn und Zweck der Warenproduktion in der permanenten Tauschwertmehrung bestehe. Was den Ressourcenverbrauch angeht, übersetze sich dieser einfache Wachstumszwang in einen potenzierten, weil aufgrund der Produktivkraftentwicklung die gleiche Tauschwertmasse sich in immer höheren Güterbergen darstellen müsse. Durch bloß technologische Veränderungen und die Einführung von vermeintlich ›nachhaltigen‹ Produkten lasse sich dieser fatale Mechanismus nicht ausschalten. Denn das führe nur zu einer Verschiebung des Wachstumszwangs von einer Ressource zur anderen. Qualitatives Wachstums sei ein Widerspruch in sich. Fernerhin setzt sich der Autor von Positionen

ab, die in der Veränderung der Konsumgewohnheiten den Haupthebel zur Lösung der ökologischen Frage sehen. Die kapitalistische Wirtschaftsweise sei primär Produktionsweise, während der Konsum immer nur nachgelagerten Charakter habe. Aus diesem Grund erfordere ein Ausstieg aus dem Wachstumszwang einen Bruch mit der kapitalistischen Reichtumsform.

Der Beitrag *Die Sache mit dem Klima* von *Karl-Heinz Simon* setzt sich kritisch mit dem Begriff ›Klimaschutz‹ auseinander, einem zentralen Begriff der gegenwärtigen Klimadiskussion. Zum einen weist er darauf hin, dass eine Vergegenständlichung von Klima als schützbarem Gut in die Irre führt. Denn es ist überhaupt nicht ausgemacht, wie denn ein solcher Schutz genau aussähe, wenn der Klimawandel ohnehin im Gang ist und selbst bei drastischer Reduktion der verursachenden Treibhausgase die Dynamik weiter anhält. Ein zweiter Aspekt betrifft die Verantwortlichen, die für den ›Schutz‹ zuständig bzw. in der Lage wären, hier positive Beiträge zu leisten. Zumindest müsste die Frage nach einer Verantwortung der großindustriellen Versorgungs- und Produktionsstrukturen sowie der Konsument*innen gestellt werden. Eine Alle-im-gleichen-Boot-Rhetorik verdecke Verantwortlichkeiten und trage dazu bei, dass die Ursachen des Klimawandels nicht adäquat angegangen würden. Schließlich weist der Autor darauf hin, dass die Rede von ›Schutz‹ allenfalls dann gerechtfertigt wäre, wenn nicht ›das Klima‹, sondern die menschlichen Lebensgrundlagen geschützt würden.

In *Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen* untersucht *Julian Bierwirth* verschiedene ideologische Verarbeitungsformen der Klimakrise und Reaktionsweisen auf die Corona-Pandemie. Neben dem typischen Abwehrreflex der Krisenleugnung gehöre dazu auch das Muster, die vorgebliche Überbevölkerung für den Klimawandel und die zunehmende Ausbreitung von Krankheiten verantwortlich zu machen und damit einen Großteil der Menschen für ›überflüssig‹ zu erklären. Der Autor zeichnet die Entstehung dieses Musters im Verlauf der kapitalistischen Geschichte nach. Er zeigt ausführlich am Beispiel des europäischen Kolonialismus, wie hier gleichzeitig mit der Durchsetzung der modernen gesellschaftlichen Warenbeziehungen und der Anwendung liberaler Konzepte und Theorien das Bild von den ›Anderen‹ geschaffen wurde, die als unfähig zur Teilnahme am freien Warenverkehr gelten. Diese Vorstellungen prägten bis heute nicht nur das tägliche Handeln und die politische Praxis in den kapitalistischen Zentren, sondern auch den medialen Diskurs über die globalen Beziehungen. In der

Frühphase des Kapitalismus wurden die Menschen in den kolonialisierten Gebieten massenhaft versklavt oder umgebracht, um den ›Überflüssigen‹ aus den Zentren Platz zu machen und diesen den Raum zu verschaffen für ihre ›zivilisierte‹ kapitalistische Lebensweise. Heute dagegen würden die ›Überflüssigen‹ in der Peripherie, die für die kapitalistische Verwertung nicht benötigt werden, nur noch als Ballast angesehen, der am besten beseitigt werden sollte. Diese Vorstellung stehe, so Bierwirth, hinter den Abwehr- und Abschottungstendenzen in den kapitalistischen Zentren, die durch die Corona-Pandemie noch einmal verstärkt würden.

Der abschließende Text *Gestohlene Lebenszeit* von *Lothar Galow-Bergemann* und *Ernst Lohoff* schlägt den Bogen von Klimakrise und Corona-Pandemie zur Frage der gesellschaftlichen Perspektive. Unter kapitalistischen Bedingungen führe die hohe Produktivität nicht nur zu einer fundamentalen ökonomischen Krise, sondern trage auch wesentlich dazu bei, die natürlichen Lebensgrundlagen zu zerstören. Zudem raube eine Produktionsweise, die die Welt am laufenden Band mit Waren als Mittel der Geldvermehrung überschwemme, den Menschen einen Großteil ihrer Lebenszeit. Sie zwinge sie zu absurden Bullshit-Arbeiten, die es in einer vernünftig organisierten Gesellschaft überhaupt nicht geben müsse. Würden hingegen Produktivitätspotenziale, die vom Kapitalismus hervorgebracht wurden, im Sinne eines guten Lebens für Alle genutzt, so könne neben der ökonomischen und ökologischen Krise auch dieser Raub an Lebenszeit der Vergangenheit angehören. Die Autoren plädieren deswegen für einen Kampf um radikale Arbeitszeitverkürzung, dem sie eine zentrale Bedeutung für die Zukunft zumessen. Er müsse allerdings eingebettet sein in eine gesamtgesellschaftliche Bewegung für einen fortschreitenden Ausstieg aus dem Lohnsystem und der abstrakten Reichtumsproduktion und für den Einstieg in die gesellschaftliche Aneignung und Selbstorganisation des stofflichen Reichtums. Verkehrt sei es, Verzicht zu predigen. Wer das tue, sehe die Wirklichkeit schon durch die Brille der spezifisch kapitalistischen Reichtumsform. Werde dagegen die verfügbare Zeit als neues Reichtumskonzept ins Auge gefasst, ergebe sich eine ganz andere Perspektive. Es zeige sich dann, dass wir derzeit nicht *über* ›unseren Verhältnissen‹, sondern ganz im Gegenteil weit *unter* unseren Möglichkeiten leben.

Norbert Trenkle, September 2020

Aus: Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (Hrsg.): Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.
Münster : Unrast-Verlag, 2020, S. 15 - 54

Ernst Lohoff

Ein Virus stellt die Systemfrage

Wie die Corona-Pandemie die kapitalistischen Widersprüche verschärft

1.

Der kapitalistischen Gesellschaft kommt unter den Gesellschaftsformationen eine historische Sonderstellung zu. Zum einen wohnt ihr allein die Tendenz inne, sukzessive die gesamte Welt zu durchdringen und die Menschheit zwangszuvereinen; zum anderen ist sie die mit Abstand krisenträchtigste Gesellschaftsformation in der Geschichte. Beide Eigentümlichkeiten haben in der jüngsten Phase kapitalistischer Entwicklung eine ganz neue Qualität erreicht. Die erstgenannte Eigentümlichkeit ist schon lange bekannt; seit Jahrzehnten ist der Begriff der Globalisierung in aller Munde. Seit der Jahrtausendwende drängt aber immer schmerzhafter ins Bewusstsein, dass auch die lange verdrängte Krisenanfälligkeit des kapitalistischen Systems ganz neue Dimensionen erreicht hat. Allein die letzten zwölf Jahre haben neben zahllosen kleineren, auf bestimmte Weltregionen beschränkte Krisen gleich drei Krisen mit globalem Charakter hervorgebracht, die die Weltgesellschaft in ihren Grundfesten erschüttern. Erstens die Finanzmarktkrise, die im Jahr 2008 die Weltwirtschaft an den Rand des Zusammenbruchs brachte und nie wirklich überwunden wurde. Zweitens rast das kapitalistische Weltsystem im Prozess der Erderwärmung auf einen Point-of-no-return zu. Ohne eine schnelle und dramatische Reduktion des CO_2-Ausstoßes lässt sich der Klima-GAU mit seinen unabsehbaren Folgen nicht mehr abwenden. Und auch wenn die Befürworter eines Green New Deal das stur ignorieren, ist eine solche Reduktion auf dem Boden der kapitalistischen Produktionsweise unmöglich; sie ist an einen Systembruch gebunden. Drittens steckt auch die liberale Demokratie dreißig Jahre nach ihrem vermeintlichen Endsieg in einer fundamentalen Krise. Selbst in ihren ehemaligen Hochburgen wie den USA und Großbritannien verliert sie

ihre Integrationskraft und ist in Auflösung begriffen, von den Ländern der Weltmarktperipherie ganz zu schweigen. Der letzte vermeintlich demokratische Aufbruch, der Arabische Frühling, endete im Desaster. Die gesamte Weltmarktperipherie ist zur Domäne autoritär-kleptokratischer Regime verkommen oder fällt in die Rubrik der Failed States. Und zur Krönung beschert das Jahr 2020 der Weltgesellschaft mit der Corona-Pandemie noch eine vierte globale Krise.

Von den vier globalen Krisen betreffen gleich zwei das Verhältnis zur Natur, dem »unorganischen Leib des Menschen« (Marx). Bei der Klimakrise handelt es sich um das ungewollte Nebenprodukt der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise. Je schneller die monströse »schöne Maschine« (Bentham) rotiert, je höher sich die Warenberge türmen, desto weniger sind Bio- und Geosphäre in der Lage, die bei deren Herstellung, Nutzung und Entsorgung freigesetzten Treibhausgase zu absorbieren. Die Corona-Krise stellt in gewisser Weise das Pendant zu dieser Art von ›Natur‹-Krise dar. In der Gestalt eines kleinen, dummen Virus schlägt ›die Natur‹ zurück und zwingt die Politik zum bis dato Unvorstellbaren. Damit die Pandemie nicht völlig aus dem Ruder läuft und massenhaft eigene Bürger dahinrafft, entschließt sich die Politik zu einem historisch beispiellosen Schritt: Blutenden Herzens und wild entschlossen, den kapitalistischen Selbstlauf sobald wie irgend möglich wieder hochzufahren, drosseln die Regierungen diesen nun für ein paar Wochen.

Wenn die Ökonomen über die wirtschaftlichen Folgen der Corona-Pandemie und ihrer Bekämpfung räsonieren, dann fällt regelmäßig der Ausdruck ›externer Schock‹. An dieser Klassifizierung ist so viel richtig: Der Auslöser der Weltwirtschaftskrise, in die das kapitalistische Weltsystem gerade hineinsteuert, unterscheidet sich vom Ausgangspunkt früherer Wirtschaftskrisen. Klassische Wirtschaftskrisen entspringen sinkender Profitabilität. In ihnen fährt sich die »schöne Maschine« selbst hinunter. Der Shutdown, der Auslöser des neuen ökonomischen Krisenschubs, wurde dagegen von der Politik ins Werk gesetzt. Trotzdem führt das Gerede vom externen Schock gleich in doppelter Hinsicht in die Irre. Zum einen ist es seiner inneren Struktur geschuldet, dass das warenproduzierende Weltsystem auf ein paar Wochen Drosselung der Produktion dermaßen empfindlich reagiert. Die Ökonomenzunft mag noch so fleißig an der Dolchstoßlegende weben, die Weltwirtschaft sei quasi aus heiterem Himmel durch die Pandemie und ihre Bekämpfung zum Absturz gebracht

worden; in Wirklichkeit war sie schon vorher todkrank, und auch ohne Corona war es nur eine Frage der Zeit, bis ein neuerlicher großer ökonomischer Krisenschub fällig war.

Zum anderen suggeriert die Formel ›externer Schock‹, die Entstehung und Verbreitung von Pandemien wie Corona habe nichts mit der kapitalistischen Wirtschafts- und Lebensweise zu tun; der Virus, so die Botschaft, sei genauso als Schicksalsschlag ohne eigene Beteiligung über ›unsere Wirtschaft‹ hereingebrochen wie der Einschlag des Yucatán-Asteroiden vor 66 Millionen Jahren über die Dinosaurier. Eine solche Sicht stellt die realen Zusammenhänge aber auf den Kopf. Die Entwicklung, die das kapitalistische Weltsystem in den letzten Jahrzehnten genommen hat, liest sich im Nachhinein wie ein einziges Corona-Förderprogramm. Zu den Übeln, die der markttotalitären Büchse der Pandora entsteigen, gehört eben auch, dass die Durchökonomisierung aller gesellschaftlichen Verhältnisse Pandemien Tür und Tor öffnet.

2.

Bei der Klimakatastrophe dauerte es relativ lange, bis unter Naturwissenschaftler*innen Einigkeit darüber herrschte, dass der Anstieg der Durchschnittstemperaturen sich nicht auf natürliche Klimaschwankungen zurückführen lasse, sondern eindeutig ›menschengemacht‹[1] sei. Bei Sars-CoV-2 war das in der Wissenschaftsgemeinde sehr schnell Konsens. Wie dem neuen Erreger im konkreten Fall der Sprung vom Wildtier zum Menschen gelang, ist derzeit noch nicht abschließend geklärt; allerdings warnen Virologen, Politik und Öffentlichkeit schon seit vielen Jahren vor neuen Pandemien: »Die Zahl der zoonotischen Viren, die vom Tier auf den Men-

1 In der Auseinandersetzung mit den Klimawandelleugner*innen hat der Ausdruck ›menschengemacht‹ natürlich seine Berechtigung. Trotzdem ist er zumindest zu unspezifisch, wenn nicht gar problematisch. Es ist natürlich nicht ›der Mensch‹ schlechthin, der für die Klimakatastrophe verantwortlich zeichnet, sondern eine ganze bestimmte Produktionsweise und die dazugehörigen Formen des Konsums. Um gegenzusteuern, reicht es nicht, dass ›wir alle‹ unsere individuelle Lebensweise verändern. Die herrschende Vergesellschaftungsform ist auf Ressourcenverschleuderung und Naturzerstörung ausgelegt. Ähnliches wie für das Wort ›menschengemacht‹ gilt selbstverständlich auch für den heute so populären Begriff des Anthropozäns. Sobald die Menschheit die kapitalistische Produktionsweise überwindet, ist das vermeintliche ›Anthropozän‹ auch schon wieder zu Ende. Elmar Altvater hat deshalb völlig zu Recht den Begriff des Anthropozäns durch den des Kapitalozäns ersetzt.

schen überspringen, ist in den vergangenen 50 Jahren steil angestiegen«,[2] so der niederländische Virologe Peter Rottier. Schuld daran ist zum einen die immer raschere Zerstörung von Lebensräumen. In Afrika, Asien und Lateinamerika dringen Menschen in bisher kaum genutzte Naturräume ein. Dabei kommen sie nicht nur mit Arten in engen Kontakt, mit denen sie früher nicht in Berührung kamen, sondern auch mit den spezifischen Krankheitserregern, die diese Tiere beherbergen. »Durch die immer massivere Abholzung der Wälder und die wachsende Urbanisierung haben wir diesen Mikroben Wege eröffnet, den menschlichen Körper zu erreichen und sich entsprechend anzupassen.«[3] Zum anderen erhöht die industrielle Massentierhaltung sowie das Zusammenpferchen unterschiedlicher Arten auf Märkten das Zoonose-Risiko:

> »Je mehr Tiere zusammen auf einer kleinen Fläche gehalten werden, desto leichter können Viren zirkulieren und desto größer ist die Wahrscheinlichkeit, dass sie früher oder später auf den Menschen überspringen. In dieser Hinsicht stellt die Massentierhaltung ein Risiko für die öffentliche Gesundheit dar.«[4]

Dass gerade dieses spezielle Virus zu genau diesem Zeitpunkt eine Pandemie auslöste, ist natürlich Zufall. Dennoch handelt es sich bei der Corona-Krise angesichts der gestiegenen Wahrscheinlichkeit von Zoonosen um eine Krise mit Ansage. Selbst die Virenfamilie ist keine Überraschung. Bereits für den Sars-Ausbruch von 2002/2003 war ein enger Verwandter von Sars-CoV-2 verantwortlich. Dementsprechend rangierten Corona Viren unter Virologen ganz oben auf der Liste potenzieller Pandemie-Erreger.

Welche Maßnahmen zur Minimierung des Zoonose-Risikos ergriffen werden müssten, ist ebenfalls wohlbekannt. Sie überschneiden sich mit dem, was zur Abwendung des Klimadesasters dringend geboten wäre. Nicht nur im Kampf gegen die Erderwärmung, auch aus Gründen der Seuchenprophylaxe müsste die sich immer weiter beschleunigende Zerstörung von Naturräumen gestoppt werden. Das Ende der Massentierhaltung von Rindern ist unabdingbar, um die Emission des Treibhausgases Methan abzusenken. In Hinblick auf die Verhinderung von Zoonosen stellen die

2 https://www.spektrum.de/news/sars-und-covid-19/1732972
3 https://www.pharma-fakten.de/news/details/913-pandemien-umweltzerstoerung-faellt-auf-den-menschen-zurueck/
4 https://www.spektrum.de/news/sars-und-covid-19/1732972

Haltungsbedingungen insbesondere von Geflügel und Schweinen[5] das Hauptproblem dar.

3.

Im heutigen Stadium kapitalistischer Entwicklung ist das Auftreten von Zoonosen erheblich wahrscheinlicher geworden als in allen früheren. Damit aber nicht genug. Das Wissen über virologische Zusammenhänge war zwar nie derart groß wie heute, das hat aber diese Gesellschaft nicht davon abgehalten, ihr kollektives Immunsystem gegen Seuchen abzubauen. Zum einen hat der jahrzehntelange Prozess der Ökonomisierung des Gesundheitswesens dessen Fähigkeit zur Seuchenabwehr unterminiert; zum anderen hat sich die Gesellschaft insgesamt in eine für die Bekämpfung von Pandemien verheerende Richtung entwickelt.

Dieser zweite Aspekt wird in der öffentlichen Debatte häufig auf die explosionsartige Zunahme der Reisetätigkeit, insbesondere des Flugverkehrs, verkürzt. Das spielt natürlich eine Rolle. Weil es damals weder Massentourismus noch Heerscharen von Geschäftsreisenden gab, war die Spanische Grippe[6] für ihren Aufstieg zur verheerendsten Zoonose des 20. Jahrhunderts noch auf militärische Unterstützung angewiesen. Sie schipperte 1918 als blinder Passagier mit einem US-amerikanischen Truppentransporter nach Europa und brauchte eine Woche für die Atlantiküberquerung. Viel wichtiger als die Beschleunigung und Vervielfachung des Reiseverkehrs[7] sind indes andere Faktoren. Das beginnt mit der Klimafrage. Im Gefolge des Klimawandels erweitern sich nämlich die Verbreitungsgebiete zahlreicher Infektionskrankheiten nachhaltig. Für europäische Ohren klingen heute Dengue-Fieber, Leishmaniose oder Chikungunya noch recht exotisch.

5 Das Schwein gilt unter Virologen als Schmelztiegel für Viren.

6 Zu dem eigentlichen irreführenden Namen Spanische Grippe kam die Pandemie übringens nur deshalb, weil die ersten offiziellen Nachrichten über diese Krankheit aus dem neutralen Spanien kamen, wo es keine Kriegszensur gab. Der wirkliche Ursprungsort lag im Mittleren Westen der USA.

7 Dass die verheerenste Epidemie des 20. Jahrhunderts im Rahmen einer militärischen Operation zur Pandemie wurde, hat natürlich seinen Grund. Bis in die Nachkriegszeit hinein war der zivile grenzüberschreitende Reiseverkehr noch eine Angelegenheit einer gesellschaftlichen Minderheit, von transkontinentalen Reisen ganz zu schweigen. Im Jahr 2017 haben Fluggesellschaften hingegen weltweit 4,1 Milliarden Passagieren transportiert. https://www.spiegel.de/reise/aktuell/zahl-der-flugpassagiere-steigt-auf-4-1-milliarden-rekord-a-1188472.html

Bis dato raffen diese Krankheiten auch nur in Afrika, Lateinamerika und Südostasien Menschen dahin. Weil die Mückenarten, die diese Krankheiten übertragen, in gemäßigte Breiten vordringen, ist es nach Expertenmeinung nur eine Frage der Zeit, bis auch die Erreger Europa für sich entdecken. Wichtiger – vor allem im globalen Maßstab – sind aber Stadtflucht und Verelendung in den Ländern der Weltmarktperipherie. Wo Megacitys mit riesigen Slums entstehen, in denen Abermillionen dicht an dicht leben, und das bei einer Wasserversorgung, die genauso prekär ist wie die Abwasserentsorgung, entstehen potenzielle Seuchen-Hotspots.

Die letzten vier Jahrzehnte haben die soziale Ungleichheit weltweit enorm verschärft. In den Ländern der Weltmarktperipherie wurden die traditionellen sozialen Netze zerstört, staatliche soziale Sicherungssysteme sind jedoch entweder erst gar nicht installiert worden oder sind schon wieder zerfallen. Und auch in den kapitalistischen Zentren wird bei den Sozialleistungen immer mehr geknausert, und die Armen werden immer ärmer. Angesichts von Corona und Co. entpuppt sich dieser Trend zur sozialen Polarisierung als ein einziges gigantisches Seuchenförderungsprogramm. Besonders extrem ausgeprägt ist das natürlich an der Weltmarktperipherie. Man nehme nur Indien, eines der Länder, das in der Wirtschaftspresse seit Jahren als einer der neuen Global Player abgefeiert wird. 90 Prozent der Arbeitnehmer*innen sind dort im informellen Sektor beschäftigt, ohne Verträge, ohne Versicherungen. Zu allem Überfluss hat die hindu-nationalistische Regierung in den letzten Jahren bei der staatlichen Gesundheitsversorgung und bei den Sozialausgaben noch einmal kräftig den Rotstift angesetzt. Millionen Menschen leben von der Hand in den Mund. Als Ministerpräsident Modi rigide Ausgangssperren erließ, rächte sich das bitter. Die vielen Millionen prekär Beschäftigten, die in den letzten Jahren vom Land in die Städte geströmt waren und von einem Tag auf den anderen von ihren kärglichen Reproduktionsmöglichkeiten abgeschnitten wurden, reagierten anders, als von Regierungsseite gewünscht. Statt sich in ihre städtischen Behausungen zurückzuziehen, machten sich viele von ihnen, wie Arundhati Roy eindrucksvoll schilderte, auf den langen Marsch zurück in die Herkunftsdörfer:

> »Als Läden, Restaurants, Fabriken und die Bauindustrie geschlossen wurden, als die Reichen und die Mittelschicht sich in ihre umzäunten Kolonien zurückzogen, begannen unsere Städte und Megacitys die Arbeiter auszuspucken – die Wander-

> arbeiter – so wie einen ungewollten Haufen. Viele, die von ihren Arbeitgebern oder Vermietern herausgeworfen worden waren, Millionen Verarmter, hungriger, durstiger Menschen, Jung und Alt, Männer, Frauen, Kinder, Kranke, Blinde, Behinderte, die keinen Ort mehr hatten, ohne öffentliche Verkehrsmittel, machten sich auf einen langen Marsch nach Hause in ihre Dörfer. Sie wanderten über Tage (...) – hunderte von Kilometer. Einige starben auf dem Weg. Sie wussten, sie würden nach Hause kommen und möglicherweise langsam verhungern. Vielleicht wussten sie sogar, dass sie das Virus transportieren könnten, aber sie waren verzweifelt, weil sie ihre Familie brauchten, ihre Eltern, Schutz und Ehre, aber auch Nahrung, wenn schon keine Liebe. Während sie marschierten, wurden sie brutal geschlagen und gedemütigt von der Polizei, die die Ausgangssperre strikt durchsetzen sollte. (...) Getrieben von der Angst, dass die fliehende Bevölkerung das Virus in die Dörfer tragen werde, schloss die Regierung die Landesgrenzen sogar für Fußgänger.«[8]

Anfang Juni musste die indische Regierung den Lockdown nach 69 Tagen offiziell beenden, obwohl selbst die amtlichen Infektionszahlen immer noch stark steigen und jeden Tag mehr als 8.000 Neuinfektionen gemeldet werden.

Derart zugespitzt sind die Verhältnisse in den kapitalistischen Metropolen selbstverständlich nicht. Dennoch gilt auch dort die simple Gleichung: Je ausgeprägter die soziale Ungleichheit, je weiter der Prozess sozialer Entsicherung fortgeschritten ist, umso schwieriger gestaltet sich die Pandemiebekämpfung. Die USA waren nicht zuletzt deshalb prädestiniert, China als Hauptherd der Corona-Pandemie abzulösen, weil in God's Own Country die Lohnabhängigen mangels Lohnfortzahlung daran gewöhnt sind, sich auch krank zur Arbeit zu schleppen. Eine solche Praxis wirkt sich im Fall des hochgradig infektiösen Covid-19 natürlich höchst fatal aus. Dass 30 Millionen Amerikaner keine Krankenversicherung haben und schon aus diesem Grund aus der medizinischen Versorgung weitgehend herausfallen, tut ein Übriges. Sogar die Trump-Regierung hat indirekt die katastrophalen Folgen dieses Zustandes anerkannt, als sie Anfang April ihre Absicht erklärte, die Test- und Behandlungskosten im Zusammenhang mit Corona-Infektionen für die US-Bürger*innen ohne Krankenversicherung übernehmen zu wollen. Eine solche Ad-hoc-Maßnahme auf dem Höhepunkt der Pandemie

8 https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/arm-und-reich/coronavirus-in-indien-modi-verlaengert-die-ausgangssperre-16724169.html

kam aber natürlich zu einem Zeitpunkt, als das Kind längst im Brunnen lag. Wie viele Corona-Tote wären den USA erspart geblieben, wenn Obamacare nach 2016 nicht demontiert, sondern ausgebaut worden wäre?

Selbst in Ländern wie Frankreich und Deutschland, die im internationalen Vergleich noch mit einem soliden sozialen Netz ausgestattet sind, erweist sich die soziale Ausgrenzung als Fallstrick bei der Durchsetzung des ›Social Distancing‹. Man denke in diesem Zusammenhang nur an die Obdachlosen. Wer über keine eigenen vier Wände verfügt, hat es schwer, zu Hause zu bleiben. Weil in Wärmestuben und Notunterkünften die gängigen Abstandsregeln kaum realisierbar sind, mussten viele Hygiene-Stationen schließen. Ausgerechnet mitten in der Pandemie bleibt ein Großteil einer der gefährdetsten sozialen Gruppen mehr oder minder sich selber überlassen. Das liegt natürlich nicht daran, dass ein Mangel an geeigneten Unterbringungsmöglichkeiten herrschen würde. So wäre es während des Lockdowns naheliegend gewesen – und Obdachlosen-Initiativen forderten das auch – die zahllosen Corona-bedingt leer stehenden Hotelzimmer für diesen Zweck zu nutzen. Im April 2020 kamen auf jeden Bedürftigen in Deutschland ungefähr 36 ungenutzte Betten in Pensionen, Gasthäusern und Hotels. Dieses Reservoir wird aber nur für eine Minderheit der Betroffenen angezapft.[9] In den Nachbarländern bietet sich ein ähnliches Bild. Allein in Paris leben nach offiziellen Schätzungen 3.500 Menschen auf der Straße. Die Stadtverwaltung mietete im März 170 Hotelzimmer an, dem Gros der Obdachlosen stehen nur zu Notunterkünften umgebaute Turnhallen zur Verfügung. In den USA geht man, was die ›Fürsorge‹ für Obdachlose angeht, noch einen Schritt weiter und verzichtet auch schon einmal auf den Luxus, ein Dach über dem Kopf anzubieten:

> »Wegen Ansteckungsgefahr hatten Wohnungslose in Las Vegas eine Notunterkunft räumen und auf dem Parkplatz eines Fußballstadions übernachten müssen. Mit weißen Linien, wie in einem Setzkasten, hatte die Polizei winzige

9 Zu den Spitzenreitern in Europa gehört Hamburg. Dort wurden im April 250 Menschen für vier Wochen in Hotels untergebracht. Ermöglicht haben das allerdings nicht die Sozialbehörden, sondern ein privater Spender. Das Hamburger Unternehmen *Reemtsma Cigarettenfabriken* stellte für diesen Zweck 300.000 Euro zur Verfügung. https://www.ndr.de/nachrichten/hamburg/Corona-Hotelzimmer-fuer-Obdachlose-dank-Spende,coronavirus1294.html

›Wohnflächen‹ markiert, auf denen sie ihre Körper ablegen durften, während die Luxushotels ringsum leer standen.«[10]

Offensichtlich ist auch angesichts von Corona das heilige Prinzip, dass jede über das bloße Vegetieren hinausgehende ›Wohltat‹ erarbeitet sein will, doch wichtiger als eine möglichst effiziente Seuchenbekämpfung.

Noch weit fataler auf die Seuchenbekämpfung wirken sich die Lebensverhältnisse aus, die bestimmten Gruppen von Arbeitsmigrant*innen zugemutet werden. Ein Musterbeispiel in dieser Hinsicht stellt Singapur dar. Wochenlang galt der Stadtstaat mit nur 200 gemeldeten Corona-Fällen als Musterknabe bei der Eindämmung des Virus. Mitte April änderte sich das Bild dramatisch, und Singapur belegte plötzlich in Südostasien den Spitzenplatz bei den gemeldeten Infektionen. Das Virus grassierte unter den zahlreichen Arbeitsmigrant*innen, weil die Behörden ›vergessen‹ hatten, diese in ihre Schutzmaßnahmen mit einzuplanen. 200.000 von ihnen wohnen in Heimen, 43 davon sind Megaheime mit mehreren Tausend Menschen: »Dort teilen sich bis zu 20 Personen einen Schlafsaal und noch mehr Menschen Küchen und sanitäre Einrichtungen.« Die logische Konsequenz solcher sozialen Ignoranz: »Die billigen Arbeitskräfte aus Süd- und Südostasien, deren Zahl im 5,6-Millionen-Einwohner-Land auf 800.000 geschätzt wird und ohne die in Singapur nichts geht, machen jetzt mehr als dreiviertel aller Infizierten aus.«[11]

In Deutschland gehen die Infektionsraten zwischen Menschen mit und ohne deutschen Pass nicht derart himmelschreiend auseinander. Aber auch hierzulande öffnen die besonders prekären Bedingungen, unter denen einige Gruppen von Arbeitsmigrant*innen schuften und leben müssen, dem Virus Tür und Tor. Das betrifft zum einen die Saisonarbeitskräfte in der Landwirtschaft.[12] Eine noch unrühmlichere Rolle spielt aber die dank Dumpinglöhnen seit Jahren florierende Fleischindustrie, die in erster Linie osteuropäische Arbeitskräfte ausbeutet. Kaum war der Corona-Lockdown Anfang Mai gelockert, machte die Branche negative Schlagzeilen. Zunächst wurden 129 vor allem aus Bulgarien und Rumänien stammende Mitarbeiter

10 https://www.zeit.de/kultur/2020-04/corona-pandemie-kapitalismus-oekonomie-menschenleben
11 https://taz.de/Coronavirus-in-Singapur/!5680203/
12 https://www.tagesschau.de/investigativ/panorama/corona-erntehelfer-103.html

eines Schlachterbetriebs in Coesfeld positiv auf Corona getestet.[13] Kurz darauf machte die Meldung die Runde, bei der Firma Müller Fleisch in Birkenfeld bei Pforzheim seien 400 von 1.100 Mitarbeiter*innen infiziert.[14] Deutschland hat einen neuen Corona- Brennpunkt: die Fleischindustrie. Das war insofern absehbar, als diese Branche mit einem tiefgestaffelten System von Subunternehmern operiert, in dem niemand bereit ist, das Social Distancing durchzusetzen und dessen Kosten zu übernehmen. Hinzu kommt die Kasernierung der ausländischen Billigarbeitskräfte in Massenunterkünften. Der Corona-Ausbruch bei Tönnies brachte das Fass schließlich zum Überlaufen. Unter dem Druck der öffentlichen Meinung ergriff die Bundesregierungen eine Maßnahme, die sie schon vor Jahren hätte ergreifen sollen, und erließ für diese Branche ein Werkvertragsverbot.

Was soziale Ungleichheit angeht, sind unter den kapitalistischen Kernstaaten bekanntlich die USA führend. Dementsprechend rangiert das Land auch in Sachen Corona-Infektionen weltweit ganz weit vorne. Die USA haben unter den kapitalistischen Kernstaaten aber nicht nur absolut die meisten Infektionen und Todesopfer[15] zu verzeichnen; weit mehr als in Europa ist Corona dort eine Krankheit der Armen. Das lässt sich insbesondere daran ablesen, dass das Virus in den USA in keiner anderen Bevölkerungsgruppe derart viele Opfer fordert wie in der afroamerikanischen. »Mehrheitlich afroamerikanische Landkreise« vermeldeten laut *Washington Post* »teils dreimal so viele Infektionen und fast sechsmal so viele Todesfälle … wie Landkreise, in denen weiße Amerikaner in der Mehrheit seien«.[16]

4.

Vor allem in Europa war die Daseinsvorsorge lange Zeit eine Domäne der öffentlichen Hand, auch das Gesundheitswesen. Im Gefolge der neoliberalen Revolution haben sich die Gewichtungen in diesem Sektor nachhaltig zugunsten des privaten Kapitals verschoben. Und auch diejenigen Teile

13 https://www.dw.com/de/fleischindustrie-wird-zum-corona-brennpunkt-in-deutschland/a-53372663

14 https://www.schwarzwaelder-bote.de/inhalt.birkenfeld-jetzt-400-corona-infizierte-in-fleischwerk.cc40060e-5348-4fe0-bd93-20ec3ed5c74e.html

15 Laut Johns-Hopkins-Universitäten hatten die USA Anfang August über 160.000 Corona-Tote zu beklagen.

16 https://www.welt.de/vermischtes/article207145829/USA-Afroamerikaner-ueberproportional-haeufig-von-Corona-getroffen.html

des Gesundheitswesens, die nicht privatisiert wurden, stehen seit Jahren unter einem verschärften Ökonomisierungsdruck. Diese Verwandlung von Gesundheit in eine Art von Ware wirkt sich auf die Seuchenprophylaxe und -bekämpfung verheerend aus.

Das beginnt bereits bei der Ausrichtung der medizinischen Forschung. Diese wird inzwischen hauptsächlich von Pharmaunternehmen getragen, und diese pumpen ihre Mittel ausschließlich in Forschungsbereiche, bei denen die Aussicht besteht, dass sich diese Vorauskosten rentieren und am Ende absetzbare Waren stehen. Die Seuchenprophylaxe fällt da vollständig durchs Raster und Impfstoffe spielen nur eine Nebenrolle. In 2018 gaben die führenden Pharmaunternehmen der Welt einen Rekordbetrag von knapp 180 Mrd. Dollar für Forschung aus. Der riesige privatwirtschaftlich orientierte Wissenschaftsapparat beschäftigt sich aber fast ausschließlich mit der Suche nach Wirkstoffen gegen Zivilisationskrankheiten wie Herz- und Kreislaufleiden und Krebs. Infektionskrankheiten wie Malaria werden stiefmütterlich behandelt. Die für Seuchenbekämpfung relevante Forschung findet dementsprechend vornehmlich an den von der öffentlichen Hand finanzierten Universitäten und Forschungseinrichtungen statt. Allerdings fällt auch auf diesen Sektor des Wissenschaftsbetriebs inzwischen zunehmend der lange Schatten privater Verwertungsinteressen. Im Kampf um private Drittmittel haben nur solche Forschungsprojekte Chancen, an die sich langfristig entsprechende Gewinnerwartungen knüpfen lassen.[17]

Das mag einer der Gründe sein, warum die Forschung über Corona-Viren nach dem Ausbruch der Pandemie mehr oder minder einen Kaltstart hinlegen musste. Zwar war diese Viren-Familie nach dem Sars-Ausbruch von 2002/2003 in verschiedenen Ländern Gegenstand staatlich finanzierter Forschungsprojekte. Angesichts der Tatsache, dass Corona-Viren auf der Liste potenzieller Pandemie-Auslöser weit oben rangierten, war das ja auch dringend geboten; diese Arbeiten fielen aber alsbald dem Rotstift zum Opfer. Die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen wäre heute natürlich wesentlich weiter vorangeschritten, wenn die Forschungsarbeit auf diesem Gebiet kontinuierlich weitergelaufen wäre. Dementsprechend

17 Auch in Deutschland spielen Drittmittel bei der Finanzierung des Wissenschaftsbetriebs eine immer größere Rolle. 2010 flossen den deutschen Hochschulen Drittmittel in Höhe von 5,9 Milliarden zu. 2015 waren es bereits 7,4 Milliarden Euro. 2016 waren 26 % der Stellen des wissenschaftlichen Personals drittmittelfinanziert. https://de.wikipedia.org/wiki/Drittmittel

nachvollziehbar ist die Klage des weiter oben bereits zitierten Virologen Peter Rottier:

> »Wir schlagen uns jetzt mit einem Virus herum, das genetisch zu 78 Prozent mit dem Sars-Virus identisch ist. Bis vor Kurzem haben wir noch vergeblich versucht, Geld für die Erforschung von Impfstoffen und Therapien gegen das Sars-Virus zu bekommen. Wir haben unter anderem an einer Therapie gearbeitet, die auf monoklonalen Antikörpern basiert. Wir konnten sie nicht weiterentwickeln. Als wir feststellten, dass das neue Virus dem Sars-Virus so ähnlich ist, haben wir sie wieder aus dem Schrank geholt und an Sars-CoV-2 getestet. Einer hat sehr gut angeschlagen und ist nun von einem Unternehmen übernommen worden.«[18]

Wie in dem Zitat schon aufscheint, ist mit dem Ausbruch der Pandemie das weitgehende Desinteresse der Pharmaindustrie an der Suche nach potenziellen Impfstoffen gegen die Familie der Corona-Viren ins Gegenteil umgeschlagen. Jeder Firma, der die Entwicklung von Medikamenten gelingt, die den Verlauf der Krankheit entscheidend mildern, winkt ein Riesengeschäft. Das Unternehmen, das als erstes ein wirksames Serum auf den Markt brächte, hielte damit eine Lizenz zum Gelddrucken in den Händen. Dementsprechend ist in der Pharmaindustrie ein großes Wettrennen ausgebrochen. Die Konzerne pumpen Geld in diesen Forschungssektor und suchen die Kooperation mit den avanciertesten Forschungsinstituten, um im Eiltempo zu kommerziell nutzbaren Produkten zu gelangen. Diese Wendung beseitigt aber nicht den Gegensatz zwischen den Bedürfnissen der Weltgesellschaft und den Interessen der Pharmaunternehmen, sie verschiebt lediglich die Widerspruchslinie. Für die Menschheit käme es auf zweierlei an: auf einen möglichst frühen Zeitpunkt, an dem ein einsatzfähiger Impfstoff zum Einsatz bereitsteht, und darauf, dass dieser dann massenhaft hergestellt wird und weltweit überall allen zur Verfügung steht.

Zur Verkürzung der Entwicklungszeit wäre absolute Transparenz und die freie Verfügbarkeit aller Forschungsergebnisse dringend geboten. Dummerweise gilt beim Wettlauf nach einem Impfstoff auf diesem speziellen Markt aber nun einmal das Gesetz *The winner takes it all*. Deshalb ist es vom betriebswirtschaftlichen Standpunkt am allerwichtigsten, vor der Konkurrenz die Ziellinie zu überqueren, und das gebietet die Bewahrung von Betriebsgeheimnissen. Angesichts der Corona-Pandemie beteuern viele

18 https://www.spektrum.de/news/sars-und-covid-19/1732972

Firmen ihre Kooperationsbereitschaft, schon um das Know-how von Unis und nicht kommerziell orientierten Forschungsinstitute zu gewinnen, und aus Gründen der Public Relations. Es wäre allerdings naiv, von der Einhaltung dieser Versprechen auszugehen.

Was die Suche nach Anti-Corona-Medikamenten angeht, haben sich 15 Pharmaunternehmen immerhin einer Initiative der Bill & Melinda Gates Stiftung und des Wellcome Trusts angeschlossen und sich bereit erklärt, ihre ansonsten streng geheimen Wirkstoffbibliotheken zu öffnen, darunter auch Pharmariesen wie Novartis und Bayer. »Bestimmte Forschungsinstitute in den USA und Europa dürfen die virtuellen Regale der Pharmakonzerne ab sofort nach potenziellen Wirkstoffen gegen das neue Corona-Virus durchforsten.«[19] Die Offenheit der beteiligten Firmen dürfte allerdings kaum auf Altruismus beruhen. Zum einen wollen sie schon im Vorfeld einer breiteren Debatte über die tödlichen Konsequenzen des Patentrechts zuvorkommen. Legitimatorisch macht es nämlich leider einen Unterschied, ob ›nur‹ die Bewohner der Dritten Welt mangels Zahlungsfähigkeit von dringend benötigten Medikamenten abgeschnitten werden oder die Bevölkerung Europas und der USA einem Virus ausgeliefert wird, weil das Patentrecht der Entwicklung wirksamer Medikamente im Wege steht. Zum anderen ist es in diesem Fall für die Pharmariesen vermutlich sogar betriebswirtschaftlich rational, ausnahmsweise Einblick in Betriebsgeheimnisse zu erlauben. Sie besitzen ja bereits Patente auf diese Wirkstoffe, und eine eventuelle zusätzliche Anwendung bei Corona brächte neben Prestige erhöhte Nachfrage; gleichzeitig wären die Forschungskosten für neue Anwendungen externalisiert. Bei der Entwicklung eines neuen Impfstoffs, bei dem die Entwicklungskosten erst noch erbracht werden müssen, sieht das völlig anders aus.

Sollte die Suche nach einem Impfstoff oder wirksamen Medikamenten schließlich von Erfolg gekrönt sein, würde sich ein weiteres, noch gravierenderes Problem stellen. Wie lässt sich eine ausreichende und schnelle Versorgung der Weltbevölkerung bewerkstelligen? So viel ist klar: Niemals wäre ein einzelnes Pharmaunternehmen allein in der Lage, die globale Versorgung von Covid 19 Patienten zu sichern.[20] Dazu müssten die Kapazitäten anderer Unternehmen genutzt, möglicherweise auch neue Kapazitäten ge-

19 *Süddeutsche Zeitung*, 15.4.2020
20 Ebd.

schaffen werden. Die stofflichen Ressourcen und die Manpower sind dafür selbstverständlich vorhanden. Allerdings stellen gerade in dieser Hinsicht das Patentrecht und die betriebswirtschaftlichen Interessen der Avantgarde-Unternehmen ein Nadelöhr dar. Die glücklichen Patentinhaber werden anderen Herstellern die Rechte nur überlassen, wenn sie sich dabei eine goldene Nase verdienen können. Weil Lieferengpässe vorprogrammiert sind, haben einige Regierungen ihre Gesetzeslage verändert. In Deutschland z.B. hat im März, von der Öffentlichkeit weitgehend unbemerkt, das Gesundheitsministerium die Möglichkeit erhalten, Zwangslizenzen zu erlassen – angesichts der hierzulande besonders starken Stellung der Pharmalobby ein bemerkenswerter Schritt. Ob solche Zwangslizenzen auch gegenüber außereuropäischen Firmen durchsetzbar wären, steht in den Sternen. Auf alle Fälle drohen Länder, die über keine eigenen pharmaindustriellen Kapazitäten verfügen, unter die Räder zu geraten. Das gilt natürlich insbesondere für die Länder des Globalen Südens. Schon bei der Vogelgrippe von 2009 mussten sich ärmere Staaten mit kläglichen Impfstoffzuteilungen begnügen, weil viele reiche Länder Impfstoff horteten. Kritiker wie die Schweizer NGO *Public Eye* fürchten zu Recht eine Wiederholung dieses Szenarios. Das Patentrecht und das Interesse der Pharmaindustrie, den Impfstoff als knappes Gut zu produzieren, laufen in der Praxis darauf hinaus, auf dem Altar der betriebswirtschaftlichen Logik massenhaft Menschenleben zu opfern. Sollte die Entwicklung eines Corona-Impfstoffes gelingen, dürfte der Grundsatzkonflikt zwischen der Weltgesundheit einerseits und dem Patentrecht anderseits in aller Schärfe aufreißen. Einige Regierungen, allen voran die von Präsident Trump, verfolgen jetzt schon eine brutale impfstoffnationalistische Politik und versuchen, Exklusivverträge für ihre Länder mit den potenziellen Patentinhabern auszuhandeln. Europas größter Pharmakonzern, Sanofi, hat von der US-amerikanischen *Barda* (Biomedical Advanced Research and Development Authority) 30 Millionen Dollar für seine Forschungsarbeit erhalten und hat im Gegenzug einen Vorvertrag geschlossen. Dieser sieht vor, dass die USA im Erfolgsfall zuerst mit dem Impfstoff beliefert würden. Sanofis Vorstandsvorsitzender Paul Hudson erpresst die europäischen Regierungen nun nachzuziehen, um ebenfalls das Recht auf eine Vorzugsbehandlung ihrer Bevölkerungen einzukaufen. Aber nicht nur das große Hauen und Stechen um die vorderen Plätze in der Warteschlange vor den Herren des künftigen Impfstoffs hat schon begonnen. Zeitgleich ist auch schon die große Propagandamaschine angelaufen, die

den weltgesundheitlichen Skandal verschleiern soll, bevor er überhaupt manifest wird. So versichert Han Steutel, Präsident des Verbandes forschender Arzneimittelhersteller (VfA): »Wir glauben, dass die Pharmaunternehmen dem Coronavirus innerhalb des bestehenden Patentsystems effektiv zu Leibe rücken und dabei sehr vielen Menschen auf der ganzen Welt helfen können.« Indem der Mann präventiv schon mal die Unhintergehbarkeit das Patentrechts zu zementieren versucht, verrät er den Knackpunkt.

5.

Die Entwicklung und Herstellung von Impfstoffen und Arzneimitteln hatte sich schon ab dem ausgehenden 19. Jahrhundert immer mehr zu einer Domäne des privaten Kapitals entwickelt.[21] Die Krankenhausversorgung dagegen wurde zumindest in Europa lange Zeit entweder von den Kommunen getragen oder von Non-Profit-Organisationen, hierzulande häufig mit kirchlichem Hintergrund. Erst in den letzten Jahrzehnten hat sich das verändert. Mit der neoliberalen Revolution und dem Übergang zu einem von der Finanzmarktdynamik getragenen Kapitalismus wurde auch dieser Sektor zu einer Spielwiese des anlagesuchenden Kapitals. Die privaten Klinikkonzerne orientieren sich selbstverständlich nicht am Ziel, eine möglichst gute, der Bedürfnislage der Bevölkerung entsprechende Gesundheitsversorgung sicherzustellen. Sie konzentrieren sich, den Geboten der betriebswirtschaftlichen Logik entsprechend, auf die lukrativen Bereiche der Krankenversorgung und versuchen, wie jedes andere Unternehmen, einen möglichst hohen Auslastungsgrad ›ihres Kapitals‹ zu erreichen. Als im März 2020 nicht absehbar war, wie schnell sich das Virus ausbreiten würde, empfahl die Bundesregierung allen Krankenhäusern dringend, für den Fall einer Ausweitung der Coronakrise Beatmungsplätze freizuhalten. Aufschiebbare Operationen sollten dafür hintangestellt werden. Eine solche Freiräumung von Kapazitäten für den Notfall kollidiert mit dem Geschäftsmodell privater Kliniken. Vor allem ein Fall schlug damals hohe Wellen.

21 Das hängt u.a. mit den immer höheren Vorauskosten zusammen. Die Pioniere der Impfstoff- und Arzneimittelforschung im 19. Jahrhundert waren meist noch Einzelkämpfer. Man denke etwa an Robert Koch, der seine bahnbrechende Untersuchungen des Milzbranderreger noch als Freizeitforscher betrieb. Hauptberuflich war er damals noch als Amtsarzt in der tiefen preußischen Provinz tätig. Erst später, 1880 an das Kaiserliche Gesundheitsamt berufen, machte er eine akademische Karriere.

Mitarbeiter*innen der auf Gelenkersatz spezialisierten Hamburger Helios ENDO-Klinik machten den Skandal öffentlich, dass die Klinikleitung die Aufforderung konsequent ignorierte und keinen der 26 Beatmungsplätze für mögliche Corona-Patienten freihielt, sondern Business as usual betrieb.

Auch wenn der öffentliche Aufschrei angesichts dieser Praxis verständlicherweise groß war, viel fataler als diese Zurückhaltung beim Freiräumen *vorhandener* Kapazitäten für den Seuchenfall ist der Grundsatzkonflikt zwischen dem betriebswirtschaftlichen Ziel einer optimalen Bettenauslastung und der Notwendigkeit, Ressourcen für einen Notfall wie die Pandemie zu bevorraten und vor allem auf geschultes Personal zurückgreifen zu können. Dummerweise beschränkt sich dieses Problem der Ökonomisierung aber nicht auf den privaten Sektor des Krankenhauswesens. Gerade auch die öffentlichen Kliniken stehen seit Jahren unter einem enormen Spardruck. Schon vor Corona wurde hierzulande unter dem Stichwort ›Pflegenotstand‹ vor allem die Personalseite dieses ›Verschlankungsprozesses‹ kritisiert. Schon im ›Normalbetrieb‹ tun sich chronisch unterbesetzte Kliniken mit Zusatzanforderungen schwer. Ökonomisierung bedeutet immer auch Reduktion der Reservekapazitäten, und damit verschwindet genau das, worauf es beim Ausbruch einer Pandemie ankommt. Die späte Reaktion der Behörden auf die hochschnellenden Fallzahlen war sicher auch für den Kollaps des italienischen Gesundheitswesens in der ersten Corona-Welle mitverantwortlich. Der Hauptgrund für den katastrophalen Verlauf dürfte aber der erbärmliche Zustand gewesen sein, in dem sich das dortige Gesundheitswesen befand. Nach dem Krisenschub von 2008 waren die öffentlichen Krankenhäuser in dem Land schlicht kaputtgespart worden. Umgekehrt kam das deutsche Gesundheitswesen auch deshalb im internationalen Vergleich relativ gut durch die erste Corona-Welle, weil Deutschland trotz des vieldiskutierten Pflegenotstands bei der Durchökonomisierung des Gesundheitswesens zu den relativen Nachzüglern gehört und deshalb über mehr Reserven verfügt als viele Nachbarländer.[22]

Zur Ökonomisierung der Gesellschaft gehört auch die euphemistisch als ›Verschlankung des Staates‹ gehandelte Ausdünnung der für die Da-

22 Als ein Indikator kann die Zahl der Krankenhausbetten dienen. Zwar wurde in Deutschland seit den 1990er-Jahren der Bestand um ein Viertel reduziert, trotzdem liegt das Versorgungsniveau, gemessen an anderen Ländern, noch recht hoch. In Deutschland kommen auf 1.000 Einwohner 8,3 Krankenhausbetten, in Italien sind es nur 3,4 und in den USA 2,9.

seinsvorsorge zuständigen Institutionen. Das betrifft unter anderen den Gesundheitssektor und machte sich auch hierzulande in der Corona-Krise schmerzhaft bemerkbar. In der ersten Phase erwiesen sich in Deutschland insbesondere die Gesundheitsämter als eine der Hauptschwachstellen bei der effektiven Eindämmung der Pandemie. Um diese zu unterbrechen, ist bekanntlich eine zeitnahe Rückverfolgung der Infektionsketten unabdingbar. Die zuständigen kommunalen Behörden waren für diese Schlüsselaufgabe nicht nur technisch, sondern vor allem auch personell schlecht gerüstet. Viele Getestete mussten teilweise wochenlang auf die Ergebnisse warten, und viele Menschen, die sich eventuell angesteckt hatten, haben das nie erfahren.[23]

Als in einigen Nachbarländern die Fallzahlen hochschnellten, blieb angesichts solcher Fehlleistungen und der verspäteten Reaktion auf die Bedrohung Bund und Ländern nichts anderes übrig, als die Notbremse zu ziehen. Im März 2020 wurden drastische Ausgangsbeschränkungen erlassen. Anders als durch die vom Robert-Koch-Institut empfohlenen massiven, tief in den Alltag von 80 Millionen Menschen eingreifenden Restriktionen war im März 2020 die heillose Überlastung des Gesundheitswesens und ein großes Sterben nicht mehr zu verhindern. Der mangelhaften Seuchenprophylaxe wegen mussten die vielen Einzelnen die Last der Krisenbewältigung übernehmen.

Im internationalen Vergleich stand Deutschland im Frühjahr dieses Jahres noch gut da und wurde im Ausland über den grünen Klee für die Qualität seines Krisenmanagements gelobt.[24] Andere Staaten mussten zu noch rigideren Eingriffen ins Alltagsleben greifen und hatten dennoch deutlich mehr Corona-Opfer zu beklagen. Die Spitzennoten sind aber nicht das Ergebnis einer großartigen Leistung, sondern dokumentieren nur, wie katastrophal das Vorfeldversagen weltweit war. Dementsprechend ist es auch nicht gerade schwer, das deutsche ›Erfolgsgeheimnis‹ zu lüften: Deutschland wurde vom allgemeinen Privatisierungsirrsinn relativ spät erfasst und gehört auch, was die Ökonomisierung des Gesundheitswesens

23 Vor allem die über Jahre entstandene personelle Unterbesetzung lässt sich kurzfristig nicht so ohne Weiteres beseitigen. Dementsprechend blieben die zeitlichen Verzögerungen bei der Benachrichtigung Infizierter ein neuralgischer Punkt.

24 Die Londoner Analyseagentur Deep Knowledge Group hat Mitte April weltweit die Staaten nach ihren Sicherheitsmaßnahmen zum Schutz vor dem Virus bewertet. Deutschland rangiert nach Israel und vor Südkores auf Platz 2 des Rankings.(https://www.dkv.global/safety-ranking)

angeht, zu den Nachzüglern. Diese relative ›Rückständigkeit‹ gereichte der hiesigen Bevölkerung im Vergleich zu anderen ›fortschrittlicheren‹ kapitalistischen Ländern angesichts der Pandemie selbstverständlich zum Vorteil.

6.

Im warenproduzierenden Weltsystem geht es immer nur um die Anhäufung von abstraktem Reichtum, nicht um die Herstellung der zur Befriedigung der vielfältigen menschlichen Bedürfnisse benötigten Güter. Der abstrakte Reichtum, der sich in Geld darstellt und misst, bildet den eigentlichen Inhalt und das eigentliche Ziel allen Wirtschaftens; die Produktion von Gebrauchsgütern dient demgegenüber nur als Mittel zu Erreichung dieses Zwecks. Diese grundlegende gesellschaftliche Verkehrung verleiht dem Dasein aller Gesellschaftsmitglieder eine bestimmte einheitliche Grundstruktur. Auch wer nur seine sinnlichen Bedürfnisse befriedigen möchte, muss zunächst einmal einen Weg finden, am abstrakten Reichtum zu partizipieren, also die eigene Geldversorgung sicherzustellen. Geld kann man zwar nicht essen, und es taugt auch nicht zur Befriedigung irgendeines anderen sinnlichen Bedürfnisses, aber nur Geld verschafft Zugang zu den benötigen Dingen, mögen die Regale noch so überquellen.

Dass man erst einmal Geld verdienen muss, bevor alles andere kommt, gilt in dieser Gesellschaft daher als ähnlich selbstverständlich wie, dass Menschen atmen müssen, um zu leben. Diese Verrücktheit hat auch in unserer Sprache tiefe Spuren hinterlassen, wie die Doppelbedeutung des Wortes Existenz dokumentiert. Dieses vom lateinischen Verb exsistere (= entstehen, auftreten) abgeleitete Substantiv bezeichnet im Deutschen nämlich nicht nur, seiner Etymologie entsprechend, bloßes »Existieren, Vorhandensein, Bestehen«, es hat auch noch die Zweitbedeutung, » berufliche Stellung als (besonders materielle) Lebensgrundlage«[25]. Wer sich also eine Existenz aufbaut, schafft sich eine tragfähige beruflich-ökonomische Position. Bekanntlich bedeutet Leben weit mehr als die bloße physische Existenz. Allerdings bleibt seine physische Existenz immer die Voraussetzung dafür, dass ein Mensch sein Leben weiterführen kann. In einer freien Gesellschaft würden Menschen ihre Teilnahme an der Produktion und

25 https://www.duden.de/rechtschreibung/Existenz

Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums als einen integralen Bestandteil ihres Lebens erfahren, als soziale Lebensäußerung. Für sie wäre es deshalb absurd, diesen Teil ihres Lebens in Analogie zur physischen Existenz ihre *ökonomische Existenz* zu nennen. In einer Gesellschaft, in der der Zugang zu Geld Vorbedingung sämtlicher Lebensäußerungen ist, entbehrt dagegen diese Doppelverwendung nicht einer gewissen Plausibilität. Wer physisch nicht mehr existiert, ist biologisch tot; der Verlust der ökonomischen Existenz ist mit dem sozialen Tod identisch.

Es gibt sehr unterschiedliche Wege, auf denen die Einzelnen zu einer ökonomischen Existenz gelangen können. Eine Start-up-Unternehmerin, die bezeichnenderweise auch als Existenzgründerin firmiert, verfügt möglicherweise vor allem deshalb über ausreichend Geld, weil eine Bank ihre Geschäftsidee für kreditwürdig hält. Ein anderer hat geerbt und ist auf diesem Weg zu einer Existenzgrundlage gekommen. Immerhin vier Millionen Menschen sind hierzulande zur Sicherung ihrer Existenz auf ALG2 angewiesen; die wichtigste und verbreitetste Form der Existenzsicherung besteht aber im Verkauf der eigenen Arbeitskraft. So unterschiedlich die Wege sind, auf denen die verschiedenen sozialen Gruppen zu ihrer jeweiligen ökonomischen Existenz gelangen, so unterschiedlich sind die Lebenswirklichkeiten; aber allen ist die Abhängigkeit von der ›schönen Maschine‹ gemeinsam, für alle gilt der Primat der ökonomischen Existenz über das Leben.

Biologisch betrachtet, handelt es sich bei Sars-Co-V-2 um ein winziges, nur im Mikroskop sichtbares Virus. Fasst man dagegen die gesellschaftlichen Folgen seines Auftretens in den Blick, wirkt der Erreger selber wie ein optisches Vergrößerungsgerät. Die Pandemie, die er ausgelöst hat, bringt die inneren Widersprüche und Verrücktheiten der herrschenden Ordnung in einer Deutlichkeit ans Licht wie selten zuvor. Das beginnt damit, dass er die vermeintliche Harmonie zwischen *Existenz* und *Leben* mit einem Schlag für jeden unübersehbar über den Haufen wirft. Angesichts von Corona haben sich viele Erwerbszweige mit der Fortsetzung ihres gewohnten Betriebs in Ansteckungsfabriken verwandelt. Im Februar 2020 war die Arbeit in Gastronomie und Luftverkehr noch eine legitime Form der Existenzsicherung für zahlreiche Beschäftigte gewesen. Ein paar Wochen später wurde sie zur akuten Gefahr für Leib und Leben. Ob Wirtin oder Kellner, die Berufsausübung kollidierte unmittelbar mit dem Schutz des Lebens im biologisch-medizinischen Sinn. Ein Virus stellt die Gesellschaft vor die Wahl, was wichtiger ist: die Vermeidung zahlreicher Todesfälle oder

das für diese Gesellschaft grundlegende Prinzip des Primats der Existenz über das Leben?

In vielen Ländern der Dritten Welt, in denen der Staat schon zerfallen ist oder wo dieser praktisch kein Sozialsystem bereitstellt, ergibt sich die Antwort auf diese Frage für einen großen Teil der Bevölkerung aus der normativen Kraft des Faktischen. Dort bleibt Abermillionen Menschen, die von der Hand in den Mund leben und auf keine ernsthafte staatliche Hilfe rechnen können, gar nichts anderes übrig, als der Existenzsicherung den Vorzug zu geben und die Gefahr einer Corona-Infektion in Kauf zu nehmen. Ihre Daseinsumstände lassen die Einhaltung der Regeln eines Social Distancing gar nicht oder nur ausgesprochen kurzfristig zu. Die Gesellschaft zerfällt in soziale Gruppen: solche, die es sich leisten können, sich vor Corona in Sicherheit zu bringen, und solche, die sich diesen ›Luxus‹ nicht leisten können. In Europa sieht das etwas anders aus. Angesichts der Bedrohung durch Sars-CoV-2 versuchen dort die Regierungen den Schutz des Lebens und den heiligen Primat der Existenzsicherung unter einen Hut zu kriegen. Allerdings verstrickt sich die Politik dabei in heillose Widersprüche. Diese Widersprüche verweisen zum einen darauf, wie überfällig der Abschied von der herrschenden Existenzweise als isoliertem Waren- und Konkurrenzsubjekt ist, zum anderen hebt der Versuch, die Corona-Pandemie im Rahmen des Systems des abstrakten Reichtums zu bewältigen, die Krise der Politik auf eine neue Stufe. Auf beides wird später etwas genauer einzugehen sein.

7.

Nicht nur im Vorfeld der Pandemie, also bei der Seuchenprophylaxe, haben Staat und Politik einen fatalen Kurs verfolgt. Auch an deren Anfang standen politische Fehlleistungen. Die folgenschwerste fand zunächst einmal im Ursprungsland der neuen Seuche statt. Obwohl die Machthaber durch die Sars Epidemie von 2002/2003 eigentlich hätten vorgewarnt sein müssen – schon damals war der Übergang des Virus vom Tier zum Menschen in China erfolgt –, reagierte das Regime auf die Herausforderung durch Sars-CoV-2 erst einmal über Wochen und Monate hinweg mit Leugnung und Vertuschung. Nicht, dass es in der chinesischen Gesellschaft an warnenden Stimmen gefehlt hätte – man denke nur an den tragischerweise später selber an Corona verstorbenen Arzt Li Wenliang, der frühzeitig auf die Gefahr einer Pandemie hingewiesen hatte. Statt auf die alarmierten Mediziner*innen

zu hören, hat der Staatsapparat diese drangsaliert und mundtot gemacht. Die Bevölkerung Chinas im Besonderen und die Menschheit im Allgemeinen zahlten einen hohen Preis für diese, für kleptokratisch-autoritäre Regime typische, Praxis. Erst die anfängliche Vogel-Strauß-Politik sorgte für die Ausweitung einer lokal begrenzten und eindämmbaren Infektion zu einer Pandemie. Aber auch in der übrigen Welt haben die Regierungen die Dinge viel zu lange treiben lassen und damit wertvolle Zeit verschenkt.[26]

Dennoch scharten sich die Bevölkerungen in den meisten westlichen Ländern erst einmal um ihre Regierungen, als die endlich aktiv wurden und mit dem Shutdown die Notbremse zogen. Im besonders schwer von Corona gebeutelten Italien konnte sich Ministerpräsident Giuseppe Conte sogar einer beispiellosen Popularitätswelle erfreuen. Im März zeigten sich 71 Prozent der italienischen Bevölkerung mit seiner Arbeit zufrieden und damit 26 Prozent mehr als vor Corona.[27] Selbst in Frankreich sah sich die amtierende Regierung zunächst einmal im Aufwind. »Mit einem Zufriedenheitswert von 46 Prozent, ein Plus von 13 Prozent binnen zwei Monaten, schwang sich Macron«, einer vom Magazin *Paris Match* im April präsentierten Umfrage zufolge, »zu schon vergessen geglaubten Höhen auf.«[28] Und auch auf der anderen Rheinseite bot sich das gleiche Bild. Die ungeliebte Große Koalition kam auf Zustimmungswerte wie nie zuvor seit den letzten Wahlen. Im Süden der Republik demonstrierte Markus Söder, wie weit ein Politiker kommen kann, wenn er sich konsequent als Krisenmanager inszeniert. Bayerns Ministerpräsident preschte bei der Einführung von Kontaktbeschränkungen vor und gestaltete diese in ›seinem‹ Bundesland noch etwas rigider als im Rest der Republik, und in der Folge schossen seine Zustimmungswerte beim Wahlvolk durch die Decke und erreichten 90 Prozent.[29]

---

26 Besonders unrühmlich war das Vorgehen der Behörden in Tirol, die als verlängerter Arm der dortigen Tourismusindustrie agierten. Nur um die laufende Skisaison noch erfolgreich abzuschließen, ließen sie es sehenden Auges zu, dass sich Wintersportorte wie Ischgl in Hotspots verwandelten und sich der Virus mit den heimkehrenden Urlaubern über Europa verteilte.

27 https://de.statista.com/infografik/21445/entwicklung-der-zustimmungswerte-von-staats-und-regierungsoberhaeuptern/

28 https://www.n-tv.de/politik/Macron-profiliert-sich-als-Kriegsherr-article21691459.html

29 https://www.br.de/nachrichten/bayern/br-bayerntrend-kein-strohfeuer,S0E2C7h

Es hat natürlich etwas Paradoxes, wenn ein globales Staats- und Politikversagen dazu führt, dass sich eine regierungsloyale Stimmung breitmacht und es zu einer ›Wiederentdeckung‹ des Staates kommt. Trotzdem entbehrt diese Wendung nicht ihrer Logik. In einer in isolierte Warensubjekte aufgelösten Gesellschaft stellt der Staat die einzige Instanz dar, die so etwas wie Daseinsvorsorge organisieren kann. Das gilt natürlich auch und gerade für deren elementarsten Aspekt, den Schutz von Leib und Leben. Dieser gehört zu den Kernkompetenzen moderner Staatlichkeit, und selbst Ultraliberale kommen nicht so schnell auf die Idee, das infrage zu stellen. Dementsprechend verwandelte sich selbst ein Christian Lindner im März ad hoc in eine Art Kurzzeit-Etatisten. Anlässlich des Shutdown ließ er in einem Interview verlauten: »Jetzt ist die Stunde des Staates. Er kommt seiner ureigensten Aufgabe nach: Ordnungsmacht zu sein, die das regelt, was die individuelle Möglichkeit zur Übernahme von Verantwortung übersteigt.«[30]

Aus der Perspektive des sinnlich-stofflichen Reichtums existiert das, was Lindner als den Normalfall unterstellt, nur als seltene Ausnahme. In einer hochgradig vergesellschafteten und funktionsteiligen Gesellschaft ist der Punkt, an dem die individuellen Möglichkeiten enden, äußerst schnell erreicht. Natürlich sind die allermeisten Menschen in der Lage, ihre Zähne zweimal täglich in ›individueller Verantwortung‹ gründlich zu putzen, dazu ist freilich der Zugang zu Zahnpasta, Zahnbürste und fließend Wasser unabdingbar. Alle drei Voraussetzungen sind bereits das Resultat hochkomplexer, außerhalb des Zugriffs jedes Einzelnen und seiner ›individuellen Verantwortung‹ entzogener Produktions- und Distributionsprozesse. Was Lindner »individuelle Möglichkeit« zur Übernahme von Verantwortung nennt, ist nur ein anderer Ausdruck für die armseligen Entscheidungsspielräume, die den Menschen verbleiben, solange sie als vereinzelte Einzelne interagieren. Wenn man das mitdenkt, plaudert Lindner mit seinem Notstands-Etatismus ein systemisches Grundproblem der Warengesellschaft aus. Der Primat der privaten Existenzsicherung, der im liberalen Jargon als ›Eigenverantwortung‹ firmiert, hindert die Menschen jenseits ihrer jeweiligen besonderen Privatinteressen daran, zu einem koordinierten gemeinsamen Handeln zusammenzufinden. Selbst angesichts

30 https://www.liberale.de/content/lindner-interview-herr-lindner-wie-lange-haelt-ein-land-den-stillstand-aus-wir-reden-ueber

einer Pandemie ist die Gesellschaft gar nicht in der Lage, die zur Abwehr einer solchen Bedrohung nötigen menschlichen und stofflichen Ressourcen selbsttätig zu mobilisieren und zu koordinieren. Entweder springt der Staat ein und organisiert mit seinen Mitteln die zur Rettung von Menschenleben notwendige gesellschaftliche Kooperation, oder die Gesellschaft ist der Pandemie hilflos ausgeliefert. Solange sich die Menschen fraglos im Rahmen der warengesellschaftlichen Ordnung bewegen, bleibt ihnen gar nichts anderes übrig, als angesichts des Virus nach dem Staat zu rufen und ihr Schicksal der einzigen Instanz anzuvertrauen, die den mörderischen Konsequenzen der Marktlogik Einhalt gebieten kann.

8.

Solange man ausschließlich diesen Zusammenhang im Auge hat, erscheint die neue Staatsorientierung lediglich als systemkompatibler Ausdruck für den Wunsch nach einem effektiven Schutz von Menschenleben. Das Streben nach der Vermeidung von Menschenopfern ist selbstverständlich in jeder Hinsicht legitim und von einem emanzipativen Standpunkt aus ein gesellschaftliches Ziel höchster Priorität. Es ist fernerhin ein Hoffnungsschimmer, dass in unserer von Konkurrenzdenken und Egomanie geprägten Gesellschaft die Mehrheit der Bevölkerung immer noch bereit ist, für die Rettung der Leben anderer Menschen Abstriche bei den eigenen Interessen und Bedürfnissen zu machen. Offenbar hat die gesellschaftliche Verrohung noch Grenzen. Das ist freilich nicht die einzige Lehre, die sich aus der neuen Staatsgläubigkeit ziehen lässt.

Diese speist sich nämlich noch aus einer zweiten, weit weniger klaren Quelle. Vor allem in der Anfangsphase der Pandemie stand der Staat nicht nur hoch im Kurs, weil der Wunsch nach einer effektiven Bekämpfung der Corona-Pandemie virulent war und unter den gegebenen warengesellschaftlichen Bedingungen die dazu notwendigen weitreichenden Eingriffe nun einmal nur dieser durchsetzen kann; die Staatsfixierung dient(e) gleichzeitig der phantasmagorischen Bannung der Corona-Gefahr. Die Identifikation mit einer entschluss- und durchsetzungsfreudigen Regierungsmacht betäubt das Gefühl, der Pandemie wehrlos ausgeliefert zu sein. Indem sich die isolierten Konkurrenzsubjekte um ihre politische Führung scharen und ihr akklamieren, vereinigen sie sich zu einer Scheinsicherheit spendenden imaginären nationalen Notgemeinschaft.

Autoritäre Regime setzen ganz bewusst auf diese Karte und nutzen die Corona-Furcht gnadenlos zur Stabilisierung ihrer Herrschaft. In China etwa dient die Eindämmung des Virus ganz offensichtlich als Vorwand, um den energischen Ausbau des Überwachungsstaates zu legitimieren. Aber auch im Westen ist dieser autoritäre Impuls präsent und wird von den Regierungen benutzt. Das lässt sich unter anderem daran ablesen, welcher großen Beliebtheit sich im Zusammenhang mit Corona militärische Metaphorik erfreut. Als der französische Präsident im März Ausgangsrestriktionen verhängte, erklärte er seiner Nation: »Nous sommes en guerre« (Wir sind im Krieg). Tags zuvor hatte sich schon UN-Generalsekretär Guterres mit demselben Fiebertraum gleich an die gesamte Menschheit gewandt und proklamiert: »Sars-CoV-2 ist unser gemeinsamer Feind. Wir müssen diesem Virus den Krieg erklären.«[31] Wer das reale Verhältnis Mensch-Virus vor Augen hat, kann nur konstatieren, dass man mit einer Analogie kaum weiter daneben liegen kann, und das nicht nur, weil der Erreger keine für die Überbringung einer Kriegserklärung geeignete diplomatische Vertretungen unterhält; auch was Inhalt und Ziel angeht, bedeutet der Kampf gegen Corona nun einmal das genaue Gegenteil eines Krieges. Im modernen industriellen Krieg wird die ›schöne Maschine‹ auf die Kriegsproduktion ausgerichtet und hochgefahren. Um die Pandemie zu stoppen, wurden Teile der Wirtschaft dagegen heruntergefahren. In den modernen Kriegen riss der Staat massenhaft Menschen aus ihrem zivilen Alltag heraus, um sie an oft weit von ihrem Wohn- und Arbeitsort entfernten Fronten zum Töten einzusetzen. Angesichts von Corona geht es um Verhaltensänderungen im (zivilen) Alltagsleben. Um durch die Unterbrechung von Infektionsketten Leben zu schützen, werden Menschen nach Hause geschickt. Wenn trotz dieser offensichtlichen Gegensätzlichkeit die Maßnahmen gegen die Verbreitung des Virus derart gern[32] als eine Art von Krieg verkauft werden, dann geht es einzig und allein um die mit der Kriegsrhetorik untrennbar verbundene identitätspolitische Botschaft. Wer von einem Krieg gegen das Virus fabuliert, fordert Burgfrieden und Opferbereitschaft ein. Wie im

31 *Süddeutsche Zeitung*, 15.3.2020

32 In Deutschland spielt die Kriegsmetaphorik im Zusammenhang mit Covid-19 kaum eine Rolle. Schuld daran sind vermutlich die äußerst schlechten Erfahrungen, die die Deutschen im 20. Jahrhundert mit Kriegen und Kriegserklärungen gemacht haben. Diese haben sich ins kollektive Gedächtnis eingebrannt und darauf nimmt die hiesige Politik Rücksicht.

Krieg, so der Appell, soll die Gesellschaft auf ihr ziviles Eigenleben verzichten, sich stattdessen in vorauseilendem Gehorsam gegenüber der Regierung üben und sich nach außen abgrenzen.

Was Europa angeht, ließ sich vor allem bei *einer* staatlichen Maßnahme die primär identitätspolitische Motivation mit Händen greifen, nämlich bei den pauschalen Grenzschließungen im Frühjahr 2020. Offiziell wurden die diversen Einreisebeschränkungen zwar stets seuchenhygienisch gerechtfertigt, diese Begründung war aber häufig mehr vorgeschoben als stichhaltig. Es war von Anfang an klar, dass heruntergelassene Schlagbäume der Virusverbreitung teilweise sogar eher förderlich waren, statt sie zu bremsen. Das gilt etwa für die Schließung der deutsch-polnischen Grenze. Obwohl in beiden Ländern das Infektionsgeschehen einen ähnlichen Verlauf nahm, machte die polnische Regierung die Grenze dicht, nahm endlose Lkw-Staus in Kauf und setzte damit die Fahrer miesen hygienischen Bedingungen aus.[33] In Europa schoss die britische Regierung den Vogel in Sachen aberwitziger Grenzschließungen ab. Anfang Juni verkündete Premierminister Johnson – zum Entsetzen der arg gebeutelten Tourismusindustrie des Landes – eine Quarantänepflicht für einreisende EU-Bürger*innen. Zu dieser Zeit hatte Großbritannien in Europa, wie schon viele Wochen zuvor, nach Russland mit Abstand die meisten Neuinfektionen zu verzeichnen. Vor diesem Hintergrund war die seuchenhygienische Argumentation, mit der Premier Johnson diesen Schritt rechtfertigte, geradezu lächerlich. Der einzige Zweck der Übung bestand darin, Covid-19 als eine vom Kontinent kommende Bedrohung zu behandeln. Aber auch andernorts war das entscheidende Motiv für die Grenzschließungen die hohe symbolische Bedeutung, die diesem Akt bei der Formierung der nationalen Corona-Notgemeinschaften zukam. Dementsprechend hat kaum ein anderer Vorgang während der Corona-Krise das europäische Projekt derart nachhaltig beschädigt wie die Aussetzung der Freizügigkeit im Schengenraum. Sie hat den europäischen Zusammenhang als eine Schönwettergemeinschaft entlarvt, die sich angesichts wirklicher Bedrohung sofort in ihre nationalen Bestandteile zerlegt.

33 Natürlich gibt es Situationen in einer Pandemie, in denen Reisebeschränkungen sinnvoll sind. Dabei muss es aber darum gehen, die pandemischen Hotspots abzuriegeln, und deren Grenzen decken sich in der Regel nicht mit den Staatsgrenzen.

9.

Wir leben in doppelter Hinsicht in einer Weltgesellschaft. Zum einen handelt es sich beim System des kapitalistischen Reichtums, das unser aller Leben strukturiert, längst um ein globales System. Ob es um die Anlage von Geldkapital, den Arbeitskraftverkauf, den Einkauf von Konsumgütern oder die Erwirtschaftung von Profiten geht – immer bildet letztlich der *eine* Weltmarkt den Bezugsrahmen, innerhalb dessen die konkurrierenden Wirtschaftsakteure ihre jeweiligen Geldinteressen verfolgen. Zum anderen verwandelt ein immer enger vernetztes, gleichzeitig aber auf den armseligen Zweck der Erzielung privatwirtschaftlicher Profite ausgelegtes Wirtschaftssystem die gesamte Menschheit in eine unfreiwillige Haftungsgemeinschaft. Die Folgelasten der Produktion abstrakten Reichtums werden externalisiert und damit sozialisiert.[34]. Die Menschheitsfragen unserer Tage lassen sich allesamt als Resultate dieser negativen Weltgesellschaftlichkeit fassen.

Die neuen Menschheitsfragen erfordern ex definitione eine weltgesellschaftliche Lösung, also eine an den stofflichen Notwendigkeiten und menschlichen Bedürfnissen statt an den Imperativen abstrakter Reichtumsproduktion orientierte transnationale Kooperation. Der Bauplan einer globalisierten Warengesellschaft sieht so etwas aber nicht vor. Die einzige Instanz, die überhaupt in der Lage ist, gegenüber den zentrifugalen Marktkräften so etwas wie einen Allgemeinheitsstandpunkt geltend zu machen, ist der moderne Staat. Aber zum einen setzt dieser die Auflösung der Gesellschaft in konkurrierende Warensubjekte immer schon voraus und überbrückt den Gegensatz der Privatinteressen nur provisorisch; zum anderen leistet er auch das stets nur für einen bestimmten Ausschnitt der Erdoberfläche. In ihren Sonntagsreden mögen Staatenlenker*innen ganz gerne einen Menschheitsstandpunkt bemühen; im Regierungsalltag sind sie aber nun einmal vor allem anderen dem jeweiligen besonderen Standortinteresse und ihrem Wahlvolk verpflichtet.

Um die neuen Menschheitsfragen letztlich zu lösen, muss die Weltgesellschaft die Konsequenzen aus der Doppellektion ziehen, die der Krisenprozess erteilt. Sie muss Markt und politisch-staatliche Regulation gleichermaßen als historische Auslaufmodelle begreifen und lernen, für sich selber zu sprechen, statt die ›Staatengemeinschaft‹ für sich sprechen

34 Zum Problem der Externalisierung vgl. den Beitrag *Verdrängte Kosten* von Norbert Trenkle in diesem Band.

zu lassen. Die Menschheit hat die Wahl: Sie kann entweder die Bewältigung der Misere weiterhin an die internationale Politik delegieren – dann stehen wir am Beginn eines ›dunklen Zeitalters‹; oder sie ringt sich durch, angesichts des Systembankrotts ein gemeinsames Projekt der globalen Neuvergesellschaftung jenseits von Ware, Geld und Staatlichkeit zu entwickeln.

Der meistdiskutierte Aspekt negativer Weltgesellschaftlichkeit war der ›Klimawandel‹. Schon der Umgang der internationalen Politik mit den im Weltmaßstab immer weiter steigenden CO_2-Emissionen spricht eine deutliche Sprache: So wenig wie ein Tanker bei einem olympischen Kajak-Slalomwettbewerb eine gute Figur macht, so wenig sind die Regierungen in der Lage, zu einer dem Problem angemessenen gemeinsamen ›Klimaschutz‹-Praxis[35] zu finden. Dass die Politik angesichts der Corona-Pandemie reflexhaft in nationale Krähwinkelei verfallen ist, hat uns ein weiteres Mal mit der Nase darauf gestoßen, wie es um die transnationale Kooperationsfähigkeit bei der Lösung der großen Menschheitsfragen bestellt ist.

10.

Das ist aber keineswegs die einzige Lehre, die sich aus der Corona-Pandemie ziehen lässt. Auch wenn man die Binnenverhältnisse innerhalb der verschiedenen westlichen Länder betrachtet und miteinander vergleicht, ergibt sich ein aufschlussreicher Befund. Der wirklich entscheidende Faktor für eine erfolgreiche Eindämmung des Virus ist keineswegs ein möglichst ›starker Staat‹, sondern eine möglichst starke Zivilgesellschaft. Je schwächer in einem Land dieses Gegengewicht zu den ökonomischen Imperativen ausgebildet ist, je mehr der öffentliche Diskurs von den identitätspolitischen Spielchen ›starker Männer‹ dominiert wird, desto überfüllter die Intensivstationen, desto voller die Leichenhallen. Wo die Zivilgesellschaft mehr Gewicht hat und von den Regierungen den Raum bekommt, ihre Kräfte und ihren Sachverstand einzubringen, fallen die Infektions- und Sterbeziffern dagegen deutlich niedriger aus.

Dass angesichts einer Pandemie nicht der allwissende und allmächtige Staat, sondern eine starke Zivilgesellschaft vonnöten ist, liegt an der Natur des ›Gegners‹. Viren sind ein biologisches Phänomen und damit als Teil

35 Zur Kritik des Begriffs ›Klimaschutz‹ vgl. den Beitrag *Die Sache mit dem Klima* von Karl-Heinz Simon in diesem Band.

der sinnlich-stofflichen Wirklichkeit gegen Paragrafen, monetäre Anreize sowie die Ausübung von Polizeigewalt völlig resistent. Genau das sind aber die Instrumente, mit denen der Staat hantiert. Die Bekämpfung der Covid-19 Pandemie muss aber in der sinnlich-stofflichen Wirklichkeit erfolgen. Sie erfordert die Entwicklung von Medikamenten und Impfstoffen, eine gute Versorgung mit Krankenhausbetten und Beatmungsgeräten und vor allem qualifiziertes und motiviertes Pflegepersonal. Keine dieser menschlichen und stofflichen Ressourcen befindet sich im direkten Zugriff irgendeiner Regierung oder eines Parlaments oder wird von den Organen der repräsentativen Demokratie in Eigenregie geschaffen. Nicht einmal die der Bevölkerung zwangsverordneten Alltagsmasken werden in Amtsstuben gefertigt. Einen Teil der notwendigen Ressourcen kaufen die staatlichen Instanzen auf dem Markt bei Privatunternehmen ein, ansonsten übernehmen das öffentliche Gesundheitswesen und öffentliche Forschungseinrichtungen die praktische Pandemie-Bekämpfung, Institutionen, die der Zivilgesellschaft nahe stehen oder sogar als Teil davon zu betrachten sind. Fernerhin muss die Bevölkerung angesichts der Pandemie ihr Alltagsverhalten verändern. Der Staat kann zwar *Social Distancing* anordnen, dieses allein mit Polizei und Justiz durchzusetzen, wäre allerdings ein aussichtsloses Unterfangen. Das Gros der Bevölkerung muss schon die Notwendigkeit der ergriffenen Maßnahmen akzeptieren und sie Tag für Tag mehr oder minder freiwillig neu umsetzen. Die durch die Kita-Schließungen gerissene Betreuungslücke hat nicht der Staat geschlossen. Das blieb den Eltern, namentlich den Müttern überlassen. Patient*innen, bei denen die Corona-Infektionen einen schweren Verlauf nehmen, landen weder im Bundestag noch in den kommunalen Rathäusern, sondern auf der Intensivstation, was ihre Überlebenschancen deutlich erhöht. Die Pflege übernimmt das Klinikpersonal. Mit anderen Worten: Die Gesellschaft ruft angesichts der Pandemie zwar lauthals nach dem Staat, aber nur damit dieser alles, was die unmittelbar-praktische Bekämpfung des Virus betrifft, stante pede an die Gesellschaft zurückdelegiert.

Einige patientenferne Teile des öffentlichen Gesundheitswesens, etwa die Gesundheitsämter, üben hoheitliche Rechte aus und stellen als Ausführungsorgane der Gebietskörperschaften juristisch einen Teil des Staatsapparates dar. Auch das dem breiteren Publikum vor dem Ausbruch von Corona so gut wie unbekannte Robert-Koch-Institut (RKI) ist eine dem Gesundheitsministerium unterstellte Behörde und fällt insofern nicht

unter die Rubrik Zivilgesellschaft. Aber auch in diesem Bereich lässt sich eine für unseren Zusammenhang aufschlussreiche Beobachtung machen. Offiziell ist der Staatsapparat streng hierarchisch strukturiert – auch und gerade in den westlichen Demokratien. Die durch Wahlen legitimierten Regierungen haben das Kommando inne, die mit der Daseinsvorsorge in Sachen Gesundheit betrauten Behörden und Verwaltungen arbeiten weisungsgebunden. In allen Ländern, die relativ gut durch die erste Welle der Pandemie kamen, war ein Teil ihres Erfolgsgeheimnisses eine faktische Kompetenzumkehrung im Verhältnis von Regierungen und den für den Gesundheitsschutz zuständigen Fachbehörden.

Die Eindämmung der Pandemie gelang dort deutlich besser, wo die Regierungen sich an die Empfehlungen ihrer Fachleute hielten und gegenüber der eigenen Bevölkerung mit halbwegs offenen Karten spielten. In Deutschland ging die punktuelle Kompetenzinversion zumindest in der Anfangsphase der Pandemie vergleichsweise reibungslos vonstatten. Ein Markus Söder etwa hat sich zwar als entschlossener Krisenmanager in Szene gesetzt, die ganze Entschlossenheit bestand aber darin, die Empfehlungen des RKI etwas schneller umzusetzen als die Kollegen und Kolleginnen in den anderen Bundesländern. In den ersten Wochen des Shutdowns tat sich diese dem Gesundheitsministerium unterstellte Behörde offenbar erst einmal mit der partiellen Kompetenzumkehr schwerer als die Regierungen auf der Bundes- und Länderebene. Ein schwerwiegender, ausschließlich dem Festhalten an der eigentlichen Hierarchie geschuldeter Fehler bei der Krisenverwaltung geht jedenfalls auf das Konto des RKI. Es gehört zu den Usancen staatlicher Apparate, dass die nachgeordneten Behörden zu den Fehlleistungen ihrer Weisungsgeber entweder schweigen oder diese kaschieren. Genau das tat das RKI in der Maskenfrage. Das Gesundheitsministerium hatte es versäumt, für den Fall einer Pandemie ausreichende Vorräte dieses Cent-Artikels anzulegen. Statt das einzuräumen, leistete der Präsident des RKI, Lothar Wieler, Flankenschutz für den amtierenden Gesundheitsminister und stellte sich auf den Standpunkt: Was wir nicht haben, brauchen wir auch nicht. Was das Tragen von Masken im Alltag angeht, behauptete er noch Ende Februar 2020, es gebe »keinerlei Evidenz, dass das in irgendeiner Weise hilfreich ist«.[36] Erst als in aller Eile und

36 https://www.spiegel.de/politik/deutschland/corona-in-deutschland-das-ueberforderte-robert-koch-institut-a-00000000-0002-0001-0000-000170716180 Die Aussage des RKI deckte sich mit den Verlautbarungen der Weltgesundheitsorganisation

heillos überteuert ausreichend Masken beschafft waren, besann er sich eines besseren. Diese Vorgehensweise hat sowohl die Glaubwürdigkeit des RKI beschädigt als auch Zweifel am Sinn der Maskenpflicht genährt und damit dem Treiben diverser Corona-Leugner Vorschub geleistet.

11.

Als Garant von so etwas wie Daseinsvorsorge in der Warengesellschaft kann nur der Staat dafür Sorge tragen, dass dem Gesundheitssektor die zur Bewältigung der Pandemie notwendigen Ressourcen zufließen. Fernerhin kann nur er verbindlich festlegen, welche Restriktionen im Alltagsleben gelten, und Verstöße sanktionieren. Neben diesen lösbaren Aufgaben haben zumindest die westeuropäischen Regierungen ihrer Bevölkerung ein Zusatzversprechen gegeben: Durch staatliche Hilfen soll der Widerspruch zwischen dem Schutz des Lebens und der Herrschaft des abstrakten Reichtums überbrückt werden. Die Mitglieder der Gesellschaft sollen weiterhin als vereinzelte Einzelne ihre privaten Geldinteressen verfolgen und Einkünfte erzielen, auch wenn die Politik zumindest kurzfristig der Pandemiebekämpfung eine höhere Priorität einräumt als dem Wirtschaftswachstum.

In den Märztagen mag das Gros der hiesigen Bevölkerung noch geglaubt haben, dass die Bundesregierung, gestützt auf die privilegierte Stellung des Standorts Deutschland, in der Weltmarktkonkurrenz schon in der Lage sein werde, diese Zusage einzulösen. In Wirklichkeit hat sie sich auf eine *Mission impossible* eingelassen; je weiter wir uns von den Tagen des ersten Shutdowns entfernen, umso schärfer tritt die Unversöhnbarkeit von Lebensschutz und der herrschenden Wirtschafts- und Lebensweise zutage. Der heutige, von der Finanzmarktdynamik abhängige Kapitalismus reagiert auf ein bisschen Wirtschaftsdrosselung extrem empfindlich. Ein paar Wochen pandemiebedingtes Abbremsen der ›schönen Maschine‹ könnten durchaus reichen, um die tiefste ökonomische Krise in der Geschichte des Kapitalismus auszulösen. Aber selbst wenn es gelingen sollte, den Weltwirtschafts-GAU diesmal zu vermeiden, bleibt die Bilanz verheerend.

(WHO), die ebenfalls die Schutzwirkung von Masken in Abrede stellten. Das macht die Sache aber um keinen Deut besser. Auch bei der WHO drängt sich an diesem Punkt der Verdacht auf, dass sie bemüht war die Versäumnisse ihrer staatlichen Geldgeber zu kaschieren.

12.

Ein Erdbeben richtet in der Regel die größten Verheerungen in den nahe am Epizentrum gelegenen Siedlungen an, und die Hauptschäden entstehen, solange der Boden schwankt. Löst ein Seebeben einen Tsunami aus, dann folgt diese Naturkatastrophe räumlich wie zeitlich einem anderen Zerstörungsmuster. Ihre verheerende Wirkung entfaltet die Flutwelle an den Küstenlinien, und diese können einige tausend Kilometer vom Epizentrum entfernt liegen. Fernerhin liegen zwischen dem auslösenden Beben und der Flutkatastrophe oft etliche Stunden. Wenn man die Wirkungen der Corona-Pandemie auf die kapitalistische Wirtschaft betrachtet, dann hat die Corona-Krise etwas von einem Tsunami 2.0. Nicht nur, dass die ökonomischen Folgen der Pandemie auch dann noch zu spüren sein werden, wenn das medizinische Ausgangsproblem längst überwunden ist; für das Gesamtsystem des abstrakten Reichtums ist nicht so sehr die Entwicklung in den vom Shutdown betroffenen Branchen gefährlich, sondern die Rückkoppelung auf die übrige Wirtschaft; und das mit Abstand größte Krisenpotenzial lauert im Finanzüberbau.

Bleiben wir zunächst beim Epizentrum des Bebens, das den ökonomischen Tsunami in Gang setzt. Was dort geschieht, ist wenig spektakulär. Solange Covid-19 grassiert, muss auf das Virus getestet, müssen schwer Erkrankte intensivmedizinisch behandelt und entsprechende Kapazitäten für Covid 19-Patienten reserviert werden.[37] In einer Warengesellschaft werden diese pandemiebedingten Zusatzaufgaben nur wahrgenommen, wenn ihre Finanzierung gesichert ist. Diese direkten Kosten der Pandemie werden hierzulande im Wesentlichen aus zwei Quellen bestritten: aus den Haushalten des Bundes und der Länder sowie von den gesetzlichen Krankenversicherungen. Diese rechnen für das Jahr 2020 denn auch mit einem deutlichen Anstieg ihrer Ausgaben. Dass die gesetzlichen Krankenkassen nach fetten Jahren, in denen sie erhebliche Reserven angesammelt haben,[38] ins Minus rutschen, liegt aber bezeichnenderweise weniger am coronabedingten Mehrbedarf;[39] vielmehr sind für das Defizit in erster

37 Für jedes Bett auf einer Intensivstation, dass für Pandemieopfer freigeräumt wurde, erhielten die Krankenhausbetreiber 50.000 €.

38 Nach Schätzungen beliefen sich die Gesamtreserven der gesetzlichen Krankenversicherungen 2019 auf 31 Mrd. €.

39 Zumindest in der Schweiz scheint Corona gar nicht zu einer wesentlichen Veränderung der Ausgabensituation geführt zu haben. Die *Zürcher Hochschule für*

Linie die rückläufigen Einnahmen im Gefolge der wirtschaftlichen Talfahrt verantwortlich. Wenn selbst die Hauptfinanzierer des deutschen Gesundheitswesens wesentlich mehr unter den indirekten als unter den direkten Pandemiekosten leiden, spricht das natürlich Bände.

Bei den direkten Kosten der Pandemie handelt es sich in erster Linie um *Mobilisierungs*kosten. Diese entspringen der Notwendigkeit, das Gesundheitssystem mit zusätzlichen Ressourcen auszustatten. Die indirekten Kosten haben einen völlig anderen Charakter. Sie werden durch die *Demobilisierung* einiger Teile der Wirtschaft verursacht. Im Gefolge der Pandemie und ihrer Bekämpfung schrumpft die privatwirtschaftliche Erzeugung abstrakten Reichtums.

Es liegt selbstverständlich keineswegs in der Absicht der Politik, dem privatwirtschaftlichen Akkumulationsprozess Steine in den Weg zu legen, ganz im Gegenteil. Der Staat ist von der ›schönen Maschine‹ abhängig, und Wachstum ist ihm dementsprechend heilig. Die staatlichen Restriktionen zielen eigentlich nur darauf ab, ansteckungsträchtige Alltagspraktiken entweder zu unterbinden oder so zu reglementieren, dass die Infektionsgefahr herabgesetzt ist. Viele dieser zum sozialen Leben gehörenden Aktivitäten, von Restaurant- und Konzertbesuchen über Sportveranstaltungen bis hin zum Reisen sind aber nun einmal untrennbar mit dem Konsum kommerzieller Dienstleistungen verknüpft. Deren Inanspruchnahme lässt sich natürlich weder verbieten noch einschränken, ohne die Anbieter mitzutreffen. Der behördlich angeordnete Shutdown bedeutet für einige Segmente des tertiären Sektors wie die Tourismusindustrie oder die Veranstaltungswirtschaft über Wochen und Monate hinweg totale oder mindestens erhebliche Einnahmeausfälle. Das trifft diese Wirtschaftszweige logischerweise ins Mark. In der Gastronomie etwa zeichnet sich hierzulande eine Pleitewelle sondergleichen ab. Zwar gibt es seit Mai Lockerungen, im Gefolge der Abstandsregeln sinkt die Auslastungsrate allerdings so weit, dass viele Lokale

---

Angewandte Wissenschaft kommt in ihrem Blog für die ersten Monate der Pandemie 2020 jedenfalls zu folgendem Befund: »Wir haben eine Gesundheitskrise und die Gesundheitskosten steigen in diesem Jahr trotzdem kaum an. Dem grossen Mehraufwand für die Behandlung von schwererkrankten Covid-19-Patienten in den Spitälern stehen massive Rückgänge bei der Beanspruchung sonstiger medizinischer Behandlungen entgegen.«
https://blog.zhaw.ch/gesundheitsoekonomie/2020/05/28/was-macht-corona-mit-unseren-gesundheitskosten/ Für Deutschland lassen sich derzeit (Juli 2020) noch keine Schätzungen finden.

keine Gewinne mehr abwerfen und die Wiedereröffnung sich wirtschaftlich in vielen Fällen nicht mehr rechnet.[40]

Würde sich die Corona-Pandemie nur auf die durch behördliche Restriktionen nachhaltig in ihren Betriebsabläufen beeinträchtigten Teile des Dienstleistungssektors auswirken, blieben die Folgen für Wirtschaft und Beschäftigung in Deutschland dennoch überschaubar. Denn hierzulande spielen Branchen wie die Gastronomie, der Tourismus oder die Veranstaltungswirtschaft letztlich nur eine Nebenrolle.[41] Die Krise in diesen Sektoren wirkt aber auf andere Wirtschaftsbereiche zurück. Sie löst zunächst einmal eine Talfahrt in anderen Segmenten der ›Realwirtschaft‹ aus. Wenn die Reiseanbieter keine Kunden mehr haben, dann bleiben nicht nur die Hotels rund ums Mittelmeer leer, auch der Flugverkehr bricht ein. Bleiben die Flugzeuge am Boden, dann bleiben auch Flugzeughersteller auf ihren Maschinen sitzen. Der Druck auf Absatz und Ertrag betrifft indes auch Branchen, bei denen der Verkettungszusammenhang weniger unmittelbar ins Auge springt. Man nehme nur Deutschlands traditionelle Vorzeigeindustrie, die Automobilproduktion. Angesichts einer allgemeinen Verunsicherung und trüber Wirtschaftsperspektiven hatten im ersten Quartal 2020 die fünf größten Autokonzerne der Welt Einbrüche bei den Verkaufsziffern von 21 Prozent, beim Umsatz um neun Prozent zu verzeichnen.[42] In Deutschland dokumentiert der Einbruch bei den Exporten die pandemiebedingte globale Talfahrt der ›Realwirtschaft‹. Die lagen im März um 24 Prozent niedriger als im Vorjahresmonat und im April sogar um 31 Prozent.[43] Diese herben Rückschläge lassen sich nicht so ohne Weiteres ausgleichen.

40 Nach einer Umfrage des deutschen Hotel und Gaststättenverbandes gilt das für acht von zehn Betrieben. https://www.capital.de/wirtschaft-politik/trotz-neustart-gastronomie-droht-pleitewelle. Das ist sicherlich eine gezielte Übertreibung, mit der sich die Interessenvertretung der Branche im Kampf um weitere Hilfgelder gut zu positionieren versucht. Aber auch wenn in Wirklichkeit nur drei oder vier von zehn Betrieben unter den derzeitigen Bedingungen Verluste einfahren, bleibt das eine dramatische Entwicklung.

41 Weltweit sieht das freilich insofern anders aus, als mit dem Tourismus eine der im Ranking der wichtigsten globalen Industrien inzwischen mit ganz oben angesiedelten Branchen von Corona schwer gebeutelt wird. 2018 trug der Tourismus 10,4 Prozent zum globalen BIP bei. Gerade für viele an der Weltmarktperipherie gelegene Staaten ist diese Branche extrem wichtig.

42 https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-krise-analysten-erwarten-hohe-verluste-in-der-autoindustrie-a-52ad149d-b4b5-4ed5-95be-691127c1b1bc

43 https://www.zdf.de/nachrichten/wirtschaft/coronavirus-exporte-einbruch-100.html

Nach einer im Juni veröffentlichten Prognose des IWF steht für 2020 eine Schrumpfung des globalen BIP um 4,9 Prozent zu erwarten.[44] Dieser globale Rückgang muss ein extrem exportabhängiges Land wie Deutschland überproportional treffen, und dementsprechend geht der IWF für dieses Land sogar von einem Rückgang des BIP um 7,8 Prozent aus.

So dramatisch diese Ziffern klingen, die wirkliche Achillesferse des heutigen Kapitalismus wurde noch gar nicht angesprochen: Auf seiner heutigen Entwicklungsstufe ist das System des abstrakten Reichtums extrem abhängig von der Vermehrung fiktiven Kapitals auf den Finanzmärkten. Seit den 1980er-Jahren bleibt der Kapitalismus nur noch auf Wachstumskurs, weil er in Gestalt von Finanztiteln aller Art (Aktien, Anleihen, Futures etc.) und sich immer höher auftürmender privater Kreditgebirge die Aussicht auf künftige Profite vorab in Kapital verwandelt. Die transnationale Finanzindustrie ist zur eigentlichen Basisindustrie des kapitalistischen Systems aufgestiegen.[45] Wächst diese nicht mehr, dann rutscht im Gefolge auch die ›Realwirtschaft‹ alsbald weltweit in die Krise. Im Jahr 2008 konnte man das zuletzt bilderbuchhaft studieren. Damals haben sinkende Preise für US-amerikanische Eigenheime einen globalen Finanzmarktcrash ausgelöst, weil viele Immobilienkredite nur durch den Wiederverkaufswert der auf Pump finanzierten Eigenheime gedeckt waren und das internationale Bankensystem deshalb auf Krediten saß, die sich als ›faul‹ erwiesen. Das hatte eine Weltwirtschaftskrise zur Folge. Zwölf Jahre später ist die Finanzindustrie noch viel riesiger aufgebläht als damals, aber keinen Deut stabiler. So warnte etwa bereits im Oktober 2019 die neue IWF-Chefin Kristalina Georgiewa vor einer neuen Finanzkrise, weil sich die Unternehmen weltweit in Höhe von 19 Billionen Dollar verschuldet hätten.[46] Wenn aber vor zwölf Jahren ein Rückgang der US-amerikanischen Immobilienpreise eine Entwertungsspirale ausgelöst hat, die den globalen Finanzüberbau fast zum Einsturz gebracht hätte, ist leicht vorstellbar, welche Bedrohung die aktuelle Krise darstellt. Gemessen an einer nur einen einzelnen Wirtschaftszweig in einem Land betreffenden Entwicklung, ist Corona von ganz anderer Tragweite. Die Seuche betrifft alle Länder; egal ob die Regierungen restriktive Maß-

44 https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/iwf-corona-wirtschaftskrise-prognose-weltwirtschaft-1.4946441

45 Vgl. dazu genauer meinen Text *Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation,* https://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/

46 https://www.dw.com/de/iwf-warnt-vor-schulden-zeitbombe/a-50859978

nahmen ergreifen oder dem Virus freien Lauf lassen, in vielen Branchen müssen Unternehmen ihre Profiterwartungen drastisch nach unten korrigieren oder schreiben sogar tiefrote Zahlen. Eine solche Erschütterung hat allemal das Potenzial, die Finanzmarktblase, die sich im Laufe der letzten zwölf Jahre gebildet hat, zum Platzen zu bringen.

Das wissen natürlich auch die Regierungen dieser Welt und vor allem die Zentralbanken. Ohne die massiven präventiven Stützungskäufe Letzterer wären schon im Frühjahr unweigerlich sämtliche Börsen dieser Welt abgestürzt.[47] Die eigentliche Bewährungsprobe steht freilich noch aus. Wenn eine durch Corona ausgelöste Pleitewelle das Bankensystem mit Kreditausfällen im großen Stil konfrontiert, könnte es doch noch zu einem massiven Entwertungsschub an den Finanzmärkten kommen, der wiederum den Rest der Wirtschaft mit in den Abgrund zöge. Vor allem in den USA, aber auch in einigen europäischen Ländern wie Italien und Großbritannien, befinden sich die Banken in einer höchst prekären Lage. Und auch das deutsche Bankensystem ist alles andere als stabil. Nach einer Prognose des Leibniz-Instituts für Wirtschaftsforschung Halle (IWH) werden selbst bei einer raschen Konjunkturerholung nach dem Lockdown sechs Prozent der Sparkassen sowie Privat- und Genossenschaftsbanken im Herbst 2020 in eine Schieflage geraten. Sollte sich die Flaute über Monate hinziehen, könnten sogar 28 Prozent der Geldinstitute in Not geraten.[48] Die Bundesregierung hat auch aus diesem Grund zunächst einmal bis zum Jahresende das Insolvenzrecht ausgesetzt und überschuldete, zahlungsunfähige Unternehmen von der Pflicht entbunden, Insolvenz anzumelden. Damit sind auch die Banken erst einmal von der Notwendigkeit befreit, die nicht mehr eintreibbaren Kredite jetzt schon abzuschreiben; mit solchen Maßnahmen wird das Problem der Kreditausfälle aber natürlich nicht gelöst, sondern nur vertagt und aufgestaut. Nach Berechnungen des Instituts für deutsche Wirtschaft (IW) könnten bis Ende des Jahres 2020 schon 4.300 Zombieunternehmen durch Deutschland spuken, die zunächst

47 Die EZB hat angesichts der Corona-Krise ein neues Aufkaufprogramm im Umfang von 750 Milliarden Euro aufgelegt. Hauptnutznießer sind diesmal nicht klamme Staaten, sondern marode aktiennotierte Unternehmen. https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-anleihen-urteil-corona-1.4897615

48 https://www.spiegel.de/wirtschaft/unternehmen/corona-folgen-oekonomen-rechnen-mit-bankenkrise-a-00000000-0002-0001-0000-000171875113

einmal weiter machen dürfen, obwohl sie nach den alten Regeln schon bankrott wären.[49]

Was Covid-19 angeht, wurde lange über eine zweite Welle diskutiert, die möglicherweise mehr Opfer fordert als die erste. Was die weltwirtschaftlichen Perspektiven betrifft, stellt auf alle Fälle die zweite Welle das eigentliche Problem dar: Sollte die derzeitige Rezession die nächste, längst überfällige Finanzmarkt- und Bankenkrise auslösen, würde sich das, was heute als Corona-Krise firmiert, im Nachhinein als bloßes Vorgeplänkel für den eigentlichen Krisenschub entpuppen.

13.

Auch die politische Klasse scheint sich im Klaren darüber zu sein, dass für die ökonomische Perspektive weniger die direkten Kosten der Pandemie das Problem darstellen und auch nicht die Verluste in den unmittelbar von Restriktionen betroffenen Branchen, sondern die Rückwirkungen auf den Rest der Wirtschaft. Die Zusammensetzung des Corona-Ausgabenkatalogs spricht jedenfalls Bände. Im Frühjahr 2020 kündigte die Bundesregierung an, sie werde eine Billion Euro zusätzliche neue Kredite auf dem Kapitalmarkt aufzunehmen. Damit schoss der Stand der Staatsschulden mit einem Schlag von 59,8 Prozent des BIP auf 81 Prozent hoch – ein bisher beispielloser Vorgang. Gerade einmal 3,5 Milliarden Euro, also 0,35 Prozent der Gesamtsumme, waren dabei für die Finanzierung der direkten Pandemiekosten vorgesehen. Um die Zusatzkosten im Gesundheitswesen zu finanzieren, bediente sich der Bund lieber bei einer anderen Quelle und zapfte zu diesem Zweck den nach Jahren der Hochkonjunktur prall gefüllten Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenkassen an.[50] Und auch die Soforthilfen, die kleineren Unternehmen, Soloselbstständigen und Freiberuflern die Existenz sichern sollten, stellen nur ein kleines Stückchen vom Riesenkuchen dar. Für diesen Zweck wurden 50 Mrd. Euro reserviert. Der Hauptposten unter den coronabedingten Zusatzausgaben für die Exi-

49 https://www.focus.de/finanzen/news/konjunktur/koennte-ein-problem-werden-4300-zombiefirmen-unter-uns-deutschland-droht-noch-2020-der-grosse-spuk_id_12391691.html

50 Der DGB hat von Anfang an zu Recht die ›soziale Schieflage‹ dieser Finanzierungsweise kritisiert. Sie bedeutet nämlich nichts anderes als die Freistellung aller privat Krankenversicherten von der Finanzierung der corona-bedingten Zusatzausgaben.

stenzsicherung, das Kurzarbeitergeld, für das im Jahr 2020 voraussichtlich 30 Mrd. Euro gebraucht werden, wurde wieder bis auf Weiteres auf die Bundesagentur für Arbeit abgewälzt, deren Reserven in den Jahren der Hochkonjunktur auf 26 Mrd. Euro angeschwollen waren.[51] Wesentlich spendabler als gegenüber Freiberuflern, Selbstständigen und Kleinunternehmern zeigte sich der Bund von Anfang an gegenüber den größeren und großen Unternehmen. Im März starteten nicht nur Sonderprogramme der Kreditanstalt für Wiederaufbau (KfW), es wurde auch der ›Wirtschaftsstabilisierungsfonds‹ aus der Taufe gehoben, der ausschließlich Unternehmen mit mehr als 249 Beschäftigten zugutekommt. Dieser umfasst nicht nur die Refinanzierung der KFW-Sonderprogramme durch eine weitere Kreditermächtigung über 100 Mrd. Euro; damit diese Unternehmen sich auch weiterhin auf dem Kapitalmarkt refinanzieren können und Zugang zu Bankkrediten haben, übernahm der Staat im großen Stil das Ausfallrisiko. Es wurden zusätzliche Staatsbürgschaften bis zu einem Garantierahmen von 400 Mrd. Euro beschlossen.

Zu Beginn der Corona-Pandemie erntete die Große Koalition für ihre Politik hohe Zustimmungswerte – auch für ihre dem Motto ›Nicht kleckern, sondern klotzen‹ folgende Haushaltspolitik. Das lag auch an einer verzerrten Wahrnehmung der Verwendung dieser Mittel. Im Zentrum der öffentlichen Debatte standen gerade jene Maßnahmen, die innerhalb des Gesamtpakets kaum ins Gewicht fielen: die Aufrüstung des Gesundheitswesens und die Hilfsgelder für die Existenzsicherung ›kleiner Leute‹. Die Brotkrumen wurden als das Wesentliche missverstanden. Diese Fehlwahrnehmung kam nicht von ungefähr. Der Wunsch nach einer wirksamen Bekämpfung der Pandemie amalgamierte sich mit dem Reflex, angesichts der Bedrohung eine nationale Notgemeinschaft zu formieren – und da ging man über das Kleingedruckte im Corona-Gesellschaftsvertrag weitgehend hinweg.

Diese ideologische Bedürfnislage lässt sich an dem seltsamen Bedeutungswandel festmachen, der dem Adjektiv ›systemrelevant‹ während

51 Erst wenn die Reserven der Bundesagentur für Arbeit aufgezehrt sind und deren Etat mit Bundesmitteln aufgestockt werden muss, ist der Staatskredit gefordert. Der Punkt dürfte gegen Endes des Jahres 2020 erreicht sein. Für das laufende Jahr rechnet die Bundesagentur im Mai mit Kosten für das Kurzarbeitergeld von 30 Mrd. Euro. https://www.rnd.de/wirtschaft/kurzarbeit-bundesagentur-fur-arbeit-rechnet-2020-mit-kosten-von-30-milliarden-euro-RNO6RE2IL4JD7TLRMBJYODHDCU.html

des Frühjahrs-Lockdowns widerfuhr. Dieser Ausdruck hielt mit der letzten großen Finanzkrise Einzug in den Wortschatz, und zwar als Totschlagargument, um die beim Wahlvolk wenig populäre Bankenrettung als alternativlos zu rechtfertigen. Sein Auftreten dokumentierte damals unfreiwillig die Grundverrücktheit der warengesellschaftlichen Ordnung. Systemrelevant und damit vom Staat um jeden Preis am Leben zu erhalten, sind die Wirtschaftsakteure, ohne die die Selbstzweckbewegung der Verwandlung von Geld in mehr Geld gesamtgesellschaftlich nicht fortgesetzt werden kann. Zu dieser Rubrik gehört zuvorderst die Finanzindustrie, die seit Jahrzehnten zum Hauptträger der Vermehrung abstrakten Reichtums geworden ist. Wer nur seine Arbeitskraft zu veräußern hat, hat demgegenüber nur eine nachgeordnete Position inne und ist, so die Quintessenz der warengesellschaftlichen Logik, mehr oder minder system*irrelevant*. Natürlich könnte man aus dieser Demütigung die logische Konsequenz ziehen: Eine Wirtschaftsweise, in welcher der stoffliche Reichtum und die Menschen irrelevant sind und nur der abstrakte Reichtum zählt, ist absurd und gehört auf den Müllhaufen der Geschichte. Was ist das für ein System, in dem nicht die Güter und Bedürfnisse zählen, sondern alles um den in Geld ausgedrückten Reichtum kreist? Statt in diese Richtung zu denken, kam unter dem Eindruck von Corona die Retourkutsche. Plötzlich galten Pflegekräfte und Kassiererinnen an den Supermarktkassen als ›systemrelevant‹ und wurden damit honoris causa zu den eigentlichen Held*innen ernannt.

In ihrer Praxis hat sich die Bundesregierung, wie alle anderen Regierungen der kapitalistischen Kernstaaten, selbstverständlich durchgängig an die alte Bedeutung des Wortes Systemrelevanz gehalten. Je länger die Pandemie währt, je weiter der ökonomische Krisenprozess voranschreitet, desto mehr wird das aber auch für das Publikum offensichtlich. Im Frühjahr 2020 wurden kleine Selbstständige, Gastronomen und sogar Künstler, die durch Corona ihrer Auftrittsmöglichkeiten beraubt waren, noch mit Zuschüssen zu ihren Betriebsausgaben unterstützt. Inzwischen gehen sie trotz weiter geltender Restriktionen leer aus. In Sachen Existenzsicherung hat für sie der Interventionsstaat nur noch Hartz IV im Angebot. Die einzige Maßnahme, die noch so etwas wie ein Echo auf die im Frühjahr herrschende Stimmungslage darstellt, ist der ›Coronabonus‹ von 1.000 € für besonders belastete Pflegekräfte. Die dafür nötigen 100 Millionen werden aber auch wieder nicht aus dem Bundeshaushalt bestritten, sondern aus dem strapa-

zierten Gesundheitsfonds der gesetzlichen Krankenversicherungen. Der Bund hat mit seinen Mitteln nämlich Besseres zu tun. Wohlwissend, dass die schlimmste allgemeine ökonomische Abwärtsbewegung aller Zeiten droht und das 9 Mrd. schwere Rettungspaket für die Lufthansa nur der Anfang war, diskutiert man über eine Aufstockung der Hilfen für die großen Unternehmen.

Diese Diskrepanz tritt noch viel deutlicher zutage, wenn man nicht nur die Haushaltspolitik betrachtet, sondern auch die Geldpolitik der EZB, die ausschließlich der Rettung des Finanzsektors dient. Wie andere Zentralbanken auch, stützt diese inzwischen nicht mehr nur indirekt die Aktienkurse, indem sie die Wirtschaft mit ultra-billigem Geld überschwemmt, sondern zusätzlich auch direkt durch den exzessiven Aufkauf von Unternehmensanleihen.[52] Die Krisenlösung von 2008 soll wiederholt werden, aber diesmal von vornherein auf einer noch viel höheren Stufenleiter.

Es ist absehbar, dass die Politik, indem sie sich auf die Rettung dieser ›systemrelevanten‹ Teile der Wirtschaft konzentriert und bei der breiten Bevölkerung knausert, nicht nur die Corona-Notgemeinschaft unterminiert, sondern auch einen allgemeinen Stimmungsumschwung herbeiführen dürfte. Ähnlich wie nach der Finanz- und Wirtschaftskrise von 2008 könnte sich die Wut dann wieder gegen ›die Politiker‹ richten, denen vorgeworfen wird, in einer Mischung aus Korruptheit und Unfähigkeit, gegen den Willen ›des Volkes‹ zu handeln. Das wäre Wasser auf die Mühlen der Rechten, die in der ersten Phase der Coronakrise zunächst an Popularität eingebüßt hatten, jedoch von deren Nachwirkungen wieder Aufschwung bekommen könnten. Demgegenüber ist deutlich zu machen, dass es eben nicht darauf ankommt, den Begriff der Systemrelevanz alternativ zu besetzen, sondern diesen selbst radikal zu verwerfen. Eine Gesellschaft, in der Anerkennung nur findet und ein Lebensrecht hat, wer etwas zum Funktionieren des ›Systems‹ beiträgt, degradiert die Menschen zu bloßen Rädchen im Getriebe: Sie ist daher grundsätzlich infrage zu stellen. Es kommt darauf an, den systemischen Selbstlauf zu stoppen. Was

52 Die EZB hat angesichts der Corona-Krise ein neues Aufkaufprogramm im Umfang von 750 Milliarden Euro aufgelegt. Solche Aufkaufprogramme gab es schon in den 2010e- Jahren. Das neue unterscheidet sich von seinen Vorläufern allerdings in zweierlei Hinsicht. Zum einen liegt der Schwerpunkt neuerdings bei den Unternehmensanleihen, zum anderen war die Qualität dieser Papiere noch nie so schlecht. https://www.sueddeutsche.de/wirtschaft/ezb-anleihen-urteil-corona-1.4897615

wir brauchen, ist eine Gesellschaft, in der die Menschen über ihre eigenen sozialen Beziehungen verfügen und nicht mehr den Zwängen der ›schönen Maschine‹ gehorchen müssen.

Aus: Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (Hrsg.): Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.
Münster : Unrast-Verlag, 2020, S. 55 - 96

Norbert Trenkle

Verdrängte Kosten

Die Externalisierungslogik der kapitalistischen Reichtumsproduktion und deren Aufhebung

Der Maßstab des Reichtums

Einer der ewigen Mythen über den Kapitalismus erzählt, er sei aufgrund seiner unglaublichen Effizienz und Produktivität allen anderen Gesellschaftsformen überlegen. Doch dieser Mythos verleugnet nicht nur die ungeheure Gewaltsamkeit, mit der die kapitalistische Produktionsweise historisch durchgesetzt wurde, sondern verdrängt auch, dass ihre angebliche Effizienz vor allem darauf beruht, alle negativen Effekte auf verschiedene Weise zu externalisieren und damit systematisch die wirklichen Kosten für Natur und Gesellschaft auszublenden. Dabei handelt es sich nicht um ein äußerliches Merkmal, das durch irgendwelche technischen oder politischen Maßnahmen behoben werden könnte; vielmehr gehört die Externalisierungslogik zum innersten Wesen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Wenn sie nun zunehmend wahrgenommen und zum Gegenstand der Kritik gemacht wird (Brand/Wissen 2017; Lessenich 2018), dann vor allem deshalb, weil sie mit der globalen Durchsetzung des Kapitalismus an ihre Grenzen stößt. Es gibt kein vermeintliches ›Außen‹ mehr, auf das die Kosten noch abgewälzt werden könnten. Das Verdrängte kehrt vielmehr mit aller Macht zurück und stellt auch in den Gewinnerregionen des Weltmarkts nicht nur die Grundlagen der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise, sondern mit ihr auch die menschlichen Lebensgrundlagen insgesamt infrage.

Um zu verstehen, was diese Externalisierungslogik und die ihr innewohnende zerstörerische Gewalt ausmacht, müssen wir uns zunächst vor Augen führen, was die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion in ihrem Wesen ausmacht. Wie kommt es, dass sie sich einerseits absolut setzen und über die gesamte Welt ausdehnen kann und gleichzeitig ein ›Außen‹ ihrer

selbst herstellt, auf dessen Kosten sie prozessiert? Im ökologischen und wachstumskritischen Diskurs seit den 1970er-Jahren wird immer wieder auf einen Aspekt hingewiesen, der diesen Zusammenhang erhellen kann: Der kapitalistische Begriff des Reichtums ist extrem eng und exklusiv gefasst. In der kapitalistischen Gesellschaft gilt als Reichtum nur, was sich in Waren- und Geldeinheiten ausdrücken lässt. Paradigmatisch hierfür ist die zentrale volkswirtschaftliche Maßzahl, das Brutto-Inlandsprodukt (BIP), die den monetären Wert aller im Inland hergestellten Güter und Dienstleistungen abzüglich der Vorleistungen wiedergibt (Lepenies 2013, S. 15)[1]. Die Kritik an dieser Messung des Reichtums zielt zunächst ganz grundsätzlich auf die Tatsache, dass sie per Definition alle nicht-monetären Aktivitäten und Aspekte ausschließt. Das gilt in besonderem Maße für alle nicht-entlohnten Tätigkeiten in der privaten Sphäre, wie die Hausarbeit und alle Care-Tätigkeiten, die gemäß der vorherrschenden geschlechtlichen Arbeitsteilung überwiegend den Frauen zugewiesen werden. Ebenso ausgeschlossen aus der Reichtumsdefinition sind aber auch alle sogenannten ehrenamtlichen und freiwilligen Tätigkeiten in Vereinen, kulturellen, sozialen und politischen Organisationen sowie jede Art der nachbarschaftlichen oder freundschaftlichen Hilfe.

Des Weiteren wird angeführt, dass die BIP-Maßzahl alle qualitativen und nicht-quantifizierbaren Aspekte des gesellschaftlichen Reichtums unberücksichtigt lässt, obwohl diese doch für das gesellschaftliche Leben und das individuelle Wohlbefinden eine zentrale Rolle spielen. So gebe das BIP beispielsweise keine Auskunft darüber, welche Lebensqualität die Städte und Landschaften in einem Land bieten, ob die Menschen friedlich zusammenleben und befriedigende soziale Beziehungen haben, welchem Leistungsdruck sie ausgesetzt sind etc. Dementsprechend scherzte der später ermordete Robert Kennedy bereits 1968: »Das Bruttoinlandsprodukt

1 Die statistische Maßzahl BIP ist zwar relativ jung; sie wurde erst in den 1930er-Jahren in den USA als Indikator für die volkswirtschaftliche Entwicklung entwickelt. Doch erste Versuche, den gesellschaftlichen Reichtum zu messen und das sogenannte Volkseinkommen zu berechnen, finden sich bereits bei den Urvätern der ökonomischen Theorie, so etwa bei William Petty, der eine sogenannte »politische Arithmetik« entwickelte, die den Regierungen dabei helfen sollte, den wirtschaftlichen Wohlstand zu mehren. (vgl. die einschlägige Abhandlung von Lepenies 2013 sowie zu Petty auch Stapelfeld 2006, S. 256 ff.)

misst alles, außer dem, was das Leben lebenswert macht.«[2] Hinzu kommt noch der besonders absurde Effekt, dass bei einer Messung des Reichtums in Geldgrößen sich sogar das Verursachen von Schäden und menschlichem Leid statistisch als eine Mehrung des gesellschaftlichen Reichtums ausdrückt. Ein Autounfall, bei dem Menschen verletzt werden, erscheint als eine Steigerung des BIP, weil die beschädigten Autos entweder repariert oder ersetzt werden müssen und die Behandlung der Verletzten dem Krankenhaus und den Pharmaunternehmen zusätzliche Einnahmen beschert; ein Chemieunfall, der den Boden oder einen Fluss verseucht, drückt sich ebenfalls in einem statistischen Plus aus, weil Firmen und Arbeitskräfte für die Beseitigung der Schäden bezahlt werden und so ein Einkommen erzielen, das anderenfalls nicht angefallen wäre.

Diese Kritik am BIP als dem Maßstab des gesellschaftlichen Reichtums wird in den meisten Fällen dahingehend aufgelöst, indem ein neuer, erweiterter Indikator eingefordert wird. So entwickelten die Ökonomen Herman Daly und John Cobb bereits im Jahr 1989 den *Regional/Index of Sustainable Economic Welfare/Well-Being (ISEW),* der auch soziale und ökologische Aspekte berücksichtigen und in monetäre Größen umrechnen soll (Exner/Lauck/Kulterer 2008, S. 99 ff.*;* Jackson 2012*).* Auf dieser Grundlage erarbeitete 20 Jahre später eine Arbeitsgruppe um Hans Diefenbacher im Auftrag des Umweltbundesamtes den sogenannten *Nationalen Wohlfahrtsindex (NWI)* (Diefenbacher/Zieschank 2011), der einer ähnlichen Systematik folgt und Wohlfahrt versteht »als die Gesamtheit der materiellen und der immateriellen Komponenten von ›Wohlstand‹ und ›Wohlergehen‹, die aus dem verfügbaren Reichtum eines Landes an wirtschaftlichem Kapital, natürlichem Kapital und sozialem Kapital erhalten werden«. (zit. in Raith 2016). Daneben gibt es aber noch viele andere Ansätze, unter denen der bekannteste wahrscheinlich das ›Bruttosozialglück‹ ist, das im Jahr 2010 als offizieller Maßstab für den gesellschaftlichen Reichtum im Königreich Bhutan eingeführt worden ist. Und sogar die OECD hat auf Anregung einer internationalen Kommission einen sogenannten *Better Life Index*[3] eingeführt, der eine bessere Messung des Wohlstands ermöglichen soll.[4]

2 https://www.deutschlandfunk.de/bruttoinlandsprodukt-ein-mysterium.1310.de.html?dram:article_id=194402

3 http://www.oecdbetterlifeindex.org/

4 Ein knapper Überblick über die verschiedenen Ansätze findet sich bei Diefenbacher/Zieschank 2011, S. 39-68.

Die Form kapitalistischer Reichtumsproduktion

Das Grundproblem aller dieser Ansätze besteht jedoch darin, dass sie genau am falschen Ende ansetzen. Implizit oder explizit unterstellen sie, dass die Verengung des gesellschaftlichen Reichtums auf Geldeinkommen wesentlich auf einen falschen statistischen Maßstab zurückzuführen ist, an dem sich Politik und Gesellschaft orientieren. Die Gesellschaft ist demnach einerseits reicher, als sie es selbst weiß, weil sie allerlei Wohlstands-Faktoren im BIP nicht berücksichtigt, und andererseits ärmer, als sie es sich vorgaukelt, weil sie die diversen Schäden und Negativeffekte der modernen Produktionsweise ausblendet. Mit einem neuen Indikator, der alle diese Elemente adäquat berücksichtigt, soll dann die Orientierungsmarke für eine Politik geschaffen werden, die einer erweiterten Vorstellung von gesellschaftlichem Wohlstand folgt.[5] Diese Kritik am BIP steht jedoch auf dem Kopf. Wenn seit dem Aufkommen der kapitalistischen Produktionsweise als gesellschaftlicher Reichtum nur gilt, was sich monetär ausdrücken lässt, dann liegt das nicht an einer falschen Vorstellung von Wohlstand, die sich in einem verengten statistischen Indikator ausdrückt und an der sich die Politik orientieren würde, sondern an der zugrundeliegenden historisch-spezifischen *Form* der Reichtumsproduktion. Das BIP ist als Maßstab dieser Form insofern durchaus adäquat, als es den reduktionistischen Charakter dieser Form der Reichtumsproduktion in gewisser Weise (wenn auch verzerrt) widerspiegelt. Diesen Maßstab zu kritisieren ist so, als würde man den Überbringer der schlechten Nachricht für deren Inhalt verantwortlich machen. Erforderlich ist kein neuer Maßstab für den gesellschaftlichen Reichtum, sondern eine Aufhebung der Reichtumsform, die diesen Maßstab hervorgebracht hat und die sich in ihm ausdrückt. Um diese These zu begründen, soll zunächst noch genauer untersucht werden, was das Wesen dieser Reichtumsform ausmacht.

5 Über den Zusammenhang zwischen diesem Indikator und politischen Entscheidungen gibt es natürlich sehr unterschiedliche Vorstellungen. Ökonomen wie der Nobelpreisträger Joseph Stiglitz hängen der Illusion an, ein veränderter Maßstab für gesellschaftlichen Wohlstand könne sich direkt auf die herrschende Politik auswirken: »Bessere Messgrößen wären … auch ein wichtiges Diagnoseinstrument, um Ländern bei der Ermittlung von Problemen zu helfen, bevor die Dinge außer Kontrolle geraten. Außerdem wären sie hilfreich bei der Wahl der für die Problemlösung geeigneten Methoden.« (Stiglitz 2019). Aber auch in der Degrowth-Debatte wird argumentiert, dass es für eine Transformation hin zu einer Postwachstumsgesellschaft neue Indikatoren brauche (vgl. etwa O'Neill 2016).

Wenn der Reichtum in der kapitalistischen Gesellschaft in Geldeinheiten gemessen wird, dann verweist das zunächst nur darauf, dass dieser hier immer in der Form von Waren produziert wird. Die Ware aber ist, wie Marx schon zu Beginn seines Hauptwerks *Das Kapital* feststellt, ein sehr merkwürdiges Ding (MEW 23, S. 87). Sie wird privat produziert, jedoch nicht für den privaten Gebrauch, sondern als gesellschaftliches Produkt, als Ding für einen anonymen gesellschaftlichen Zusammenhang; ihre *Gesellschaftlichkeit* wird also paradoxerweise in Form der *Privatheit* hergestellt. Dieser Widerspruch drückt sich darin aus, dass sie in zwei Seiten zerfällt: den Gebrauchswert und den Tauschwert. Der Gebrauchswert bezeichnet den konkreten Nutzen einer Ware, also etwa die Tatsache, dass ich mich auf einem Fahrrad fortbewegen oder dass ich eine Hose anziehen kann; der Tauschwert hingegen abstrahiert von diesem konkreten Nutzen und bringt alle Waren auf einen gemeinsamen Nenner, der sich im Geld ausdrückt. Den jeweiligen Produzenten (egal ob wir nun von einer Person, einem kleinen Unternehmen oder einem großen Konzern sprechen) interessiert der Gebrauchswert nicht oder jedenfalls nur insoweit, als eine Ware irgendeinen Nutzen für irgendjemanden haben muss, damit sie verkauft werden kann. Warum der Käufer oder die Käuferin letztlich die Ware haben will und welchen Nutzen er oder sie ihr zuschreibt, muss den Produzenten nicht interessieren. Es fällt ebenso wie die Produktion in den Bereich des Privaten; in diesem Fall sind es private Interessen und Bedürfnisse, die ganz im Belieben des Käufers oder der Käuferin liegen; ob sie mit dem Fahrrad jeden Tag herumfährt oder es dekorativ in ihrem Wohnzimmer aufhängt, ob er die Hose beim Gärtnern anzieht oder beim Gang ins Theater, das kann dem Produzenten der Ware gleichgültig sein. Was diesen einzig und allein interessiert, ist der Tauschwert, genauer gesagt, der im Tauschwert dargestellte *Wert* der Ware.[6] Hat er den Kaufpreis erhalten, ist die Sache für ihn abgeschlossen. Mit dem Geld hält er nun den allgemeinen Repräsentanten gesellschaftlichen Reichtums in der Hand, denn mit dem Geld kann er alles kaufen.[7]

6 Auf den hier angedeuteten Unterschied zwischen Tauschwert und Wert komme ich weiter unten noch zurück. Er kann an dieser Stelle noch nicht erklärt werden, ohne den Gang der Argumentation zu unterbrechen.

7 Der Einzelne, so kommentierte Karl Marx diesen Zusammenhang, trage »seine gesellschaftliche Macht, wie seinen Zusammenhang mit der Gesellschaft in der Tasche mit sich.« (MEW 42, S. 90). Zur Bedeutung und Stellung des Geldes in der kapitalistischen Gesellschaft vgl. auch Lohoff 2018.

Dieser Allgemeinheitscharakter des Tauschwerts bzw. des Werts beruht ganz offensichtlich gerade auf seiner Gleichgültigkeit gegenüber jedem besonderen Inhalt, also darauf, dass er von allen konkreten, qualitativen Eigenschaften der Waren abstrahiert und sie allesamt darauf reduziert, Ausdruck einer bestimmten abstrakten Quantität zu sein. Es handelt sich, mit anderen Worten, um eine ganz spezifische Form des Reichtums: um *abstrakten* Reichtum. Diese Reichtumsform aber bildet das Zentrum, um das die gesamte kapitalistische Produktionsweise kreist. Denn so wie der Wert der einzige Grund ist, weshalb die Produzenten auf privatgesellschaftliche Weise Waren produzieren, ist er auch der Motor, der den gesamten Kreislauf der gesellschaftlichen Warenproduktion in Gang hält. Was die kapitalistische Produktionsweise antreibt, ist der endlose Zwang, den abstrakten Reichtum zu vermehren, oder, einfacher ausgedrückt, der Zwang, aus Geld mehr Geld zu machen. In diesem Sinne ist der abstrakte Reichtum eine selbstbezügliche Form des Reichtums, ein Reichtum, dessen Zweck in ihm selbst liegt (Postone 2003, S. 280-286) und der deshalb die gesamte Welt zum äußerlichen Material seiner Selbstzweckbewegung degradiert. Ich werde noch darauf zurückkommen, möchte aber zunächst noch einmal genauer auf den grundlegenden Widerspruch eingehen, der darin liegt, dass die *Gesellschaftlichkeit* auf *private Weise* hergestellt wird.

Dem landläufigen Denken erscheint dieser Widerspruch zumeist als vollkommen unproblematisch, er fällt ihm gar nicht erst auf. Denn es gehört zu den Grundüberzeugungen des bürgerlichen Alltagsverstandes, dass der Mensch seinem Wesen nach ein vereinzelter Einzelner ist, der darauf gepolt ist, seine eigenen, privaten Interessen zu verfolgen und nur dann auch etwas für die Anderen tut, wenn er daraus einen persönlichen Vorteil zieht.[8] Zu diesem Menschenbild gehört konsequenterweise auch die Vorstellung, dass ›der Mensch‹ sich immer nur über den Tausch gesellschaftlich betätige. Gesellschaft hat demnach dort begonnen, wo der Jäger anfing, über den eigenen Bedarf hinaus Wild zu jagen, um dieses dann beispielsweise gegen ein Paar Schuhe einzutauschen, und auch alle anderen

8 Diese Übertragung einer spezifisch warengesellschaftlichen Eigenschaft auf die ›menschliche Natur‹ findet sich bereits bei Immanuel Kant, der diesen Zustand als den einer »ungeselligen Geselligkeit« charakterisierte. Hierunter versteht er den »Hang« der Menschen, »in Gesellschaft zu treten, der doch mit einem durchgängigen Widerstande, welcher diese Gesellschaft beständig zu trennen droht, verbunden ist« (Kant 1784, S. 20) Vgl. auch Trenkle 2019.

Mitglieder der Gesellschaft sich auf wenige Produkte spezialisierten, um diese auf den Markt zu tragen. Komplexe, arbeitsteilige Gesellschaften können dieser Sichtweise zufolge gar nicht anders organisiert sein als in Form allgemeiner Warenproduktion, wobei die Koordination der Aktivitäten ›natürlicherweise‹ über den Marktmechanismus erfolgen müsse.[9]

Nun ist zwar das Menschenbild des *homo oeconomicus* in den letzten Jahrzehnten vielfach in die Kritik geraten[10], doch diese Kritik greift in der Regel zu kurz. So wird zu Recht darauf verwiesen, dass der Mensch selbst unter kapitalistischen Bedingungen keinesfalls nur einem ökonomisch-rationalen Nutzenkalkül folgt, sondern sein Handeln von vielfältigen emotionalen, sinnlichen und sozialen Bedürfnissen und Motivationen bestimmt wird. Doch bei alledem wird oft übersehen, dass die Figur des *homo oeconomicus* sehr wohl einen Wahrheitskern besitzt, insofern sie nämlich auf ein grundlegendes Strukturelement der kapitalistischen Gesellschaft verweist. Natürlich ist es ein lächerliches, von der Geschichts- und Kulturwissenschaft vielfach widerlegtes, Märchen, dass die grundlegende Kulturleistung in der Erfindung des Tausches und des Geldes bestehe. Es ist längst bekannt, dass die Menschen in allen vorkapitalistischen Gemeinwesen primär gemeinschaftlich und natural-wirtschaftlich produzierten. Die materielle Produktion war stets in vielfältiger Weise in das Gemeinwesen eingebettet und wurde durch allerlei kulturelle und religiöse Regeln, durch Traditionen und persönliche Herrschaftsverhältnisse geregelt. Eine eigene, herausgelöste Sphäre der Ökonomie entsteht erst mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktionsweise (Polanyi 1995; Bierwirth 2013, S. 12-14). Das ist aber gleichbedeutend mit der Herauslösung der Menschen aus

9 Mustergültig führt Adam Smith diesen Gedanken vor: »In einem Jäger- oder Hirtenstamm macht z. B. irgend Einer Bogen und Pfeile schneller und geschickter als ein Anderer. Er vertauscht sie oft gegen zahmes Vieh oder Wildbret mit seinen Gefährten und findet schließlich, daß er auf diese Weise mehr Vieh und Wildbret gewinnen kann, als wenn er selbst auf die Jagd ginge. Aus Rücksicht auf sein eigenes Interesse macht er daher das Verfertigen von Bogen und Pfeilen zu seinem Hauptgeschäft, und wird eine Art Waffenschmied. Ein anderer zeichnet sich im Bau und in der Bedachung ihrer kleinen Hütten oder transportablen Häuser aus. Er pflegt auf diese Weise seinen Nachbarn nützlich zu sein, die ihn dafür ebenso mit Vieh und Wildbret belohnen, bis er es zuletzt in seinem Interesse findet, sich gänzlich dieser Beschäftigung zu widmen und eine Art Zimmermann zu werden. Auf dieselbe Art wird ein Dritter ein Schmied oder Kupferschmied, ein vierter ein Gerber oder Zubereiter von Häuten oder Fellen« (Smith 1905 [1784], S. 21).

10 Vgl. etwa Habermann 2008 oder Haller 2012 sowie die Diskussionen im Netzwerk Plurale Ökonomik: www.plurale-oekonomik.de/netzwerk-plurale-oekonomik/

den traditionellen Gemeinwesen, genauer gesagt: mit der Zerstörung dieser Gemeinwesen und der Freisetzung der Menschen als vereinzelte Einzelne, die fortan primär nur noch für ihr eigenes Wohlergehen und Vorankommen verantwortlich sind. Die Figur des *homo oeconomicus* wird ja nicht zufällig in dieser historischen Umbruchphase überhaupt erst erfunden;[11] sie reflektiert diesen Prozess der Vereinzelung auf ideologische Weise, indem sie ihn zur ›Natur des Menschen‹ erklärt.

Marx hat diesen Prozess im *Kapital* vor allem im Hinblick auf die Herausbildung des »doppelt freien Lohnarbeiters« analysiert. Gemeint ist der Mensch, der einerseits freier Eigentümer seines Arbeitsvermögens ist (im Unterschied zum Sklaven oder Leibeigenen) und der anderseits dazu gezwungen ist, eben dieses Arbeitsvermögen an das Kapital zu verkaufen, weil er ›frei‹ von Produktionsmitteln ist, also keine Möglichkeit hat, seine Existenzmittel – d.h. das, was er zum Leben braucht – selbst zu produzieren (MEW 23, S. 181 ff.). Das ist zweifellos richtig, aber die Herauslösung der Menschen aus den traditionellen Gemeinwesen hat noch weitergehende Implikationen. Die Aufspaltung der Gesellschaft in lauter vereinzelte Einzelne, die alle ihre partikularen Interessen gegeneinander verfolgen und auf diese paradoxe und widersprüchliche Weise erst ihren gesellschaftlichen Zusammenhang konstituieren, stellt die grundlegende Matrix der bürgerlichen Gesellschaft dar (Trenkle 2019; Bierwirth 2019). Oder, wie Marx es ausdrückt: »Die wechselseitige und allseitige Abhängigkeit der gegeneinander gleichgültigen Individuen bildet ihren gesellschaftlichen Zusammenhang« (MEW 42, S. 92). Darin ist aber nicht nur die Warenproduktion als Form der Reichtumsproduktion angelegt, sondern auch die Notwendigkeit des Staates als des ausgelagerten Gewaltapparats, der die auseinanderstrebende Dynamik der partikularen Interessen irgendwie im Zaum hält und verhindert, dass sie den gesellschaftlichen Zusammenhang sprengt. Mit anderen Worten: Die Aufspaltung des sozialen Zusammenhangs in vereinzelte Einzelne ist der logische und historische Ausgangspunkt, von dem aus sich die gesamte Struktur der kapitalistischen Gesellschaft und die ihr zugehörige, historisch-spezifische *Form* der Reichtumsproduktion erschließen lässt. Diese Form aber stellt eine ungeheure Verengung dessen dar, was als

11 Der Begriff selbst entsteht erst Ende des 19. Jahrhunderts, der Sache nach ist er jedoch schon bei den Vordenkern der Politischen Ökonomie enthalten. Vgl. zum Begriff des *homo oeconomicus* Habermann 2008, S. 13-16.

gesellschaftlicher Reichtum anerkannt wird; und das hat erhebliche Konsequenzen für die Gesellschaft und das gesellschaftliche Naturverhältnis.

Die Abspaltung der nicht-warenförmigen Tätigkeiten

Wenn oben gesagt wurde, dass die Einzelnen sich über Waren miteinander in Beziehung setzen, dann heißt das zunächst nichts anderes, als dass sie nicht *direkt* miteinander in Beziehung treten, sondern über den Umweg von Dingen. Diese Dinge aber sind ihre privaten Arbeitsprodukte. Betrachten wir dies nun von der Seite des individuellen Handelns her, dann zeigt sich, dass die vereinzelten Einzelnen ihre gesellschaftliche Beziehung darüber herstellen, dass sie *arbeiten*, genauer gesagt, dass sie *private* Arbeit in *gesellschaftlicher* Form verrichten. Sie vermitteln sich also untereinander über die Arbeit und stellen auf diese Weise ihren gesellschaftlichen Zusammenhang her (Postone 2003, S. 229 ff.). Diese Tatsache erscheint dem bürgerlichen Denken als völlig selbstverständlich, denn ihm zufolge hat der Mensch seine Zugehörigkeit zur Gesellschaft immer schon über die Arbeit hergestellt. Doch dabei handelt es sich lediglich um eine Rückprojektion der bürgerlichen Verhältnisse in die Vergangenheit. Tatsächlich zwingt erst die radikale Vereinzelung die Individuen dazu, ihre Gesellschaftlichkeit herzustellen, indem sie ihre privaten Arbeitsprodukte (Waren) miteinander in Beziehung setzen, sich also über die Arbeit vermitteln. In den früheren Gemeinwesen waren produktive Tätigkeiten in die vorausgesetzten Herrschaftsverhältnisse und kulturellen Bezüge e*ingebettet;* sie waren Teil des sozio-kulturellen Gesamtzusammenhangs und wurden gemäß den darin vorherrschenden Hierarchien und Traditionen zugewiesen. In der bürgerlichen Gesellschaft müssen die Einzelnen hingegen ihre gesellschaftliche Zugehörigkeit tagtäglich neu herstellen, indem sie arbeiten[12], indem sie also Waren herstellen oder indem sie ihre Arbeitskraft verkaufen, also einen Teil ihrer selbst in ein Warending verwandeln. Nur soweit sie das tun, sind sie gesellschaftlich vollgültig anerkannt und haben Zugang zum gesellschaftlichen Reichtum.

Damit wird aber bereits auf einer ganz grundlegenden Ebene eine Aufspaltung und Hierarchisierung der gesellschaftlichen Handlungs- und

12 Im strengen begrifflichen Sinne können wir überhaupt erst in der bürgerlichen Gesellschaft von Arbeit sprechen, weil erst hier die unterschiedlichsten Tätigkeiten durch das In-Beziehung-Setzen über die Waren auf einen gemeinsamen abstrakten Nenner gebracht werden.

Tätigkeitsbezüge vollzogen. Alle Tätigkeiten, die *keine* Waren produzieren, sind gesellschaftlich bestenfalls zweitrangig, weil sie nicht die, für diese Gesellschaft spezifische, gesellschaftliche Vermittlung zwischen den vereinzelten Einzelnen herstellen. Das betrifft neben dem ganzen Spektrum der gemeinnützigen, ehrenamtlichen und sonstigen freiwilligen Tätigkeiten in erster Linie die Haushalts- und Sorgetätigkeiten, die abgespalten und strukturell den Frauen zugewiesen werden (Scholz 1992). Zwar sind diese Tätigkeiten zweifellos für die Aufrechterhaltung des Lebens und für das Funktionieren des sozialen Zusammenhangs unentbehrlich und somit auch notwendige Voraussetzung für die Produktion abstrakten Reichtums; doch gehen sie nicht *direkt* in diese ein, eben weil sie nicht die Warenform annehmen, sondern in der Sphäre der abgetrennten Privatheit verbleiben. Als solche aber stellen sie gewissermaßen eine kostenlose Zugabe dar, die als selbstverständlich vorausgesetzt und einverleibt wird.

Insbesondere betrifft das die in der marxistisch-feministischen Literatur vielfach thematisierte Reproduktion der Arbeitskraft[13], die keineswegs nur durch den Lohn gewährleistet wird, wie es die traditionell-marxistische Theorie in der Regel unterstellt. Richtig ist zwar, dass mit dem Lohn der Wert der Ware Arbeitskraft insofern abgegolten wird, als er die Kosten der Konsumgüter abdeckt (oder jedenfalls abdecken sollte)[14], die der oder die Arbeitende zur Existenzsicherung benötigt. Doch das bezieht sich nur auf die Waren, also auf die Dinge aus der Welt des abstrakten Reichtums. Stillschweigend vorausgesetzt wird dabei aber immer schon, dass zusätzlich im ›Hintergrund‹ eine Vielzahl von Tätigkeiten verrichtet wird, die keinen Warencharakter annehmen, aber mindestens ebenso lebensnotwendig sind. Dabei geht es nicht nur um die praktischen Dinge im Haushalt wie Kochen und Putzen sowie um das ganze Spektrum der Sorgetätigkeiten, sondern auch um das Ausleben emotionaler und sinnlicher Bedürfnisse, die in der instrumentellen, funktionalistischen und konkurrenzgetriebenen Sphäre der Arbeit keinen Raum haben und deshalb gewissermaßen in die Sphäre

13 Nachdem diese Thematik lange aus der Diskussion verschwunden war, ist sie in den letzten Jahren vor allem mit Bezug auf die Schriften von Silvia Federici wieder aufgegriffen worden (vgl. etwa Federici 2012).

14 Es handelt sich hierbei um eine begriffliche Bestimmung, die sich auf den logischen Status der Ware Arbeitskraft bezieht. Empirisch kann der Lohn je nach Marktlage und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen sowohl über als auch deutlich unter dem Wert der Arbeitskraft liegen.

der Privatheit (meist Kleinfamilie oder Paarbeziehung) ausgelagert werden (Scholz 1992; Trenkle 2007; Habermann 2008).

Die kapitalistische Reichtumsproduktion beruht also immer schon konstitutiv auf der Externalisierung eines ganzen Spektrums lebensnotwendiger Tätigkeiten, die keine Warenform annehmen, aber gerade deshalb kostenlos angeeignet werden können. An dieser grundlegenden Form der Externalisierung haben auch die Kämpfe der Frauenbewegung nur wenig ändern können; denn zwar haben sich die Frauen gegen den oft erbitterten Widerstand der Männer den Zugang in die meisten Berufe und Arbeitsbereiche erkämpft und gleichzeitig die klassisch-bürgerlichen Geschlechtsidentitäten ins Wanken gebracht. Doch zum einen erweisen sich diese Identitäten als erstaunlich stabil, wie sich insbesondere unter Krisenbedingungen zeigt;[15] so mussten beispielsweise während der Corona-Pandemie wieder die Frauen einen Großteil der Last tragen, nicht nur, weil sie in den Pflegeberufen stark vertreten sind, sondern auch weil sie immer noch großenteils für die Haushalts- und Care-Tätigkeiten zuständig gemacht werden und obendrein noch der vermehrten häuslichen Gewalt durch Männer ausgesetzt waren.[16] Zum anderen bedeutet aber auch eine Veränderung der häuslichen Arbeitsteilung und eine vermehrte Berufstätigkeit von Frauen keinesfalls, dass damit die grundlegende Aufspaltung des gesellschaftlichen Tätigkeitsraums aufgehoben wäre. Selbst wenn alle Männer einen gleichen

15 Der Grund für diese Stabilität liegt darin, dass die Geschlechtsidentitäten konstitutiv für die moderne Subjektform sind, die ihrerseits in der grundlegenden Matrix ›ungesellschaftlicher Gesellschaftlichkeit‹ angelegt ist. Da die Menschen in der bürgerlichen Gesellschaft ihre Gesellschaftlichkeit in der widersprüchlichen Form der Privatheit herstellen, haben sie ganz grundsätzlich ein äußerliches Verhältnis der Fremdheit untereinander. Sie behandeln sich wechselseitig als Objekte und konstituieren sich genau darüber als Subjekte. Dieser Subjektstatus wird aber zugleich abgesichert durch die Abgrenzung von einem imaginierten ›Anderen‹, dem der Subjektstatus verwehrt bleibt und in das all jene Momente hineinprojiziert werden, die nicht mit der Subjektform kompatibel sind, weil sie den (männlich eingeschriebenen) Identitätspanzer infrage stellen könnten. Dieses ›Andere‹ nimmt nicht nur die Figur der ›Frau‹, sondern auch die des oder der Nicht-Weißen, Nicht-Heterosexuellen, Behinderten etc. in verschiedenen Ausprägungen an; zugleich wird es mit einer vorgestellten Form von ›Natur‹ in Verbindung gebracht (Lohoff 2006; Trenkle 2019; Bierwirth 2019; Lewed 2005; von Braun 1988).

16 Zur patriarchalen Arbeitsteilung vgl. https://www.uni-koblenz-landau.de/de/koblenz/fb2/ik/kulturwissenschaft/studentische-initiativen/gesellschaftspolitik/Poster%20Corona%20Seminar-pdfs/Poster%20Patriarchat. Zur Zunahme häuslicher Gewalt vgl. https://mosaik-blog.at/gefaengnis-haeusliche-gewalt/

Teil der Haus- und Sorgearbeit übernähmen, änderte das nichts daran, dass diese Tätigkeiten kostenlos in die Produktion des abstrakten Reichtums eingehen. Denn die Aufspaltung des gesellschaftlichen Tätigkeitsraums ist ein Strukturprinzip der kapitalistischen Reichtumsproduktion, das nur zusammen mit dieser aufgehoben werden kann. Solange das nicht der Fall ist, nimmt die Externalisierung immer nur andere Gestalten an. So erfolgt beispielsweise die tendenzielle Auflösung des binären Geschlechtermodells in den kapitalistischen Kernländern häufig auf Kosten von weiblichen Arbeitskräften aus ärmeren Ländern, die gegen meist niedrige Bezahlung und unter schlechten Bedingungen die Haus- und Pflegearbeiten in den Haushalten der oberen Mittelschicht und Oberschicht übernehmen. Das können sie aber nur tun, weil gleichzeitig bei ihnen zu Hause sich andere, weibliche Familienangehörige um den Haushalt, die Kinder und hilfsbedürftige Angehörige kümmern. Die Ausbeutung der unbezahlten, nichtwarenförmigen Tätigkeiten im Dienste des abstrakten Reichtums wird also hier nur räumlich und personell verlagert.[17]. Christa Wichterich spricht in diesem Zusammenhang sehr treffend von einem Modell des globalen Sorge-Extraktivismus (Wichterich 2013 und 2016).

Natur ohne Wert

Wie schon ausgeführt, beruht die Externalisierungslogik auf der Herauslösung der kapitalistischen Reichtumsproduktion aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang. Wenn hier von Externalisierung die Rede ist, dann meint das also nicht, die Auslagerung von ›Kosten‹ an ein präexistentes ›Außen‹; vielmehr wird dieses Außen erst durch die konsequente Verengung der Kategorie gesellschaftlichen Reichtums überhaupt erst geschaffen. Es existiert daher nur aufgrund der historisch-spezifischen Enge und Borniertheit der abstrakten Reichtumsproduktion, die sich selbst absolut setzt und damit zugleich alle anderen Formen gesellschaftlichen Tätigseins degradiert, um sich diese dann aber zugleich blindlings einzuverleiben.

Aus dieser Borniertheit der abstrakten Reichtumsform erklärt sich auch ihr destruktives Verhältnis zu den natürlichen Lebensgrundlagen. Gesellschaftliche Produktion beruht immer auf natürlichen Voraussetzungen, die

17 Vgl. auch den Text von Julian Bierwirth *Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen* in diesem Band.

sie vorfindet und die sie zugleich verändert. Das gilt selbstverständlich auch für die kapitalistische Form der Produktion. In jede Ware geht Naturstoff ein, sei es in der Gestalt von Rohstoffen, Energie und anderen Ressourcen oder einfach insofern, als jede Produktionsstätte auf einem Stück Boden steht und die Vorprodukte ebenso wie die Waren irgendwie über die Erdoberfläche transportiert werden müssen. Doch das betrifft nur die stofflich-konkrete Seite der Ware, also ihren Gebrauchswert; hingegen bleibt die abstrakt-gesellschaftliche Seite, also der im Tauschwert dargestellte Wert, vollkommen unberührt davon. Das mag zunächst verwundern, erklärt sich aber, wenn wir uns noch einmal genauer anschauen, was dieser merkwürdigen Abstraktion ›Wert‹ zugrunde liegt, was also ihren Inhalt ausmacht.

Oben wurde nur gesagt, dass der Tauschwert von allen stofflich-konkreten Eigenschaften der Waren absieht, sich also gleichgültig gegenüber den unterschiedlichen Gebrauchswerten verhält und in diesem Sinne eine Abstraktion darstellt. Aber das ist noch unterbestimmt. Was genau macht den gemeinsamen Inhalt all dieser qualitativ verschiedenen Waren aus, der es erlaubt, sie auf einen gemeinsamen Nenner zu reduzieren? Die Antwort ergibt sich, wenn wir uns daran erinnern, dass die Ware das Produkt isolierter Privatarbeit ist. Als solche ist sie nicht nur die »Elementarform des gesellschaftlichen Reichtums« in der kapitalistischen Gesellschaft (MEW 23, S. 49)[18], sondern erfüllt, wie bereits ausgeführt, auch die Funktion der gesellschaftlichen Vermittlung. Die vereinzelten Einzelnen sind gezwungen, ihren gesellschaftlichen Zusammenhang darüber herzustellen, dass sie arbeiten, genauer gesagt, indem sie ihre Privatarbeiten, dargestellt in den Arbeitsprodukten, miteinander in Beziehung setzen. Der gemeinsame, allgemeine Inhalt aller Waren ist daher die historisch-spezifische Form gesellschaftlicher Beziehung, die sie repräsentieren, nämlich die Arbeit in ihrer Funktion als gesellschaftlicher Vermittlungstätigkeit. Nur weil es diesen gemeinsamen Inhalt gibt, lassen sich die Waren auf einen gemeinsamen, abstrakten Nenner bringen. Der Wert der Waren, der abstrakte Reichtum, ist also nichts anderes als die verdinglichte Darstellung der für den Kapitalismus grundlegenden gesellschaftlichen Beziehungsform; er ist die Darstellung von ›abstrakter Arbeit‹, von Arbeit, die jedem bestimmten

18 Vgl. zum Charakter der Ware als Produkt isolierter Privatarbeit auch Lohoff 2017, Punkt 7.

konkret-sinnlichen Inhalt gegenüber gleichgültig ist, weil sie auf ihre Funktion als gesellschaftliche Vermittlungstätigkeit reduziert wird.

Das alles klingt verrückt und das ist es im Grunde auch. Aber die Verrücktheit liegt in den gesellschaftlichen Verhältnissen selbst, denn in der kapitalistischen Gesellschaft stehen die Dinge auf dem Kopf. Die Menschen verfügen nicht bewusst *über* ihre gesellschaftlichen Beziehungen, sondern werden *von* diesen Beziehungen beherrscht. Im Wert verselbstständigt sich die Arbeit der isolierten Privatproduzenten diesen gegenüber und gewinnt eine ungeheure Eigendynamik, die der Gesellschaft ihren Rhythmus und ihre Logik aufzwingt. Der Zweck der Produktion ist ganz unmittelbar der Wert selbst. Produziert wird, um aus einer bestimmten Summe Wert noch mehr Wert zu machen, oder anders gesagt, um abstrakten Reichtum zu akkumulieren. Auf diese Weise setzt sich der abstrakte Reichtum absolut und wird zur alles beherrschenden Macht in der Gesellschaft. Das ist es, was Marx den Fetischismus der Warenproduktion nennt (MEW 23, S. 85 ff.).

Wir hatten oben schon gesehen, dass diese Reduktion des gesellschaftlichen Reichtums auf die Verausgabung von warenproduzierender Arbeit den strukturellen Grund für das Unsichtbarmachen und die Abwertung der Care-Tätigkeiten ausmacht, die strukturell den Frauen zugewiesen wurden und daher ›weiblich‹ eingeschrieben sind.[19] Sie gelten als ›wertlos‹, weil sie eben keinen ›Wert‹ im Sinne des abstrakten Reichtums repräsentieren. Vor diesem Hintergrund erklärt sich aber auch, wieso natürliche Ressourcen keinen Wert und damit auch keinen abstrakten Reichtum darstellen, obwohl sie zugleich die unentbehrliche Voraussetzung und Grundlage jeder Warenproduktion sind. Als Naturerbe bilden sie zwar einen wichtigen Teil des stofflichen Reichtums, über den die Menschheit verfügt, fallen aber aus der Welt des abstrakten Reichtums heraus, denn sie werden zwar durch Arbeit umgeformt, sind aber selbst nicht das Produkt von Arbeit. Diese Feststellung ist historisch-spezifisch zu verstehen. Sie trifft ausschließlich auf die kapitalistische Gesellschaft zu. Denn diese ist, wie erläutert, die *ein-*

19 Darauf beruht aber auch der allgegenwärtige Kult der Arbeit. Denn, dass als Reichtum nur gilt, was einen ›Wert‹ hat, was also das Produkt von warenproduzierender Arbeit ist, wird in der bürgerlichen Gesellschaft als ›natürlich‹ hingenommen. Es ist nicht etwa Gegenstand von Kritik an einer verrückten Form der gesellschaftlichen Vermittlung und der Reichtumsproduktion, sondern wird in Arbeitsstolz verwandelt, der immer schon mit der Verachtung der angeblich ›Faulen‹ einhergeht (Gruppe Krisis 1999; Trenkle 2007).

zige Gesellschaft, in der die Reichtumsproduktion in eine stoffliche und eine abstrakte Seite auseinanderfällt und in der als gesellschaftlicher Reichtum nur gültig ist, was als abstrakte Arbeit sich im Wert darstellt.

Es geht mir also nicht darum zu behaupten, dass natürliche Ressourcen prinzipiell und immer aus der Bestimmung des gesellschaftlichen Reichtums herausfallen; vielmehr will ich zeigen, dass dies *nur* unter den Bedingungen der kapitalistischen Produktionsweise der Fall ist. Und dieses Herausfallen ist keine Frage falscher gesellschaftlicher oder politischer Entscheidungen oder verkehrter statistischer Indikatoren und erst recht keine Frage der persönlichen Einstellung, sondern ist grundsätzlich in der historisch-spezifischen *Form* der Reichtumsproduktion angelegt. Das ist der tiefere Grund, weshalb die natürlichen Ressourcen unter den Bedingungen der kapitalistischen Reichtumsproduktion so rücksichtslos ausgebeutet und verschlissen werden. Da sie nicht der Welt des Werts angehören, sondern als deren ›Außen‹ gelten, erscheinen sie als kostenlose Zugabe der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion, die solange genutzt wird, wie sie eben zur Verfügung steht. Dass damit auf längere Sicht nicht nur die Voraussetzungen der Warenproduktion untergraben werden, sondern auch die menschlichen Lebensgrundlagen als solche, ist im Universum der abstrakten Reichtumsproduktion nicht abbildbar und findet daher auch keine Berücksichtigung.

Dem scheint nun die Tatsache zu widersprechen, dass natürliche Ressourcen in vielen Fällen ja sehr wohl Warencharakter annehmen und dass vor allem Grund und Boden in der Regel keinesfalls umsonst zu haben sind. Spricht das nicht dafür, dass sie doch einen Wert darstellen? Zunächst einmal ist ganz grundsätzlich festzuhalten, dass nicht alles, was in der kapitalistischen Gesellschaft zur Ware wird, auch das Produkt abstrakter Arbeit ist. Denn auch wenn der abstrakte Reichtum seinem Wesen nach die Darstellung isolierter Privatarbeit in verdinglichter Form ist, strahlt er doch, in dem Maße, wie er dominant wird, auf fast alle anderen Bereiche der Gesellschaft aus und prägt sie nach seinem Bilde. Deshalb kann in der kapitalistischen Gesellschaft so ziemlich alles Warenform annehmen, sogar Gefühle – oder besser: Gefühls-Simulationen – können gekauft werden. Das betrifft auch die natürlichen Ressourcen, wobei hier allerdings ein spezifischer Mechanismus zum Tragen kommt, der von Anbeginn an aufs Engste mit der Durchsetzung der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise verknüpft ist.

Dass Grund und Boden sowie Naturstoffe aller Art die Warenform annehmen und einen Preis erhalten, liegt daran, dass im Zuge der kapitalistischen Entwicklung der größte Teil der Erdoberfläche in Privateigentum verwandelt wurde (und immer noch wird). Das bedeutet, dass die Eigentümer*innen über das exklusive Nutzungsrecht für eine bestimmte Landfläche und die darin möglicherweise enthaltenen Rohstoffe oder Naturressourcen verfügen, während alle anderen grundsätzlich davon ausgeschlossen sind. Dieses Nutzungsrecht kann nun aber zeitweilig oder dauerhaft verkauft werden, entweder zusammen mit dem Land (durch Eigentumsübertragung) oder getrennt davon, etwa in der Gestalt von Lizenzen und Schürfrechten. Auf diese Weise gelangen Land und natürliche Ressourcen in die Warenform und werden in die Welt des abstrakten Reichtums eingemeindet, obwohl sie nicht das Produkt von abstrakter Arbeit sind und daher eigentlich auch keinen Wert darstellen; diese Eingemeindung zeitigt jedoch schwerwiegende Konsequenzen.

Der unersättliche Hunger nach Land und Ressourcen

Die unersättliche Jagd nach Roh- und Naturstoffen und nach der privaten Aneignung von Land ist von Anbeginn an ein wesentliches Antriebsmoment für die kapitalistische Expansionsdynamik, die kolonialistischen Eroberungen und die massenhafte Vertreibung und Ermordung der dort lebenden Menschen. Denn wer über das Eigentum an Rohstoffen und Land verfügt, besitzt eine Quelle, die ein permanentes Einkommen abwirft, ohne dass dafür irgendetwas getan werden müsste. Dieses Einkommen ist nichts anderes als eine Rente, die die Grundeigentümer*innen verlangen können, weil sie über ein Eigentum verfügen, das nicht beliebig reproduzierbar ist, gerade weil es *nicht* das Produkt von Privatarbeit ist.[20] Natürlich müssen Rohstoffe auch geschürft, extrahiert und aufbereitet, und landwirtschaftliche Flächen müssen bebaut werden. Dabei wird selbstverständlich Arbeit geleistet – bis heute in weiten Teilen der Welt durch Menschen, die miserabel bezahlt und in extremem Maß ausgebeutet werden. Doch diese Arbeit setzt immer schon den Boden oder den Naturstoff voraus, der irgendwann einmal in den Status des Privateigentums versetzt worden ist

20 Eine vertiefende Auseinandersetzung mit dem Problem der Grundrente findet sich bei Karl Marx (MEW 25, S. 627 ff.) sowie mit aktuellem Bezug bei Ernst Lohoff (2020, S. 10-23).

und der zusätzlich zur Ausbeutung der Arbeitskraft den Eigentümer*innen ein regelmäßiges Einkommen beschert.

Aus diesem Renteneinkommen resultiert das Interesse der Grundeigentümer*innen an einer möglichst umfassenden Ausbeutung der natürlichen Ressourcen, auf die sie das Anrecht ergattert haben. Wenn das erfordert, die umgebenden Ökosysteme zu zerstören, etwa durch totales Umgraben oder die Einleitung giftiger Substanzen in Boden und Grundwasser, um die letzten Reste an Gold, Öl, Lithium oder sonstigen Rohstoffen herauszupressen, wird das im Zweifelsfall getan. Denn auch wenn ein Stück Land irgendwann einmal durch Raub oder andere Gewalt angeeignet wurde, stellt es für die Grundeigentümer*innen genauso Kapital dar wie eine Fabrik für die Unternehmer*innen. Und Kapital muss vermehrt werden. Deshalb bedienen sie freudig die Nachfrage der abstrakten Reichtumsproduktion nach immer mehr natürlichen Ressourcen, eine Nachfrage, die nie versiegt, weil der vielzitierte Wachstumszwang der Selbstzweckbewegung des Werts inhärent ist.[21]

Dieser unersättliche Hunger nach natürlichen Ressourcen und Land erfuhr auch dadurch keine Abschwächung, dass in den letzten vier Jahrzehnten im Zuge der Dritten industriellen Revolution massenhaft Arbeitskraft aus der industriellen Produktion verdrängt wurde und sich in der Folge der Schwerpunkt der kapitalistischen Akkumulationsdynamik an die Finanzmärkte verschoben hat (Lohoff/Trenkle 2012; Lohoff 2014; Trenkle 2020). Ganz im Gegenteil ist durch diesen Prozess die ökologische Zerstörung sogar noch ein weiteres Mal beschleunigt worden. Dafür sind im Wesentlichen zwei Gründe verantwortlich.

Erstens führen Produktivitätssteigerungen unter kapitalistischen Bedingungen immer zu einer absoluten Erhöhung des Produktionsvolumens und damit zu einem beschleunigten Materialverbrauch. Das mag zunächst erstaunen, weil höhere Produktivität ja erst einmal nur bedeutet, dass die benötigte Arbeitszeit und oftmals (wenn auch nicht zwangsläufig) sogar der Material- und Energieverbrauch für die Herstellung eines bestimmten Produkts gesenkt werden kann. Es wäre also möglich, die gleiche Anzahl von Dingen wie zuvor zu produzieren und dabei zugleich Ressourcen zu sparen sowie die allgemeine gesellschaftliche Arbeitszeit zu reduzieren. Aber das würde voraussetzen, dass die Produktion sich an stofflichen Kriterien ori-

21 Vgl. dazu genauer den Text *Wie Sand am Meer* von Ernst Lohoff in diesem Buch.

entierte und ihr Zweck ein gutes Leben für alle wäre. Da aber der Zweck der abstrakten Reichtumsproduktion die Vermehrung des Werts ist, stellt sich die Sache ganz anders dar. Die Einsparung von Arbeitszeit führt nämlich dazu, dass der Wert der einzelnen Waren sinkt; denn die quantitative Dimension des Werts ist nichts anderes als die gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit, um eine bestimmte Ware zu produzieren. Entscheidend dafür ist natürlich nicht, wie lange die einzelnen Unternehmen brauchen, um beispielsweise einen Kühlschrank zu montieren. Vielmehr setzt sich unter den jeweils gültigen Produktivitätsbedingungen eine gesellschaftlich allgemeine Zeitnorm durch, die den Wert einer bestimmten Ware definiert und an der sich alle Unternehmen messen lassen müssen (Postone 2003, S. 293 ff.). Wer länger braucht, bekommt diese Zeit am Markt nicht vergütet, wer hingegen schneller ist als die Konkurrenz, kann einen höheren Anteil der gesellschaftlichen Wertmasse für sich verbuchen.[22]

Auf diese Weise wird ein allgemeiner Wettlauf befeuert, der alle Unternehmen dazu zwingt, ihre Produktivität ständig zu erhöhen, um sich der allgemeinen Norm anzupassen oder diese möglichst zu überbieten. Ökonomisch betrachtet, liegt hier der Grund für die innere, strukturelle Krisendynamik des Kapitalismus; denn die systematische und fortschreitende *Reduktion* des Warenwerts steht in einem eklatanten Widerspruch zum Selbstzweck der abstrakten Reichtumsproduktion, der permanenten *Vermehrung* der gesellschaftlich produzierten Wertmasse. Unter ökologischen Gesichtspunkten ist dieser innere, kapitalistische Widerspruch insofern fatal, als die Unternehmen in der einzigen Art und Weise auf ihn reagieren, die unter dem Diktat des abstrakten Reichtums sinnvoll erscheint: Sie steigern den Produktausstoß, um die Verringerung des Werts pro einzelner Ware durch eine Erhöhung der Gesamtzahl an Waren zu kompensieren. Um die gleiche Menge an abstraktem Reichtum zu produzieren, wird daher ein Mehrfaches an natürlichen Ressourcen und Materialien aller Art verschlissen als zuvor.[23]

---

22 Auch und gerade auch in dieser Hinsicht zeigt sich, dass der Wert eine herrschaftsförmige Kategorie darstellt, genauer gesagt, eine Kategorie abstrakt-gesellschaftlicher Herrschaft (Postone 2003), die zwar das Ergebnis menschlichen Handelns ist, sich aber diesem gegenüber verselbstständigt und den Handelnden seine Normen aufzwingt.

23 Der dem Kapitalismus inhärente Zwang zur permanenten Produktivitätssteigerung führt so zu einer Potenzierung des Wachstumszwangs, der in der Selbstzweckbewe-

Dieser verrückte Effekt ist im Zuge der Dritten industriellen Revolution besonders stark ausgefallen, weil diese einen qualitativen Sprung in der Produktivitätsentwicklung bedeutet (Lohoff/Trenkle 2012, S. 84-105) und deshalb auch der Produktausstoß in gewaltigem Maße gesteigert wurde, um so wenigstens einen Teil der Wertminderung pro Stück auszugleichen. Der daraus resultierende Material- und Energieverbrauch wird zusätzlich noch dadurch erhöht, dass die Produktion zunehmend in globalem Maßstab organisiert wird und deshalb der Transportaufwand überproportional gewachsen ist.

Zweitens hat aber auch die massive Finanzialisierung des Kapitals den massiven Verschleiß von Ressourcen und die Aneignung von Landflächen keinesfalls abgemildert, sondern umgekehrt sogar noch verschärft. Dabei ist es nicht unwichtig zu erwähnen, dass auch die Finanzialisierung insofern eine Folge der Dritten industriellen Revolution ist, als mit der massenhaften Verdrängung von Arbeitskraft aus den Kernsektoren der Weltmarktproduktion die Grundlage für die Verwertung des Werts und damit für die Akkumulation von abstraktem Reichtum infrage gestellt wurde. Als Reaktion darauf ist das Kapital auf die Finanzmärkte ausgewichen, wo es sich nun schon seit vier Jahrzehnten durch Vorgriff auf *zukünftigen* Wert (fiktives Kapital) vermehrt.[24] Es könnte nun so scheinen, als sei diese Form der Akkumulation unter ökologischen Aspekten unschädlich, da ja die gehandelten Finanztitel keinerlei stofflichen Inhalt haben und also für ihre ›Produktion‹ kein Material benötigt wird. Doch der Schein täuscht – wie immer bei den kapitalistischen Kategorien. Denn die Finanztitel stellen Versprechen auf zukünftige Gewinne dar und benötigen daher immer real-ökonomische Bezugspunkte im Hier und Heute, die jene Versprechen glaubhaft erscheinen lassen, auch wenn sie sich im Nachhinein oft genug als illusionär erweisen.

Dabei spielt Grund und Boden in Gestalt der Immobilienspekulation ebenso eine zentrale Rolle (Lohoff 2020) wie die Ausbeutung von Rohstoffvorkommen und der Zugriff auf landwirtschaftlich nutzbare Flächen. Das hat nicht nur die Immobilienpreise und Mieten vor allem in den Bal-

gung des Werts angelegt ist (vgl. dazu genauer den Beitrag *Wie Sand am Meer* in diesem Buch).

24 Auf die ökonomischen und sozialen Konsequenzen dieser Entwicklung und auf ihre inneren Grenzen sind wir ausführlich an anderer Stelle eingegangen (Lohoff/ Trenkle 2012; Lohoff 2014; Trenkle 2016).

lungsräumen in horrende Höhen getrieben und damit für Millionen von Menschen das Wohnen extrem verteuert, wenn nicht verunmöglicht; es ist auch ein permanenter Anreiz für Landgrabbing im großen Stil, vor allem im Globalen Süden, was mit der systematischen Vertreibung der Menschen einhergeht, die auf diesem Land bisher lebten oder von ihm lebten. Und schließlich ist die Akkumulation des fiktiven Kapitals auch ein starker Motor für die zunehmende Erschließung von bisher schwer zugänglichen Zonen und Regionen (Polarregionen, Ozeane, Amazonasgebiet etc.), was zur Zerstörung der letzten ökologischen Senken führt und das globale Ökosystem zusätzlich destabilisiert.[25]

Die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen nimmt also immer größere Ausmaße an, je länger die Produktion des abstrakten Reichtums die Gesellschaft beherrscht. Darin zeigt sich, dass diese Herrschaft ihrem Wesen nach eine historisch-dynamische ist; sie folgt dem inneren Zwang, sich die gesamte Welt einzuverleiben und zum Material ihrer endlosen Selbstzweckbewegung zu machen und zwar auch dann noch, wenn die Grenzen dieser destruktiven Expansion längst in greifbare Nähe gerückt sind. Neben der Ausbreitung im Raum betrifft das auch die zeitliche Dimension. Denn zum einen bedeutet der rücksichtslose Verschleiß der in Jahrmillionen entstandenen und gelagerten natürlichen Ressourcen nichts anderes, als dass die Produktion des abstrakten Reichtums auf Kosten der erdgeschichtlichen Vergangenheit stattfindet, die sie in allerkürzester Zeit in einer Art Fressattacke verschlingt. Zum anderen kommt aber auch ein ganz erheblicher Teil der Schäden, den die kapitalistische Produktions- und Lebensweise anrichtet, erst nach einer kürzeren oder längeren Inkubationszeit wirklich zum Tragen, wird also gewissermaßen in die Zukunft verschoben. Das betrifft insbesondere die massenhaften Emissionen in Luft, Erde und Wasser, die sich (wie im Fall der drohenden Klimakatastrophe) erst mittel- und langfristig auswirken, dafür aber teilweise noch über Jahrhunderte hinweg das menschliche Leben auf der Erde belasten werden und sogar (wie im Fall von Mikro- und Nanoplastik) die Genstruktur von Mensch und Tier verändern können.

25 Die Flächen nördlich des Polarkreises, vor allem in Sibirien oder Alaska, sind überhaupt erst durch die kapitalistische erzeugte Erderwärmung für eine Rohstoffausbeutung zugänglich gemacht worden, welche ihrerseits die ökologische Katastrophe weiter vorantreibt. Dies ist ein besonders groteskes Beispiel für die sich selbst beschleunigende Zerstörungsdynamik der abstrakten Reichtumsproduktion.

In diesem Sinne können wir davon sprechen, dass die rasende Gegenwart der abstrakten Reichtumsproduktion, die immer nur um den einen immergleichen Zweck kreist, sowohl die Vergangenheit als auch die Zukunft des menschlichen Naturerbes buchstäblich auffrisst, weil diese in der historisch-spezifischen Zeitform des Kapitalismus, der abstrakten Zeit, nicht abbildbar sind.[26] Das ›Außen‹ der abstrakten Reichtumsproduktion hat also nicht nur eine soziale, eine stoffliche und eine räumliche, sondern auch eine zeitliche Dimension.

Die unmögliche Internalisierung des kapitalistischen Naturverhältnisses

Nun sind die ökologischen Auswirkungen der Externalisierung natürlich nicht unerkannt geblieben und werden schon lange gesellschaftlich diskutiert, wenn auch in aller Regel, ohne deren basale Ursachen zu thematisieren. Sogar in den Wirtschaftswissenschaften hat sich mit der Umweltökonomie ein eigener Zweig herausgebildet (vgl. etwa Wicke 1993), der sich dieser Problematik widmet und den Anspruch erhebt, Lösungen zu entwickeln, die mit der marktwirtschaftlichen Logik kompatibel sind. Die Grundidee ist dabei stets, dass die vereinzelten Einzelnen in ihrem Produktions- und Konsumverhalten ›externe Effekte‹ erzeugen, deren Kosten sie selbst nicht tragen, sondern auf die Allgemeinheit abwälzen. Für sich genommen, ist diese Einsicht ja durchaus richtig. Da aber die Zersplitterung der Gesellschaft in atomisierte Individuen, die sich über Arbeit und Warenproduktion miteinander vermitteln, als selbstverständlich vorausgesetzt wird, ist bereits eine extreme Einschränkung der Perspektive vorgezeichnet. Überdeutlich wird das an der Definition zum Stichwort »Externer Effekt« im Standardwerk *Gablers Wirtschaftslexikon*: »Wesentliches Merkmal externer Effekte ist, dass diese keine Auswirkungen für den Verursacher haben, weil zwischen ihm und den Betroffenen keine über den Preis- bzw. Marktmechanismus vermittelte Beziehung und auch keine anders geartete Vertragsbeziehung besteht. Steigt (sinkt) der Nutzen bzw. die Produktion des Betroffenen mit dem Niveau des externen Effekts, so handelt es sich um einen positi-

26 Vgl. zu den Zeitdimensionen im Kapitalismus und ihrem inneren Widerspruch Postone 2003, S. 444 f.

ven (negativen) externen Effekt im Konsum bzw. in der Produktion.«[27] Die Fragestellung reduziert sich also auf die Marktbeziehungen zwischen ›Wirtschaftssubjekten‹ und verengt sich darauf, wie die Einzelnen in ihrem Verhalten so beeinflusst werden können, dass ›externe Effekte‹ vermieden werden können. Die vermeintliche Lösung, die sich dann förmlich aufdrängt, soll darin bestehen, möglichst alle Kosten von Produktion und Konsum den Einzelnen individuell zuzurechnen, also monetär zu bewerten und auf diese Weise zu ›internalisieren‹.

Diese Vorstellung ist schon deshalb höchst problematisch, weil sie unterstellt, die gesamte Wirklichkeit und alle menschlichen Lebensäußerungen ließen sich auf einen ökonomischen Wert reduzieren und mit einem Preis versehen, der dann in die privatwirtschaftlichen Kalküle eingeht. Selbst wenn das möglich wäre, hätten wir es dann mit einer Horrorwelt zu tun, mit einer Art utilitaristischer Dystopie, in der vermutlich nicht einmal mehr die Wirtschaftsfachleute würden leben wollen, die sich solchen Unsinn ausdenken. Tatsächlich sind diese aber immerhin noch nicht ganz realitätsblind und müssen anerkennen, dass sich ›Umweltgüter‹ nicht in der von ihnen gewünschten Weise ökonomisch bewerten lassen, von anderen Aspekten wie der ›Bewertung‹ eines guten Lebens oder auch nur einer schönen Landschaft oder von lebenswerten Städten ganz zu schweigen.[28] Dennoch orientiert sich die Umweltökonomie an diesem Leitbild, was insofern konsequent ist, weil in einer durch und durch warenförmigen Welt nun einmal nur die Dinge, Bedürfnisse und Lebensäußerungen anerkannt werden, die einen monetären Ausdruck erhalten.[29] Auch wenn sich also der grausige Anspruch der totalen Ökonomisierung des Lebens zum Glück nicht ein-

27 https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/externer-effekt-34801/version-372602

28 »Für eine rationale Politikgestaltung ist die Kenntnis der positiven und negativen externen Effekte in Geldgrößen eine wichtige Voraussetzung. Die monetäre Bewertung externer Effekte erlaubt beispielsweise den Vergleich und die Addition unterschiedlichster Umwelteffekte sowie die Verrechnung von ökonomischen und ökologischen Nutzen bzw. Kosten. Allerdings bereitet die monetäre Bewertung nicht-marktlicher Güter (hier: Umweltgüter) erhebliche Schwierigkeiten« (Henze u.a. 1996, S. 473).

29 »In der Umweltpolitik ist eine vollständige Internalisierung externer Effekte wegen der Probleme einer ökonomischen Bewertung der Umweltschäden sowie der Verursacher nicht möglich. Das Verursacherprinzip kann jedoch als Leitbild der Umweltpolitik (umweltpolitische Leitbilder) dienen, welches durch das Gemeinlastprinzip und durch das Vorsorgeprinzip ergänzt wird« (Gablers Wirtschaftslexikon, Stichwort *Internalisierung externer Effekte)*.) https://wirtschaftslexikon.gabler.de/definition/internalisierung-externer-effekte-39210/version-262624

lösen lässt, wird doch versucht, einen gewissen Teil der ›externen Effekte‹ zu bepreisen, damit diese zumindest ansatzweise in die Produktions- und Konsumkalküle der ›Wirtschaftssubjekte‹ eingehen.

Nun wissen jedoch selbst die meisten Vordenker*innen der Marktwirtschaft, dass ›externe Effekte‹ nicht freiwillig internalisiert werden; denn das widerspricht den Gewinninteressen der betriebswirtschaftlichen Einheiten genauso wie den Interessen der Konsummonaden an niedrigen Warenpreisen. Daher bedarf es einer starken Instanz, die die Internalisierung durchsetzt oder zumindest die Externalisierung von Kosten begrenzt. Diese Instanz kann aber nur der Staat sein. Weiter oben habe ich bereits kurz erwähnt, dass zur kapitalistischen Produktions- und Lebensweise notwendig auch der Staat gehört. Denn eine Gesellschaft, die auf dem Widerspruch beruht, dass die Menschen sich vergesellschaften, indem sie ihre privaten Interessen gegeneinander verfolgen, müsste zwangsläufig auseinanderfliegen, gäbe es nicht eine abgesonderte, mit äußerster Machtfülle ausgestattete Instanz, die das gesellschaftliche Ganze notfalls auch gewaltsam zusammenhält und den Rahmen für die allgemeine Warenproduktion aufrechterhält und absichert. In diesem Sinne repräsentiert der Staat den Standpunkt des Allgemeinen innerhalb der kapitalistischen Gesellschaft, zu dessen Aufgaben auch gehört, wenigstens die schlimmsten Schädigungen der natürlichen Umwelt zu verhindern, die sich direkt auf die Lebensverhältnisse und Produktionsbedingungen auf seinem Territorium auswirken können.

Prinzipiell kann das auf zweierlei Weise geschehen. Erstens indem der Staat die Unternehmen dazu zwingt, die entsprechenden Emissionen und Schäden gar nicht erst zu verursachen oder durch die Vorgabe von entsprechenden Grenzwerten zu reduzieren (klassisches Beispiel ist der Zwang zum Einbau von Filteranlagen für Abwasser und Abluft). Und zweitens durch die Besteuerung bestimmter Ressourcen, Materialien oder Energieträger (z.B. Energiesteuer), die der Intention nach bewirken soll, dass diese effizienter genutzt oder ganz eingespart werden. Eine neuere Methode sind handelbare Emissionszertifikate, die aber im Grunde nur eine Variante der klassischen Besteuerungspraxis darstellen, da sie ja letztlich auch nach staatlichen Vorgaben (oder Vorgaben von Staatenbünden wie der EU) ausgegeben, reguliert und kontrolliert werden müssen. Der größte Unterschied besteht vielleicht darin, dass diese Zertifikate hervorragend für die Spekulation am Finanzmarkt und für allerlei Betrugsmanöver geeignet sind

und deshalb geradezu perfekt in die Epoche des fiktiven Kapitals (Lohoff/Trenkle 2012, S. 209 ff.) passen.[30]

Diese Maßnahmen haben jedoch schon deshalb nur begrenzten Erfolg, weil die Unternehmen in der Verfolgung ihrer Partikularinteressen sehr erfinderisch darin sind, die entsprechenden Steuern und gesetzlichen Vorgaben zu umgehen und auf jede erdenkliche Art zu hintertreiben. Neben den üblichen plumpen, aber immer noch sehr erfolgreichen Methoden von Bestechung, Betrug und der Manipulation von Messmethoden (wie im spektakulären Dieselabgasbetrug durch den Volkswagenkonzern) verwenden sie dabei allerlei Ausweichstrategien. Das betrifft zum einen die Art der Emissionen. Werden bestimmte Emissionen verboten oder mit hohen Kosten belegt, weicht man eben auf andere Substanzen aus, deren Wirkung nicht ganz so offensichtlich ist oder die sich schwer nachweisen lassen. Im Wettlauf mit dem Staat haben die Unternehmen dabei immer einen uneinholbaren Vorsprung. Denn erstens kann es sehr lange dauern, bis bestimmte Emissionen auf politischem Wege verboten oder begrenzt werden, sodass die Unternehmen, wenn sie das Verbot durch Lobbyarbeit nicht verhindern oder aufweichen können, genügend Zeit haben, um andere, oft nicht weniger schädliche Produktionsmethoden zu entwickeln. Und zweitens müssen Schädigungen von Umwelt und Gesundheit gemäß dem ›Verursacherprinzip‹ immer kausal einem bestimmten Akteur zugerechnet werden, was jedoch angesichts der Komplexität moderner Produktionsprozesse und der Wechselwirkung chemischer Substanzen in vielen Fällen unmöglich ist.[31]

So kommt es, dass selbst in einem der wirtschaftlich erfolgreichsten kapitalistischen Kernländer wie Deutschland in den letzten Jahrzehnten zwar bestimmte, unmittelbar sicht- und spürbare Emissionen (rußende Schornsteine, Einleitung von ungeklärten Abwässern in Flüsse etc.) deutlich reduziert wurden, gleichzeitig aber der Eintrag von anderen Schadstoffen, Chemikalien und Kunststoffpartikeln, die wegen ihrer Langzeitschäden oft noch gefährlicher sind, zugenommen hat.[32] Damit einher ging, wie

30 Zum massiven Betrug mit EU-Emissionszertifikaten siehe etwa http://www.klimaretter.info/politik/hintergrund/19425-emissionshandel-betrug-zulasten-des-klimas

31 Vgl. dazu auch den Text von Karl-Heinz Simon *Die Sache mit dem Klima – Klimaschutz hinterfragt* in diesem Band.

32 So ist zwar in Deutschland die Wasserqualität vieler Flüsse inzwischen wieder so gut, dass man sogar darin baden kann, doch wurde und wird dafür das Grundwasser mit Nitraten und allen möglichen Chemikalien systematisch vergiftet. Vgl. https://www.

allgemein bekannt, die massive Verlagerung ›schmutziger Produktionen‹ in andere, ärmere und politisch schwächere Länder (eine Form der räumlichen Externalisierung, auf die ich noch zurückkommen werde), sodass die schädlichen Emissionen nun anderswo anfallen, während sich Länder wie Deutschland als umweltpolitische Vorbilder präsentieren können (Lessenich 2018, S. 96-100).

Diese hier nur kurz skizzierten Methoden zur Umgehung umweltpolitischer Vorgaben und Maßnahmen sind weitgehend bekannt und vielfach dokumentiert. Darüber hinaus gibt es aber noch einen viel wichtigeren Grund, weshalb der Staat prinzipiell nicht in der Lage ist, die Externalisierungslogik zu konterkarieren und die Partikularsubjekte dazu zu zwingen, die verursachten Schäden zu internalisieren. Wenn oben gesagt wurde, dass der Staat integraler und notwendiger Bestandteil der kapitalistischen Ordnung ist, dann heißt das auch, dass er nicht außerhalb des Systems der abstrakten Reichtumsproduktion steht, sondern in seinem Handeln immer auf dieses bezogen bleibt. Er steht zwar in seinem Hoheitsgebiet grundsätzlich über den konkurrierenden Privatinteressen, doch besteht seine Aufgabe nicht darin, diese auszuschalten, sondern sie so zu regulieren, dass sie möglichst viel zur abstrakten Reichtumsproduktion beitragen, ohne den allgemeinen, territorial abgegrenzten Rahmen zu beeinträchtigen. Dazu gehört auch, die ›externen Effekte‹ auf die Umwelt zu begrenzen, soweit diese allzu schädlich ausfallen und beispielsweise bestimmte Regionen für die Ansiedlung von Unternehmen und die benötigten Fachkräfte oder auch für den Tourismus unattraktiv werden lassen. In diesem Sinne ist das staatliche Handeln also durch die Paradoxie gekennzeichnet, ökologische Schädigungen im Detail nur deshalb zu verhindern oder abzumildern, damit die kapitalistische Maschinerie mit dem ihr inhärenten Wachstumszwang in Gang bleibt und deshalb die Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen auf der Ebene des Gesamtsystems weitergehen kann.

Weiter oben habe ich schon angemerkt, dass der Begriff der ›externen Effekte‹ insofern verkürzt ist, als er die Warenproduktion als selbstverständlich voraussetzt und sich nur auf die Beziehungen zwischen Marktteilnehmer*innen beschränkt. Das ist aber nicht nur einer verengten ideologischen Perspektive geschuldet, sondern verweist auf einen realen

---

sueddeutsche.de/wissen/wasserqualitaet-duengemittel-belasten-deutsche-fluesse-und-seen-stark-1.4038428

Zusammenhang. Soweit der Staat etwas gegen ›externe Effekte‹ unternimmt, bezieht sich das immer nur auf die Binnenbeziehungen *innerhalb* des Systems der abstrakten Reichtumsproduktion, niemals aber auch auf das System als solches. So wird dann beispielsweise ein Betonwerk dazu verpflichtet, seine Treibhausgas-Emissionen zu reduzieren und sparsamer mit den eingesetzten Energieträgern umzugehen. Dass aber die Produktionsmenge dieses extrem ressourcen- und energieintensiven Baustoffs[33] am betreffenden Standort gesteigert wird, ist selbstverständlich erwünscht, und ebenso selbstverständlich wird die Bautätigkeit überall im Lande gefördert, auch wenn dadurch die ökologisch extrem schädliche Flächenversiegelung[34] vorangetrieben und das Mikroklima in den Ballungsräumen immer unerträglicher wird.

Hinzu kommt noch, dass der Staat selbst ganz massiv als Akteur der abstrakten Reichtumsproduktion auftritt und in dieser Funktion einen erheblichen Teil zur Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen beiträgt. Das betrifft in erster Linie den Ausbau und Erhalt der Infrastruktur, insbesondere für den Verkehr und die Energieversorgung, aber auch für die Digitalisierung, die einen immer größeren Teil der weltweiten Energie verschlingt. Dabei ist zu bedenken, dass eine gut ausgebaute Infrastruktur angesichts der zunehmenden Komplexität der Produktionszusammenhänge und deren räumlicher Zergliederung eine immer wichtigere Voraussetzung für die Produktion und den Vertrieb von Waren geworden ist und daher einen der wichtigsten ›Standortfaktoren‹ darstellt. Zugleich ist die Infrastruktur aber auch notwendige Bedingung für den privaten Konsum, insbesondere für bestimmte Arten des Konsums, die ihrerseits einen erheblichen Teil der natürlichen Ressourcen verschlingen.[35] In erster Linie gilt das für den Gebrauch des Autos und die energetische Versorgung der wuchernden Vorstadtsiedlungen, die sich der atomisierten Lebensweise verdanken, aber

33 Die weltweite Zementproduktion ist für ca. acht Prozent der globalen Treibhausgasemissionen (2,8 Mrd. to) verantwortlich. (Der Tagesspiegel, 20.9.2019), https://www.tagesspiegel.de/wissen/die-klimaschaedliche-gier-nach-zement-klimakiller-beton/25033772.html

34 »Täglich werden in Deutschland rund 56 Hektar als Siedlungsflächen und Verkehrsflächen neu ausgewiesen. Dies entspricht einer Flächenneuinanspruchnahme – kurz Flächenverbrauch – von circa 79 Fußballfeldern.« https://www.bmu.de/themen/europa-internationales-nachhaltigkeit-digitalisierung/nachhaltige-entwicklung/strategie-und-umsetzung/reduzierung-des-flaechenverbrauchs/

35 Siehe dazu auch den Text von Ernst Lohoff *Wie Sand am Meer* in diesem Buch.

auch für die Nutzung des Internets und aller Arten elektronischer Geräte. Die Finanzierung der Infrastruktur ebenso wie die aller anderen staatlichen Aufgaben (vom Sozial- und Gesundheitssystem über die Bildung bis hin zu Polizei und Justiz) stammt natürlich aus der Selbstzweckbewegung der abstrakten Reichtumsproduktion, die der Staat über Steuern und Abgaben anzapft. Es schließt sich hier also der Kreis: Der Staat moderiert und reguliert den Prozess der endlosen Akkumulation des Kapitals, von dem er selbst in seinen Strukturen und Funktionen untrennbar abhängt. Es versteht sich daher fast von selbst, dass er kein Gegenspieler der Externalisierungslogik sein kann.

Natur ohne Interesse

Diese Überlegungen zur Stellung des Staates sollten nicht so verstanden werden, dass dieser in umweltpolitischer Hinsicht vollkommen handlungsunfähig wäre. Zwar bleibt er immer auf das System der abstrakten Reichtumsproduktion verwiesen und kann dessen destruktive Logik nicht durchbrechen, doch innerhalb davon besitzt er dennoch gewisse Handlungsspielräume, die im Einzelnen durchaus bedeutsam sein können. Es ist natürlich nicht egal, ob beispielsweise giftiger Müll einfach in die Landschaft gekippt oder auf Deponien entsorgt wird, ob die Städte bloß auf Autos ausgerichtet werden oder öffentliche Verkehrsmittel den Vorrang haben oder ob Solaranlagen statt Kohlekraftwerken gefördert werden. Ob die Politik diese Spielräume wenigstens für partielle Verbesserungen nutzt oder nicht, variiert erheblich von Land zu Land, denn es hängt in starkem Maße von den jeweils vorherrschenden politischen und gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen ab. Allerdings stellt sich auch hier ein grundsätzliches Problem. Denn die Kräfteverhältnisse in der Arena des Politischen werden wesentlich bestimmt von der Frage, wie stark die verschiedenen partikularen Interessengruppen innerhalb eines Landes organisiert sind und wie gut es ihnen gelingt, ihre Interessen durchzusetzen. Das gesellschaftliche Naturverhältnis hat jedoch in diesem Interessenkampf keinen eigenständigen Platz. Denn so gegensätzlich all diese Partikularinteressen auch sein mögen und so erbittert sie gegeneinander ausgefochten werden, sie verorten sich letzten Endes immer *innerhalb* der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise. Daher bleiben auch sie immer auf die spezifische Form der kapitalistischen Reichtumsproduktion bezogen und

setzen zugleich explizit oder implizit deren inhärente Externalisierungslogik als selbstverständlich voraus. Dagegen kann das gesellschaftliche Naturverhältnis gar nicht die Form des Interesses annehmen, weil ›die Natur‹ ja als das ›Außen‹ der abstrakten Reichtumsproduktion gesetzt ist. Schon der *Form* nach ist das Interesse eine immanente Kategorie der kapitalistischen Vergesellschaftung und hat immer schon *partikularen* Charakter. In ihr drückt sich das äußerliche und verdinglichte Verhältnis der vereinzelten Einzelnen untereinander und auf ihren gesellschaftlichen Zusammenhang aus, den diese Einzelnen ja, wie oben erläutert, gerade in der Verfolgung ihrer Interessen erst herstellen (Neuendorff 1973, S. 17 f.; Trenkle 2019, S. 8 f.).[36] Das gesellschaftliche Naturverhältnis hingegen ist nicht als ›Interesse‹ abbildbar, weil es keinen *partikularen* Charakter hat, sondern die stumme und *allgemeine* Voraussetzung der auf der Verfolgung von Interessen beruhenden kapitalistischen Vergesellschaftungsform darstellt. Aus diesem Grund bleibt das Naturverhältnis im politischen System des Staates systematisch unrepräsentiert, obwohl oder vielmehr *weil* es auf spezifische Weise diesem zugrunde liegt. Dieses Unsichtbarmachen des Naturverhältnisses verweist einmal mehr auf den inneren Zusammenhang zwischen der spezifisch kapitalistischen Reichtumsproduktion und der politischen Form, in der diese reguliert wird.

Der Mangel an politischer Repräsentation wird nur dort punktuell durchbrochen, wo bestimmte ökologische Schäden sich direkt auf partikulare Interessen auswirken, beispielsweise wenn die Anwohner*innen eines Flughafens gegen dessen weiteren Ausbau protestieren oder wenn Landarbeiter*innen, die gesundheitlich unter dem Einsatz von Pestiziden zu leiden haben, sich gewerkschaftlich organisieren und für bessere Arbeitsbedingungen kämpfen. An solchen Punkten können sich zwar gesellschaftliche Konflikte entzünden, die über die Interessen der Betroffenen hinausgehen und auf eine Transformation des gesellschaftlichen Gesamtzusammenhangs zielen (Brand/Wissen 2017, S. 168 ff.); doch in der Regel beschränkt sich die Politisierung auf eine Artikulation partikularer Interessen, die dann dementsprechend auch gegeneinander ausgespielt werden

36 »Interesse … ist gleichzeitig Grund und Folge der Vermittlung zwischen zwei sich zunächst wesentlich fremden Wesen: dem Subjekt und seinen Gegenständen« (Neuendorff 1973, S. 17). So gesehen ist der Begriff des Partikularinteresses eigentlich ein Pleonasmus.

können; klassischerweise in Gestalt des sogenannten Nimby-Protests,[37] der nur darauf zielt, das eigene unmittelbare Umfeld zu schützen, sich aber nicht darum schert, dass die ›externen Effekte‹ anderweitig anfallen. Aber auch dort, wo ökologische Fragen Eingang in Partei- und Regierungsprogramme sowie in Gesetze und Verordnungen finden, müssen sie auf einzelne Forderungen oder Forderungskataloge heruntergebrochen werden, um mit der politischen Logik kompatibel zu sein. Auf diese Weise werden sie in die Form des repräsentierbaren und rechtlich zurechenbaren Interesses gepresst, während der Rahmen, innerhalb dessen die Interessenkonkurrenz ausgetragen wird, immer schon als selbstverständlich vorausgesetzt wird.

Damit aber wird der allgemeine Charakter des Naturverhältnisses schon auf ganz grundsätzliche Weise negiert. Der ökologische Zusammenhang wird fragmentiert und der Form nach in eine Vielzahl von partikularen Interessen aufgespalten, die sich in der allgemeinen Konkurrenz behaupten müssen. Die Verschmutzung der Ozeane muss dann beispielsweise auf der gleichen Ebene verhandelt werden wie der Erhalt von Arbeitsplätzen in der Autoindustrie oder der Bau von Hotelanlagen und Flughäfen, ganz so, als ließen sich diese völlig unterschiedlichen Fragen irgendwie auf einen Nenner bringen. Damit aber ist schon vorgezeichnet, dass die kapitalistische Form der Reichtumsproduktion gar nicht erst infrage gestellt werden kann, sondern vielmehr so getan werden muss, als ließe sich die kapitalistische Produktionsweise tatsächlich irgendwie auf ›ökologische Nachhaltigkeit‹ trimmen.

In der schnöden politischen Praxis setzen sich dann freilich mit unschöner Regelmäßigkeit, bestenfalls solche ›Kompromisse‹ durch, die den laufenden Betrieb nicht ernsthaft gefährden oder sogar bestimmten Sektoren, die vorgeblich ›grüne Produkte‹ herstellen, noch zu neuem Schwung verhelfen. Das liegt nicht einfach nur daran, dass die Wirtschaftsverbände und großen Unternehmen ihre Interessen durchsetzen würden (das tun sie natürlich, wo und wie immer sie können), sondern daran, dass sich gegenüber dem Anliegen, die natürlichen Lebensgrundlagen zu erhalten, immer auch Interessenkoalitionen zwischen Gruppen herausbilden, die ansonsten und in anderer Hinsicht durchaus gegeneinanderstehen. In besonderem Maße gilt das natürlich dort, wo die Interessen von Unternehmen, Gewerk-

37 Nimby ist das englischsprachiges Akronym für *Not in my backyard* (Nicht in meinem Hinterhof).

schaften und politischer Administration am Erhalt bestimmter strategisch wichtiger Produktionsstandorte übereinstimmen – wie im Fall der deutschen Automobilindustrie, die einen geradezu sakrosankten Status genießt. Jüngstes Beispiel dafür ist die heftige Kritik der IG-Metall an der SPD, weil diese im Zuge des Corona-Konjunkturpakets keine Kaufprämie für Benzin- und Dieselautos vorgesehen hat (Süddeutsche Zeitung 11.6.2020). Wenn dann noch die Interessen von mächtigen Konsumentengruppen ins Spiel kommen, wie gerade beim Automobil, haben ökologische Forderungen kaum Chancen. Man darf nicht vergessen, dass in solchen Interessenkoalitionen ja nicht nur eine Produktionsweise, sondern auch eine Konsum- und Lebensweise verteidigt wird, die ebenfalls auf der Externalisierung ihrer negativen Effekte auf ›die Natur‹ ebenso wie auf einer Hierarchie zwischen den privilegierten kapitalistischen Zentren und der von diesen selbst erzeugten Peripherie beruht.[38] Ulrich Brand und Markus Wissen sprechen in diesem Zusammenhang sehr treffend von einer »imperialen Lebensweise« (Brand/Wissen 2017).

Bei der Verteidigung und Absicherung dieser imperialen Lebensweise spielt der Staat eine wichtige Rolle. Während ihm nach innen die Aufgabe zufällt, die schlimmsten Externalisierungsschäden zu verhindern oder zu reparieren und die destruktive Dynamik der allseitigen Interessenkonkurrenz abzumildern (jeweils abhängig von den gesellschaftlichen Kräfteverhältnissen und den ökonomischen Spielräumen des Landes im Rahmen der Weltmarktkonkurrenz), tritt nach außen jeder einzelne Staat selbst als partikulares Interessensubjekt auf. Gegenüber allen anderen Ländern und Regionen versucht er, möglichst viele Vorteile für die von ihm repräsentierte Bevölkerung bzw. für die von ihm zusammengefassten Partikularinteressen zu ergattern. In dieser Funktion übt der Staat keinesfalls eine begrenzende Wirkung auf die Externalisierungslogik aus, sondern ist selbst aktiv an der Externalisierung beteiligt. Dabei spielt natürlich das internationale politische und militärische Machtgefälle eine wichtige Rolle. Es sind vor allem die Staaten des Globalen Nordens, denen es gelingt, ihre privilegierte Stellung im Weltgefüge auf Kosten des Globalen Südens auf vielfältige Weise zu behaupten. So etwa durch den Import von Rohstoffen und Agrarprodukten, deren Extraktion bzw. Produktion mit oft verheerenden Konsequenzen für

38 Vgl. dazu auch den Artikel von Julian Bierwirth *Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen* in diesem Band.

die Menschen und die natürlichen Lebensgrundlagen vor Ort einhergeht; oder durch die Ausbeutung von Arbeitskräften unter den schlimmsten Bedingungen (Kinder- und Sklavenarbeit inklusive); oder durch die Entsorgung von Wohlstandsmüll jeder Art, der dann in Afrika, Asien oder Lateinamerika einfach in die Landschaft gekippt wird und die Menschen vergiftet. Diese Auflistung ist natürlich alles andere als vollständig, sondern gibt nur exemplarisch einen kleinen Ausschnitt der Schweinereien wieder, auf denen die privilegierte Stellung der kapitalistischen Zentren in der hierarchischen Weltordnung beruht (vgl. ausführlicher Lessenich 2018).

Die allgemeine Staatenkonkurrenz in Verbindung mit dem ungeheuren ökonomischen und politischen Machtgefälle zwischen den Staaten ist auch ein wesentlicher Grund dafür, weshalb internationale Vereinbarungen und Abkommen über ökologische Standards und die Reduktion von klimaschädlichen Emissionen systematisch zum Scheitern verurteilt sind. Da auf globaler Ebene, anders als im einzelstaatlichen Rahmen, keine übergeordnete Instanz existiert, die die zentrifugale Dynamik der Konkurrenz auch nur ansatzweise regulieren könnte, wären solche Abkommen theoretisch die einzige Möglichkeit, die Externalisierung von negativen Umwelteffekten zu begrenzen. Aber schon in den Verhandlungen darüber prallen Interessen aufeinander, die letztlich unvereinbar sind, vor allem auch deshalb, weil natürlich kein Staat auf seine Privilegien oder Vorteile verzichten will (so er denn über solche verfügt). Die vagen Kompromisse, die dann zustande kommen, laden ihrerseits förmlich dazu ein, gar nicht erst eingehalten oder irgendwie umgangen zu werden, da ja keine ernsthaften Konsequenzen zu befürchten sind.[39] Deshalb wurden die optimistischen Erwartungen, die sich zunächst mit den diversen Weltklimakonferenzen seit 1992 verbanden, herbe enttäuscht; und es ist davon auszugehen, dass infolge des grassierenden Nationalismus und angesichts zunehmender weltwirtschaftlicher Turbulenzen die Bereitschaft für ein koordiniertes Vorgehen noch weiter abnehmen und stattdessen die Staatenkonkurrenz sich deutlich verschärfen wird (vgl. Lohoff 2016).

39 Selbst der Bundesrechnungshof (!) kritisiert in einem aktuellen Bericht, dass die deutsche Regierung viel zu wenig dafür tue, um die *Agenda 2030 für eine nachhaltige Entwicklung*, die von den UN im Jahr 2015 beschlossen wurde, umzusetzen. Zwar habe die Bundesregierung ein 260-seitiges Programm verabschiedet, aber die darin enthaltenen Ziele würden faktisch kaum realisiert (*Süddeutsche Zeitung,* 9.7.2020, S. 7).

Die Aufhebung des abstrakten Reichtums

Es gibt also keinen Anlass zur Hoffnung, dass es gelingen könnte, die ökologische Katastrophe zu stoppen oder auch nur ernsthaft abzubremsen, solange die Gesellschaft der kapitalistischen Logik gehorcht. Selbst wenn der CO_2-Ausstoß innerhalb der nächsten zwei bis drei Jahrzehnte tatsächlich substanziell reduziert werden sollte, wie es jetzt auf EU-Ebene proklamiert wird, würde damit das Problem nur auf andere Bereiche verlagert (etwa in Gestalt der E-Mobilität). Denn wie man es auch drehen und wenden mag, die kapitalistische Produktions- und Lebensweise ist mit dem Prinzip der ökologischen Nachhaltigkeit unvereinbar.[40] Im Grunde weiß das auch ein Großteil der Gesellschaft oder ahnt es zumindest, verdrängt diese Einsicht jedoch gewaltsam, weil es keinen Ausweg zu geben scheint. Es ist das große Verdienst der Klimabewegung, dass sie diese kollektive Verdrängung wenigstens kurzzeitig zutage gebracht, die ökologische Frage wieder in den gesellschaftlichen Diskurs getragen und auf die politische Tagesordnung gesetzt hat. Gelungen ist ihr das nicht zuletzt deshalb, weil sie zunächst höchst unpolitisch auftrat, insofern sie einfach nur mit ungeheurer Vehemenz Forderungen erhob, die sich unmittelbar aufs Ganze richteten (Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen), und diese vor allem moralisch und durch Berufung auf naturwissenschaftliche Einsichten begründete. Das trug zwar ganz erheblich zu ihrer Breitenwirkung und zu einer äußerst positiven Resonanz in den öffentlichen Medien bei, entpuppte sich letztlich aber auch als Schwäche. Denn da eine kritische Reflexion auf die der ökologischen Zerstörung zugrundeliegenden gesellschaftlichen Strukturzusammenhänge weitgehend fehlte und stattdessen bloß an die Politik appelliert wurde, sie solle doch endlich tun, was ihr die Wissenschaft empfehle, war es leicht, die Bewegung einerseits als politisch unbedarft zu diskreditieren und andererseits Teile von ihr sehr schnell realpolitisch zu vereinnahmen.

Es wäre freilich billig, der Klimabewegung vorzuwerfen, dass sie keine grundsätzliche Kritik an der abstrakten Reichtumsproduktion und an der Politik formuliert hat. Wie jede spontane Bewegung hat sie sich in Bezug auf konkrete Fragen formiert, diese zunächst einmal als solche thematisiert und sich dabei der Begriffe bedient, die ihr zur Verfügung standen. Doch auf Dauer reicht das eben nicht aus. Wenn aus den Klimaprotesten eine wirk-

40 Mit Ingolfur Blühdorn (2020) könnte man sagen, dass die kapitalistische Produktions- und Lebensweise nachhaltig nicht-nachhaltig ist.

mächtige Kraft hervorgehen soll, die die gesellschaftliche Transformation vorantreibt, muss die Kritik zugespitzt und die kapitalistische Produktions- und Lebensweise radikal infrage gestellt werden. Andernfalls wird sich der bereits jetzt sichtbarere Zerfall der Bewegung, der nicht nur den Einschränkungen durch Anti-Corona-Maßnahmen geschuldet ist, sondern schon nach den Höhepunkten des Jahres 2019 eingesetzt hat, weiter fortsetzen.

Die Radikalisierung, von der hier die Rede ist, bezieht sich zunächst einmal auf die Inhalte der notwendigen gesellschaftlichen Transformation, also auf die Zielformulierung. Das Ziel einer Bewegung, die konsequent für den Erhalt der natürlichen Lebensgrundlagen und für ein gutes Leben für Alle kämpft, kann nur die Aufhebung der abstrakten Reichtumsproduktion und der ihr inhärenten Externalisierungslogik sein. Positiv formuliert, geht es um die Herstellung einer Gesellschaft, in der die Menschen nicht von ihren eigenen gesellschaftlichen Beziehungen in verdinglichter Form beherrscht werden, sondern in der sie selbst in freier Absprache über ihren gesellschaftlichen Zusammenhang verfügen.

Eine solche Zielsetzung sieht sich typischerweise mit dem Einwand konfrontiert, sie sei unrealistisch und ›abstrakt‹ und behindere daher jeden Ansatz praktischen Handelns und politischer Intervention im Hier und Heute. Auch im Umfeld der Klimabewegung wird so oder so ähnlich argumentiert. Beispielsweise vertreten in einem von der Zeitung TAZ produzierten Video zwei Klimaaktivistinnen, Lilith Rein und Ruth Kron, und die TAZ-Redakteurin Ulrike Herrmann den Standpunkt, ein gesellschaftlicher Systemwandel von Unten sei zwar wünschenswert, nur hätten wir dafür leider die Zeit nicht mehr, weil die Klimakatastrophe auf uns zurase. Daher gebe es nur eine Alternative: Der Staat müsse den Umstieg planen, »und zwar jeden einzelnen Schritt«, wie Herrmann betont.[41] Diese Reorientierung auf den Staat als gesellschaftliche Planungs- und Kommandozentrale liegt im Trend der Zeit, und sie ist, angesichts der Dramatik der ökologischen Krise, in gewisser Weise durchaus nachvollziehbar. Dennoch stellt sie einen ebensolchen – und vielleicht noch gefährlicheren – Irrweg dar wie die allfällige Illusion von einem ›grünen Kapitalismus‹.

Zum einen wird ganz grundsätzlich die Handlungsmacht des Staates überschätzt und unterstellt, dieser stehe *über* der kapitalistischen Logik

41 *Klima vs. Kapitalismus – Brauchen wir einen Systemwandel?* (min 5:37–5:58), www.youtube.com/watch?v=EOUovAzR2fg

und der ihr zugehörigen Form der Reichtumsproduktion und sei nicht etwa ein integraler Teil davon. Dabei lehrt schon die historische Erfahrung mit dem sogenannten Realsozialismus, dass der Staat keineswegs in der Lage ist, die Zwänge der Warenproduktion auszuschalten, sondern nur versuchen kann, sie irgendwie zu steuern (Kurz 1991; Stahlmann 1990). Die Resultate dieses Versuchs sind allerdings in aller Regel nicht nur wirtschaftlich, sondern auch ökologisch katastrophal, und sie setzen überdies ein striktes politisches Kontrollregime voraus, das nun wirklich rein gar nichts mit gesellschaftlicher Emanzipation zu tun hat. Zum anderen könnte ein neuer Staatsdirigismus unter den Krisenbedingungen des 21. Jahrhunderts gar nichts anderes sein als ein autoritäres Regime kapitalistischer Notstandsverwaltung, das keineswegs die ökologischen Probleme lösen würde, sondern allenfalls die privilegierten sozialen Schichten in den kapitalistischen Zentren eine Zeitlang vor den schlimmsten Folgen der Klimakrise schützt und zugleich den Ausschluss der ›Überflüssigen‹ aus der Peripherie noch effektiver organisiert, als es bereits der Fall ist.

Deshalb ist es kein Luxus, sich gerade jetzt die emanzipative Aufhebung der kapitalistischen Reichtumsproduktion auf die Fahnen zu schreiben, sondern der einzig wirkliche Ausweg aus der Spirale der ökologischen Zerstörung, der sozialen Exklusion und der autoritären Formierung der Gesellschaft. Natürlich lässt sich ein solches Ziel nicht von heute auf morgen verwirklichen. Es dient aber als notwendiger Orientierungspunkt für den gesellschaftlichen Transformationsprozess, der sich selbstverständlich in Etappen vollziehen muss und dessen Inhalt nur die Entwicklung von Strukturen einer allgemeinen und freien gesellschaftlichen Selbstorganisation jenseits von Warenproduktion und staatlicher Verwaltungs- und Herrschaftslogik sein kann. Zugleich ist eine übergreifende emanzipative Zielsetzung aber auch eine wichtige Voraussetzung für die Formierung einer globalen Transformationsbewegung. Denn in Bezug auf sie können soziale Bewegungen, die sich weltweit gegen die verschiedenen Ausprägungen der kapitalistischen Herrschaft und die ökologische Zerstörung zur Wehr setzen, einen gemeinsamen Handlungsrahmen entwickeln und sich so in eine gesellschaftliche Kraft verwandeln, die die kapitalistische Produktions- und Lebensweise grundsätzlich infrage stellt.

Um ein gängiges Missverständnis zu vermeiden, sei gesagt, dass es nicht darum geht, abseits der kapitalistischen Maschinerie in irgendwelchen Nischen ›alternative‹ Lebensformen zu etablieren. Solche Vorstellun-

gen waren angesichts des imperialistischen Zugriffs der kapitalistischen Warenproduktion, die dazu tendiert, alle Ressourcen zu monopolisieren, immer schon zum Scheitern verurteilt; in Zeiten der Globalisierung und einer weltweiten Zerstörung der natürlichen Lebensgrundlagen sind sie endgültig illusorisch geworden. Vielmehr ist eine Transformation der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion nur vorstellbar als konfliktreiche Auseinandersetzung um die systematische Aneignung von Ressourcen, Eigentumsrechten und gesellschaftlichen Räumen für die Entwicklung neuer Formen selbstorganisierter und kooperativer Produktions- und Lebensweisen. Dazu gehört auch, dass die Ebene der Politik nicht einfach geräumt und den hegemonialen Kräften überlassen werden darf. Zwar kann das Ziel nicht darin bestehen, den Staat zu erobern, wie in den klassischen und längst überholten Vorstellungen von Revolution; dennoch muss die Ebene des gesellschaftlich Allgemeinen, die in der kapitalistischen Gesellschaft vom Staat und seinen Institutionen okkupiert ist, grundlegend transformiert werden und wird daher heftig umkämpft sein. Das wird auch Auseinandersetzungen um Fragen einschließen, die auf den ersten Blick als immanent-politisch erscheinen mögen, etwa Kämpfe für kostenlose öffentliche Verkehrsmittel, für ein gutes Gesundheitswesen oder für günstige Wohnungen. Aber in der Perspektive einer grundlegenden gesellschaftlichen Transformation gewinnen solche Kämpfe einen anderen Charakter und werden zu Schritten, die aus der Logik der Warenproduktion herausführen.[42]

Ohne weitere Überlegungen darüber anzustellen, wie ein emanzipatorischer Transformationsprozess verlaufen könnte, möchte ich abschließend noch einmal genauer auf sein *Ziel* eingehen, also auf die Frage, was eine Aufhebung des abstrakten Reichtums und der ihm zugrundeliegenden Form der Vergesellschaftung bedeuten würde.

Ausgangspunkt dieses Textes war die weit verbreitete und berechtigte Kritik an dem äußerst engen Begriff von Reichtum in der kapitalistischen Gesellschaft, der sich letztlich nur auf monetäre Größen beschränkt. Diese Verengung resultiert jedoch nicht, so habe ich argumentiert, aus einer falschen Definition, Vorstellung oder Messung von Reichtum, wie es in der Postwachstumsdebatte vielfach nahegelegt wird; vielmehr hat sie ihren

42 Vgl. dazu auch den Text von Lothar Galow-Bergemann und Ernst Lohoff *Gestohlene Lebenszeit* in diesem Band.

Grund in der Herauslösung der Reichtumsproduktion aus dem gesellschaftlichen Zusammenhang als eigener Sphäre, in der als Reichtum nur gilt, was sich in der Form von Wert darstellt. Diese Herauslösung beruht aber ihrerseits auf der Zersplitterung der Gesellschaft in vereinzelte Einzelne, die ihre partikularen Interessen gegeneinander verfolgen und sich über die Herstellung von Waren (also die Verausgabung isolierter Privatarbeit) miteinander in Beziehung setzen. Aufhebung der abstrakten Reichtumsproduktion bedeutet daher zuallererst und ganz grundsätzlich die Aufhebung dieser absonderlichen und in sich widersprüchlichen gesellschaftlichen Beziehungsform. Anders gesagt, es geht darum, die verdinglichte gesellschaftliche Vermittlung über die Produktion von Waren (und damit über die Arbeit) durch neue Formen einer freien und allgemeinen gesellschaftlichen Kooperation und Selbstorganisation zu ersetzen (Sutterlütti/Meretz 2018).

Das hat entscheidende Konsequenzen für den Begriff des gesellschaftlichen Reichtums. Wo die Individuen sich zusammenschließen, um gemeinsam und mittels freier Absprache ihre gesellschaftlichen Beziehungen zu organisieren, stellt die Reichtumsproduktion keine herausgelöste Sphäre mehr dar, die einen exklusiven Status beansprucht und alles andere als ihr ›Außen‹ definiert; vielmehr werden die bisher dort angesiedelten Tätigkeiten in den gesellschaftlichen Gesamtzusammenhang zurückgenommen und dadurch zugleich grundlegend transformiert. Denn wo die Dinge nicht mehr bloß Mittel zur Vermehrung des abstrakten Reichtums darstellen, kann ihre Produktion unter Berücksichtigung ökologischer und stofflicher Kriterien sowie konkreter, sinnlicher Bedürfnisse ganz anders organisiert werden. Es gibt dann zum Beispiel keinen Grund mehr für eine permanente Beschleunigung des Produktionsrhythmus und auch nicht dafür, künstlichen Verschleiß einzubauen sowie ständig neue Moden, Gerätegenerationen und dergleichen in die Welt zu setzen (ein wichtiger Treiber für exzessiven Ressourcenverschleiß). Und es gibt auch kein verdinglichtes Kriterium mehr für eine Hierarchie zwischen verschiedenen Tätigkeiten und für die systematische Abwertung insbesondere von Care- und Haushaltstätigkeiten.

Ganz grundsätzlich gilt, dass sich das Verständnis dessen, was als Reichtum gilt, in einem umfassenden Sinne erweitern wird. Reichtum ist dann nicht mehr zwangsläufig an ein Tun gebunden wie in der kapitalistischen Gesellschaft, wo die Arbeit die allgemeine Norm darstellt, die auch auf all jene Tätigkeitsbereiche ausstrahlt, die keine Waren produzieren. Zum

gesellschaftlichen Reichtum gehören dann auch Muße und Nichtstun, Freundschaft und persönliche Beziehungen, schöne Landschaften, lebenswerte Städte und vieles anderes mehr, was heute allenfalls in Nischen ein Dasein fristet oder in der Gestalt von gesonderten Warenangeboten kompensatorisch befriedigt wird. Vielleicht ist unter diesen Bedingungen ohnehin der Begriff des gesellschaftlichen Reichtums hinfällig, weil gar nichts Spezifisches mehr damit bezeichnet werden kann.

Wesentlich ist auch, dass es unter diesen Voraussetzungen keinen strukturellen Zwang mehr dafür gibt, die natürlichen Lebensgrundlagen systematisch zu zerstören; denn diese gelten dann nicht mehr als ein ›Außen‹ des gesellschaftlichen Reichtums, das bedenkenlos verbraucht werden kann, sondern stellen einen integralen Bestandteil davon dar. Damit soll nicht das fragwürdig-idyllische Bild einer Gesellschaft gezeichnet werden, die sich harmonisch in ›die Natur‹ einfügt. Vielmehr wird das Naturverhältnis immer auch Gegenstand gesellschaftlicher Auseinandersetzungen sein. Fragen beispielsweise danach, welche natürliche Ressourcen auf welche Weise genutzt, wie Landschaften (die ja immer schon Kulturlandschaften sind) gestaltet oder wie Landwirtschaft und Tierhaltung organisiert werden sollen, müssen die Gesellschaft immer beschäftigen und lassen sich sicherlich nie abschließend klären. Aber die jeweiligen Antworten sind dann nicht vorgeprägt durch die Zwänge einer verselbstständigten Reichtumsproduktion und müssen sich nicht im allseitigen Kampf der Partikularinteressen behaupten, sondern können sich an Kriterien orientieren, wie sie in der Nachhaltigkeitsdebatte längst formuliert wurden (z.B. keine Eingriffe zu tätigen, deren Konsequenzen nicht wieder rückgängig gemacht werden können), aber unter den Bedingungen der abstrakten Reichtumsproduktion bloßen Appellcharakter haben können.

Entsprechendes gilt für den Zugang zu den natürlichen und gesellschaftlichen Ressourcen im globalen Maßstab. Es versteht sich eigentlich von selbst, dass in einer auf allgemeiner Kooperation und Selbstorganisation beruhenden Gesellschaft nicht ein Teil der Welt auf Kosten des anderen leben kann. Zwar wird es zweifellos immer wieder Auseinandersetzungen darüber geben und geben müssen, wie zum Beispiel notwendige Ressourcen allgemein zur Verfügung gestellt oder globale Infrastrukturen (vor allem Kommunikation und Verkehr) organisiert werden sollen. Doch auch hier sind wieder die entsprechenden Entscheidungen nicht von vorneherein durch ein strukturelles Machtgefälle, versachlichte Zwänge und ökonomische

Interessen geprägt, sondern müssen in offenen (welt-)gesellschaftlichen Diskussionsprozessen getroffen werden. Eine der ersten und dringlichsten Aufgaben wird dabei sicherlich darin bestehen, die extremen Ungleichgewichte zu beseitigen, die im Rahmen der kapitalistischen Weltordnung geschaffen und befestigt worden sind. Mit anderen Worten, die bisher von der kapitalistischen Logik privilegierten Regionen und Teile der Weltbevölkerung müssen massiv dazu beitragen, die durch die jahrhundertelange Ausbeutung im Globalen Süden verursachten Schäden zu beseitigen und die Voraussetzungen für ein gutes Leben auf der gesamten Welt zu schaffen.

Diese Aufgabe beginnt ebenso wie der ökologische Umbau der Produktion und die Entwicklung der neuen Strukturen gesellschaftlicher Kooperation nicht erst in ferner Zukunft, sondern stellt sich bereits heute für die sozialen Bewegungen, die sich am Ziel einer Aufhebung des abstrakten Reichtums orientieren. Wie auch immer diese Bewegungen sich im Einzelnen konstituieren und organisieren, um eine so weitgehende Transformation umsetzen zu können, müssen sie von vorneherein auf den globalen Zusammenhang ausgerichtet sein und die transnationale Kooperation in den Mittelpunkt stellen. Denn die gesellschaftliche Alternative wächst nicht aus irgendwelchen Nischen hervor, sie kann sich nur im Kampf um das gesellschaftliche Ganze konstituieren. Die Transformation der kapitalistischen Produktions- und Lebensweise muss die Züge der neuen Gesellschaft bereits im Ansatz vorwegnehmen; sie ist ein langer konfliktreicher Prozess, in dessen Verlauf sich die Gesellschaft neu erfindet.

Literatur

Brand, Ulrich/ Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom Verlag

Bierwirth, Julian (2013): Gegenständlicher Schein. Zur Gesellschaftlichkeit von Zweckrationalität und Ich-Identität. Krisis 3/ 2013. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2013/julian-bierwirth-gegenstaendlicher-schein/

Bierwirth, Julian (2019): Die Geburt des Ich. Aspekte von Identität und Individualität. Krisis 1/2019. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2019/die-geburt-des-ich-krisis-12019/

Blühdorn, Ingolfur (2020): Nachhaltige Nicht-Nachhaltigkeit. Warum die ökologische Transformation der Gesellschaft nicht stattfindet. Bielefeld: transcript Verlag

Diefenbacher, Hans/ Zieschank, Roland (2011): Woran sich Wohlstand wirklich messen lässt. Alternativen zum Bruttoinlandsprodukt. München: oekom verlag

Exner, Andreas/ Lauck, Christian/ Kulterer, Konstantin (2008): Die Grenzen des Kapitalismus. Wie wir am Wachstum scheitern. Wien: Ueberreuter

Federici, Silvia (2012): Aufstand aus der Küche. Reproduktionsarbeit im globalen Kapitalismus und die unvollendete feministische Revolution. Münster: Edition Assemblage

Gruppe Krisis (1999): Manifest gegen die Arbeit. Nürnberg: Förderverein Krisis. Online abrufbar unter: www.krisis.org/1999/manifest-gegen-die-arbeit/

Haller, Christian (2012): Menschenbild und Wirtschaft: Eine philosophische Kritik und Erweiterung des Homo oeconomicus. Marburg: Tectum Verlag

Habermann, Friederike (2008): Der homo oeconomicus und das Andere. Hegemonie, Identität und Emanzipation. Baden Baden: Nomos

Henze A./ Kämmerer S./ Schmitz P.M. (1996): Die monetäre Bewertung positiver und negativer externer Effekte der Landwirtschaft — Erfahrungen und Perspektiven. In: Linckh G./ Sprich H./ Flaig H./ Mohr H. (Eds.) Nachhaltige Land- und Forstwirtschaft. Veröffentlichungen der Akademie für Technikfolgenabschätzung in Baden-Württemberg. Berlin, Heidelberg: Springer

Immler, Hans/ Schmied-Kowarzik/ Wolfdietrich (1984): Marx und die Naturfrage. Ein Wissenschaftsstreit. Hamburg: VSA

Jackson, Tim (2012): The Regional Index of Sustainable Economic Well-Being (R-ISEW). Online abrufbar unter: https://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp/download/factsheets/bgdp-ve-isew.pdfhttps://ec.europa.eu/environment/beyond_gdp/download/factsheets/bgdp-ve-isew.pdf

Kant, Immanuel (1784): Idee zu einer allgemeinen Geschichte in weltbürgerlicher Absicht, in: Der Bonner Kant Korpus, Band VIII, S. 15-31. Online abrufbar unter: https://korpora.zim.uni-duisburg-essen.de/kant/

Kurz, Robert (1991): Der Kollaps der Modernisierung. Vom Zusammenbruch des Kasernen-Sozialismus zur Krise der Weltökonomie. Frankfurt am Main: Eichborn Verlag

Lepenies, Philipp (2013): Die Macht der einen Zahl. Eine politische Geschichte des Bruttoinlandsprodukts. Berlin: Suhrkamp Verlag

Lessenich, Stephan (2018): Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben. München: Piper

Lewed, Karl-Heinz (2005): Schopenhauer on the rocks. Über die Perspektiven postmoderner Männlichkeit. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 29/2005. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2005/schopenhauer-on-the-rocks/

Lohoff, Ernst (2006): Ohne festen Punkt. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 30/2006. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2006/ohne-festen-punkt/

Lohoff, Ernst (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation. Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis. Krisis 1/2014. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/

Lohoff, Ernst (2016): Die letzten Tage des Weltkapitals. Kapitalakkumulation und Politik im Zeitalter des fiktiven Kapitals. Krisis 5/2016. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2016/die-letzten-tage-des-weltkapitals/

Lohoff, Ernst (2017): Zwei Bücher – zwei Standpunkte. Zur Diskussion um Die große Entwertung und Geld ohne Wert. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2017/zwei-buecher-zwei-standpunkte/

Lohoff, Ernst (2018): Die allgemeine Ware und ihre Mysterien. Krisis 2/2018. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2018/krisis218/

Lohoff, Ernst (2020): Warum das Wohnen unbezahlbar wird und was dagegen zu tun ist. Krisis 1/2020. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2020/warum-das-wohnen-unbezahlbar-wird-und-was-dagegen-zu-tun-ist-krisis-12020/

Lohoff, Ernst/ Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast Verlag

MEW 23 = Marx, Karl: Das Kapital, Band 1. In: Marx-Engels-Werke Band 23, Berlin: Dietz Verlag, 1983

MEW 25 = Marx, Karl: Das Kapital, Band 3. In: Marx-Engels-Werke Band 25, Berlin: Dietz Verlag, 1986

MEW 42 = Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke Band 42, Berlin: Dietz Verlag, 1983

Neuendorff, Hartmut (1973): Der Begriff des Interesses, Frankfurt/M. 1973

O'Neill, Dan (2016): Bruttoinlandsprodukt. In: D'Alisa, Giacomo/ Demaria, Federico/ Kallis, Giorgos (Hrsg.): Degrowth. Handbuch für eine neue Ära. München: Oekom Verlag, S. 85-89

Polanyi, Karl (1995 [1944]): The Great Transformation. Frankfurt am Main: Suhrkamp

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Freiburg: Ça ira

Raith, Dirk (2016): BIP. Kritik und Alternativen. Graz: Impulszentrum Zukunftsfähiges Wirtschaften. Online abrufbar unter: http://www.imzuwi.org/index.php/79-ueber-uns/160-nwi-nationaler-wohlfahrtsindex

Scholz, Roswitha (1992): Der Wert ist der Mann. Thesen zu Wertvergesellschaftung und Geschlechterverhältnis. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 12/1992. Bad Honnef: Horlemann

Smith, Adam (1905 [1784]): Untersuchung über das Wesen und die Ursachen des Volkswohlstandes. Berlin: R. Prager

Stahlmann, Johanna W. (1990): Die Quadratur des Kreises. Funktionsmechanismus und Zusammenbruch der sowjetischen Planökonomie. In: Krisis. Beiträge zur

Kritik der Warengesellschaft 8/9. Erlangen: Krisis-Verlag. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/1990/die-quadratur-des-kreises/

Stiglitz, Joseph (2019): Das BIP kann die wahren Probleme einer Volkswirtschaft nicht abbilden. In: Handelsblatt, 3.1.2019. Online abrufbar unter: https://www.handelsblatt.com/meinung/gastbeitraege/gastkommentar-das-bip-kann-die-wahren-probleme-einer-volkswirtschaft-nicht-abbilden/23820898.html

Sutterlütti, Simon/Meretz, Stefan (2018): Kapitalismus aufheben. Eine Einladung, über Utopie und Transformation neu nachzudenken. Hamburg: VSA. Online abrufbar unter: https://commonism.us/download/

Trenkle, Norbert (2007): Aufstieg und Fall des Arbeitsmanns. In: Exner, Andreas/ Rätz, Werner/ Zenker, Birgit (Hrsg.): Grundeinkommen. Soziale Sicherheit ohne Arbeit. Wien: Deuticke. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2008/aufstieg-und-fall-des-arbeitsmanns/

Trenkle, Norbert (2016): Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals. Eine Antwort auf Geht dem Kapitalismus die Arbeit aus? von Christian Siefkes. In: Krisis 1/ 2016. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2016/die-arbeit-haengt-am-tropf-des-fiktiven-kapitals/

Trenkle, Norbert (2019): Ungesellschaftliche Gesellschaftlichkeit. Der Widerspruch zwischen Individuum und Gesellschaft als Kernpunkt gesellschaftskritischer Theorie. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2019/ungesellschaftliche-gesellschaftlichkeit/

Trenkle, Norbert (2020): Der andere Marx. Warum es keinen neuen Klassenkampf gibt und die Marx'sche Theorie dennoch hochaktuell ist. In: Soziopolis, 9.6.2020. Online abrufbar unter: https://www.soziopolis.de/beobachten/gesellschaft/artikel/der-andere-marx/

von Braun, Christina (1988): Nicht-Ich. Logik, Liebe, Libido. Frankfurt am Main: Neue Kritik

Wicke, Lutz (1993): Umweltökonomie. München: Verlag Vahlen

Wichterich, Christa (2013): Haushaltsökonomien in der Krise. In: Widerspruch. Beiträge zu sozialistischer Politik (Zürich), Nr. 62, S. 66-73. Online abrufbar unter: https://www.e-periodica.ch/digbib/view?pid=wis-001:2013:32 - 71

Wichterich, Christa (2016): Feministische internationale politische Ökonomie und Sorgeextraktivismus, in: Brand, U./ Schwenken, H./ Wullweber, J. (Hrsg.): Globalisierung analysieren, kritisieren und verändern. Das Projekt Kritische Wissenschaft. Hamburg, S. 54-71

Aus: Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (Hrsg.): Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.
Münster : Unrast-Verlag, 2020, S. 97 - 120

Ernst Lohoff

Wie Sand am Meer

Kleine politische Ökonomie des Wachstumszwangs

1.

Das Wortfeld ›wachsen‹ und ›Wachstum‹ bezeichnet ursprünglich Prozesse in der Welt des Organischen. Von Wachstum spricht man in diesem Zusammenhang laut Duden dann, wenn »ein lebender Organismus oder ein Teil eines solchen an Größe, Länge oder Umfang zunimmt«. Gras wächst, aber auch Zehennägel wachsen. Wie viele andere Wörter wird Wachstum auch im übertragenen Sinn verwendet und bezeichnet dann auch außerhalb der belebten Welt eine »Zunahme an Umfang, Größe, Menge, Intensität«. Mit jedem neu angeschafften Buch ›wächst‹ der Umfang einer Bibliothek; eine Stadt ›wächst‹ mit der Errichtung zusätzlicher Häuser.

Schon im 18. Jahrhundert haben Ökonomen den Wachstumsbegriff aus der Biologie in die Wirtschaftswissenschaften eingeschleppt. Als invasives Wort hat es sich dort dermaßen verbreitet, dass unser Wortschatz gar keinen etablierten alternativen Terminus zur Bezeichnung dieses Phänomens bereithält. Dementsprechend benutzen beide Seiten denselben Ausdruck, wenn sie darüber streiten, ob ›Wirtschaftswachstum‹ ein die Naturgrundlagen zerstörender Fluch oder ein gesellschaftlicher Segen sei. Das ist insofern höchst bemerkenswert, als es sich bei dem Ausdruck ›Wirtschaftswachstum‹ um einen durch und durch ideologischen Begriff handelt, der das Phänomen, das er bezeichnet, grotesk vernebelt. Er weckt falsche, das reale Problem absurd herunterdimensionierende Assoziationen und legitimiert einseitig die Position der Wachstumsapologeten. Beim biologischen Wachstum handelt es sich – von wuchernden Krebszellen einmal abgesehen – um sich selber begrenzende Prozesse. Man betrachte ein niedliches Elefantenbaby. Im Laufe seines Lebens kann es sein Geburtsgewicht versiebzigfachen, aber selbst der stattlichste Elefantenbulle ist irgendwann

einmal ausgewachsen. Der Größenunterschied zwischen einem winzigen Sprössling und einem jahrhundertealten Baum mag noch so beeindruckend ausfallen, selbst Mammutbäume wachsen bekanntlich nicht wirklich in den Himmel. Bei etwas über hundert Meter ist auch für einen Sequoia definitiv Schluss. Keine Pflanze, kein Tier wächst unbegrenzt.

Genau das, was Flora und Fauna nicht kennen, macht aber den Kern des ökonomischen Wachstums aus. Die VWL macht daraus kein Geheimnis: »Unter wirtschaftlichem Wachstum versteht man eine fortwährende Zunahme des realen wirtschaftlichen Outputs. Es handelt sich um unbegrenztes Wachstum« (Helmstädter 1980, S. 476). Und in der Tat: Die kapitalistische Produktionsweise kann nur existieren, indem und solange sie sich permanent ausdehnt und immer mehr kapitalistischen Reichtum erzeugt. Erfährt dieser Expansionsprozess eine vorübergehende Unterbrechung, dann steckt die kapitalistische Wirtschaft in einer Krise. Hätte es sich ein für alle Mal ausgewachsen, dann wäre der Kapitalismus am Ende. Beim Wirtschaftswachstum ist also das Grundmerkmal biologischer Wachstumsprozesse auf den Kopf gestellt. Ein Elefant, der genetisch auf die Art von ›Wachstum‹ programmiert wäre, auf das die kapitalistische Wirtschaft angewiesen ist, würde mindestens einem Dreifachtod entgegen›wachsen‹: Er würde unter der Last seines eigenen Gewichts zusammenbrechen, an Überhitzung eingehen und außerdem verhungern.

Von den Anfängen der ersten industriellen Revolution bis in die 1960er-Jahre hinein galt der dem Kapitalismus inhärente Drang, immer höhere Warenberge aufzutürmen als unproblematisch, ja sogar als die größte Stärke dieser Produktionsweise. Von Adam Smith (*Wealth of Nations*) bis Ludwig Erhard (*Wohlstand für Alle*) feierten die Kapitalismusapologeten die ›Marktwirtschaft‹ dafür, dass sie den Warenausstoß unermesslich gesteigert habe und weiter steigere; und auch die meisten Kapitalismuskritiker argumentieren von einem produktivistischen Standpunkt aus.[1]

Dieser Wachstumsenthusiasmus bröckelte erst, als die ökologische Frage mit immer größerer Wucht auf die historische Tagesordnung drängte. Seit den 1970er-Jahren wird über die »Grenzen des Wachstums« diskutiert und darüber, wie eine ›Versöhnung von Ökonomie und Ökologie‹ aussehen könne. Diese Debatte, die mit der aktuellen Klimadiskussion einen neuen Kulminationspunkt erreicht, zerfällt seit ihren Anfängen in zwei Stränge.

1 Das gilt insbesondere für die Arbeiterbewegung.

Der Hauptstrang hält an der Unabdingbarkeit von Wirtschaftswachstum fest und will dieses vom steigenden Ressourcenverbrauch entkoppeln. Die Minderheit hält dagegen einen Bruch mit dem Wachstumsparadigma für unerlässlich und fordert den Übergang zu einer wachstumsfreien Form des Wirtschaftens. Der Mainstream bekennt sich unisono zur Marktwirtschaft und träumt von einem ›grünen Kapitalismus‹. Das wachstumskritische Lager bietet ein etwas anderes Bild. Viele Vertreter und Vertreterinnen verstehen sich als antikapitalistisch. Allerdings läuft ihr ›Antikapitalismus‹ in der Regel auf eine einseitige Konsum- bzw. Technikkritik hinaus.[2]

Diese Schlagseite kommt nicht von ungefähr. Nur die Marx'sche Kritik der politischen Ökonomie taugt als theoretischer Bezugsrahmen für ein tieferes Verständnis der kapitalistischen Produktionsweise und deren Eigentümlichkeiten. Dieser Ansatz ist aber in den letzten Jahrzehnten völlig marginalisiert worden. Die Wachstumskritik behilft sich damit, das von der bürgerlichen Ökonomie bestimmte Wald- und Wiesenverständnis der kapitalistischen Wirtschaftsweise irgendwie kritisch zu wenden. In dieser Perspektive ist aber die Grundlogik dieser Wirtschaftsweise immer schon vorausgesetzt und wird zu einer überhistorischen Konstante mystifiziert. Der Mensch ist demnach immer schon Tauschwesen und seine Beziehungen zu den anderen Menschen nehmen daher immer Warenform an. Wer diese falschen Annahmen stillschweigend übernimmt, statt sie zu kritisieren, kann aber die herrschende Vergesellschaftungsform nicht infrage stellen. Aus diesem Grund werden dann gesellschaftliche Entwicklungen auf technische Ursachen zurückgeführt oder durch Verhaltensänderungen bei den angeblich souveränen Marktsubjekten (vor allem im Hinblick auf den Konsum) erklärt.

Wer an der Notwendigkeit von ›Wirtschaftswachstum‹ festhält und lediglich dessen umweltverträgliche Neuausrichtung propagiert, kommt nicht umhin, verschiedene Formen von Wachstum einander gegenüberzustellen und gegeneinander auszuspielen. Für die ›schlechte‹ Art hat sich die Bezeichnung ›quantitatives Wachstum‹ eingebürgert, die ›gute‹, angeblich ressourcenschonende Variante firmiert als ›qualitatives‹ Wachstum. Das wachstumskritische Lager betrachtet letzteres als Chimäre[3] – zu Recht. Weil ihnen die fundamentalkritische Distanz zum herrschenden

2 So etwa Bruno Kern (2019)
3 So z.B. Kern 2019; Welzer 2014; Muraca 2014

Ökonomieverständnis fehlt, können dessen Vertreter und Vertreterinnen diese Einschätzung freilich nicht konsistent begründen, sondern nur mit empirischen Argumenten untermauern. Vor allem drei Faktoren werden dabei gerne angeführt, die es verunmöglichen, dem Wirtschaftswachstum ›ökologische Vernunft‹ einzuhauchen: Erstens: Durch technische Innovationen erzielte Einsparungen beim Energie- oder Ressourcenverbrauch werden dadurch kompensiert, ja überkompensiert, dass die Masse der konsumierten Güter zunimmt (sogenannter Rebound-Effekt). Zweitens: Solange Wachstum das Ziel bleibt, läuft der Wechsel zu vermeintlich grünen Technologien immer nur auf eine Verlagerung des Ressourcenverbrauchs hinaus; der Raubbau an einer Ressource wird nur gebremst, um den an anderen beschleunigt voranzutreiben. Drittens: Die Hoffnung, der Übergang zur Dienstleistungs- bzw. Wissensgesellschaft führe zu einem rückläufigen Bedarf an Naturressourcen ist auf Sand gebaut; der Einsatz dieser ›immateriellen‹ Leistungen und Güter setzt nämlich eine derart ressourcen- und energieaufwendige Infrastruktur voraus, dass alle ›Nachhaltigkeit‹ sich als Farce erweist.

Auch wenn diese Einwände zweifellos zutreffen, bleibt die Wachstumskritik doch insofern unbefriedigend, als sich die Auseinandersetzung ums ›qualitative Wachstum‹ damit in einen Streit um scheinbar isolierte Einzelfakten auflöst. Um das zu vermeiden und stattdessen den inneren Zusammenhang zwischen diesen Phänomenen erkennbar zu machen, geht dieser Text anders vor. Er beschäftigt sich zunächst einmal mit der grundsätzlichen Frage, was da überhaupt wächst, wenn ›die Wirtschaft‹ wächst, und erläutert sodann, dass die Vorstellung eines vom Ressourcenverbrauch entkoppelten Wirtschaftswachstums auf falschen Vorannahmen über den Charakter der kapitalistischen Produktionsweise beruht. Der Hauptvorzug dieser Herangehensweise besteht darin, einen Ausgangspunkt zu liefern, von dem aus sich systematisch aufrollen lässt, wie die historischen Entwicklungen, die das System des kapitalistischen Reichtums durchmacht, sich auf den Naturressourcenbedarf auswirken. Aber auch ideologiekritisch ist die prämissenkritische Herangehensweise hilfreich. Sie erklärt nämlich, warum sich das völlig haltlose Konzept eines ›qualitativen Wachstums‹ als derart zählebig erweist. Als plausibel erscheint es zunächst nur deshalb, weil es sich auf die tief im herrschenden Denken verankerten Illusionen über das Wesen der kapitalistischen Wirtschaft stützen kann.

2.

Am Gegensatzpaar ›quantitatives‹ versus ›qualitatives‹ Wachstum sticht zunächst einmal ins Auge, dass es sich aus zwei semantisch eigentlich unsinnigen Begriffen zusammensetzt. Ob in seiner ursprünglich biologischen oder in der übertragenen Bedeutung, das Wort ›wachsen‹» hebt stets auf einen rein quantitativen Aspekt einer Entwicklung ab. Ob Kind, ob Greis, solange ein Mensch eigene Haare auf dem Kopf hat, wachsen diese. Das bedeutet aber ausschließlich, dass jedes einzelne Haar jeden Tag ein wenig an Länge zulegt; nichts anderes. Das Haupthaar macht im Laufe eines Lebens auch andere Veränderungen durch. Zu deren Bezeichnung hält die Sprache aber andere Begriffe bereit. Beispielsweise verlieren die Haare eines Menschen mit zunehmendem Alter in der Regel ihre Ursprungsfarbe. Niemand nennt diesen Vorgang aber ›qualitatives Wachstum‹. Wer von ›qualitativem Wachstum‹ spricht, spricht von einem ›hölzernem Eisen‹. Und auch der Ausdruck ›quantitatives Wachstum‹ könnte von einem Germanistenquäler stammen. Wie bei grünem Gras oder weißem Schnee handelt es sich dabei nämlich um einen lupenreinen Pleonasmus.

Auf den ersten Blick mag es nur einer Randnotiz wert sein, dass im Zentrum der Debatte um die ›Versöhnung von Ökonomie und Ökologie‹ ein semantischer Irrläufer steht. Näher besehen, entspringt die sprachliche Verirrung jedoch den geistigen Verwirrungen, die dem herrschenden Verständnis ›unseres‹ Wirtschaftslebens zugrunde liegen. Das Gerede vom ›qualitativen Wachstum‹ konnte sich nur breitmachen, weil in der bürgerlichen Ökonomie seit jeher das Verhältnis von Gebrauchswert und Tauschwert auf dem Kopf steht und die kapitalistische Produktionsweise zu einer von den menschlichen Bedürfnissen bestimmten Wirtschaftsweise mystifiziert wird.

Schon der Gründungsvater der klassischen politischen Ökonomie, Adam Smith, vertrat den Standpunkt, dass es in der Wirtschaft um die Erzeugung der vielen unterschiedlichen Gebrauchsgüter gehe, welche die Menschen zum Leben benötigen.[4] Seit 250 Jahren wird diese Behauptung

4 So schreibt er: »The consumptibility, if we may use the word, of goods, is the great cause of human industry.« (Smith 1763, S. 199) In dieser Sicht erscheint also der Gebrauchswert der Ware als das Wesentliche, nicht ihr Tauschwert. Schon Marx sah darin das Grundmanko der klassischen Nationalökoniomie: »Es ist einer der Grundmängel der klassischen politischen Ökonomie, daß es ihr nie gelang, aus der Analyse der Ware und spezieller des Warenwerts die Form des Werts, die ihn eben

stur reproduziert: »Wirtschaft dient innerhalb des menschlichen Daseins der materiellen Erhaltung und Sicherung des Lebens des einzelnen oder einer Vielheit von Menschen. Ihre Aufgabe und ihr Ziel ist die dauernde Deckung des menschlichen Bedarfs an Gütern und Leistungen.«[5] In der kapitalistischen Wirklichkeit sieht die Sache jedoch anders aus. Natürlich muss jede Gesellschaft in irgendeiner Weise sicherstellen, dass Menschen etwas zu essen oder ein Dach über dem Kopf haben. Auch im Kapitalismus werden selbstverständlich Güter produziert und das nicht zu knapp. Die Gebrauchsgüterproduktion bildet aber nicht den Zweck der wirtschaftlichen Tätigkeit, sondern dient lediglich als ein Mittel, um ein ganz anderes Ziel zu erreichen, nämlich die Erzeugung von Profit. Diese Selbstzweckbewegung der Verwandlung von Geld in mehr Geld bildet den wahren Inhalt alles Wirtschaftens. Und genau hieraus resultiert das, was üblicherweise als ›Wachstumszwang‹ verhandelt wird.

Historisch betrachtet, ist der Wachstumszwang ein recht junges Phänomen. Natürlich gab es auch schon im alten Ägypten oder im europäischen Mittelalter Phasen, in den die Anbauflächen erweitert wurden und der Umfang der Produktion wuchs. Selbstverständlich gibt es seit jeher immer wieder technologische Innovationen, die für eine Erhöhung der Produktivität sorgten. So verbesserte beispielsweise der Übergang vom Joch zum Kummet im Mittelalter die Zugleistung von Ochsen und Pferden ganz entscheidend und ermöglichte in Kombination mit der Einführung der Dreifelderwirtschaft eine erhebliche Steigerung der landwirtschaftlichen Erträge. Es gab aber weder einen dem Wirtschaften inhärenten Zwang, von Periode zu Periode immer mehr zu produzieren, noch den, die stoffliche Produktion permanent zu revolutionieren und auf eine neue technologische Grundlage zu stellen. Diese Eigentümlichkeiten hat die Wirtschaft erst mit der kapitalistischen Produktionsweise entwickelt.

Das ist weit mehr als eine zufällige historische Koinzidenz. Für den Wachstumszwang ist vielmehr der höchst merkwürdige Inhalt verantwort-

---

zum Tauschwert macht, herauszufinden. Grade in ihren besten Repräsentanten, wie A. Smith und Ricardo, behandelt sie die Wertform als etwas ganz Gleichgültiges oder der Natur der Ware selbst Äußerliches. Der Grund … liegt tiefer. Die Wertform des Arbeitsprodukts ist die abstrakteste, aber auch allgemeinste Form der bürgerlichen Produktionsweise, die hierdurch als eine besondere Art gesellschaftlicher Produktion und damit zugleich historisch charakterisiert wird« (MEW 23, S. 95).

5 Brockhaus-Enzyklopädie, Stichwort ›Wirtschaft‹, https://brockhaus.de/ecs/enzy/article/wirtschaft

lich, den das Wirtschaften mit dem Übergang zur modernen Warengesellschaft erhalten hat. In dem Maß, wie sich alle Güterproduktion in Warenproduktion verwandelt, wird die Tauschwerterzeugung zum eigentlichen Sinn und Zweck aller Güterproduktion. Der Wachstumszwang entspringt unmittelbar dieser Herrschaft des Tauschwerts.

Wie die Herrschaft des Tauschwerts und die Verkehrung der Güterproduktion in ein Mittel der Tauschwerterzeugung an der gesellschaftlichen Oberfläche in Erscheinung tritt, ist kein Geheimnis. Ob es um den Anbau von Äpfeln geht, um das Nähen von Hosen oder die Produktion von Maschinengewehren, darüber, ob diese Gebrauchsgüter hergestellt werden oder nicht, entscheidet allein ein Kriterium: Lässt sich damit Geld verdienen? Um die Reichweite der Unterwerfung der Güterproduktion unter die Tauschwertproduktion zu verstehen, muss man allerdings tiefer bohren und die ›Elementarform‹ des kapitalistischen Reichtums, die Ware, in den Blick nehmen. Wie ein gewisser Karl Marx herausgearbeitet hat, entwickeln die Güter durch ihre Verwandlung in Waren einen seltsamen ›Doppelcharakter‹. Zum einen zeichnet sie sich durch einen jeweils besonderen Gebrauchswert aus – einen Apfel kann man essen, eine Hose anziehen, mit einem Maschinengewehr Menschen töten. Zum anderen haben Apfel, Hose und Maschinengewehr allesamt die gleiche übersinnliche, rein gesellschaftliche Eigenschaft, Träger von Wert zu sein. In dieser Eigenschaft verkörpern sie abstrakten Reichtum, Reichtum, der von allen qualitativen Unterschieden der Waren abstrahiert, sich also der stofflich-sinnlichen Seite der Reichtumsproduktion gegenüber gleichgültig verhält. Diese zweite Dimension macht aber die wahre ökonomische Bedeutung aller Waren aus. Die Gebrauchswerterzeugung ist der Tauschwerterzeugung untergeordnet und hat überhaupt nur als Mittel zur Erreichung dieses Ziels eine Daseinsberechtigung.

Unter der Herrschaft des Tauschwerts bildet dieser und seine Darstellungsform, das Geld, den Ausgangs- und den Endpunkt aller wirtschaftlichen Aktivitäten. Ebenso wie seine monetäre Erscheinungsform ist der Tauschwert ein rein gesellschaftliches Phänomen bar jeder sinnlich-stofflichen Qualität. Wenn alles Wirtschaften um qualitätslose Größen kreist, dann kann aber dessen Triebfeder nur in der quantitativen Vermehrung dieser qualitätslosen Größen bestehen. Die Herrschaft des Tauschwerts äußert sich also im Imperativ der Tauschwertmehrung. Was die Einzelkapitale angeht, ist das eigentlich offensichtlich. Ein Unternehmen, das Geld

verausgabt, um Waren zu produzieren, und mit dem Verkauf dieser Waren nur die Ausgangssumme erwirtschaftet oder gar weniger als diese, hat umsonst produziert. Ein Kapital, das nicht wächst, hat seine Mission verfehlt. Aber auch für die Warengesellschaft als Ganzes gilt diese Selbstzwecklogik der Tauschwertmehrung, der Verwandlung von Geld in mehr Geld.

Der Wachstumszwang betrifft zunächst einmal den abstrakten übersinnlichen Reichtum, die gesellschaftliche Tauschwertmasse. Der Tauschwert existiert aber nur an Waren und diesen kommt gleichzeitig immer irgendein Gebrauchswert zu. Der übersinnliche Tauschwert eines Autos existiert nicht ohne das Auto als sinnlichen Gegenstand, der Tauschwert des Aktenordners nicht ohne den Aktenordner. Das fungierende Kapital kann sein Ziel der Tauschwertmehrung deshalb nur über den Umweg der Herstellung und des erfolgreichen Verkaufs von Gütermarktwaren erreichen. Aufgrund dieser dem ›Doppelcharakter der Ware‹ geschuldeten Verbindung wird der systemische Wachstumszwang unweigerlich auch in der sinnlich-stofflichen Welt mit ihren begrenzten Ressourcen wirksam. Die Masse des erzeugten Tauschwerts kann nicht anschwellen, ohne dass gleichzeitig auch die Masse der Gebrauchsgüter anschwillt und der Ressourcenverbrauch zunimmt. Wer eine ›nachhaltige Marktwirtschaft‹ propagiert, die Ökonomie und Ökologie miteinander ›versöhnt‹, kann genauso gut von Berufskillern träumen, die sich streng an Geist und Buchstaben des fünften Gebotes halten.

3.

Die heutige Mainstreamdebatte sieht das bekanntlich ganz anders und hat die Quadratur des Kreises zum Programm erhoben. Der Kapitalismus soll ökologisch unbedenklich werden, indem er auf ›qualitatives Wachstum‹ umstellt. Die Vertreter dieses Konzepts behaupten, die Wirtschaft müsse nur durch »Innovationen … die Qualität von Produkten und Dienstleistungen« verbessern und auf »langlebige, gut gewartete und energiesparende Geräte und Anlagen«[6] setzen, dann könnte sie mit weniger Rohstoffverbrauch und geringeren Emissionen mehr »Wertschöpfung« erzielen.

Vom Standpunkt der Kritik der politischen Ökonomie ist die entscheidende analytische Schwäche dieser Argumentation mit Händen zu

6 https://deacademic.com/dic.nsf/dewiki/1145807

greifen. Wer qualitative Verbesserungen von Gebrauchsgütern als Steigerung der ›Wertschöpfung‹ apostrophiert, vermischt heillos Tauschwert und Gebrauchswert. Diese grundsätzliche theoretische Schwäche erklärt allerdings auch mit, warum diese Argumentation so einflussreich ist und so vielen als plausibel gilt. Weil die bürgerliche Ökonomie seit den Tagen Adam Smiths behauptet, Zweck der kapitalistischen Produktion sei die möglichst effiziente Herstellung nützlicher Güter, interpretiert sie Tauschwert und Geld als akzidentelle Größen. In sämtlichen Theoriegebäuden der VWL gehen Tauschwert und Gebrauchswert wild durcheinander. Der widersinnige Gedanke eines ›qualitativen Wachstums‹ ist nicht zuletzt deshalb eingängig, weil er dieses tief im herrschenden Denken verankerte Deutungsmuster abruft.

Die Warengesellschaft steuert schnurstracks in ein ökologisches Desaster. Die Fans des ›qualitativen Wachstums‹ wollen das auf deren Boden verhindern, indem sie einfach auf die ›richtigen‹ Technologien setzen. Dieser technische Reduktionismus ist haltlos. Ein der Unterwerfung des Reichtums unter die Warenform geschuldetes Problem lässt sich nie und nimmer durch bloß technische Maßnahmen aus der Welt schaffen. Nichtsdestotrotz verweist das Stichwort Innovation auf eine für das Verständnis des Wachstumszwangs entscheidende Frage. Der Wachstumszwang betrifft ja zunächst einmal den Tauschwert der Waren. Er greift jedoch unweigerlich auf die sinnlich-stoffliche Welt über, weil der Tauschwert sich in realen Produkten darstellen muss. Dieses Übergreifen und die damit einhergehenden ökologischen Verheerungen sind das, worum die Debatte um den Wachstumszwang kreist. Dabei spielt, was den Übersetzungsmechanismus angeht, die Produktivkraftentwicklung eine ganz zentrale Rolle. Allerdings sieht deren Wirkung ganz anders aus, als die Konzepte eines qualitativen Wachstums suggerieren.

Gäbe es keine Produktivkraftentwicklung, würden immer die gleichen Waren mit unveränderten Methoden erzeugt, wäre der Zusammenhang zwischen dem Wachstum der Tauschwerterzeugung einerseits und dem Verbrauch natürlicher Ressourcen anderseits denkbar einfach. In einer Warengesellschaft, in der die immer gleichen Gebrauchswerte auf die immer gleiche Weise hergestellt würden, müsste sich das Wachstum der Tauschwertproduktion eins zu eins in der Zunahme des Ressourcenverbrauchs und der ökologischen Belastung abbilden. Nähme die erzeugte Tauschwertmasse jährlich um zwei Prozent zu, dann würde das auch für den

Ressourceneinsatz quer durch die Palette aller in Verwendung befindlichen Rohstoffe gelten; und auch die Schadstoffemissionen oder der Flächenverbrauch würden bei unveränderter Technik um zwei Prozent zunehmen.

Bekanntlich zwingt die Konkurrenz und die Jagd nach einem Extraprofit die Kapitalien aber zu einer permanenten Umwälzung der Produktivkräfte. Das verändert den Zusammenhang zwischen Kapitalakkumulation und dem Verbrauch von Naturressourcen entscheidend. Die Produktivkraftentwicklung vereint in sich zwei Aspekte: die Einführung neuer Erzeugnisse (Produktinnovation) und die Umwälzung der Fertigungsprozesse (Prozessinnovation). Auch wenn diese beiden Momente in der kapitalistischen Wirklichkeit in der Regel miteinander verschränkt auftreten, sind sie analytisch streng auseinanderzuhalten und getrennt zu betrachten. Sie wirken sich nämlich auf das System des kapitalistischen Reichtums und damit auch auf das Problem des Wachstumszwangs höchst unterschiedlich aus. Die Wirkung der Produktinnovation ist qualitativ. Weil sie die Zusammensetzung des Gebrauchswertkosmos betrifft, hängt von ihr ab, welche Teile des Naturerbes zu kapitalistischen Ressourcen mutieren. Sie verändert den Gegenstand, der dem Wachstumszwang unterliegt, je nachdem, welche Roh- und Naturstoffe für die Herstellung der neuen Produkte benötigt werden. Die Prozessinnovation hat dagegen eine rein quantitative Wirkung. Sie führt in aller Regel zur Steigerung des Produktausstoßes pro Zeiteinheit und zur gleichzeitigen Verdrängung von Arbeitskraft durch Maschineneinsatz und Automatisierungstechnik. Das Tempo, mit dem der pro Einzelprodukt notwendige Arbeitsaufwand sinkt, bestimmt letztlich die Stärke des Wachstumszwangs.

Bleiben wir zunächst einmal bei diesem zweiten Aspekt. In einer freien Gesellschaft gäbe es vielerlei Gründe zur Umgestaltung von Fertigungsabläufen. Das Wohlergehen der Produzenten, der schonendere Umgang mit der Natur, die Gewinnung disponibler Zeit wären wichtige, aber keineswegs die einzigen Motive. In der Warengesellschaft herrscht dagegen eine streng monokausale Logik. Die Umwälzung der Produktionsmethoden dient immer nur dem Zweck einer Minimierung der einzelbetrieblichen Kosten. Im dauernden Kampf um die Erzielung eines Extramehrwerts versucht jedes Einzelkapital den »individuellen Wert« (Marx) der von ihm erzeugten Waren unter deren gerade gültigen gesellschaftlichen Wert zu drücken, indem es mit immer weniger Arbeitsaufwand produziert. Mit der Verallgemeinerung der effektiveren Methoden führt das aber dazu, dass

die für die Herstellung der einzelnen Waren gesellschaftlich notwendige Arbeitszeit sukzessive sinkt und damit deren Wert. Eine Tonne Stahl[7], eine Stecknadel oder ein Stapel Schreibpapier repräsentierten im Jahr 1990 weniger Wert als in 1970 und im Jahr 2010 weniger als in 1990. Eine unveränderte relative Zusammensetzung des Warenkosmos unterstellt, würde eine Halbierung des Arbeitsaufwandes dazu führen, dass von sämtlichen Produkten doppelt so viel erzeugt werden müsste, um die Tauschwerterzeugung gesamtkapitalistisch betrachtet auch nur konstant zu halten.[8] Soll sich der Tauschwert verdoppeln, muss sich in Hinblick auf die Masse der Gebrauchswerte der Output vervierfachen und damit natürlich auch der Ressourceneinsatz. Aufgrund der Produktivitätsentwicklung erfährt der Wachstumszwang beim Übergang aus der Welt des Tauschwerts in die sinnlich-stoffliche Welt also eine Potenzierung. Je schneller die Arbeitsproduktivität zunimmt, desto schneller enteilt der Ressourcenbedarf dem Wachstum des Tauschwerts.

Betrachten wir nun den Aspekt der Produktinnovation. Es gibt keine Einheitsressource Natur, die sich das Kapital en bloc einverleiben könnte. Das Naturerbe der Menschheit setzt sich vielmehr aus qualitativ verschiedenen organischen und anorganischen Bestandteilen zusammen, die das Kapital mit der Einführung bis dato unbekannter Produkte sukzessive in seine Dienste nimmt. Der Gegenstand, auf den sich der Wachstumszwang bezieht, unterliegt also einem historischen Wandel. Dieser historische Wandel betrifft zunächst einmal die Frage, was an der Natur überhaupt zum Kreis der Ressourcen gehört und was aktuell (noch) nicht. Phosphat beispielsweise bekam erst mit der Einführung des Kunstdüngers im 19. Jahrhundert eine wirtschaftliche Bedeutung und fand Eingang in das Reich des vom kapitalistischen Standpunkt Nützlichen. Für das 1901 entdeckte Europium gibt es erst seit der Entwicklung des Fernsehens eine industrielle Verwendung. Mit der Einführung von LEDs, Leuchtstofflampen und

7 Um diesen Entwicklungstrend an einem beliebigen Beispiel festzumachen: In der saarländischen Stahlindustrie lag 1974 die für die Herstellung einer Tonne Stahl benötigte Arbeitszeit bei 8,2 Arbeitsstunden. 2007 waren es nur noch 2,8 Stunden, also etwas mehr als ein Drittel. Die regionalwirtschaftliche Bedeutung der Stahlindustrie für das Saarland 2012, S. 38
http://www.montan-stiftung-saar.de/mss/dokumente/Stahlstudie_2012.pdf.
Zur Produktivitätsentwicklung auch Lohoff/Trenkle (2012, S. 75 ff.).

8 Vgl. dazu auch Postone 2003, S. 293-300 und 432-439 sowie Lohoff/Trenkle 2012, S. 82-84.

Plasmafernsehern schnellte der Bedarf an diesem Rohstoff allerdings steil nach oben. Wenige Jahrzehnte nachdem dieser Stoff Aufnahme in die Welt der Ressourcen fand, gehört er wie andere seltene Erden bereits zu den von Verknappung bedrohten Gütern.

Diese Neuerschließung bis dato ungenutzter Naturgüter durch das Kapital geht bis heute weiter. Derzeit herrscht insbesondere im Bereich der Bio- und Gentechnologie geradezu so etwas wie eine Goldgräberstimmung. Dass die neue Dimension der Unterwerfung der Natur unter die Imperative betriebswirtschaftlicher Profitlogik wie schon bei der mikroelektronischen Revolution die allerkleinsten Bausteine betrifft, kommt freilich nicht von ungefähr. Auf der Makroebene der verfügbaren Grundstoffe geht es inzwischen im Wesentlichen nur noch um die Neukompilierung des Bedarfs an schon bekannten Grundstoffen und Energieträgern, nicht aber um völlige Neuentdeckungen. Die Nutzung der Windenergie war bekanntlich schon Cervantes wohlvertraut; und auch wer auf eine Erweiterung des Periodensystems um neue nützliche Elemente setzt, dürfte enttäuscht werden.

Solange die Wertverwertung den Inhalt allen Wirtschaftens bildet, steuert diese Gesellschaft unweigerlich auf die Naturschranke zu. Die technologischen Weichenstellungen bestimmen nur die Verlaufsform des Zusammenstoßes. Vielen der Technologien, die heute als ›grün‹ verkauft werden, steht auf der Stirn geschrieben, dass sie der Verknappung eines Rohstoffs gegensteuern, indem sie die Verknappung *anderer* Naturgüter beschleunigen. Aberwitzige Beispiele liefert der Versuch, den Individualverkehr auf eine neue technische Grundlage zu stellen. Man denke nur an die Schnapsidee, Benzin durch agrarindustriellen Sprit zu substituieren. Eine weitgehende Umstellung würde zwar auf den Ölverbrauch bremsend wirken, umso fataler wären aber die Folgelasten. Die Biomasse für das Substitut fällt schließlich nicht vom Himmel, vielmehr müssen ›Energiepflanzen‹ angebaut werden, und das bedeutet entweder die Rodung der letzten Urwälder oder die Umwidmung bis dato der Nahrungsmittelproduktion vorbehaltener Flächen. In Ländern wie Indonesien wurden große Regenwaldflächen abgeholzt, um Platz für Palmölplantagen zu schaffen. Was die CO_2-Emission angeht, läuft die Erzeugung von agrarindustriellem Sprit im besten Fall auf ein Nullsummenspiel hinaus. Bei der Umwidmung schon vorhandener landwirtschaftlicher Nutzflächen beruht der volle Tank in den Biosprit importierenden Ländern auf dem leeren Teller in den exportierenden. Ganz am Anfang der kapitalistischen Entwicklung klagte

Thomas Morus in seinem 1516 erschienenen Buch *Utopia* darüber, wie viel Elend und Hunger die Ausrichtung der Landwirtschaft auf Wollproduktion für die aufkommende Textilindustrie mit sich brachte. Er schrieb: »Die Schafe, einst so sanft und genügsam, sind wild und raubgierig geworden, dass sie sogar Menschen fressen, Felder, Gehöfte und Dörfer verwüsten und entvölkern. Denn überall, wo feinste Wolle erzeugt wird, sind Edelleute und Äbte nicht mehr mit den jährlichen Einkünften und Erträgnissen zufrieden, die ihren Vorgängern aus den Landgütern erwuchsen. Die Wolle bringt ihnen viel höheren Gewinn als das Korn. So verwandeln sie das Ackerland in Viehweiden, die sie einhegen« (Morus, S. 28). 500 Jahre später gehen die motorisierten Blechkisten im großen Stil zur Menschenfresserei über.

Keinen Deut besser ist es bekanntlich um den Traum vom Elektroauto bestellt. Schon die Energiebilanz dieser ›Zukunftstechnologie‹ fällt verheerend aus.[9] Zum einen lässt die Umstellung vom Verbrennungsmotor auf die neue Antriebstechnologie unweigerlich den Primärenergieverbrauch in die Höhe schnellen, es sei denn, dem Kapital gelingt es, die Naturgesetze zu reformieren. Der Elektromotor hat zwar einen höheren Wirkungsgrad als der Verbrennungsmotor, umso niedriger liegt er aber bei der Stromproduktion. Hinzu kommt, dass die Herstellung von Elektroautos der Batterieerzeugung wegen wesentlich energieintensiver ist als die von konventionellen Fahrzeugen. Und auch die Rohstoffbilanz schlägt schon aufgrund der für die Akkuherstellung unerlässlichen seltenen Erden dem viel beschworenen Prinzip der ›Nachhaltigkeit‹ ins Gesicht. Nicht nur, dass deren Abbau mit extremen Umweltschäden verbunden ist; wo diese Schlüsselrohstoffe in ausreichender Menge bei einem flächendeckenden Boom der Elektromobilität herkommen sollen, ist ein Rätsel. Wie schon eingangs erwähnt, beruht die Idee eines ›qualitativen Wachstums‹ auf der Vermengung der Gebrauchswertseite der Warenproduktion mit der Tauschwertseite. Die skizzierte Analyse der beiden Hauptmomente der Produktivkraftentwicklung lässt diese allgemeine Feststellung präzisieren und konkreter fassen. Wer von der Einführung neuer, ökologisch vermeintlich unbedenklicher Produkte eine Entkoppelung des Wachstums der Wertschöpfung vom steigenden Ressourcenverbrauch erwartet, verwechselt die Verschiebung des Wachstumszwangs von einer Ressource auf die andere mit dessen Überwindung. Unter kapitalistischen Bedingungen haben die technologischen

9 Vgl. dazu ausführlich die Studie von Winfried Wolf (2019)

Weichenstellungen lediglich einen Einfluss darauf, an welchen Ressourcen der Wachstumszwang manifest wird, sie können aber nicht den allgemeinen Zwang zum gesteigerten Einsatz natürlicher Ressourcen aushebeln.

Der eine oder die andere wird diese prinzipiellen Überlegungen als abstrakt abtun und darauf spekulieren, dass geschickte Substituierungsstrategien dem System der Wertverwertung noch reichlich Spielraum verschaffen können. In Wirklichkeit ist die herrschende Wirtschaftsweise auf ihrer Höllenfahrt in Richtung Naturschranke indes schon erschreckend weit vorangeschossen. Als Menetekel dafür kann die Entwicklung bei einem ebenso banalen wie allgegenwärtigen Rohstoff dienen, von dem vor allem die Bauindustrie Unmengen verbraucht, der aber auch in vielen anderen Produktionssektoren von der Zahnpasta bis zum Smartphone eine Rolle spielt. Wie die Redensart »wie Sand am Meer« noch dokumentiert, galten diese vielseitigen Quarzkörnchen bis dato als Inbegriff eines unerschöpflichen Gutes. Davon kann aber längst nicht mehr die Rede sein. In den letzten 20 Jahren hat sich der Verbrauch weltweit verdreifacht und erreicht mit 50 Milliarden Tonnen jährlich ein Niveau, das die natürliche Neubildung durch Erosion um ein Vielfaches übertrifft. Weil Wüstensand für die meisten Anwendungen ungeeignet ist, findet vor allem in den Ländern der Dritten Welt ein Raubbau an den noch übrigen Vorkommen statt, mit verheerenden ökologischen Folgen, etwa im Küstenschutz.[10]

Fast noch einschneidender ist das, was weiter oben schon im Zusammenhang mit der Vorstellung eines auf regenerative Ressourcen umgestellten Kapitalismus angedeutet wurde. Selbst bei der allgemeinsten aller Ressourcen, dem nutzbaren Boden, zeichnet sich die Naturschranke zusehends ab. Bei allem, was die kapitalistische Wirtschaft treibt, nimmt sie Flächen in Dienst, und durch diese Indienstnahme stehen diese Flächen für andere kapitalistische oder nicht-kapitalistische Nutzungen nicht mehr zur Verfügung.

10 https://www.zeit.de/wirtschaft/2019-05/rohstoffmangel-sand-bauwirtschaft-umweltverschmutzung-unep

4.

Auch Illusionen haben meist einen realen Anknüpfungspunkt. Die Illusion von der Versöhnbarkeit von warenproduzierender Ökonomie und Ökologie bezieht sich auf die Tatsache, dass technische Verbesserungen den Naturressourcenbedarf pro erzeugter Einzelware häufig senken. Trotzdem ist der Gedanke eines ›nachhaltigen‹ Kapitalismus durch und durch ideologisch und wirklichkeitsfern. Es wird nämlich konsequent ausgeblendet, dass dieser relative ökologische Gewinn in einer zum Wachstum verurteilten Wirtschaftsweise unweigerlich wieder zunichtegemacht wird, weil das absolute Produktionsvolumen permanent gesteigert werden muss, um die Selbstzweckbewegung des Werts in Gang zu halten. Das kann prinzipiell auf zwei Wegen geschehen: Entweder steigt in dem betreffenden Sektor der Produktausstoß derart an, dass der gesamte Stoffeinsatz der verbesserten Ressourceneffizienz zum Trotz zunimmt, oder es kommt zu einer Verlagerung der Akkumulationsbewegung in andere Bereiche der Warenproduktion, sodass dort der Ressourcenverbrauch entsprechend ansteigt.

Dass der Einsatz ›grüner Technologien‹ keineswegs ein absolutes Sinken des Ressourceneinsatzes nach sich zieht, ist selbstverständlich nicht unentdeckt geblieben. Vor allem in Hinblick auf den Energieverbrauch wird es immer wieder unter dem Stichwort Rebound-Effekt thematisiert. Und auch die gerade angedeutete Differenzierung zwischen den beiden Grundformen, in denen sich der Wachstumszwang stofflich Bahn bricht, scheint in dieser Debatte auf. Vom direkten Rebound-Effekt ist die Rede, wenn die Entwicklung des von der Verbesserung der Ressourceneffizienz betroffenen Sektors der Warenproduktion selber die Ressourcen-Einsparungen teilweise oder ganz wieder zunichtemacht. Übernehmen andere Bereiche dieses Geschäft, dann firmiert das als indirekter Rebound-Effekt. Zur Erläuterung des direkten Rebound-Effekts wird gerne die jüngste Geschichte des Fernsehers herangezogen. Im Jahr 2000 benötigten neuwertige Geräte pro Quadratzentimeter Bildfläche noch eine Stromleistung von 25 bis 45 Milliwatt, 2014 waren es nur noch 17 Milliwatt. Trotzdem lag der Energieverbrauch der neuen Gerätegeneration höher als bei den Vorgängern. Die durchschnittliche Bildschirmgröße nahm nämlich während dieser Zeit deutlich schneller zu, als der relative Energiehunger sank. Von einem indirekten Rebound-Effekt wird hingegen dann gesprochen, wenn das durch höhere Ressourceneffizienz (z.B. geringerer Benzinverbrauch bei

einem Auto) eingesparte Geld umgehend für andere Konsumgüter (z.B. ein zweites Fernsehgerät oder eine Flugreise) ausgegeben und dadurch die Warenproduktion zusätzlich angekurbelt wird.

Natürlich ist es angesichts der Traumtänzerei vom ›qualitativen Wachstum‹ schon ein Verdienst, überhaupt den Blick auf diese empirisch mit Händen zu greifenden Zusammenhänge zu richten. Allerdings hat die Debatte um den Rebound-Effekt eine entscheidende Schwäche: Das akkumulationstheoretische Kernproblem bleibt dort völlig ausgeblendet. Stattdessen steht die logisch eigentlich nachgeordnete Frage des Konsums im Zentrum und muss als Erklärung herhalten. Der Rebound-Effekt wird üblicherweise als das Ergebnis der »Rückwirkungen« von »Kosteneinsparungen« auf das »Kaufverhalten und den Gebrauch der Produkte«[11] verstanden. So erklärt Wikipedia den direkten Rebound-Effekt folgendermaßen: »Der direkte Rebound-Effekt ist eine erhöhte Nachfrage nach dem gleichen Gut. Eine Energiedienstleistung, die effizienter angeboten wird, wird dadurch billiger. Was billiger wird, wird stärker nachgefragt.« Zum indirekten Rebound-Effekt heißt es: »Wer dank Effizienzsteigerung Energie und damit Geld spart, gibt das Geld für anderes aus, das ebenfalls Energie verbraucht. Dadurch steigt die Nachfrage nach zusätzlichen Produkten, für deren Herstellung, Betrieb und Entsorgung ebenfalls Energie benötigt wird.«

In dieser Interpretation steht der reale Zusammenhang insofern auf dem Kopf, als die Dynamik der kapitalistischen Selbstzweckbewegung keineswegs vom Konsum ausgeht, sondern von der Produktion, die dem Diktat der endlosen Akkumulation von Kapital unterliegt. Was als direkter Reboundeffekt firmiert, ist primär eine Unternehmensstrategie. Wenn Waren billiger werden, dann ist das in der Regel auf eine Produktivitätssteigerung zurückzuführen, die den Arbeitsaufwand pro einzelner Ware und damit auch den in ihr dargestellten Wertanteil sinken lässt. Da dieser Effekt aber mit dem Zwang zur ständigen *Steigerung* der Wertmasse kollidiert, ist jedes Unternehmen bestrebt, ihn zu kompensieren. Das kann auf zwei Wegen geschehen, entweder versuchen die Unternehmen durch eine Erhöhung der abgesetzten Stückzahl den sinkenden Wert der Einzelware auszugleichen, oder die Produkte werden aufwendiger gestaltet (größere Fernseher sind

11 www.umweltbundesamt.de/themen/abfall-ressourcen/oekonomische-rechtliche-aspekte-der/rebound-effekte

dafür ebenso ein Beispiel wie der Rüstungswettlauf bei Pkws). Natürlich müssen diese Produkte auch abgesetzt werden, damit der in ihnen dargestellte Wert auch realisiert werden kann. Insofern ist das Konsumverhalten nicht einfach irrelevant. Doch ist es nicht die Ursache des permanenten Wachstums, sondern entspringt selber dem gesamtgesellschaftlichen Akkumulationszwang.

Dieser nachgeordnete Status lässt sich schon daran ablesen, dass es Unternehmen durchaus gelingen kann, den als ›direkten Rebound-Effekt‹ bezeichneten Mechanismus auch ohne die Kooperationsbereitschaft der Konsumenten in Gang zu bringen. Man denke nur an das viel diskutierte Phänomen der ›geplanten Obsoleszenz‹. Ob Drucker, Waschmaschine oder Fernseher, bei vielen Produkten verkürzen die Hersteller ganz gezielt die Lebensdauer durch technische Kunstgriffe.[12] Der frühzeitige Ersatzbedarf schraubt sowohl den Absatz der jeweiligen Branche nach oben als auch deren Ressourcenbedarf, ohne dass ›König Kunde‹ durch irgendeinen eingebildeten oder tatsächlichen zusätzlichen Gebrauchswert geködert werden müsste.

Aber nicht nur der direkte, auch der ›indirekte Reboundeffekt‹ lässt sich problemlos akkumulationstheoretisch dechiffrieren. Hinter dem ›direkten Reboundeffekt‹ verbergen sich Unternehmensstrategien, mit denen die von Produktivitätssteigerungen betroffenen Branchen selber das Schrumpfen der Wertmasse kompensieren. Der ›indirekte Reboundeffekt‹ beschreibt demgegenüber, was in der vom Akkumulationszwang gekennzeichneten kapitalistischen Wirtschaft geschehen muss, wenn dieser Ausgleich nicht greift. Zusätzliche Akkumulation in anderen Branchen muss dann die sinkende Wertproduktion in den von Produktivitätsschüben betroffenen Branchen substituieren.

Dass ausgerechnet die entscheidende Triebkraft der kapitalistischen Reichtumsproduktion übersprungen wird und stattdessen die Nachfrage und der individuelle Konsum als das entscheidende Problemfeld gelten, kommt nicht von ungefähr. In der ökologischen Debatte spielt die Kritik der politischen Ökonomie keinerlei Rolle. Soweit man sich überhaupt Vorstellungen vom Inhalt ›unserer Wirtschaft‹ macht, stammen diese aus dem Denkgebäude der bürgerlichen Ökonomie und ihrer Erbin, der

12 Ein Pionier dieser Praxis war das Phoebuskartell. Diese internationale Vereinigung aller wichtigen Glühlampenhersteller einigte sich Anfang der 1920er-Jahre darauf, die Brenndauer von Glühlampen auf 1.000 Stunden zu begrenzen.

VWL. Dessen Grundlage ist aber nun einmal der ›methodologische Individualismus‹, also die Herleitung des gesellschaftlichen Geschehens aus dem Handeln der vereinzelten Einzelnen und der Fixierung auf die Sphäre des Marktes. Die gängige Wachstumskritik bleibt ganz dieser Perspektive verhaftet, wenn es um das Problem des steigenden Ressourcenverbrauchs geht. Gerade bei der Rebound-Debatte ist das mit Händen zu greifen. Neu an der Rebound-Debatte ist nämlich einzig und allein der Name und die ökologische Aufladung. Das Deutungsmuster selber ist über 150 Jahre alt. Es deckt sich eins zu eins mit dem Jevons-Paradoxon, das eine Schlüsselrolle bei der Erstformulierung der heute noch in der VWL beliebten Grenznutzenlehre spielte.

5.

In seinem 1865 erschienenen Buch *The Coal Question* formulierte der Urvater der Grenznutzentheorie, William Stanley Jevons, das nach ihm benannte Paradoxon, um zu erklären, warum nach der Einführung der Watt‹schen Dampfmaschine der Kohleverbrauch steil anstieg, obwohl dieser Maschinentypus wesentlich effizienter war als seine Vorgänger. Dampfmaschinen wurden im 18. und 19. Jahrhundert bekanntlich fast ausschließlich in der Produktion eingesetzt, nicht im Bereich des privaten Konsums.[13] Die Nachfrage, von der in *The Coal Question* die Rede war, entsprang also unmittelbar der Akkumulationsbewegung des fungierenden Kapitals. Jevons‹ theoretische Lebensleistung bestand darin, den fundamentalen Unterschied zwischen dem »produktiven Konsum« (Marx) des Kapitals, der integrales Moment der Verwertungsbewegung ist, und dem außerhalb des kapitalistischen Verwertungskreislaufes angesiedelten Endkonsum begrifflich einzuebnen. Auf diese Weise konnte er die Selbstzweckbewegung der Wertverwertung zu einer Funktion simpler Bedürfnisbefriedigung mystifizieren. Diesem geistigen Erbe bleibt die heutige Rebound-Debatte insofern treu, als sie das Problem des Wachstumszwangs automatisch von der Seite des Konsums her aufzurollen versucht, statt den Wachstumszwang aus dem Akkumulationszwang und damit aus der Logik abstrakter Reichtumsvermehrung zu erklären.

13 Im Privathaushalt taucht die Dampfmaschine erst auf, als sie in den Fabriken schon ausgedient hatte. Im frühen 20. Jahrhundert hielt sie im Miniformat und zum Spielzeug herabdimensioniert Einzug ins Kinderzimmer.

Aus einer ideologiekritischen Perspektive demonstriert die Fixierung auf den individuellen Konsum vor allem, wie sehr uns modernen Menschen die eigene absurde Existenzweise als vereinzelter Einzelner in Fleisch und Blut übergegangen ist. Die Legende, ›König Kunde‹ sei qua Marktmacht der souveräne Gestalter des Wirtschaftslebens, wird dementsprechend nicht nur in der markttheologischen Literatur verbreitet, sie ist auch im Alltagsbewusstsein tief verankert. Gerade wenn das herrschende Bewusstsein seiner eigenen zerstörerischen Praxis gewahr wird, fällt ihm nichts anderes ein, als zu fordern, jeder und jede solle bei sich selbst anfangen. Das Resultat der warengesellschaftlichen Praxis, die traurige Gestalt eines nur durch Kauf und Verkauf in Beziehung zum eigenen Gesellschaftszusammenhang tretenden vereinzelten Einzelnen, wird aufgerufen, durch ›richtige und bewusste Kaufentscheidungen‹ den kapitalistischen Verheerungen Einhalt zu gebieten.

Gesellschaftskritik muss darauf beharren, dass es sich bei dieser Vorstellung um die pseudokritisch aufgeladene, durch die VWL-Lehrbücher geisternde Fiktion eines allwissenden Konsumenten handelt. In Hinblick auf die notwendigen weitreichenden gesellschaftlichen Veränderungen zäumt sie das Pferd von hinten auf. Die kapitalistische Wirtschaftsweise ist primär Produktionsweise und nicht Konsumtionsweise. Aus diesem Grund ist ein Ausstieg aus ihr mit einem Bruch mit der kapitalistischen Reichtumsform verbunden. Bereits die Verwandlung der gesellschaftlichen Reichtumsproduktion in Warenproduktion ist die Wurzel des Wachstumszwangs und aller anderen kapitalistischen Übel, keineswegs erst der ›falsche‹ Einsatz der individuellen Kaufkraft des Endkonsumenten.

Die Debatte um den Rebound-Effekt wandelt insofern auf den Spuren der Grenznutzentheorie, als sie den Konsumenten ins Zentrum der ökonomischen Verhältnisse rückt. Allerdings weicht sie von Jevons‹ Sicht der Welt insofern ab, als sie die Figur des Konsumenten im Wesentlichen auf den Endkonsumenten verengt. Diese Neuausrichtung ist insofern von Bedeutung, als sie auf reale Veränderungen in der Zusammensetzung des Warenkosmos verweist.

Was den Ressourcenbedarf angeht, lassen sich bei den in den Endverbrauch eingehenden Waren zwei Grundtypen unterscheiden: Waren, bei denen ausschließlich für die Produktion natürliche Ressourcen vonnöten sind, und Waren, bei denen sowohl Erzeugung wie Nutzung des Gebrauchswertes mit dem Verbrauch natürlicher Ressourcen verbunden sind. Zur

ersten Rubrik gehören etwa Kleidung, Bücher und Nahrungsmittel. In die zweite Kategorie fallen Heizsysteme jeder Art, aber auch Fernseher und Autos. Wie ressourcenintensiv eine Hose, eine Brille oder ein Buch auch immer hergestellt worden sein mag, das Tragen und Lesen erfordert keine weiteren Naturressourcen. Dagegen lässt sich ein Kohleofen ohne Brennstoffzufuhr schwerlich betreiben und eine Gasheizung macht nur warm, wenn es Erdgas gibt sowie ein tief gestaffeltes Infrastruktursystem, das dieses auch an den Verbrauchsort leitet. Ein Telefon hat ohne Netz keinen Gebrauchswert und das Fahren mit einem Mercedes setzt neben regelmäßiger Betankung die Existenz eines permanent erneuerungsbedürftigen Straßennetzes voraus. Das ist nicht so banal, wie es zunächst vielleicht klingen mag. Es gibt nämlich einen eindeutigen historischen Trend in der Entwicklung des Kapitalismus. Mit der Entfaltung der Produktivkräfte und der zunehmenden Vergesellschaftung nimmt das relative Gewicht des zweiten Warentypus immer mehr zu. In den Tagen Jevons‹, als im Hinblick auf den Endverbrauch die Textilindustrie die Schlüsselrolle spielte, war der Ressourcenverbrauch noch auf das fungierende Kapital und die Warenproduktion konzentriert. Davon konnte spätestens mit dem Übergang zum Fordismus nicht mehr die Rede sein. Ob Auto, weiße Ware oder Unterhaltungselektronik, die zentralen Produktinnovationen des fordistischen Zeitalters sind ohne ein tief gestaffeltes Infrastruktursystem nicht zu gebrauchen. Das gilt genauso, ja erst recht, für die Produktinnovationen der dritten industriellen Revolution. Der Einsatz natürlicher Ressourcen beim Programmieren und Verbreiten einer Software mag bescheiden sein. Nutzbar wird die Software aber erst, wenn zwei handfeste materielle Komponenten hinzukommen: Die individuelle Hardware des Nutzers und eine ausdifferenzierte Infrastruktur (z.B. Server); und beides nimmt massiv Ressourcen in Anspruch.

Dieser Gesichtspunkt ist zunächst einmal unter ideologiekritischen Vorzeichen von Bedeutung. Die Vorstellung, es könne ein von steigendem Ressourcenverbrauch entkoppeltes ›Wirtschaftswachstum‹ geben, stützt sich nämlich häufig auf die Annahme, der Siegeszug digitaler Technologien laufe auf eine zunehmende ›Dematerialisierung‹ der ›Wertschöpfung‹ hinaus und könne die kapitalistische Produktionsweise deshalb vor dem ökologischen Desaster retten.[14] Das ist aber nicht nur insofern ein Hirngespinst,

14 Das heißt freilich nicht, dass die digitale Technik sich nicht auch für eine radikale Reduktion des Stoffumsatzes einsetzen ließe. Dieses Potenzial muss allerdings bewusst abgerufen und mobilisiert werden, und das setzt den Bruch mit der verrückten

als die Annahme, die Herstellung von Informationsgütern wie Software bedeute ›Wertschöpfung‹, für das Gros dieser Produkte unhaltbar ist[15]; die Fata Morgana einer ›Dematerialisierung‹ des Gebrauchswertkosmos entsteht nur, solange sowohl die Voraussetzungen wie die Wirkungen der Informationsgüter in der analogen Welt konsequent ausgeblendet bleiben. Die Informationsgüter selber sind zwar ›immateriell‹, nicht aber die Hardware, auf der sie installiert werden, und beide funktionieren wiederum nur mit einer umfangreichen Infrastruktur im Hintergrund, und die absorbiert reichlich Energie und Rohstoffe. Nicht bei jeder Anwendung fällt die Öko-Bilanz gleich so verheerend aus wie bei den Kryptowährungen[16], der ressourcenintensivsten Form des Zahlungsverkehrs aller Zeiten; aber auch Phänomene wie die zunehmende Verdrängung des stationären Handels durch den Online-Handel schrauben den Ressourcenbedarf nach oben, indem sie für eine sprunghafte Zunahme des Lieferverkehrs sorgen.

Es ist freilich nicht nur aus ideologiekritischen Gründen geboten, den mit der Nutzung von Gebrauchswerten verbundenen zusätzlichen Ressourcenbedarf mit in den Blick zu nehmen. Soweit es um das Problem der

---

Herrschaft der Profit- und Tauschwertlogik voraus. Einer vom Verwertungszwang befreiten Gesellschaft, die die Reichtumsproduktion nach rein stofflichen Gesichtspunkten organisiert, böte sie ein ausgezeichnetes Instrument zur Erreichung dieses Ziels.

15 Dieser wichtige Punkt lässt sich im Rahmen dieser Analyse nicht weiter behandeln. Ich habe allerdings an anderer Stelle die Position der Informationsgüter im System der Tauschwerterzeugung ausführlich dargestellt. (Vgl. Der Wert des Wissens krisis 31.) Hier nur so viel: In der landläufigen Debatte wird fast durchgängig unterstellt, dass Microsoft und Co einen Beitrag zur Wertproduktion leisten. Warum die VWL das so sieht, liegt auf der Hand. Die herrschende ökonomische Lehre unterscheidet nicht zwischen Wert und Preis. Mit Software lässt sich Geld verdienen, ergo ist alles, womit sich Geld verdienen lässt, auch wertschöpfend – auch alle Informationsgüter. Eine eingehendere Analyse, die den spezifischen Charakter dieses Warentyps in den Blick nimmt, führt zu einem anderen Ergebnis. Die bei Firmen wie Microsoft verausgabte Arbeit erlaubt diesen Unternehmen das Einstreichen einer Informationsrente, sie leisten aber keinen Beitrag zur gesellschaftlichen Wertproduktion.

16 Um es am Flagschiff, dem Bitcoin, festzumachen: »Eine einzelne Transaktion verbraucht mit Stand Mai 2018 mindestens 300 kWh elektrischer Energie.« (www.bund-rvso.de/bitcoin-strom-energie-verbrauch-umwelt-gier.html) Das entspricht in etwa dem Jahresverbrauch eines Kühlschranks Effizienzklasse A. Und der jährliche Stromverbrauch des gesamten Bitcoin-Systems lag laut einer Studie der TU München im November 2018 bei ca. 46 Terrawattstunden »Um diesen Bedarf zu decken, müssen mehr als fünf Großkraftwerke das ganze Jahr hindurch auf Volllast laufen.«(www.scinexx.de/news/energie/wie-gross-ist-der-co2-fussabdruck-des-bitcoin/)

Infrastruktur geht, ist das auch der Vervollständigung der Analyse wegen unerlässlich. Unsere Untersuchung des Wachstumszwangs nahm bis zu diesem Punkt ausschließlich den Verwertungsprozess in den Blick. Es wurde aufgezeigt, warum dessen Fortgang angesichts der Produktivkraftentwicklung stets mit einem exponentiell steigenden Input an natürlichen Ressourcen einhergeht. Die Wert- und Mehrwertproduktion ist aber nicht der einzige Sektor, der Naturressourcen für sich beansprucht. Hinzu kommt der Bedarf der diversen Infrastruktureinrichtungen von den Verkehrs- und Telekommunikationsnetzen bis zum Bildungs- und Gesundheitswesen. Dieser für das System der Wertverwertung unverzichtbare Bereich, der selber nicht oder nur partiell an der Wertproduktion teilhat, wird mit der Produktivkraftentwicklung nicht nur immer wichtiger, sondern auch umfangreicher und damit ressourcenintensiver. Das gilt umso mehr, wenn die Infrastrukturunternehmen nicht als staatliche Monopolunternehmen organisiert sind, sondern mehrere Privatanbieter nebeneinander eigene Infrastrukturen unterhalten, wie das hierzulande etwa bei den Mobilfunknetzen der Fall ist. Aber auch die öffentliche Infrastruktur hat erheblichen Anteil am Ressourcenverbrauch. Man denke nur an das immer weiter auswuchernde, für eine Autogesellschaft unabdingbare Straßennetz, das einen erheblichen Anteil am immer weiter voranschreitenden Flächenfraß hat. 5 Prozent der gesamten Fläche der Bundesrepublik entfallen inzwischen auf Verkehrsflächen. Der Wachstumszwang hat jedenfalls neben den direkt der Verwertungsbewegung entspringenden Stoffströmen noch eine zweite Quelle, das Auswuchern der Infrastruktur, die die Warennutzung überhaupt erst ermöglicht.

An sich bringt die Produktivkraftentwicklung auch Potenziale für einen schonenenden und einen nachhaltigen Umgang mit den natürlichen Ressourcen hervor. Unter kapitalistischen Bedingungen verwandelt sie sich in mehrfacher Hinsicht zu einer zusätzlichen Triebkraft der Ressourcenverschleuderung. Daran wird noch einmal deutlich, dass es sich beim Wachstumszwang um einen grundlegenden systemischen Zwang handelt. Egal wie die Politik in die Konkurrenzverhältnisse eingreift und welche spezifischen technologischen Weichenstellungen erfolgen, dieser Zwang lässt sich auf dem Boden einer auf Warenproduktion und Wertakkumulation beruhenden Gesellschaft nicht beseitigen. Um Ökonomie und Ökologie wirklich zu versöhnen, müsste das Wirtschaften einen neuen Inhalt bekommen und die Herrschaft des Tauschwerts ein Ende finden.

Die wachstumskritische Debatte ist mehrheitlich blind gegenüber diesem Zusammenhang. Das macht, aller berechtigten Kritik im Einzelnen zum Trotz, ihre große Schwäche aus. In ihrer Fixierung auf die Grundannahmen der bürgerlichen Wirtschaftswissenschaft landet sie letzten Endes immer wieder bei der individuellen Verantwortung und insbesondere bei der Verantwortung der Konsumenten und Konsumentinnen. Aus dieser Perspektive löst sich aber der systemische Zusammenhang in eine Vielzahl von Handlungen auf, die an moralischen oder ethischen Maßstäben gemessen werden. Deshalb werden auch gerne bestimmte Unternehmensstrategien wie das Überhandnehmen der geplanten Obsoleszenz skandalisiert und ins Zentrum der öffentlichen Aufmerksamkeit gerückt. Derlei Unternehmensstrategien stellen aber nur ein abgeleitetes Problem dar, dessen Ursachen tiefer liegen. Der eigentliche Skandal und die wirkliche Wurzel des Wachstumszwangs ist vielmehr in der fraglos akzeptierten Grundstruktur des herrschenden ›Wirtschaftssystems‹ zu suchen. An einer Wirtschaft, deren einziger Inhalt nun einmal die Selbstzweckbewegung der Wertverwertung ist, perlt jede ökologische Vernunft ab wie Öl an einer Teflonpfanne. Ökonomie und Ökologie lassen sich nur versöhnen, indem die Ökonomie einen völlig neuen Inhalt bekommt und der gesellschaftliche Reichtum von der Warenform befreit wird.

Literatur

Helmstädter, Ernst (1980): Wachstumstheorie I: Überblick, in: Albers, W. et al. (Hrsg.): Handwörterbuch der Wirtschaftswissenschaft, Bd. 8, Stuttgart : Gustav Fischer, S. 475-492.

Kern, Bruno (2019): Das Märchen vom grünen Wachstum. Zürich: Rotpunktverlag

Lohoff, Ernst / Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast

Lohoff Ernst (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation http://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/

MEW 23 = Marx, Karl (1983): Das Kapital, Band 1, Marx-Engels-Werke Bd. 23, Berlin

MEW 25 = Marx, Karl (1986): Das Kapital, Band 3, Marx-Engels-Werke Bd. 25, Berlin

Morus, Thomas (1516) zitiert nach: www.linke-buecher.de/texte/romane-etc/Morus--%20Utopia.pdf

Muraca, Barbara (2014): Gut leben. Eine Gesellschaft jenseits des Wachtums. Berlin: Wagenbach

Postone, Moishe (2003): Zeit, Arbeit und gesellschaftliche Herrschaft. Eine neue Interpretation der kritischen Theorie von Marx. Freiburg: ça ira

Smith, Adam (1896) Lectures on Justice, Police, Revenue and Arms Oxford 1896 http://oll.libertyfund.org/titles/smith-lectures-on-justice-police-revenue-and-arms-1763

Welzer, Harald (2014): Selbstdenken. Eine Anleitung zum Widerstand. Frankfurt am Main: Fischer Taschenbuch

Wolf, Winfried (2019): Mit dem Elektroauto in die Sackgasse: Warum E-Mobilität den Klimawandel beschleunigt. Wien: Promedia

Aus: Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (Hrsg.): Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.
Münster : Unrast-Verlag, 2020, S. 121 - 136

Karl-Heinz Simon

Die Sache mit dem Klima

Klimaschutz hinterfragt

Ein Klimaschutz-Hype?

Seit Längerem steht das Thema ›Klima‹ prominent auf der politischen Agenda, zum einen aufgrund intensiver Auseinandersetzungen auf der Ebene internationaler Politik, zum anderen aber auch in Folge zivilgesellschaftlicher Aktionen und Forderungen. Ein wesentlicher Streitpunkt ist dabei der Bedarf an finanziellen Mitteln für einen Umbau etwa des Energiesystems, um Treibhausgasemissionen zu senken und vereinbarte Reduktionsziele zu erreichen. Allerdings ist die aktuelle Situation (im Jahr 2020) dadurch gekennzeichnet, dass, in Reaktion auf die ›Corona-Krise‹, staatlicherseits gigantische finanzielle Mittel bereitgestellt werden, deren Verwendung nicht unbedingt auch mit Klimazielen kompatibel ist. Inwieweit es hier gelingt, Fördermaßnahmen an Klimaziele zu koppeln, ist weitgehend offen. Jedenfalls gibt es starke Akteure, die ein ›Weiter-so-wie-vorher‹ fordern, also ein Zurück zu Verhältnissen, die gerade den Klimawandel maßgeblich angetrieben haben. Politik auf nationaler und auch EU-Ebene laviert zwischen Restaurierung und Veränderung, etwa mit großangelegten ›Green New Deal‹-Vorschlägen, deren Problemlösungskapazitäten sich erst noch erweisen müssen.

Viele der Entscheidungen und Maßnahmen, die zur Einschränkung des Klimawandels beitragen sollen, werden unter dem Begriff ›Klimaschutz‹ kommuniziert. Zwar wird von wissenschaftsnaher Seite dieser als »Schlagwort« bezeichnet (Herrler 2016) und auch betont, dass es sich um eine globale Herausforderung handelt (Borsch u. Hake 1998), aber insbesondere in den zuständigen Ministerien auf Bundes- und Länderebene sowie nachgeordneten Behörden und Lobbyeinrichtungen der Industrie wird der Begriff gerne verwendet, um umfassend Aktivitäten zu beschreiben, die

einen Beitrag zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen leisten sollen. Programme wie die *Nationale Klimaschutzinitiative*, in deren Rahmen ein breites Spektrum an Projekten gefördert wird, oder auch eine Vielzahl kommunaler Aktivitäten sind dafür Beispiele. Aber auch spezifische Innovationen und technologische Entwicklungen werden unter dem Label ›Klimaschutz‹ verbucht. Dieser Begriff soll im Folgenden nach zwei Seiten hin problematisiert werden, da zu beobachten ist, dass er die mit dem Klimawandel und den Reaktionen darauf verbundenen Herausforderungen eher verschleiert, als greifbar macht. Zum einen, weil er suggeriert, dass hier ein (handlungsrelevantes) Ziel gesetzt wird und angegeben werden kann, wie dieses zu erreichen ist; und zum anderen, weil eine Gemeinsamkeit bei der Problemlösung unterstellt wird, die Handlungsmöglichkeiten überschätzt und Interessengegensätze verdeckt.

Der Zusammenhang von Treibhausgasemissionen und Klimawandel

Es ist lohnend, einen genaueren Blick darauf zu richten, was da geschützt werden soll. Klima wird definiert »als die Zusammenfassung der Wettererscheinungen, die den mittleren Zustand der Atmosphäre an einem bestimmten Ort oder in einem mehr oder weniger großen Gebiet charakterisieren« (DWD). Das Klima kam deswegen in die Diskussion, weil seit einigen Jahrzehnten verstärkt Veränderungen nachweisbar sind, die in ihrer Geschwindigkeit weit über das hinausgehen, was aus früheren Zeiträumen bekannt ist. Selbst wenn es zutrifft, dass in erdgeschichtlichen Zeiten immer mal wieder Phasen abrupter Veränderung aufgetreten sind, kann das auf heute Betroffene nur wenig beruhigend wirken. Denn die Konsequenzen dieser Veränderungen sind in vielen Lebensbereichen beunruhigend: Menschliche Gesundheit, Versorgungssysteme wie Landwirtschaft, die Wasserwirtschaft, u.v.a.m. sind negativ betroffen.

In der wissenschaftlichen Beschäftigung mit dem Klimawandel hat sich als weitgehender Konsens die Rolle der Treibhausgasemissionen als wichtigster Verursacher herauskristallisiert, neben den Beiträgen, die aus großflächigen Landnutzungsänderungen resultieren. Um also auf die bereits sichtbaren Folgen sowie besonders auf solche, die für die Zukunft zu erwarten sind, zu reagieren, werden Forderungen nach Einflussnahme auf diese Verursacher erhoben.

Die Analysen[1] zeigen, dass bereits Temperaturveränderungen empirisch belegt werden können, die sich (2019) etwa in der Größenordnung von ca. 1 °C (seit den 1850er-Jahren) bewegen, mit überproportionalen Zunahmen in den letzten Jahren.[2] Es handelt sich dabei um einen hoch aggregierten Wert, der von geografischen Unterschieden und jährlichen Schwankungen absieht. Interessanterweise können in Polargebieten über dem Durchschnitt liegende Temperaturerhöhungen nachgewiesen werden, was wiederum die Veränderungsdynamik zusätzlich antreibt, weil schwindende Eisflächen zu geringeren Abstrahlungen führen und bisherige Permafrostgebiete erhöhte Methan-Freisetzungen aufweisen.

Es wird immer wieder von interessierter Seite eingewandt, dass es Temperaturschwankungen schon immer gegeben hat (z.T. mit Rückgriff auf erdgeschichtliche Zeiten, in denen der Mensch noch keine Rolle gespielt hat) und dass ein Zusammenhang mit menschenverursachten Einflüssen nicht bestünde. Es werden dann stattdessen Sonnenaktivität (etwa Häufigkeit und Ausbreitung ›schwarzer Flecken‹) oder Vulkanaktivitäten ins Spiel gebracht. In der wissenschaftlichen Diskussion werden diese aber gar nicht geleugnet, sehr wohl aber in ihrer Bedeutung relativiert.

In den aktuellen Debatten zur Durchsetzung globaler Übereinkünfte zur Treibhausgasreduzierung spielt der Gesichtspunkt der ›Klimaneutralität‹ eine wichtige Rolle. Klimaneutral soll heißen, dass nicht zusätzliche Treibhausgasemissionen freigesetzt werden und damit nicht direkt ein weiterer Klimawandel in Gang gesetzt wird. Hierbei geht es weitgehend um Kompensationsmaßnahmen, die Emissionen an der einen Stelle durch Reduzierungen an einer anderen Stelle ausgleichen. Auch die im Kyoto-Protokoll verankerten *Clean Development Mechanisms* sind in diesem Zusammenhang zu sehen, als Teil dessen handelbare Zertifikate zur Treibhausgasminderung bereitgestellt werden. Auf deren Problematik kann hier nicht eingegangen werden, es ist aber bekannt, dass damit z.T. Reduktionsanstrengungen erst dann stattfinden, wenn diesen ein monetärer Wert zugerechnet werden kann bzw. sie in einem Emissionshandelssystem berücksichtigt werden.[3]

---

1 Die einzelnen Aussagen beruhen weitgehend auf Ergebnissen der IPCC-Assessments – s. Literaturhinweise am Ende des Beitrags.

2 www.umweltbundesamt.de/themen/klima-energie/klimawandel/weltweite-temperaturen-extremwetterereignisse-seit#Chronik (abgefragt 26/6/2020)

3 Darauf wurde bereits 1999 von GERMANWATCH hingewiesen https://germanwatch.org/de/2874 (abgefragt 26/6/2020)

Es soll aber nicht aus dem Auge verloren werden, dass mittel- bis langfristig gar nicht ›Klimaneutralität‹ gefordert ist, sondern im Gegenteil ›Klimabeeinflussung‹ angebracht wäre, in dem Sinne, dass eine Überkompensation notwendig wird und Negativemissionen realisiert werden müssen (UNEP 2017).

Erste Nachfrage: Ist das Klima schützbar?

Der Zusammenhang zwischen Treibhausgasemissionen und Klimaveränderungen sowie die anthropogenen Ursachen für steigende Treibhausgasemissionen sind seit geraumer Zeit bekannt, auch wenn die Zusammenhänge komplex sind und Wirkungen oft erst mit Zeitverzögerung auftreten. Auch ein sofortiger Stopp der Treibhausgasemissionen hätte nicht zur Folge, dass sich nicht doch ein Klimawandel ereignet. Und auch wenn die nunmehr politisch gesetzte Zwei-Grad- bzw. 1,5-Grad-Grenze (die globale Mitteltemperatur soll, verglichen mit der Situation Mitte des 19. Jahrhunderts, nicht über 1,5 bzw. 2° C steigen) erreicht wird, d.h. dieses Temperaturniveau nicht überschritten würde, wären trotzdem signifikante Änderungen im Klimasystem zu erwarten,[4] mit durchaus drastischen Folgen. Die Folgen zeigen sich zudem geografisch sehr unterschiedlich verteilt.

Mit dem genannten politischen Ziel wird unterstellt, dass die Folgen des Klimawandels dann noch halbwegs beherrschbar wären und etwa durch Anpassungsmaßnahmen gemildert werden könnten. In der Klimadiskussion spielen zwei Herangehensweisen eine Rolle, z.T. als Gegensätze, z.T. als in geeigneter Weise zu verknüpfen. Unter dem Gesichtspunkt ›Vermeidung‹ wird vor allem eine drastische Reduzierung der Treibhausgasemissionen thematisiert. Hierbei soll die Energiewirtschaft eine besondere Rolle spielen, da ein Großteil der Emissionen direkt mit der Gewinnung von Energieträgern und der Energieverwendung zu tun hat. Die andere Seite – ›Anpassung‹ – verweist darauf, dass ja bereits Klimawandel stattfindet und dessen Auswirkungen dadurch ›unschädlich‹ gemacht werden sollen, indem ›Vulnerabilitäten‹ (also Gefährdungspotenziale, z.B. für die menschliche Gesundheit) erkannt und Begleitmaßnahmen ergriffen werden, um Gefährdungen nicht wirksam werden zu lassen bzw. diese abzufedern.

4 Wobei es hier nicht um die natürlichen Wandlungsprozesse und Fluktuationen geht, sondern durchaus um die anthropogenen Einflüsse.

Gerade im Spannungsverhältnis zwischen Vermeidung und Anpassung stellt sich die generelle Frage, worauf die ›Schutz-Terminologie‹ eigentlich zielt.[5] In der politischen Diskussion wird unter Schutz verstanden, gesetzte Klimaziele zu erreichen, wie sie in zahlreichen internationalen Konferenzen vereinbart und, diesen nachfolgend, in nationalen ›Klimaschutzplänen‹ verankert wurden. Von wissenschaftlicher Seite wird allerdings kritisiert, dass diese Ziele, die für einzelne Länder die Reduzierung von Treibhausgasemissionen in einer bestimmten Höhe einfordern, nicht ausreichen, um das Klimaproblem zu lösen. Vielmehr sind sehr viel ambitioniertere Anstrengungen erforderlich, etwa die Vorgabe, bis zum Jahr 2050 eine global ausgeglichene Bilanz von Treibhausgaseinträgen und Treibhausgaskompensationen zu erreichen.

Selbst wenn sich Veränderungen in der Konzentration an Treibhausgasen vor Ort aufgrund von ergriffenen Maßnahmen feststellen lassen (darauf zielen ja die mannigfaltigen Aktivitäten, die unter Schutzprogrammen firmieren), bedeutet das keine Lösung des Klimaproblems. Selbst der Einfluss auf das Mikroklima, d.h. die lokalen Gegebenheiten, ist, anders als bei anderen Umweltschutzbelangen, wie der Reduzierung der Schadstoffbelastung der Luft, weitgehend irrelevant für den Gesamtzusammenhang.

Die Analogie zum Begriff ›Umweltschutz‹ läge trotzdem nahe. Auch ›Umwelt‹ ist ein Wirkungsfeld, das schwer eingrenzbar und z.T. unverstanden ist, aber doch oftmals unkritisch als Referenz verwendet wird. Wird jedoch ein Beitrag zum Umweltschutz reklamiert, dann kann in einem Konkretisierungsschritt gefragt werden, welches Umweltmedium in welchem räumlichen Kontext denn als schützenswert angesehen wird, was der zu verbessernde Zustand ist und welche Maßnahmen zu ergreifen sind. Einzelne Maßnahmen zeigen dann i.d.R. zurechenbare Wirkungen, wenn z.B. Schadstoffeinträge in Gewässer tatsächlich reduziert oder vermieden werden, oder wenn Wirkungsmodelle potenzielle Veränderungen als mit hoher Wahrscheinlichkeit eintretend darstellen.[6]

Dies ist beim Klima anders. Selbst wenn versucht würde, analog zur Konkretisierung des auch sehr umfassenden Umweltbegriffs lokale oder

5 In den englischsprachigen Berichten des IPCC wird *climate protection* i.d.R. nicht verwendet, sondern *protection* wird konkret auf Schützenswertes wie *coastal protection* oder auch *health protection*, bezogen.

6 Die ›Schutz‹-Rhetorik könnte auch in anderen Zusammenhängen, z.B. in Bezug auf Arbeitsschutz oder Tierschutz, näher beleuchtet werden.

regionale Bezüge herauszustellen, wäre dies aufgrund der Ausgleichsprozesse in der Atmosphäre nicht hilfreich. Lediglich kurzfristig zeigen Einsparerfolge regional Veränderungen in der Treibhausgaskonzentration. Die Skalenproblematik wird hier besonders deutlich. Die Reduktionsziele, als Voraussetzung für die Begrenzung des Klimawandels, können einerseits dann erreicht werden, wenn vielfältigste Aktivitäten in Gang gebracht werden und die relevanten Akteure die globalen Reduktionszusagen einhalten sowie gegenläufige Entwicklungen, z.B. Rebound-Effekte (Santarius 2014), unterbunden werden. Der Rebound-Effekt beschreibt Dynamiken, bei denen Einsparungen an einer Stelle Mehraufwendungen an anderer Stelle induzieren, indem z.B. energieeffizientere Motoren dazu führen, dass ein größeres Auto gekauft oder noch mehr gefahren wird, um ein Beispiel aus dem privaten Konsumbereich zu nennen.[7] Hier zeigt sich die ungeheuer wirksame Einbettung von individuellen Entscheidungen in eine warenförmig dominierte Bedürfnis-›Befriedigung‹.

Andererseits sind die Wirkungen der Maßnahmen räumlich und zeitlich derart unspezifisch, dass sich die jeweiligen Beiträge nicht ausmachen lassen.[8] Auch das kann dazu führen, dass einzelne Einsparerfolge gefeiert und weitergehende Veränderungsnotwendigkeiten nicht thematisiert werden.

Fazit wäre, dass die ›Schutz‹-Rhetorik also keinesfalls ernst genommen werden darf. Klima ist kein überschaubares Gut, das durch noch so gut gemeinte Einspartätigkeiten ›geschützt‹ werden könnte. Und selbst wenn unter Schutz verstanden wird, dass relevante Beiträge geliefert werden, den Klimawandel auf ein bestimmtes Maß zu verringern (das wäre die pragmatische Interpretation), muss auf die Effektivität einzelner Beiträge eingegangen werden. Denn offensichtlich kann die Geschwindigkeit, mit der Veränderungen im Klimasystem[9] stattfinden, nur durch sehr breite Anstrengungen weltweit geändert werden. Dazu gibt es seit Längerem das

7 Vgl. dazu genauer den Beitrag *Wie Sand am Meer* von *Ernst Lohoff* in diesem Band.

8 Von Umwelt-Ethikern wird diskutiert, wie individuelle Verantwortung angesichts nicht nachweisbarer Wirkungen der Emissionen Einzelner aussehen könnte (s. etwa Gesang 2011).

9 Wir ersparen uns hier eine tiefergehende Diskussion darüber, inwieweit von Klima oder Klimasystem überhaupt als klar fassbarem ›Objekt‹ gesprochen werden kann und welche Rolle menschlichen Akteuren und Handlungen hierbei zukommt. Hier wären Dekonstruktionsanstrengungen sicherlich lohnend.

UNFCCC[10], und es fanden zahlreiche Klimakonferenzen statt, z.T. auch mit gefeierten Ergebnissen (Paris-Agreement). Den meisten ist jedoch bewusst, dass es sich bei diesen Übereinkünften erst einmal nur um Absichtserklärungen handelt und die dort vereinbarten Treibhausgasreduzierungen auch nur als erster Schritt zu verstehen sind, also nicht ausreichen würden, um den Klimawandel zu stoppen. Eine kollektive Entscheidungsinstanz, die die notwendigen Veränderungen durchsetzen könnte, existiert nicht. Das ist sehr wohl bekannt, wird in den offiziellen Verlautbarungen aber gerne ignoriert. Mit derartigen Übereinkünften wird geradezu vermieden, die Frage nach den eigentlichen Ursachen zu stellen und diese radikaler zu thematisieren.

Die Begriffsverwendung ›Klimaschutz‹ ohne den konkreten Hinweis, dass es im Kern doch um die globale und massive Verminderung von Emissionen geht, ist schon deshalb verfehlt, weil bereits der anthropogen verursachte Klimawandel im Gange ist. D.h., das Klima hat sich bereits die letzten Jahrzehnte verändert und ändert sich weiter. Was also wird dann geschützt? Ein *status quo* ist eh nicht zu halten, und eine Rückkehr zu früheren Klimaniveaus ist nicht zu erwarten. Daraus folgt, dass die Folgen des Klimawandels, etwa Einflüsse auf Versorgungssysteme und Lebensbedingungen, in den Fokus rücken müssen und Maßnahmen zu diskutieren und zu ergreifen sind, die es erlauben, mit diesen Folgen umzugehen (s.u.).

Zweite Nachfrage: Verantwortlichkeiten

Zuerst in politischen Stellungsnahmen und Materialien, später auch in politiknahen Studien und Analysen wird exzessiv mit dem Begriff ›Klimaschutz‹ agiert. So z.B. in einer BMU-Broschüre zur Nationalen Klimaschutzinitiative (NKI):

> »Die NKI wurde 2008 ins Leben gerufen, um gemeinsam mit Bürgerinnen und Bürgern sowie Akteuren aus Gesellschaft, Wirtschaft und Wissenschaft innovative Ansätze und Konzepte zu entwickeln und aktiv umzusetzen. Ihre Programme und Projekte decken ein breites Spektrum an Klimaschutzaktivitäten ab: von der Entwicklung langfristiger Strategien bis hin zu konkreten Hilfestellungen und investiven Fördermaßnahmen. Die NKI trägt zu einer Verankerung des Klima-

10 *United Nations Framework Convention on Climate Change*

schutzes vor Ort bei, sie macht den Klimaschutz erlebbar und schafft zahlreiche Beispiele zur Nachahmung.«[11]

Oder auch: »Viele Einzelne können durchaus etwas für den Klimaschutz bewegen. Die zentrale Botschaft war: Klimaschutz braucht alle. Jeder kann seinen Beitrag leisten. Schon ganz einfache Dinge können helfen. Getreu der Devise: Zusammen ist es Klimaschutz.«[12] In diese Richtung – die Einflussmöglichkeiten vieler Einzelner – verweisen auch Buchtitel wie *Wie Menschen weltweit das Klima retten*, mit der Dokumentation von »Best-Practice«-Projekten für »nachhaltigere« Lebensweisen.[13] Zu Letzterem können diese sicherlich beitragen, die Wirkungen auf ›das Klima‹ bleiben aber mehr als bescheiden.

Weitere Beispiele:

»Eine erfolgreiche Umsetzung der Klimaschutzziele lässt sich nur dann erreichen, wenn Klimaschutz flächendeckend betrieben wird – und das heißt in allen Kommunen …«.

»Auf die lokalen Besonderheiten zugeschnitten, bieten Klimaschutzkonzepte eine strategische Entscheidungsgrundlage und Planungshilfe für zukünftige Klimaschutzmaßnahmen.«

»Mit einem Klimaschutzkonzept nehmen Sie das große Ganze in Angriff.«[14]

Wie groß (und tiefgehend) das »große Ganze« dann tatsächlich sein kann, wäre zu überdenken.

Interessant ist, dass hier der alte Slogan der Ökologiebewegung: ›Global denken [Klimawandel], lokal handeln [flächendeckende Maßnahmen]‹ als regulative Idee aufscheint. Auf der Seite des ›Global denken‹ steht dabei die Wahrnehmung des Klimawandels als *eines* ›Menschheitsproblems‹ – in vielen Beiträgen wird es sogar als *das* Menschheitsproblem bezeichnet.

Angesichts der Größenordnung des Problems, Treibhausgase von derzeit über 35 Gigatonnen pro Jahr (weltweit) in den nächsten Jahrzehnten drastisch zu senken, diese in nicht allzu ferner Zukunft auf *null* zurückzufahren und zu hohe frühere Emissionen durch Negativemissionen zu kompensie-

11 https://www.klimaschutz.de/ziele-und-aufgaben (abgefragt 26/6/2020)
12 https://www.bmu.de/ziek/ (abgefragt 26/6/2020)
13 So eine Verlagsankündigung in *Le Monde Diplomatique* vom Mai 2020.
14 Hier zitiert nach *Klimaschutz mit Konzept (Grüne Rehlingen)*, www.klimaschutz.de/de/zielgruppen/kommunen/foerderung/das-klimaschutzkonzept-als-kernstueck-der-kommunalrichtlinie-gute-planung-zahlt-sich-aus (abgefragt 26/6/2020)

ren (Details in UNEP 2017), sowie der Komplexität des Klimageschehens, wird deutlich, dass Veränderungen in einer ganz anderen Größenordnung ansetzen müssten. Der Einfluss einzelner Emittenten ist, isoliert gesehen, demgegenüber unbedeutend, und Einzelbeiträge könnten nur als Teil einer an die Wurzeln der Probleme gehenden Veränderungsdynamik Wirkung entfalten.

Aufgrund der unspezifischen und für Good News anfälligen Begrifflichkeit »Klimaschutz« können dann beliebige Maßnahmen wie »Klimaschutzteilkonzepte zur Erschließung der verfügbaren Erneuerbare-Energien-Potenziale« sowie »Integrierte Wärmenutzung«, aber auch »Sanierung der Innenbeleuchtung des Kunstmuseums Bonn«[15] als Klimaschutz zählen. Und immer wieder werden Beiträge von Konsumenten und Konsumentinnen eingefordert bzw. als zielführend tituliert.

Aus der nunmehr weitgehend akzeptierten Erkenntnis, dass der Klimawandel ›menschengemacht‹ ist, werden also Forderungen an ›die Menschen‹ gerichtet. Angesichts dieser Forderungen lohnt es sich aber, zunächst noch einmal genauer auf die Verursachungsstrukturen zu achten, die sich hinter den Emissionen von Treibhausgasen verbergen. Hierbei sind sehr unterschiedliche Zugänge möglich, u.a. eine grundsätzliche Unterscheidung zwischen der Produktions- und der Verbrauchsseite.

Eine Untersuchung zu den *Carbon Majors* konnte, global gesehen, ca. 90 Unternehmen der Energiewirtschaft und der Zementindustrie identifizieren, denen ca. 63 % aller seit Beginn der Industrialisierung emittierten Kohlendioxid- und Methanemissionen zugerechnet werden (s. die Analysen von Richard Heede[16]). Seit Ende der 1980er-Jahre kann die Hälfte dieser Emissionen 25 Unternehmen (in staatlicher und privater Hand) zugerechnet werden, die auch weiterhin die Fördermengen bestimmen und die Energiepolitik beeinflussen.

Aus einem anderen Blickwinkel heraus lässt sich eine Aufteilung nach Sektoren vornehmen. Eine gängige Aufteilung zeigt dann (bezogen auf Deutschland mit einer Treibhausgas-Gesamtemission von ca. 800 Mio. Tonnen im Jahr 2019), dass die Industrie mit ca. 23 % beteiligt ist, private Haushalte mit ca. 11 % und der Verkehrssektor mit ca. 21 %; der Landwirt-

15 https://www.kunstmuseum-bonn.de/extras/klimaschutz/
16 https://climateaccountability.org/carbonmajors.html (abgefragt 26/6/2020)

schaft können ca. 8 % zugerechnet werden. Die genaue Zuordnung z.B. der Energiebereitstellung bedarf genauerer Analysen.[17]

Schließlich können, ein weiterer Zugang, Lebensstile benannt werden, die in unterschiedlichem Maße Treibhausgasemissionen verursachen. Hiermit ist die Seite der Konsumenten und Konsumentinnen in den Fokus gerückt. In globaler Betrachtung sind dann erhebliche Unterschiede hervorzuheben, die der Bevölkerung unterschiedlicher Weltregionen und einzelner Länder rechnerisch zugeordnet werden können. So ist etwa im (globalen) Bevölkerungsdurchschnitt derzeit von etwas über vier Tonnen pro Kopf und Jahr (t/cap*a) auszugehen, in den Vereinigten Staaten sind ca. 16 t/cap*a zu verzeichnen und in Deutschland ca. 9 t/cap*a. Demgegenüber liegt etwa Indien mit ca. zwei Tonnen pro Kopf und Jahr deutlich unter dem Durchschnitt.[18]

Bereits sehr früh wurde ein Wert von ca. 1,8 t/cap*a Treibhausgasemissionen als Maximalwert[19] ins Spiel gebracht, was dann zu Forderungen nach erheblichen Reduzierungen in den ›überentwickelten‹ Regionen führte. Dagegen wären, so die Argumentation, in anderen Regionen, die z.T. noch weit unter diesem Grenzwert (im Mittel) liegen, Steigerungen durchaus gerechtfertigt. Eine Kritik an diesen Durchschnittsbetrachtungen weist aber darauf hin, dass in den meisten Ländern des Globalen Südens erhebliche Unterschiede zu verzeichnen sind, dass also in Ländern mit ansonsten eher niedrigen Durchschnittsemissionen, einzelne Bevölkerungsgruppen sehr wohl einen Lebensstil praktizieren, der denen ›im Norden‹ in nichts nachsteht.

Zudem sind die Werte für die Länder ›des Globalen Nordens‹ viel zu niedrig angesetzt, da Emissionen i.d.R. nur angerechnet werden, wenn sie im Inland nachzuweisen sind. Alle importierten Waren, mit erheblichen

17 https://www.umweltbundesamt.de/indikator-emission-von-treibhausgasen (abgefragt 26/6/2020)

18 Gerundete Zahlen nach der Zusammenstellung unter: https://de.wikipedia.org/wiki/Liste_der_Länder_nach_CO2-Emission_pro_Kopf (abgefragt 26/6/2020). Ein Ansatz, der die noch erlaubten Emissionsbudgets zeigt, ist bei *Previšić (2020)* zu finden.

19 Dabei waren umweltwissenschaftliche Überlegungen, etwa über die Aufnahmekapazität der Ozeane oder die Geschwindigkeit der Verschiebung von Vegetationszonen, zugrunde gelegt. Hinzuweisen wäre allerdings, dass auch damit weitere Umweltprobleme (wie die Versauerung der Ozeane) verbunden sind.

›ökologischen Fußabdrücken‹, werden i.d.R. nicht in die Bilanz einbezogen.

Mit diesen Blickwinkeln gehen dann auch unterschiedliche Adressaten und Verantwortungszuschreibungen einher, wenn es um die Verminderung von Emissionen geht. Allerdings verdeckt dieses weite Angebot an Verantwortlichkeiten eine klare Veränderungsperspektive, zum einen ob da, wie suggeriert, wirklich alle ›in einem Boot sitzen‹, und zum anderen auch hinsichtlich der Effektivität einzelner Maßnahmen. Wenn alles was im Sinne einer Treibhausgas-Reduzierung getan wird, bereits Schutzcharakter hat, dann muss nicht weiter gefragt werden, ob nicht eher grundsätzlichere Veränderungen in Produktion und Nutzung von Gütern und Dienstleistungen für die Problemlösung notwendig wären, insbesondere eine konsequente Einflussnahme auf die Energiewirtschaft.

Dennoch ›Schutz‹?

Die Kritik an der Begriffsverwendung bedeutet selbstverständlich nicht, dass nicht auch ein kritischer Blick auf die vielen Einzelbeiträge zur Reduzierung von Treibhausgasemissionen notwendig ist, mit denen dazu beigetragen werden kann, zukünftige Klimaveränderungen auf ein erträgliches Maß zu beschränken. Wenn das, was mit dem Begriff ›Schutz‹ eigentlich gemeint sein muss, nämlich Treibhausgasemissionen zu reduzieren, überhaupt im Zusammenhang mit dem Klimasystem Sinn machen soll, dann auf der Ebene internationaler Vereinbarungen, die tatsächlich auf die globalen Gesamtemissionen (und weitere Faktoren wie Landnutzungsänderungen etc.) zielten. Die Frage ist dann, wieweit über internationale Vereinbarungen eine hinreichende Eingriffstiefe erreicht werden kann, sodass zum einen die Ursachen hinter den Klimaveränderungen diagnostiziert und daran anschließend Maßnahmen, auf die Ursachen tatsächlich Einfluss zu nehmen, ergriffen werden können.

Der Verweis auf die internationalen Vereinbarungen und die Hoffnung auf die richtige Diagnose und effektive Maßnahmen zeigt ein weitverbreitetes Politikverständnis: Es werden in zähen Verhandlungen Ziele vereinbart, d.h. die Regierungsdelegationen einigen sich auf ein mehr oder weniger zielführendes Reduktionsprogramm. Diese sollen dann – mehr oder weniger verbindlich bzw. überprüfbar – in nationale Programme umgesetzt werden.

Offen bleibt selbst auf nationaler (und erst recht auf internationaler) Ebene, wie die Verpflichtungen umgesetzt werden können, welche – zusätzlich zu Gesetzesinitiativen und formalen Verpflichtungen – vielfältigen Maßnahmen dann jeweils erforderlich sind und wie die vielen (und vor allem die einflussreichen – s.o.) Einzelakteure darauf tatsächlich verpflichtet werden können. Dass angesichts dieser Unbestimmtheiten dann oft ›Moral‹ als letztes Mittel, weitgehend privaten Konsumentinnen auferlegt, ins Spiel gebracht wird, ist wohl kein Zufall. Und inwieweit sich solche Forderungen nicht als folgenlos erweisen, angesichts ihrer Bezogenheit auf das vorherrschende Wirtschaftssystem, bleibt ungefragt.[20]

Zur Rettung des Anspruchs auf Steuerbarkeit wird gerne auf Einsparerfolge in der Vergangenheit hingewiesen, da die Treibhausgas-Emissionen in Deutschland gegenüber den 1970er-Jahren tatsächlich stark gefallen sind. Dass dies allerdings maßgeblich aufgrund von Entwicklungen außerhalb des eigentlich Intendierten stattgefunden hat, beispielsweise durch die Veränderung der Industriestruktur (Schließung und Verlagerung von bestimmten emissionsintensiven Branchen), wird gerne ignoriert. Denn dann müsste man sich auch eingestehen, dass auch das Verfehlen von Einsparzielen seinen Grund in solchen für das politische System nicht kontrollierbaren Entwicklungen hatte und hat. Mojib Latif hat in diesem Zusammenhang von der Aufrechterhaltung einer großen Illusion gesprochen (Hinweis bei Welzer 2019:72; s. auch Konicz 2020:138ff).

Wie aber wäre diese Illusion auflösbar? Die Beiträge in diesem Band gehen an die Wurzeln der Probleme und weisen auf die Besonderheiten der Reichtumsproduktion in der vorherrschenden Wirtschaftsweise hin, die eng mit einem Wachstumszwang verbunden ist und die sich fundamental in die Wirtschafts- und Lebensweisen eingeprägt hat. Es zielt also an den Problemursachen vorbei, wenn bloße Appelle an Wirtschaftsakteure sowie Konsument*innen gerichtet werden und (dann eben notwendigerweise halbherzige) rechtliche Regularien eingeführt werden, die sich weiterhin innerhalb dieser Illusion bewegen.

20 Siehe dazu auch die Beiträge *Verdrängte Kosten* und *Wie Sand am Meer* in diesem Band.

Eine dritte Nachfrage: Schutzziel Menschen?

Es ist allerdings noch ein ganz anderes Verständnis von Schutz möglich: Das Schutzobjekt wäre dann nicht das Klimasystem, wie immer ein Schutz desselben auch aussehen könnte, sondern es wären die Menschen, die vom Klimawandel betroffen sind und unter den Veränderungen und Auswirkungen zu leiden haben und zu leiden haben werden. Dann wäre die Anpassungsseite im Fokus, es ginge also um Maßnahmen, die Risiken minimieren und veränderte Klimabedingungen erträglicher machen. Diesbezüglich wird eine große Bandbreite unterschiedlicher Maßnahmen diskutiert, so etwa Schutzvorkehrungen in Bezug auf Meeresspiegelanstieg oder Starkregenereignisse, Klimatisierung von Gebäuden, Waldumbau hin zu trockenresistenteren Arten, Sicherung von Mobilität und Kommunikationseinrichtungen u.a. Hier wäre dann auch ein enger Bezug zu Gesundheitsfragen hergestellt, die in den meisten Analysen zu den Folgen des Klimawandels eine prominente Rolle einnehmen. So gibt es Untersuchungen, die belegen, dass Temperaturveränderungen die Ausbreitung von Mücken mit Krankheitserregern beeinflussen, das Immunsystem schwächen sowie Atemwegserkrankungen, Herz-Kreislaufbeschwerden und mentale Beschwerden hervorrufen oder verstärken können (Leal Filho et al. 2016). Während die weiter oben genannten Maßnahmen eher die Produktions- und Verwertungsseite betreffen, ist mit dem Fokus auf Gesundheit die Forderung verbunden, nicht nur materielle Dinge, sondern die Bevölkerung selbst zu schützen.

In einem kürzlich veröffentlichten Appell hat der *Club of Rome*, dessen Berichte in der Vergangenheit immer wieder Entwicklungsdefizite und -alternativen deutlich gemacht haben,[21] darauf hingewiesen, dass Probleme und Problemlösungen auf mehreren Feldern zusammen angegangen werden müssen, und, so die optimistische Sicht, aktuell durchaus eine Situation entstanden sei, in der sich grundsätzlichere Lösungen realisieren ließen. Auch wenn hier sicherlich nicht das analytische Niveau erreicht ist, das mit der Identifizierung der »multiplen Krisen« und ihrer Ursachen sowie der daraus resultierenden Handlungsoptionen in den kritischen Politikwissenschaften (s. Brand 2009) gegeben ist, wird dennoch eine interessante Perspektive eröffnet, mit der die derzeit alles dominierende Pandemiediskussion in einen breiteren Kontext gestellt wird. Vielfältige

21 Beginnend mit den vielzitierten *Grenzen des Wachstums* 1972.

Aspekte, wie »*wildlife trafficking, unsustainable food systems, biodiversity loss and deforestation*« werden als Treiber der Krise benannt, umrahmt von globalen, Grenzen überschreitenden Problemen wie Klimawandel, Biodiversitätsverluste und Finanzkrisen.[22] Dennis Meadows, einer der Hauptautoren von *Grenzen des Wachstums* (1972), hat als Hauptursache für die Probleme das Primat der Effizienz gegenüber der Resilienz benannt,[23] was auch dahingehend übersetzt werden kann, dass die Dominanz wirtschaftlicher Forderungen aufgehoben werden muss, um Handlungsoptionen zu schaffen und zu erhalten. Die Forderung von Ulrich Brand, »den inneren Zusammenhang zwischen den Krisen zu entschlüsseln und daraus gesellschaftliche Konsequenzen zu ziehen« (Brand 2009:5), kann durchaus auch aus den Empfehlungen des *Club of Rome* herausgelesen werden, auch wenn die Krisendeutung eine andere ist als bei Brand. Dieser sieht die Krisen »als Resultat eines neoliberalen und imperialen Umbaus des Kapitalismus«, erkennt bestehende Instrumente als untauglich für die Krisenbewältigung und fordert eine Überwindung der »dominanten gesellschaftlichen Orientierungen« durch »neue attraktive Lebensformen, die gerecht sind und gleichzeitig über die auf Disziplin, Wachstum und entpolitisierten Konsumismus basierende Lebensweise hinausgehen« (Brand 2009:13). Ähnliches ist durchaus auch bei Meadows u.a. angedeutet, auch wenn mit ›Resilienz‹ nach Möglichkeiten innerhalb bestehender Rahmenbedingungen gesucht und nicht auf einen grundsätzlicheren Systemwandel hingearbeitet wird.

Fazit

Die Umsetzung von Maßnahmen zur Reduktion von Treibhausgasen auf vielen unterschiedlichen Ebenen ist sicherlich wünschenswert und überfällig. Wenn Akteure motiviert werden können, ihre Beiträge dazu zu leisten, dann ist das aller Anstrengungen wert. Wenn ihnen versichert wird, dass sie damit ›Klimaschutz‹ praktizieren, mag dies unter pragmatischen Gesichtspunkten akzeptabel sein, problematisch finde ich jedoch, dass sich damit der Fokus entscheidend verändert. Die Notwendigkeit, grundsätzliche und

22 https://clubofrome.org/impact-hubs/climate-emergency/covid-19-pandemic-message-from-the-co-presidents-of-the-club-of-rome/ (abgefragt 21/6/2020)

23 https://www.chelseagreen.com/2020/limits-to-growth-covid-epidemic/ (abgefragt 21/6/2020)

verallgemeinerbare Veränderungen in den Produktions- und Konsummustern zu erreichen, wird nicht mehr thematisiert. Wenn dies unterbleibt und jeder einzelne Beitrag bereits als zielführend erscheint, dann wird darauf verzichtet, Prioritäten zu setzen, weitergehende Forderungen zu stellen und koordiniertes Handeln anzumahnen. Es muss dann auch nicht weiter gefragt werden, inwieweit nationale und internationale Politik – entgegen allen Verlautbarungen – ihren eigenen Ansprüchen, zukünftige Lebensbedingungen zu sichern, gerecht wird. Es fällt dann leicht, gegenläufige Interessen und Barrieren auszublenden, die Veränderungen blockieren und die im Sinne einer kollektiven Anstrengung identifiziert und überwunden werden müssten. Es unterbleibt dann aber meist auch, die Maßnahmen in einem komplexeren Zusammenhang zu sehen, um etwa Rebound-Effekte auf unterschiedlichen Ebenen zu vermeiden oder um Mittel wirkungsvoller einzusetzen.

Es entfällt dann auch die Notwendigkeit, grundsätzlicher auf die Ursachen zu blicken, die den ›multiplen Krisen‹ zugrunde liegen und die, isoliert (und z.T. mit unzureichenden Mitteln), nicht entscheidend beeinflusst werden können. Wenn jede Maßnahme der Treibhausgasreduzierung ›gut‹ ist und vermeintlich bereits einen Lösungsbeitrag zum ›Klimaproblem‹ zeitigt, werden Entscheidungen quasi als technokratische innerhalb nicht hinterfragter Rahmensetzungen getroffen.

Nach der vorliegenden Argumentation ist Begriff ›Klimaschutz‹ pure Augenwischerei, selbst dort, wo in globalen Übereinkünften vermeintlich ›das Ganze‹ in den Blick genommen wird. Anderseits ist der Begriff allgegenwärtig, und es ist kaum möglich, dieser Rhetorik gänzlich zu entgehen. Es sollte aber zumindest klar sein, dass sich dahinter nicht viel mehr verbirgt, als einen irgendwie gearteten Beitrag zur Reduktion von Treibhausgas-Emissionen zu leisten. Demgegenüber wäre es jedoch wichtig, zu einem Entscheidungsmodus zu gelangen, mit dem das Problem der anthropogenen Beeinflussung des Klimasystems umfassender und im Hinblick auf kollektive Handlungsmöglichkeiten thematisiert und kritisch reflektiert werden kann.

Literatur

Borsch, Peter, Jürgen-Friedrich Hake (Hrsg. 1998): Klimaschutz – Eine globale Herausforderung. Landsberg am Inn: Bonn aktuell, im Verlag moderne Industrie.

Borsch, Peter, Jürgen-Friedrich Hake (Hrsg. 1998): Klimaschutz – Eine globale Herausforderung. Landsberg am Inn: Bonn aktuell, im Verlag moderne Industrie.

Brand, Ulrich (2009): Die Multiple Krise – Dynamik und Zusammenhang der Krisendimensionen, Anforderungen an politische Institutionen und Chancen progressiver Politik. www.boell.de/sites/default/files/multiple_krisen_u_brand_1.pdf

Fünfter Sachstandsbericht des IPCC / Fifth Assessment Report of the Intergovernmental Panel on Climate Change (2014), mit den Teilberichten zu Syntheses Report / The Physical Science Basis / Impacts, Adaptations, and Vulnerability / Mitigation of Climate Change. Abrufbar über www.ipcc.ch/reports/ar5/

Gesang, Bernward (2011): Klimaethik. Berlin: Suhrkamp Verlag.

Herrler, Christoph (2017): Warum eigentlich Klimaschutz? Zur Begründung von Klimapolitik. Baden-Baden: Nomos Verlagsgesellschaft.

Konicz, Tomasz (2020): Klimakiller Kapital - Wie ein Wirtschaftssystem unsere Lebensgrundlagen zerstört. Wien, Berlin: Mandelbaum kritik&utopie.

Leal Filho, Walter et al. (eds. 2016): Climate Change and Health – Improving Resilience and Reducing Risks. Cham u.a.: Springer.

Managing the Risks of Extreme Events and Disasters to Advance Climate Change Adaptation (SREX) (2012) https://archive.ipcc.ch/report/srex/

Previšić, Boris (2020): CO_2: fünf nach zwölf – wie wir den Klimakollaps verhindern können. Wien, Berlin: Mandelbaum Verlag.

Santarius, Tilman (2014): Der Rebound-Effekt: ein blinder Fleck der sozial-ökologischen Gesellschaftstransformation. GAIA, 23(2): 109-117.

Special Report 2018 Global Warming of 1,5 °C www.ipcc.ch/sr15

UNEP (2017): Emissions Gap Report 2017. www.unenvironment.org/resources/emissions-gap-report-2017

Welzer, Harald (2019): Alles könnte anders sein – Eine Gesellschaftsutopie für freie Menschen. Frankfurt am Main: Fischer Verlag.

Aus: Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (Hrsg.): Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.
Münster : Unrast-Verlag, 2020, S. 137 - 172

Julian Bierwirth

Vom leeren Land zum überflüssigen Menschen

Ideologiekritik in Zeiten von Corona- und Klimakrise

> »Lange schon wütete der rote Tod im Lande; nie war eine Pest verheerender, nie eine Krankheit gräßlicher gewesen. ... Prinz Prospero aber war fröhlich und unerschrocken und weise. Als sein Land schon zur Hälfte entvölkert war, erwählte er sich unter den Rittern und Damen des Hofes eine Gesellschaft von tausend heiteren und leichtlebigen Kameraden und zog sich mit ihnen in die stille Abgeschiedenheit einer befestigten Abtei zurück. ... Eine hohe, mächtige Mauer, die eiserne Tore hatte, umschloss das Ganze. ... Auch hatte der Prinz für allerlei Zerstreuung Sorge getragen. Da waren Gaukler und Komödianten, Musikanten und Tänzer – da war Schönheit und Wein. All dies und dazu das Gefühl der Sicherheit war drinnen in der Burg – draußen war der Rote Tod. «
>
> *Edgar Allen Poe: Die Maske des Roten Todes*

Der aktuelle Präsident der Vereinigten Staaten von Amerika, Donald Trump, ist innerhalb der Klimabewegung nicht sonderlich populär. Tatsächlich hat er sich bislang auch nicht mit klugen Beiträgen zur Frage der Klimapolitik hervorgetan. Lange Zeit verfolgte er die Strategie der Leugnung: einfach so tun, als gäbe es keinen Klimawandel. So twitterte der ausgewiesene Ökologie-Experte beispielsweise am 29. Oktober 2014: »The polar ice caps are at an all time high, the polar bear population has never been stronger. Where the hell is global warming?«[1] Als talentierter Erfinder von Fake News wusste Trump zudem auch, wer sich das mit der Erderwärmung ausgedacht haben soll. Bereits 2012 verkündete er: »The concept of global warming was created by and for the Chinese in order to make U.S. manufacturing non-competitive.«[2]

1 https://twitter.com/realdonaldtrump/status/527388136306143232; deutsch: »Die Polkappen sind so hoch wie nie, die Eisbären-Population war nie stärker. Wo zum Teufel ist die Erderwärmung?«

2 https://twitter.com/realDonaldTrump/status/265895292191248385; deutsch: »Das Konzept der Erderwärmung wurde von und für Chinesen geschaffen, um die amerikanische Produktion wettbewerbsunfähig zu machen.«

Wenn chinesische Firmen amerikanische Unternehmen aus dem Markt drängen, dann kann es, das ist für Trump sonnenklar, nur an finsteren Tricks liegen. Jeder klima- oder umweltpolitische Anspruch lässt sich auf diese Weise zurückweisen: Da alle ökologischen Probleme nur von der chinesischen Regierung erfunden wurden, lässt sich die von der marktwirtschaftlichen Produktionsweise verursachte Umweltzerstörung wunderbar verleugnen.

Die AfD hingegen hat eine alternative umweltpolitische Strategie gewählt: sie leugnet den Klimawandel nicht rundheraus, sondern bestreitet lediglich den Einfluss des Menschen auf dieses Phänomen. Beatrix von Storch etwa möchte die Erderwärmung allein auf die Sonne zurückführen und kolportiert in einem Interview mit Thilo Jung eine sehr innovative Maßnahme zur Begrenzung der Erderwärmung:

> »Ja, dann sollten wir der Sonne erklären, dass sie nicht so viel scheinen soll, das wäre doch mal ne Überlegung. Weil die Sonne ja den Einfluss dann auf die Ozeane hat und nicht wir den Einfluss auf die Ozeane haben, sondern die Sonne. [...] Wir sollten die Sonne verklagen.«"[3]

Auch in dieser gewollt ironischen Abwehr klimagerechter Politik ist der Fokus auf monetäre Fragen auffällig: Letztlich geht es nur darum, wer die mit der Erderwärmung einhergehenden Kosten trägt. Und natürlich muss verhindert werden, dass die deutsche Wirtschaft belastet wird. Deshalb hält es auch Alexander Gauland für geboten, im ZDF-Sommerinterview die Unausweichlichkeit des Klimawandels zu betonen: »Ich glaube nicht, dass es gegen den Klimawandel irgendetwas gibt, was wir Menschen machen können.«[4] Wenn dem so ist, liegt auch das nächste Argument auf der Hand: da ohnehin nichts hilft, können wir uns die Mühe und vor allem das Geld einfach sparen. Storchs und Gaulands diskursive Strategie folgt dem selben Muster wie die von Trump: Das Klima wird aus dem eigenen Handlungsbereich herausdefiniert, so dass es in Bezug auf ökonomische Handlungsoptionen nicht länger relevant zu sein scheint.

Allerdings müssen wir festhalten, dass diese Position innerhalb der AfD nicht vollständig durchgehalten wird. Im Mai 2019 forderte, um nur ein Beispiel zu nennen, die *Junge Alternative Berlin* einen Richtungswech-

3 www.youtube.com/watch?v=IV8UzT_9bXg
4 www.zdf.de/nachrichten/heute/alexander-gauland-im-zdf-sommerinterview-100.html

sel innerhalb der Partei ein. Statt den offensichtlichen Klimawandel zu leugnen, solle die Partei lieber konstruktive Vorschläge machen, wie dem Problem sinnvoll begegnet werden könne. Als erste Idee kommt sie mit einem wirklichen Evergreen der liberalen Philosophie um die Ecke: Gäbe es weniger Menschen auf dem Planeten, wäre dieser auch nicht so stark belastet. Eine vermeintliche Überbevölkerung soll nun also als Ursache für die Erderwärmung herhalten.[5]

Inzwischen wird die These, der Hauptmotor des menschengemachten Klimawandels sei die zu hohe Zahl derer, die hier einfach so unverantwortlich vor sich hin atmen, regelmäßig durch das politische Dorf getrieben. Nicht nur Fußballfans erinnern sich möglicherweise noch an den Wurstfabrikanten und Aufsichtsratsvorsitzenden des FC Schalke 04, der Ende Juli 2019 nach einer Rede beim Tag des Handwerks in Paderborn in die Schlagzeilen geriet. Er kritisierte die von der Regierung diskutierten Wege zur Reduzierung des Kohlenstoffausstoßes und schlug vor:

> »Warum gehen wir eigentlich nicht her und geben das Geld dem Gerd Müller, unserem Entwicklungsminister, und der spendiert jedes Jahr 20 große Kraftwerke nach Afrika? Dann hören die auf, die Bäume zu fällen, hören auf, wenn's dunkel ist, wenn wir sie nämlich elektrifizieren, Kinder zu produzieren. Ich bin in Sambia gewesen, dort gibt es 14,6 Kinder pro Pärchen. Ja, was machen die, wenn's dunkel ist?«[6]

Tönnies, dessen Fleischbetriebe ganz erheblich zum CO_2-Ausstoß beitragen und der ganz nebenbei dafür verantwortlich ist, dass sich seine Arbeitskräfte massenhaft mit Corona angesteckt haben, bringt die These von der Überbevölkerung als Ursache des anthropogenen Klimawandels auf den Punkt: Wenn schon Klimapolitik, dann doch bitte auf Kosten der Anderen. Auch diese Strategie folgt dem oben bereits benannten Muster: Die Ursachen des Klimawandels werden aus dem eigenen Handlungsbereich herausdefiniert, um so die Bearbeitung des ›Problems‹ zu externalisieren; allerdings ist diese ›Bearbeitung‹ hier noch zusätzlich auf übelste Weise rassistisch aufgeladen. Was Tönnies in einen rassistischen ›Witz‹ über die der Zivilisation fremden Afrikaner*innen kleidet, die mangels verfügbarer

5 www.volksverpetzer.de/klima/afd-klima-ja/
6 https://hpd.de/artikel/rassismusvorwuerfe-nachbetrachtungen-zur-toennies-entgleisungen-17148

Lichtquellen zu viele Kinder ›produzieren‹, läuft in der Konsequenz darauf hinaus, sie für überflüssig zu erklären.

In den Mediennetzwerken der Neuen Rechten gehört dieser Gedanke ohnehin zum Standardrepertoire. Am 10. August 2019 informierte das Medienportal PI-News die deutschsprachige Öffentlichkeit, dass »Überbevölkerung« das zentrale Problem in Bezug auf die Lösung klimabedingter Herausforderungen sei. Und natürlich ist es die »Überbevölkerung« in einem ganz anderen Erdteil, weshalb auch die Lebensweise hierzulande nicht reflektiert (geschweige denn verändert) werden muss.

> »Die Überbevölkerung ist in der Tat eines der zentralen Anliegen weltweit. Das Problem ist jedoch, dass ausgerechnet die ›falschen‹ Frauen und Gesellschaften in diese Geburtenverweigerung treten. Somit schrumpft ausgerechnet die gebildete Bevölkerungsschicht der Akademiker und Wertschöpfer auch hierzulande immer mehr, während das weltweite, und insbesondere das muslimisch-afrikanische Prekariat sich keinen Deut um etwaige moralische oder gar klimatische Gründe zur Gebärregulierung schert.«[7]

Der Artikel verknüpft dabei eine Debatte, die in der Neuen Rechten schon seit Längerem populär ist, mit einer vorgeblichen Verantwortungsethik in Sachen Klimakrise. Dass deutsche Frauen (und vor allem gebildete deutsche Frauen) zu wenige Kinder kriegen, gilt fürderhin zwar als dumm und gefährlich, aber nichtsdestotrotz auch als nobel. Denn immerhin machen sich diese Gedanken um den Zustand der Welt und tragen stellvertretend für das deutsche Volk bereits das Ihrige zur Lösung der Krise bei. Nun sollen aber auch mal die ›Anderen‹ ran.

Die Anderen, das ist das »muslimisch-afrikanische Prekariat« (ebd). Das nämlich ist ohne Ethik und Moral unterwegs und schert sich »keinen Deut um etwaige moralische oder klimatische Gründe zur Gebärregulierung« (ebd.). Bis zur Selbstaufopferung, so sollen wir das verstehen, gibt sich das heroische deutsche Volk der Aufgabe der Klimarettung hin. Und das ist nicht gut, denn schließlich weiß der deutsche Patriot ganz genau, welches Volk besonders wertvoll und welches besonders unnütz ist.

Die Strategie der globalen Rechten, die hier nur mit einigen wenigen Beispielen dargestellt wurde, wird deutlich erkennbar. Sollte sich in Bezug auf die Art und Weise, wie die kapitalistische Gesellschaft ihr Naturverhält-

7 http://www.pi-news.net/2019/08/kinderverweigerung-als-klimaschutz/

nis organisiert, auch nur das leiseste Problem auftun, so wird dies zunächst geleugnet. Wo sich die Leugnung nicht mehr aufrechterhalten lässt, versucht der*die gewiefte Rechtspopulist*in das Problem dadurch bearbeitbar zu machen, dass die Lösung nicht länger in den eigenen Aufgabenbereich fällt. Die Zumutungen, die dies andernorts mit sich bringt, bleiben dabei (in schlechter kolonialer Tradition) ausgeblendet.

Doch nicht nur, wenn es um das Klima geht, verfolgen interessierte Akteur*innen diese Strategie. Auch der Umgang moderner Gesellschaften mit auftretenden Epidemien zeigt dieses Muster. Egal ob der Ausbruch in Thailand, Kanada, den USA oder den Niederlanden zu verorten ist – immer gehen die betroffenen und beteiligten Akteur*innen nach demselben Muster vor: Im ersten Schritt wird der Virus-Fund vertuscht und im Zweifelsfall gegenüber kritischen Nachfragen von außen geleugnet. Falls sich diese Strategie nicht mehr aufrechterhalten lässt, wird das Problem zwar eingestanden, die Schuld dafür aber ins Ausland verlagert. Das treibt bisweilen sehr makabre Blüten und kann durchaus kontraproduktive Folgen haben, weil Ressourcen auf Maßnahmen gelenkt werden, die virologisch keinerlei Auswirkungen haben, dafür aber diskursstrategisch die eigene Bevölkerung auf Linie bringen: »Die thailändischen Behörden verschwendeten (während der Vogelgrippe 2003, JB) außerdem wertvolle Zeit mit dem nutzlosen Abschlachten von Wildvögeln und Stadttauben, nachdem Premierminister Thaksin in charakteristischer xenophober Manier alle ›ausländischen‹ Vögel für die Epidemie verantwortlich gemacht hatte« (Davis 2005, S. 92). Ganz ähnlich war bekanntlich der Umgang mit der aktuellen COVID-19-Pandemie vor allem in China und den USA. Während in China die Pandemie zunächst vehement geleugnet und vertuscht wurde, machte die Regierung dann, als dies nicht mehr möglich war, die USA für das Virus verantwortlich. Umgekehrt sprach Trump lange nur von dem »chinesischen Virus«, das natürlich auch nur in die Welt gesetzt worden war, um seinem großartigen Land und seiner noch viel großartigeren Politik zu schaden.

1. Überbevölkerung in der frühen Moderne

Die Frage, wie mit dem Teil der Bevölkerung umgegangen werden kann, der gerade für die Kapitalverwertung nicht notwendig zu sein scheint, begleitet die kapitalistische Moderne seit ihren frühen Tagen. In jener Zeit

stellte sich die Situation jedoch geradezu spiegelbildlich zu der heutigen dar. Die frühindustrialisierten Landstriche Mitteleuropas galten, obwohl deutlich weniger bewohnt als heute, als tendenziell überbevölkert. Die politischen Entscheidungsträger (tatsächlich ja in dieser Zeit fast ausschließlich Männer) fanden eine ganz einfache Lösung dafür. Die als ›überflüssig‹ markierten Menschen wurden einfach in die frisch erworbenen Kolonien in Übersee verfrachtet oder durch den Druck der Armut und des Hungers faktisch zur Auswanderung gezwungen. Die entsprechenden Gebiete etwa in den heutigen Vereinigten Staaten von Amerika oder in Kanada wurden dementsprechend als »leeres Land« (John Locke) imaginiert. Im Fall des heutigen Australien ging die britische Staatsmacht sogar so weit, sich gleich eines erklecklichen Teils der Strafgefangenen zu entledigen, indem diese einfach dorthin verschifft wurden.

Die Menschen, die tatsächlich in den vermeintlich leeren Landstrichen lebten, spielten in den philosophischen Begründungen und den politischen Planungen keine Rolle. Sie wurden, falls überhaupt zur Kenntnis genommen, als unzivilisiert und als Stolpersteine für den Fortschritt katalogisiert. So wusste etwa der beliebte US-Präsident Theodore Roosevelt über die indigenen Communitys in Nordamerika zu Protokoll zu geben: »Der Siedler und der Pionier hatten letztlich die Gerechtigkeit auf ihrer Seite: Dieser großartige Kontinent konnte nicht einfach als Jagdgebiet für edle Wilde erhalten werden« (Baumann 2005, S. 56). Ganz ähnlich äußerte sich auch der argentinische Oberbefehlshaber General Roca zu den ethnischen Säuberungen, die er an der indigenen Bevölkerung in seinem Land beging. Es sei unabdingbar, so gab er bekannt, »so bald wie möglich mit den Mitteln der Vernunft oder mit Gewalt diese Handvoll Wilder zu beseitigen, die unseren Reichtum zerstören und uns daran hindern, im Namen des Rechts, des Fortschritts und unserer eigenen Sicherheit die reichsten und fruchtbarsten Ländereien der Republik endgültig in Besitz zu nehmen« (Baumann 2005, S. 56).

Halten wir also fest: wenn sich der weiße Mann aufmacht, die Ländereien in Nord- und Südamerika, Afrika und Asien zu unterwerfen, dann gelten die dort lebenden Menschen als Hindernisse für das Recht, den Fortschritt und die Sicherheit (wessen Sicherheit eigentlich?). Ihre ebenso rücksichtslose wie systematische Ermordung gilt dementsprechend als ›Gerechtigkeit‹.

> »Nach offenkundig unvollständigen Schätzungen wurden 30 bis 50 Millionen Bewohner ›vormoderner‹ Länder ausgelöscht, etwa 80 Prozent ihrer Gesamtbevölkerung und zwar seit dem ersten Eintreffen und der Besiedlung durch europäische Soldaten und Händler bis zum Beginn des 20. Jahrhunderts, zu dem die Zahl der Ureinwohner auf einen Tiefstand sank« (Baumann 2005, S. 55).

Das Zitat von Roosevelt erhellt darüber hinaus einen weiteren Zusammenhang. Denn er betont, die amerikanische Prärie dürfe »nicht einfach [...] Jagdgebiet für edle Wilde« bleiben. Stattdessen sollen auch dort Fortschritt und Entwicklung Einzug halten. Auf dem Kontinent sollen sich wirtschaftliche Tätigkeit und damit die selbstzweckhafte Vermehrung des Dollar ausbreiten. Dem steht aber die Existenz der indigenen Communitys gegenüber. Denn diese nutzen das Land nur – ja wofür? – zum Leben. Aus der Sicht des modernen, kapitalistisch geprägten Bewusstseins ist genau das aber eine Verschwendung, ein ineffizienter Umgang mit der ›Ressource‹ Land. Die bislang in ›der Prärie‹ lebenden Menschen und ihre Lebensweise stehen daher der Ausbreitung einer warenproduzierenden Gesellschaft im Weg. Deshalb sind sie ›überflüssig‹. Deshalb sollen sie weg.

Anders als es heutige Lexika-Definitionen nahelegen, bezeichnet Überbevölkerung darum auch nicht einen Zustand, »bei dem die Anzahl der Lebewesen die ökologische Tragfähigkeit ihres Lebensraums überschreitet«[8]. Treffender ist demgegenüber die Beschreibung des Soziologen Zygmunt Baumann:

> »›Überbevölkerung‹ ist [...] ein Codename für das Auftauchen einer bestimmten Zahl von Leuten, die nicht das reibungslose Funktionieren der Wirtschaft befördern, sondern das Erreichen – vom Anwachsen ganz zu schweigen – von Indizes, mit denen funktionierende Abläufe ermittelt und bewertet werden, allzusehr erschweren. Die Zahl dieser Menschen scheint unkontrollierbar anzuwachsen, was fortwährend zu weiteren Kosten führt, denen keine Einnahmen gegenüberstehen« (Baumann 2005, S. 57).

Wäre Überbevölkerung tatsächlich – wie es in vielen Diskussionen auch im deutschsprachigen Raum nahegelegt wird – ein Phänomen, das sich auf das Verhältnis von Menschen und Ressourcen auf einem bestimmten Gebiet bezieht, dann wäre Europa wohl der am stärksten überbevölkerte Teil der Welt. Denn hier kann die Sicherstellung der Ernährungs- und

8 https://de.wikipedia.org/wiki/%C3%9Cberbev%C3%B6lkerung

Rohstoffsicherung nur darüber gewährleistet werden, dass große Mengen dieser Güter aus dem Globalen Süden importiert werden.

Faktisch bezieht sich der Diskurs um die Überbevölkerung aber nicht auf Lebens- und Existenzmittel, sondern auf die Frage, welche Menschen aus der Perspektive des Kapitals nützlich sind und welche nicht. Diejenigen, die für die Fortführung der endlosen Selbstzweckbewegung der Wertverwertung nicht benötigt werden, sind potenziell überflüssig und tauchen allerhöchstens als Belastung in den öffentlichen Debatten auf. Es sind nicht nur zu viele, die da essen – es sind vor allem die Falschen. So entsteht die Vorstellung, dass die gut situierten Akademikerinnen in Europa zu wenig Kinder kriegen würden und das »afrikanisch-muslimische Prekariat« zu viele. Diese Figur findet sich bis heute in zeitgenössischen politischen Debatten. Beispielhaft sei hier Thilo Sarrazin erwähnt, der die Sorge um ein Aussterben des »deutschen Volkes« mit einem Bedrohungsszenario durch sich unkontrolliert vermehrende, genetisch minderwertige Menschen verbindet (vgl. Kemper 2014, S. 116 ff.).

Historisch wurden mit der Diskursfigur der ›Überbevölkerung‹ zahllose Abscheulichkeiten gerechtfertigt. Die deutsche Forderung nach Kolonien wurde ebenso mit ihr begründet wie die mit dem 2. Weltkrieg praktizierte Expansion nach Osten (Heim/Schatz 1996, S. 32-70). Zur Rechtfertigung stalinistischer Massendeportationen wurde sie ebenso bemüht wie zur Dezimierung einer vermeintlichen Überbevölkerung in Afrika und Asien, die als »Nährboden für den Kommunismus« galt (ebd., S. 77-137). Wie dreist dabei vorgegangen wurde, wie sehr Realität und Fiktion zum Zwecke einer effektiven Durchsetzung kapitalistischer Verhältnisse verwischt wurden, soll im Folgenden anhand einiger Beispiele aus Indien sowie aus Lateinamerika nachgezeichnet werden.

2. Historische Aspekte zur Produktion von Überbevölkerung: Indien

Der Export der europäischen Überschussbevölkerung in der Aufstiegsphase des Kapitalismus ging einher mit einer Zurichtung der Regionen Afrikas, Lateinamerikas, Asiens und Australiens für die Belange der neuen kapitalistischen Zentren. Im Zuge dieses Prozesses wird die vormalige Überbevölkerung (nunmehr ansässig in den Kolonien) zur legitimen Normalbevölkerung, während die periodisch Hungernden vor Ort selbst

zur Überbevölkerung erklärt werden. Dabei war die Verelendung dieser Menschen in aller Regel überhaupt erst eine Folge der Kolonisierung. Das lässt sich beispielhaft anhand der Hungerkrise in Indien von 1878/79 nachzeichnen, die auf die Durchsetzung europäischer Verwaltungstechniken in Verbindung mit liberalen Wirtschaftslehren zurückzuführen ist.

Im Rahmen der britischen Kolonialisierung Indiens kam es zu einer tiefgreifenden Umstrukturierung der dortigen Landwirtschaft. Die traditionelle, durch kleinbäuerliche Strukturen geprägte Produktion von Nahrungsmitteln wurde durch eine verstärkte Konzentration auf den Baumwollanbau abgelöst. Damit einher ging, dass die natürlichen Ressourcen dem Zugriff der Bevölkerung entzogen wurden. Dies zeigte sich etwa in einer Privatisierung der indischen Wälder, die eine Einschränkung der bis dahin üblichen Waldnutzung durch unterschiedliche Bevölkerungsgruppen nach sich zog.

Auch das traditionelle System der Getreidebevorratung vor Ort wurde von der Kolonialverwaltung im Laufe der 1850er-Jahre verboten. Trotz alledem war die Reis- und Getreideernte in den letzten drei Jahren vor der Hungerkrise überdurchschnittlich ergiebig. Die überschüssige Produktion dieser Jahre wurde allerdings zu weiten Teilen nach England exportiert – obwohl eine kommende Hungersnot aufgrund ausbleibender Regenfälle bereits absehbar war.

Der von den Steuern der indischen Bäuer*innen und Handwerker*innen finanzierten Eisenbahn kam dabei eine besondere Rolle zu. Einerseits wurde sie als Errungenschaft zur Vermeidung von Hungersnöten gefeiert, faktisch hatte sie jedoch eine gegenläufige Funktion: Mit ihrer Hilfe konnten Händler*innen das Getreide aus den hungernden Provinzen fortschaffen und fernab in zentralen Lagern aufbewahren, um es so vor aufständischen Hungernden zu schützen. Wenn Letztere sich aufmachten, um die Provinz zu verlassen, wurden sie mit Straßensperren am Verlassen der Region gehindert (Davis 2004, S. 36 f.)[9].

9 Sinnbildlich dafür steht ein Gala-Diner, das der britische Vizekönig, Lord Lytton, im Herbst 1876 ausrichtete. Es gilt bis heute als das teuerste Mahl der Weltgeschichte. Er hatte 68.000 britische Beamte sowie britische und indische Würdenträger*innen geladen und für eine Woche bewirtet – während zeitgleich 100.000 Inder*innen in den Bezirken Madras und Mysore verhungerten (Davis 2004, S. 38).

Indische Weizenexporte nach England, 1875–1878 (in Tonnen)	
1875	308
1876	757
1877	1409
1878	420

Quelle: zit. n. Mike Davis: Die Geburt der Dritten Welt, S. 37

Lytton, der als britischer Vizekönig für die Verwaltung Indiens zuständig war, galt derweil als besonders sparsam in Bezug auf den Umgang mit Steuergeldern. Deshalb verzichtete er auf jedwede Intervention zugunsten der hungernden Menschen und verwies stattdessen auf die herrschende Lehrmeinung des ökonomischen Liberalismus. Wenn Nahrungsmittel knapp seien, steige eben ihr Preis. Dadurch würden alle dazu angehalten, mit den knappen Ressourcen sparsam umzugehen. Jeder Versuch vonseiten der Regierung, hier gegenzusteuern, sei vergeblich. Lytton und mit ihm die wissenschaftlichen Experten seiner Zeit hielten sich an die Empfehlungen des großen schottischen Ökonomen Adam Smith. Der nämlich schrieb:

> »Verordnet die Regierung, um dem Übelstande einer Teuerung abzuhelfen, dass alle Getreidehändler ihr Korn zu einem von ihr bestimmten und als mäßig angenommenen Preise verkaufen sollen, so bewirkt sie damit nur, dass sie es entweder gar nicht zum Verkauf bringen, was zuweilen noch beim Beginn des Erntejahres eine Hungersnot veranlassen kann, oder dass, wenn sie es auf den Markt bringen, das Volk in den Stand gesetzt und dadurch ermuntert wird, den Vorrat so schnell zu konsumieren, dass dadurch notwendig vor dem Ende des Erntejahres eine Hungersnot entstehen muss« (Smith 2019 [1776], 4. Buch).

Die Argumentation von Smith ist bezeichnend: Nicht die konkrete Frage, ob genug Lebensmittel in den Vorratslagern vorhanden sind, steht für den Ökonomen im Vordergrund, sondern die abstrakte Vorstellung, dass der Markt sich selbst reguliere und die Menschen ihr Verhalten nach Preissignalen ausrichten würden. Dass dies dann die Versorgung der Menschen gewährleiste, wird zwar unterstellt, erweist sich aber regelmäßig als Irrglaube, und zwar schon deshalb, weil die Produzent*innen von Getreide unter Umständen rational handeln, wenn sie Getreide zurückhalten und Menschen verhungern lassen, falls sie nicht auf ihre Kosten kommen. Doch solche Konsequenzen der ökonomischen Rationalität werden in der marktliberalen Ideologie ausgeblendet. Probleme werden immer nur

dann ausgemacht, wenn der Staat eingreift und zum Beispiel Lebensmittel günstig zur Verfügung stellt, denn solche Maßnahmen stehen im Verdacht, den glorreichem Marktmechanismus aus dem Gleichgewicht zu bringen.

Statt humanistischer Wohltat sei deshalb »die unbegrenzte, unbeschränkte Freiheit des Getreidehandels das einzige wirksame Vorbeugungsmittel gegen das Elend einer Hungersnot«, so Smith (Smith 2019 [1776], 4. Buch). Und daher ordnete Lord Lytton, hier ganz im Einklang mit dem College der Ostindiengesellschaft in Haileybury, eine strikte Zurückhaltung der Regierung in dieser Frage an. Er betonte, »dass jegliche Maßnahmen von Seiten der Regierung zu unterlassen seien, die auf eine Preissenkung von Lebensmitteln abzielten« (Davis 2004, S. 41).

Und noch ein weiterer Gedanke dürfte Lytton bei dieser Anordnung Pate gestanden haben. Besonders beliebt waren innerhalb der europäischen Kolonialgesellschaften die Lehren des Ökonomen Thomas Robert Malthus, dem Inhaber des weltweit ersten Lehrstuhls für Politische Ökonomie, der seinerzeit im College der East India Company in Hertford eingerichtet worden war. Malthus wurde insbesondere durch seine Thesen zur Bevölkerungsentwicklung bekannt. Er ging davon aus, dass sich das menschliche Bevölkerungswachstum grundsätzlich schneller vollziehe als die Steigerung der Ernteerträge.

Entsprechend dieser Ideologie galten die Zustände in Indien der britischen Regierung als Folge von Überbevölkerung. Sie hatten, in den Worten des Vizekönigs, ihre Ursache darin, »dass die indische Bevölkerung schneller zunimmt als die Nahrungsmittel, die sie dem Boden abgewinnt« (Davis 2004, S. 41). Dementsprechend, so die Argumentation, sei da ohnehin nichts zu machen. Im Kontext der realen historischen Ereignisse wird allerdings klar, dass diese Perspektive einen erheblichen Teil der realen Abläufe ausblenden muss, um plausibel zu erscheinen. Denn wie wir gesehen haben, hatte das Fehlen von Nahrungsmitteln in einigen indischen Distrikten ihre Ursache nicht in einer zu geringen Nahrungsmittelproduktion, sondern schlicht und ergreifend im vorherigen Export von Getreideüberschüssen für die Verpflegung der Bevölkerung in England.[10]

Die indischen Bäuer*innen versuchten daraufhin ihrerseits, und ganz im Rahmen der Smith‹schen Argumentation, ihre Finanzkraft zu verbessern,

10 Es ist eine bedrückende Ironie hinter der liberalen Wirtschaftstheorie, dass sie stets den Markt beschwört, die erst durch den Markt hergestellte künstliche Verknappung aber ausblendet (vgl. Lohoff 1998).

und verkauften alles, was nicht niet- und nagelfest war. Als sie sich dann der Arbeitsgeräte sowie der Zugtiere und des Pflugs entledigt hatten, um wenigstens für den Moment nicht zu hungern, fehlten ihnen freilich die Mittel, um im Frühjahr 1877 die Regenfälle für den Getreideanbau zu nutzen. Im Spätsommer kam es dann zu einem Massensterben (vgl. Davis 2004, S. 43).

Schließlich genehmigte die Regierung ein Beschäftigungsprogramm zur Hungerhilfe. Mit dessen Durchführung wurde der Gouverneur von Bengalen, Sir Richard Temple, beauftragt.[11] Dieser hielt sich dabei brav an das ökonomische Minimalprinzip: Das Ziel (Menschenleben erhalten) sollte mit möglichst geringen (finanziellen) Mitteln erreicht werden. Oder, in den Worten von Temple: »Alles muss finanziellen Erwägungen, mit möglichst wenig Geld Menschenleben zu erhalten, untergeordnet werden« (zit. nach Davis 2004, S. 49). Den bereits ausgehungerten Menschen wurden daher pro Tag 1.627 Kalorien zugestanden, für deren Erhalt sie allerdings Schwerstarbeit verrichten mussten. Diese Meisterleistung ökonomischer Rationalität ging als ›Temple-Lohn‹ in die britische Geschichte ein (vgl. Davis 2004, S. 48 f.)[12].

In den Augen des zuständigen britischen Beamten lagen die Dinge freilich ganz anders. Er ignorierte die wahren Ursachen der Hungersnot: Getreideexporte, fehlende Getreidereserven und die Abpressung von Steuerzahlungen bei bereits hungernden Menschen; stattdessen gab er den Hungernden selbst die Schuld an der Lage:

> »Die Neigung dieser Armen, das Brot der Faulheit zu essen; ihre Angst, auf Anordnung ihr Zuhause zu verlassen und längere Wege in Kauf zu nehmen; ihre Wahl, lieber unter extremer Armut zu leiden, als einfache und sinnvolle Befehle zu befolgen, kann nur von denen wirklich verstanden werden, die es selbst gesehen haben oder diese Dinge kennen. [...] Es werden auch wenige das Schicksal

11 Temple selbst hatte keinen sonderlich guten Ruf, da er bereits 1877/74 ein Hungerprogramm geleitet hatte und im Zuge dessen zwar eine Hungersnot verhindern konnte, dafür allerdings das britische Staatssäckel über Gebühr belastet worden war. Er war damit gewissermaßen auf Bewährung und wollte seine Sache nun besser machen.

12 Um überhaupt in den fragwürdigen Genuss des Temple-Lohns zu kommen, mussten die Betroffenen freilich einige Mühen auf sich nehmen. Um ihre Arbeitswilligkeit zu beweisen, mussten sie beispielsweise Jobs aufnehmen, die mindestens 16 Kilometer von ihrem Heimatort entfernt lagen (vgl. Davis 2004, S. 47 ff.).

derer beklagen, das sie selbst zu verantworten haben, und deren Leben in Faulheit oder oftmals als Verbrecher beendet wurde« (zit. n. Davis 2004, S. 50).

Die Umkehrung von Ursache und Wirkung ist bemerkenswert: Weil die rassistische Ideologie den Inder*innen Faulheit unterschiebt, werden Zwangsdienste als notwendig erachtet. Und wenn die Menschen dann diese großartige sozialstaatliche Fürsorge nicht annehmen wollen, dann gilt das als »ihre Wahl« und als Beweis für ihre Faulheit, die die menschenfeindlichen Maßnahmen erst notwendig gemacht haben soll.

In dieser Argumentation wird die ganze Perversität der liberalen Weltanschauung deutlich: Auch wenn die Realität sich den schönen Gesetzen von Markt und Freiheit widersetzen mag – wir zwingen die Menschen mit Gewalt hinein, und wer das nicht überlebt, ist am Ende selber schuld. Selbst die übelsten Zwangsmaßnahmen gelten in dieser Weltsicht dann sogar noch als Ausdruck generöser Hilfsbereitschaft.

Beispielhaft zeigt sich die Abgeschmacktheit dieses für die aufstrebende Herrschaft des Kapitals nicht unüblichen Vorgehens in einem Brief von Lord Lytton an seine Frau, in dem er sich über die Situation unter den Hungernden auslässt und Graf Buckingham, der ihn zuvor für sein Vorgehen kritisiert hatte, hart angeht:

»Du kannst dir derartige öffentliche Gelage nicht vorstellen. Die Leute arbeiten nichts, bersten vor Fett und vergnügen sich dementsprechend prächtig. Besucht der Graf diese Lager, benimmt er sich wie ein Junker der Buckinghams, der seine Modellfarm inspiziert. Sein größtes Interesse gilt seinen Preisochsen und Schweinen und wie viel Fett sie angesetzt haben. [...] Aber die fürchterliche Frage ist doch, wie die Regierung von Madras jemals diese demoralisierten Massen zu wirklich nützlicher Arbeit bewegen kann« (zit. nach Davis 2004, S. 57).

Hunger ist bis heute ein in Indien weitverbreitetes Phänomen[13]. Doch das hängt nicht mit kärglichen geografischen Bedingungen zusammen, sondern

13 Bereits 1878 gesellt sich zum Hunger im Süden Indiens eine Hungersnot im Norden. Dort war die Ernte in den letzten Jahren ordentlich gewesen und es hätte durchaus genügend Vorräte geben können, um die Dürreperiode zu überstehen. Doch leider war die frühere Subsistenzlandwirtschaft von der britischen Kolonialregierung auf die Produktion von Früchten für den Export umgestellt worden. Damit sollten die britischen Getreidepreise stabilisiert werden. Doch auch in diesem Fall stellte sich die britische Verwaltung taub und nahm den Tod vieler Tausender in Kauf (Davis 2004, S. 59 ff).

ist die Folge sozialer und politischer Rahmenbedingungen. Mit der Anzahl der dort lebenden Menschen hat das allerdings nichts zu tun.

3. Historische Aspekte zur Produktion von Überbevölkerung: Lateinamerika

Der Zusammenhang zwischen der Lebenssituation einer Bevölkerung und der Unterwerfung ihrer Lebensumwelt unter die Imperative des Kapitals lässt sich auch am Beispiel der Kolonialisierung Lateinamerikas deutlich machen. Bereits der Begriff der ›Entdeckung‹ Amerikas deutet an, welche Verwendung die europäischen Kolonisatoren diesen Weltregionen zugedacht hatten. Doch weder Süd- noch Nordamerika mussten tatsächlich ›entdeckt‹ werden, denn dort lebten ja schließlich bereits Menschen. ›Entdecken‹ konnte es nur, wer diese Menschen aus der Menschheit herausrechnete. So konnte das Land als leer und damit frei für die Unterwerfung durch die europäischen Kolonialmächte gelten.

Diese Unterwerfung zielte im ersten Schritt auf den plumpen Raub der dortigen Naturressourcen. Zunächst waren das die Edelmetallvorkommen. Nachdem diese Reichtümer nach Europa verbracht worden waren, begannen die spanischen Eroberer, sich der noch im lateinamerikanischen Boden versteckten Reichtümer anzunehmen. 1545 gründeten sie die Bergwerksstadt Potosi, die innerhalb der nächsten 60 Jahre zu einer der einwohnerstärksten Städte ihrer Zeit aufstieg.[14]

Neben den Minen im Cerro Rico bei Potosí gab es noch verschiedene andere Minen in den damaligen spanischen Kolonien, die Mengen der verschifften Edelmetalle waren immens.[15] Die nach Europa entführten Rohstoffe nahmen hier eine zentrale Rolle bei der Durchsetzung und Ausbreitung der warenproduzierenden Wirtschaftsordnung ein. Ein Großteil der Edelmetalle verblieb allerdings nicht in Spanien und Portugal, sondern verteilte sich ganz demokratisch auf weite Teile Europas. Aufgrund der relativen Rückständigkeit der spanischen und portugiesischen Märkte nutzten

14 Der Reichtum des Cerro Rico, des Berges, auf dessen Silber sich der Reichtum Potosis begründete, schien schier unermesslich. Dementsprechend wurde ›vale un Potosí‹ eine Redensart für ›das ist ein Vermögen wert‹.

15 »Zwischen 1503 und 1660 erreichten 185.000 Kilo Gold und 16 Millionen Kilo Silber den Hafen von Sevilla. Das in etwas mehr als anderthalb Jahrhunderten nach Spanien verschiffte Silber stellte das Dreifache der gesamten europäischen Reserven dar.« (Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1).

die dortigen Machthaber das importierte Silber und Gold, um eigene Verbindlichkeiten im Rest Europas zu begleichen (vgl. Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1 sowie Frank 1968, S. 161 f.).

Durch dieses für weite Teile Mitteleuropas, insbesondere für Großbritannien und die Niederlande, sehr nützliche Geschäft sammelten sich dort die Geldmittel an, die für die Ausweitung frühkapitalistischer Verhältnisse unerlässlich waren. Gleichzeitig verbaute das den ausgeplünderten Regionen diesen Weg. Sie mussten stattdessen Jahrhunderte später im Rahmen der sogenannten ›nachholenden Modernisierung‹ versuchen, den Rückstand im globalen Nationenwettbewerb, der durch die Plünderung ihrer Edelmetallvorkommen entstanden war, nun ohne Zugriff auf diese oder vergleichbare Ressourcen gutzumachen (Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1 sowie Frank 1968, S. 278 f.).[16] Die wenigen Reichtümer, die in der Region verblieben, wurden von privaten Eliten monopolisiert und vor allem für eine Aufrechterhaltung der zwar ungleichen, für sie jedoch höchst profitablen Welthandelsbeziehungen verwendet.[17]

Der Überführung der Edelmetalle in ein sich zeitgleich kapitalisierendes Europa standen die katastrophalen Arbeitsbedingungen[18] der in

16 Darüber hinaus entstand in diesem Zusammenhang auch die frühe und bis heute anhaltende Abhängigkeit aller lateinamerikanischen Volkswirtschaften vom Außenhandel. »Die wirtschaftliche Organisation der spanischen Kolonien hing von jeher ganz vom Außenhandel ab und konzentrierte sich folglich auf den Exportsektor, der Einkünfte und Macht bündelte. Während des ganzen Prozesses, von der Metallphase bis zu den späteren Nahrungsmittellieferungen, identifizierte sich jede Region mit dem, was sie hervorbrachte, und sie brachte hervor, was man in Europa von ihr erwartete: Jedes Produkt, das in die Frachträume der Galeonen geladen wurde, die den Ozean überquerten, wurde zu einem Schicksal und einer Bestimmung. […] Die Märkte der kolonialen Welt entwickelten sich als bloße Anhängsel des Binnenmarktes des aufstrebenden Kapitalismus« (Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1).

17 Insofern ist bereits zu dieser Zeit die in Europa oft gehörte Klage über die korrupten Eliten in den sogenannten ›weniger entwickelten Ländern‹ sowohl richtig als auch falsch: Sie ist richtig, weil es tatsächlich mächtige wirtschaftliche und politische Handlungsträger gab (und gibt), die Geld in die eigene Tasche wirtschafteten und bei der Reinvestition der Gewinne nicht den langfristigen Erfolg in der heimischen Warenwirtschaft im Sinn hatten. Sie ist aber auch falsch bzw. heuchlerisch, weil gerade diese Eliten und ihre Haltung von den europäischen Kolonisatoren installiert wurden und dies zudem die Ursache und Bedingung dafür war (und noch immer ist), dass die europäischen Märkte sich die lateinamerikanischen Reichtümer so problemlos aneignen konnten.

18 Wer sich einen Eindruck von den unvorstellbaren Arbeitsbedingungen verschaffen möchte, sei auf die klassische Studie von Galeano verwiesen (vgl. Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1).

den Bergwerken beschäftigten Indigenen gegenüber. Die Todesrate war enorm, Krankheiten grassierten und auch die Natur wurde gnadenlos der Reichtumsextraktion geopfert. Das wollten freilich die verantwortlichen Würdenträger dieser Zeit nicht eingestehen. In ihren Berichten gaben sie vielmehr die Schuld den versklavten Menschen, denen es an christlicher Disziplin und Moral mangele:

> »Der Erzbischof Liñan y Cisneros leugnete dagegen die Auslöschung der Indios: ›Sie verstecken sich eben‹, sagte er, ›um keine Abgaben zu zahlen, solch schlechten Gebrauch machen sie von der Freiheit, die sie jetzt genießen und zur Zeit der Inka nicht hatten‹« (Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1).

In anderen Teilen Lateinamerikas sah es nicht viel anders aus. Im 18. Jahrhundert kam es in Brasilien zu einem Goldrausch – die Folgen waren auch hier katastrophal: Weil die Mineneigentümer sich zwar für ihre Gewinne interessierten, nicht aber für die Lebensbedingungen der Menschen, die in den Minen arbeiteten, vernachlässigten sie die Nahrungsmittelproduktion, sodass es zwischen 1700 und 1713 zu Hungersnöten kam (ebd.). Auch hier wurde, wenn sich das massenhafte Sterben nicht mehr leugnen ließ, die Schuld einfach den Betroffenen gegeben:

> »Wir bestreiten nicht, dass die Bergwerke eine große Zahl von Indios aufzehren, aber das kommt nicht von der Arbeit, die sie in den Silber- und Quecksilberminen zu verrichten haben, sondern von ihrem freizügigen Lebensstil« (zit. n. Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1).

Dieses Muster zieht sich durch die gesamte Kolonisationsgeschichte Lateinamerikas. Die den versklavten Menschen abverlangte Arbeit wurde als humanistische Wohltat dargestellt, mit der ihnen die Möglichkeit gegeben werde, sich zu zivilisieren – d. h. sich an den Zwang zur Arbeit zu gewöhnen und den christlichen Glauben anzunehmen.[19]

---

19 »Ein Vizekönig von Mexiko erklärte, es gebe kein besseres Mittel als die Arbeit in den Minen, um die ›angeborene Bosheit‹ der Eingeborenen zu heilen.« Die Menschen, so wurde argumentiert, »verdienten die Behandlung, die sie erfuhren, da ihre Sünden und Götzenanbetung eine Gotteslästerung darstelle[n]«. Überhaupt seien sie »abgestumpfte, sieche Tiere, in denen ›keinerlei Seelentätigkeit‹ zu verzeichnen sei«, weshalb sich viele Philosophen weigerten, »die ›degradierten Menschen‹ der neuen Welt als ihresgleichen anzuerkennen. Hegel sprach von der körperlichen und geistigen Impotenz Amerikas und sagte, die Eingeborenen seien ›an dem Hauche der europäischen Tätigkeit untergegangen‹« (Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1).

Doch Lateinamerika wurde in der Phase der Kolonisation nicht nur als Reservoir für Edelmetalle genutzt, sondern darüber hinaus auch als Anbauort für nachwachsende Rohstoffe unterschiedlichster Art, die dann allerdings nicht von den Menschen vor Ort konsumiert, sondern ebenfalls in die europäischen Metropolen exportiert wurden. Diese Orientierung hat die sozialen und ökonomischen Strukturen und insbesondere die Landwirtschaft in Lateinamerika stark geprägt. Infolge der Plantagenwirtschaft, des Anbaus vor allem von Zuckerrohr und Baumwolle, finden sich dort vielerorts vorwiegend auf den Export ausgerichtete landwirtschaftliche Großbetriebe neben kleinen, oft kargen Feldern, auf denen die Plantagenarbeiter*innen nach Dienstschluss für ihr eigenes Überleben schuften (vgl. Frank 1968, S. 62 ff.).

Auf sozio-ökonomischer Ebene lassen sich auch in Bezug auf den Anbau von Zuckerrohr all die Phänomene beobachten, die wir bereits vom Abbau wertvoller Metalle kennen: soziale Verelendung der Arbeitenden, Exportorientierung der Volkswirtschaft und eine Zurichtung ganzer Regionen auf eine Ware, deren Produktion sich spätestens nach ein oder zwei Jahrhunderten nicht mehr lohnt – von der nun aber die gesamte Region auf Gedeih und Verderb abhängt (vgl. Galeano 2016 [1973], 1. Teil, Kapitel 1). Insbesondere ökologisch stellte der Zuckerrohranbau mit allen seinen Begleiterscheinungen eine Katastrophe dar. So hat der monokulturelle Anbau die natürliche Artenvielfalt Lateinamerikas stark reduziert und zugleich die den nachfolgenden Generationen zur Verfügung stehenden Böden über Gebühr ausgelaugt. Da außerdem die jungen lateinamerikanischen Volkswirtschaften von der exportorientierten Landwirtschaft abhängig waren, wurden die besten verfügbaren Böden dafür genutzt. Für die einheimische Nahrungsmittelproduktion hingegen blieben die vergleichsweise schlechteren Böden übrig. Wenn unter diesen Umständen Teile der Bevölkerung hungern, dann hat das folglich auch hier nicht mit der mangelnden Fruchtbarkeit des Landes oder den fehlenden Möglichkeiten, die Reproduktion der dort lebenden Bevölkerung sicherzustellen, zu tun, sondern mit den kolonialen und post-kolonialen Strukturen.

Bereits in seiner Entstehungsgeschichte ist das Märchen von der Überbevölkerung eben vor allem dies – ein Märchen. Das hat die bürgerliche Ökonomie freilich nicht davon abgehalten, genau daraus eine wissenschaftliche Lehrmeinung zu machen. Bei Adam Smith etwa erscheint der

Kolonialismus als reine Fortschrittsgeschichte, durch die Lateinamerika »kultiviert« worden sei. Die Regionen in Lateinamerika seien, so Smith,

> »ehe sie von den Europäern entdeckt wurden, von wilden Völkerschaften bewohnt, die weder Künste noch Ackerbau kannten. Seitdem sind diese Länder erheblich kultiviert worden. [...] Wer nach all‹ den wunderbaren Geschichten, die über den glänzenden Zustand dieser Länder in früheren Zeiten geschrieben worden sind, mit einiger Nüchternheit die Geschichte ihrer Entdeckung und Eroberung liest, wird bald erkennen, dass ihre Bewohner von Gewerben, Ackerbau und Handel weit weniger wussten als heutzutage die Tartaren der Ukraine« (Smith (2019 [1776]), 1. Buch).

Bezeichnend ist dabei der Maßstab, an dem Smith die Unterentwicklung Lateinamerikas festmacht. Bevor nämlich die europäischen Kolonialmächte die moderne, kapitalistische Wirtschaft nach Lateinamerika brachten, gab es diese dort nicht. Mit anderen Worten: bevor in Lateinamerika eine geldbasierte Ökonomie durchgesetzt wurde, gab es dort keine geldbasierte Ökonomie. Und das muss ja wohl ein Mangel an Entwicklung sein!

> »Selbst die Peruaner [...] bedienten sich zwar des Goldes und Silbers zum Schmuck, kannten aber keinerlei gemünztes Geld. Ihr ganzer Handel war ein Tauschhandel, und es gab deshalb auch kaum irgendeine Arbeitsteilung unter ihnen« (Smith (2019 [1776]), 1. Buch).

Wenn die europäischen Armeen in eine neue Region Lateinamerikas vorstießen, so berichtet Smith, hätten sie es »fast überall sehr schwer, sich Lebensmittel zu verschaffen. Die Hungersnot, die sie fast überall, wohin sie kamen [...] verursacht haben, beweist hinlänglich, dass das Märchen von diesem Volksreichtum und dieser hohen Kultur meist auf Dichtung beruht« (Smith 2019 [1776]), 1. Buch)[20].

Dass die Hungersnöte, die Smith tatsächlich bemerkt und erwähnt, auf die Umstrukturierung des gesellschaftlichen Naturverhältnisses zum Zwecke einer »sogenannten ursprünglichen Akkumulation« (Marx) zurückgehen könnten, scheint für Smith nicht mal einen Gedanken wert zu

20 Den Hintergrund dieser Vorstellung bildet die (in der bürgerlichen Ökonomie ebenso wie im traditionellen Marxismus) prominente Ideologie, die Menschheit sei von der Subsistenzproduktion über den Tauschhandel zur Geldwirtschaft ›fortgeschritten‹ und unterliege insofern einer geradezu natürlichen Entwicklungslogik. Zur Kritik dieser Vorstellung vgl. Höner 2004.

sein. Stattdessen ist er derartig fest von der heilbringenden Wirkung der Ware-Geld-Beziehungen überzeugt, dass ihm das Lob auf den freien Markt selbst dann nicht vergeht, wenn die Empirie auf das Gegenteil verweist. Der Kolonialismus hat Lateinamerika nur insofern in die marktwirtschaftliche Ordnung integriert, als es bis heute noch wesentlich ein billiges Rohstoffreservoir für den Globalen Norden darstellt. Wer über elende Lebensbedingungen im Trikont sprechen möchte, sollte über den Kolonialismus nicht schweigen!

4. Postkoloniale Kontinuitäten in der Spätmoderne

Nach mehreren Jahrhunderten kapitalistischer Geschichte ist der Kolonialismus zwar formell überwunden, die Verhältnisse in den Ländern des ehemaligen Trikonts[21] hingegen sind noch immer durch eine weitgehende Abhängigkeit von den ökonomischen und politischen Bedürfnissen der industrialisierten Metropolen im Globalen Norden gekennzeichnet. Diese Abhängigkeit spiegelt sich nicht zuletzt in den globalen Ressourcenflüssen und dem Verhältnis von Ressourcenabbau und Ressourcennutzung. Die hohe Wirtschaftsleistung pro Kopf (gemessen in monetären Größen) in den Ländern des Globalen Nordens kommt nicht zuletzt deshalb zustande, weil sie in großem Stil Bodenflächen und Ressourcen im Globalen Süden für sich beanspruchen.

So greift die in Deutschland lebende Bevölkerung jährlich auf etwa 5 Millionen Hektar Land außerhalb des Staatsgebietes zu, auf dem die Lebensmittel produziert werden, die sie verzehrt. Und innerhalb der EU wurden im Jahr 2018 ganze 2,8 Mio. Tonnen Sojabohnen geerntet, aber rund zwölfmal so viel importiert (33 Mio. Tonnen). Ein Großteil des eingeführten Sojas (26,8 Mio. Tonnen) kommt dabei aus Lateinamerika (wir erinnern uns: große agrarische Monokulturen haben dort eine lange koloniale Tradition). Das sind durchschnittliche 68 Kilogramm pro Bürger*in

21 Der Begriff ›Trikont‹ bezeichnet die drei Kontinente, die zunächst kolonial unterworfen wurden und erst im Anschluss daran und mit deutlicher zeitlicher Verzögerung in das Rennen um die kapitalistische Modernisierung eingetreten sind: Lateinamerika, Afrika und Asien. In der aktuellen Debatte um globale Ungleichheit wird zu ihrer Bezeichnung oft der Begriff des Globalen Südens benutzt.

der Europäischen Union. Ein erheblicher Teil davon wird als Tierfutter für Schweine, Rinder und Geflügel verwendet.[22]

Um die Erträge hoch zu halten, werden im großen Stil Chemikalien eingesetzt. Hier ist insbesondere das Pflanzengift Glyphosat zu einiger Berühmtheit gelangt. Der Verdacht, das Mittel sei krebserregend, konnte eine ganze Weile beiseitegeschoben werden – weil es in erster Linie argentinische Landarbeiter*innen ohne nennenswerte Lobby traf. Als dann aber Glyphosat in Europa nicht nur in Muttermilch, sondern zu allem Überfluss auch noch im Bier nachgewiesen werden konnte, war der Aufschrei groß. Seitdem diskutiert auch die Bundesregierung immer mal wieder über ein mögliches Verbot (vgl. Tittor/Backhouse 2019 sowie Lessenich 2018, S. 85 ff.). Insofern hat sich an den grundsätzlichen Verhältnissen nicht viel geändert. Noch immer gilt Lateinamerika als Quelle für in Europa genutzte Nahrungs- und Konsummittel, während die dortige Bevölkerung und die lokalen landwirtschaftlichen Nutzflächen zu Schaden kommen. Auf den Punkt bringt der Soziologe Stephan Lessenich diesen Zusammenhang:

> »Was sagt uns das alles? Zumindest so viel: Für die Fleischversorgung der reichen Gesellschaften und die Produktion von Biotreibstoffen hat sich [...] im gesamten ›Sojagürtel‹ Südamerikas eine monokulturelle, hochgradig von der extensiven Pestizidnutzung abhängige landwirtschaftliche Produktionsweise etabliert. Sie führt dort zu dauerhaften ökologischen Schäden, zur Zerstörung ländlicher Lebensformen, zur Gefährdung der öffentlichen Gesundheit, zu massiver Landflucht und struktureller wirtschaftlicher Abhängigkeit – sowie zu jenen Strukturen eines kriminellen und im Zweifel gewalttätigen Agrokapitalismus, der verlässlich unseren Ressourcenhunger bedient, uns zugleich aber als Ausweis von grassierender ›Korruption‹ und allfälligen ›Modernisierungsdefiziten‹ im Globalen Süden gilt« (Lessenich 2018, S. 88).

Damit soll nun nicht gesagt sein, dass die Schuld derartiger Missstände alleine dem europäischen Fleischkonsum und der Verwendung von sogenannten Biotreibstoffen gegeben werden könnte. Auch andere Konsumgüter schneiden in Bezug auf ihre verheerenden Folgewirkungen für Mensch und Natur nicht besser ab. Nehmen wir ein weiteres, für seine Produktion

22 Vgl. hierzu die Websites https://www.wwf.de/fileadmin/fm-wwf/Publikationen-PDF/WWF_Studie_Nahrungsmittelverbrauch_und_Fussabdruecke_des_Konsums_in_Deutschland.pdf und https://www.transgen.de/lebensmittel/1049.futtermittelimporte-europa-sojabohnen-gentechnik.html

oftmals in der Kritik stehendes Lebensmittel: das Palmöl. Auch im heimischen Supermarkt ist es aus einer ganzen Reihe von Lebensmitteln nicht wegzudenken – von Margarine bis zu veganen Aufstrichen besteht so manche Leckerei nicht zuletzt aus dem Fruchtfleisch der Ölpalme. Und auch Kosmetika und Biotreibstoffe tragen ihren Teil zum Boom der Palmölproduktion bei. Die sozialen und ökologischen Folgen vor Ort folgen den bereits bekannten Mustern. Doch auch darüber hinaus trägt die Produktion von Palmöl direkt und indirekt zur Verschärfung der Klimakrise bei. Die Vervielfachung der Anbauflächen hat nämlich eine entsprechende Brandrodung bisheriger Waldflächen zur Voraussetzung – mit der Folge, dass nicht nur ökologische Senken zerstört werden, sondern Kohlendioxid in erheblichen Mengen in die Luft geblasen wird. Die Konsequenzen sind bekannt: Die ökologischen und sozialen Lebensbedingungen von Menschen werden ebenso zerstört wie ihre Gesundheit. »Und wie immer natürlich: Kinderarbeit, Zwangsumsiedlungen, Menschenrechtsverletzungen. Die übliche lokale politische Ökonomie des Raubbaus eben« (Lessenich 2015, S. 90).

Das Muster ist ebenso offensichtlich wie omnipräsent. Egal welche global genutzten Rohstoffe wir betrachten – immer wieder steht die Vernutzung von Mensch und Natur auf der Tagesordnung. Nur dass sich Mensch und Natur eben auf der anderen Seite des Globus befinden, weit weg und damit in ausreichender Entfernung, um erfolgreich verdrängt zu werden. Im europäischen Massenbewusstsein jedenfalls bleibt von alledem – obwohl mittlerweile durch Fernsehdokumentationen und Radiofeatures gut belegt – nur sehr wenig hängen (vgl. Lessenich 2015, S. 90 ff.).

Wir können also festhalten: Die Regionen, in denen die globale kapitalistische Produktion die größten Verwüstungen anrichtet, und diejenigen, in denen ein Großteil der kapitalistisch produzierten Reichtümer (sowohl in stofflicher wie in monetärer Form) landet, sind nicht identisch. Tatsächlich lebt hier der Globale Norden auf Kosten des Globalen Südens. Ulrich Brand und Markus Wissen sprechen daher auch von einer »imperialen Lebensweise« (vgl. Brand/Wissen 2017).

Die globalen Geldströme, die sich aus diesen Weltbeziehungen ergeben, kanalisieren sich in Richtung Norden. Im Globalen Süden hinterlassen sie in erster Linie Massenelend und Menschen ohne Lebensgrundlage. Insofern sind die globalen Migrationsströme hausgemacht: Nachdem weite Regionen der Welt vom Kapital unbrauchbar gemacht wurden, suchen die Menschen nun nach Möglichkeiten, wenn schon nicht ihre Existenz,

so doch zumindest ihr Leben zu retten. 70,8 Millionen Menschen auf der Flucht hat das UN-Flüchtlingshilfswerk UNHCR für Ende 2018 gezählt. Das sind, so Filippo Grandi, der Hohe Kommissar der Vereinten Nationen für Flüchtlinge, »2,3 Millionen mehr als ein Jahr zuvor – und doppelt so viele wie vor 20 Jahren« (UNHCR 2019). Dass es der Bundesregierung zeitgleich gelungen ist, die Zahl der Asylanträge in Deutschland im Vergleich zum Vorjahr zu verringern, verweist auf die Effizienz der hiesigen Bemühungen, die vom globalen Kapital Vertriebenen außerhalb des eigenen Wahrnehmungs- und Verantwortungsbereiches zu halten.

Die wenigen Menschen, die in den Metropolen des Globalen Nordens tatsächlich willkommen sind, werden zu prekären Bedingungen in Bereichen eingesetzt, die sich nur schwer betriebswirtschaftlich rentabel organisieren lassen. Insbesondere Erziehungs-, Pflege- und Sorgetätigkeiten in der sogenannten Care Economy werden auf diese Weise von migrantischen Arbeiterinnen (tatsächlich zumeist Frauen) erledigt. Diese Tätigkeiten, die auch und gerade im Globalen Norden aus der gesellschaftlichen Wertproduktion ausgesondert und ›den Frauen‹ als ›Liebesdienst‹ überantwortet werden, können auf diese Weise ein weiteres Mal nach unten weitergereicht werden. Nun sind es migrantische Frauen, nicht selten mit unsicherem Aufenthaltsstatus, die diese Tätigkeiten übernehmen und insbesondere Frauen aus dem bürgerlichen Mittelstand nun die Möglichkeit geben, ihr eigenes Glück auf dem heimischen Arbeitsmarkt zu suchen. Zugleich reißen diese Migrationsbewegungen aber Löcher in die Versorgungsketten der Heimatländer der nun zumeist prekär beschäftigten Menschen: »Die im Herkunftsland fehlende Sorgearbeit der mexikanischen Nanny oder der ukrainischen Altenpflegerin in München [müssen] nun von anderen erbracht werden [...], genauer gesagt von anderen Frauen: von Müttern oder Schwestern, Tanten oder Nichten der abwesenden, in den reichen Ländern beschäftigten Dienstleisterinnen« (Lessenich 2015, S. 160).

Diese Beziehung vertieft sich, wenn proletarisierte Mitteleuropäer*innen, die allem eigenen Elend zum Trotz zumindest relativ von den globalen Stoffströmen profitieren, ihren verdienten Jahresurlaub genießen möchten und dazu in eben die Gegenden reisen, die bereits zuvor durch die Zurichtung der Ökonomie auf die Zwecke der Kapitalverwertung ökonomisch abgehängt wurden. Auch die durch die globale Freizeitindustrie entstehenden sozialen und ökologischen Verwerfungen sind nicht zu unterschätzen. Sie fügen sich ein in die bekannten Muster: Der Flächenverbrauch und

die damit einhergehende Zersiedelung bringen die ökologischen und sozialen Lebensbedingungen der ansässigen Bevölkerung durcheinander, die Ökonomie wird einseitig auf Tourismus ausgelegt und damit von diesem und seinen Nebenwirkungen dauerhaft abhängig gemacht (vgl. Lessenich 2015, S. 134 f.).

Im Ergebnis schafft es der Kapitalismus bis heute, die tradierten Abhängigkeitsverhältnisse aus der Kolonialzeit aufrechtzuerhalten und für den Bestand der globalen Warenproduktion fruchtbar zu machen. Gleichzeitig gelingt es der Politik im Globalen Norden bislang erstaunlich gut, die sozialen und ökologischen Folgen außerhalb der Wahrnehmungszone der metropolitanen Bevölkerung zu halten.

5. Das Ende der Unsichtbarkeit

Nachdem in der Frühzeit der kapitalistischen Moderne die in den frühkapitalistischen Zentren geschaffene ›Überbevölkerung‹ durch Massenmigration nach Afrika, Asien und vor allem den beiden Amerikas einer produktiven Verwendung (der Ausplünderung der kolonialisierten Gebiete) zugeführt werden konnte, haben sich die Migrationsrichtung und deren globale Rahmenbedingungen mittlerweile fundamental verschoben.[23] Auf die Phase des europäischen Bevölkerungsexportes folgte eine Phase des Bevölkerungsimportes. Die ehemaligen Kolonialmächte ermöglichten einen Zuzug von Menschen aus den ehemaligen Kolonien, und auch in der Bundesrepublik Deutschland wurden aus ökonomischen Gründen Arbeitsmigrant*innen vor allem aus Südeuropa und einigen arabischen Ländern angeworben. Zwar gibt es auch heute noch ökonomisch induzierte Migration etwa nach Deutschland, doch seit den 1990er-Jahren wird sie (nicht zuletzt aufgrund der wachsenden Überflüssigkeit der heimischen Arbeitsbevölkerung für die Kapitalverwertung) als zunehmend unliebsames Phänomen betrachtet.

Wir haben es hier mit einem doppelten Prozess des Überflüssigwerdens zu tun. Einerseits hat die Dynamik der kapitalistischen Produktionsweise die Situation in den kapitalistischen Zentren seit den 1980er-Jahren grundlegend verändert. Die durch eine verallgemeinerte Konkurrenz ständig stei-

23 Zum Überblick über die Migrationsgeschichte in Europa vgl. https://www.bpb.de/gesellschaft/migration/dossier-migration/252254/globale-migration

gende Produktivität in der Industrie führte dazu, dass für die Produktion der Waren immer weniger Menschen benötigt wurden. Insbesondere die Dritte industrielle Revolution hat seit den 1970er-Jahren Arbeit in immer größerem Maßstab überflüssig gemacht. In der Folge bildete sich ein breites Segment prekarisierter Arbeitsverhältnisse heraus, während gleichzeitig im Zuge der Finanzialisierung das Kapital immer unabhängiger von der Vernutzung von Arbeitskraft in der Warenproduktion wurde.[24] Dadurch nahm der Druck auf die Arbeitenden und die Arbeitssuchenden massiv zu, was noch verstärkt wurde durch eine Arbeitsmarkt- und Sozialpolitik, die sich ganz an dem Prinzip des ›Fordern und Förderns‹ (vor allem aber des Forderns) orientierte.

Der damit verbundene Anspruch, eine umfassende Flexibilität und Anpassung der betroffenen Menschen an die Zumutungen des Marktes zu erreichen, hat tiefe Spuren im kulturellen Selbstverständnis der industrialisierten Staaten hinterlassen. In einer Arbeitsgesellschaft, in der Arbeit überflüssig wird und die neuen Überflüssigen nicht einmal mehr als »industrielle Reservearmee« (Marx) taugen, stellt sich die Frage nach dem eigenen Platz in der Welt auf eine ganz neue Weise.[25]

Auch für diejenigen, die noch einen Platz in der Arbeitsgesellschaft finden, ist die Selbstverständlichkeit, mit der ein ökonomischer Aufstieg für die eigene und die kommenden Generationen anvisiert werden konnte, verloren gegangen. Trotz stetig zunehmender individueller Anstrengungen sind viele Karrierebemühungen auch in den ökonomischen Zentren von Stagnation und Aussichtslosigkeit gekennzeichnet. Die Möglichkeit, die eigene Arbeitskraft gewinnbringend zu verkaufen, hat sich im Zuge ökonomischer Krisenprozesse von globalem Ausmaß deutlich verschlechtert. Das damit einhergehende Lebensgefühl ist das eines Menschen, der auf einer abwärtsführenden Rolltreppe aufwärts zu gelangen versucht: Trotz aller Bemühungen ist es einfach sehr schwer, am Ende oben anzukommen (vgl. Nachtwey 2016).

---

24 Die ökonomischen Hintergründe dieser Entwicklung sind dargestellt in Lohoff/Trenkle 2012. Zur allgemeinen Bedeutung einer damit verknüpften Krisentheorie für eine Kritik der kapitalistischen Gesellschaft vgl. Lohoff 2013; zur Verschiebung im Kräfteverhältnis zwischen Arbeit und Kapital im Zuge der Finanzialisierung vgl. Trenkle 2016 und 2018.

25 Die Folgen dieser Entwicklung für das Selbstverhältnis der Menschen in den globalen Zentren sind dargestellt bei Bierwirth 2015 sowie Bierwirth 2019, S. 17 ff.

Was für die Staaten der ökonomischen Zentren gilt, gilt erst recht für die in der globalen Peripherie. Hier ist die Überflüssigkeit in vielen Fällen nicht nur relativ, sondern absolut, denn es geht tatsächlich um die Frage des Überlebens. Da weite Teile des Globalen Südens auch heute noch als Rohstofflager, Ressourcenlieferant und (im besten Fall) verlängerte Werkbank des Nordens herhalten müssen, sind sie größtenteils nach den Interessenlagen des globalen Kapitals zugerichtet. Wenn etwa große Landflächen für die Produktion nachwachsender Rohstoffe eingesetzt werden, gibt es vor Ort keinen Platz mehr für die Menschen, die dort ihre Nahrungsmittel anbauen könnten. Und während die frühkapitalistischen Staaten ihre ›Überflüssigen‹ in ein noch vorhandenes ›Außen‹ – und damit in die vermeintlich leeren Länder des Trikonts – exportieren konnten, gibt es heute ein solches ›Außen‹ nicht mehr. Die Überflüssigkeit wird absolut und drückt sich nicht zuletzt in einer Zunahme globaler Migrationsströme aus.

Der Globale Norden reagiert auf diese unliebsame Begegnung mit vielfältigen Versuchen, die Elenden gar nicht erst in die Nähe zu lassen. Dazu setzen Deutschland und die von ihm geführte EU auf Lager in Nordafrika und der Türkei. Für die wenigen, die es nach Deutschland schaffen, ist oftmals eine Lagerunterbringung mitten in der Provinz und möglichst weit vom städtischen Leben entfernt vorgesehen. Die Demonstration der Macht ist unübersehbar: ›Ihr gehört nicht dazu‹, so die Botschaft an die Geflüchteten. Dass dann im Falle einer Pandemie innerhalb der Lager (sei es vorgelagert in afrikanischen Staaten, auf der griechischen Insel Lesbos oder in der deutschen Provinz) keine Schutzmaßnahmen ergriffen werden, Menschenleben egal sind und die oftmals regierungsoffiziell eingeforderte Solidarität an dieser Stelle keine Rolle mehr spielt, spricht Bände über die Reichweite aufklärerischer Humanität.

»Pushing the border out«, so kommentierte Stephan Lessenich derartige Praktiken bereits vor dem Massenelend auf den griechischen Inseln, »meint eben nicht nur, die Grenze räumlich nach außen zu drängen – es bedeutet auch, das Grenzregime der Externalisierungsgesellschaft aus unserem Sichtfeld und unserem Gefühlshaushalt zu verdrängen« (Lessenich 2005, S. 142).[26]

26 Wenn das Grenzregime in der einen oder anderen Weise dann doch im Blickfeld des gemeinen Deutschen auftaucht, ist der Aufschrei entsprechend groß. Als etwa Margarete Stokowski in ihrer *Spiegel-Online*-Kolumne auf die Perfidie hinwies, dass zeitgleich zum Massenelend in Moria die deutsche Agrarwirtschaft Erntehelfer*innen

Doch trotz aller Bemühungen von Regierungsseite bekam die bislang so erfolgreiche Verdrängung der Kollateralschäden globaler Warenproduktion immer neue Risse. Einerseits wurde es immer schwieriger, die Elenden der Welt aus dem Blick der eigenen Bevölkerung zu halten, und andererseits wurden auch für diese selbst die Verhältnisse zunehmend prekärer.

Als Reaktion darauf entstanden in fast allen Teilen der kapitalistischen Metropolen regressive Protestbewegungen, die im Kern nichts anderes wollen, als die ›Normalität‹ der eigenen Lebensweise gegen eine vermeintliche Bedrohung durch ›die Anderen‹ zu verteidigen. Phänomene wie Donald Trump, Viktor Orbán, PEGIDA und AfD sind nicht zuletzt auch ein Ausdruck davon, dass die Angst vor dem (zumindest potenziellen oder absehbaren) Überflüssigwerden um sich greift (vgl. Bierwirth 2015). Das Regierungshandeln hat auch dort, wo die Rechten (noch) nicht an der Macht sind, längst darauf reagiert. Während aber die regierungsoffiziellen Abkommen etwa mit Libyen oder der Türkei oftmals den Eindruck rein technisch-administrativer Operationen erwecken, wird in den regressiven Protesten der zutiefst rassistische und nationalistische Kern dieser Abgrenzungs- und Ausgrenzungspraktiken deutlich.

Das Gefühl der Bedrohung wird noch einmal dadurch verstärkt, dass sich auch die Klimakrise immer schlechter verdrängen lässt. Denn die sich im Laufe der vergangenen Jahre durchsetzende Erkenntnis, dass ein epochaler, durch menschliches Verhalten induzierter Klimawandel auf uns zukommt, hat die Fähigkeit, die düsteren Folgen der kapitalistischen Akkumulationslogik auszublenden, hart in ihre Schranken gewiesen. Eine ganze Zeitlang konnten sich die Metropolenbewohner*innen noch einreden, dass sie davon

---

aus Osteuropa einfliegen ließ, da schlug ihr in den Kommentarspalten eine Ablehnung entgegen, die ihr im Wesentlichen Unwissenheit vorwarf. Einen wesentlichen Unterschied zwischen Erntehelfer*innen und flüchtenden Kindern habe sie nicht verstanden, und das sei – in jeweils unterschiedlicher Diktion – eben dieser: »Der Unterschied zwischen 50 Migrantenkindern und 80.000 Erntehelfern ist, dass die Erntehelfer kommen, um bei uns zu arbeiten. […] Und die 50 Kinder, deren umfangreicher familiärer Anhang auch hier irgendwann aufzunehmen ist, versorgen weder sich, noch tragen sie irgend etwas [sic!] in nützlichem Sinn zu unserer Wirtschaft bei. Ganz im Gegenteil, sie kosten jeden Monat mehrere tausend Euro pro Kind.« Der Kommentar enthält alles, was einen aufgeklärten Rassismus ausmacht. Wer nicht arbeitet, ist auch nicht nützlich, und wer aus dem Globalen Süden kommt, verfügt über »umfangreichen familiären Anhang«, also Eltern, denen es an elektrischem Licht mangelt. Das alles kostet Geld und ist mithin einer ohnehin von Covid-19 gebeutelten Gesellschaft nicht zuzumuten.

nicht ernsthaft betroffen sein würden. Denn die kapitalistische Reichtumsproduktion kommt ja nun einmal insbesondere den Menschen im Globalen Norden zugute (wenn auch in der ihr eigentümlichen bornierten Form von Ware und Geld), während die ökologischen Schäden vor allem die Menschen im Globalen Süden – nun ja, wortwörtlich ausbaden müssen. Aus Sicht der kapitalistischen Zentren konnte es daher so erscheinen, als sei der Klimawandel ein Problem der ›Anderen‹, etwa der weit entfernten Inselstaaten im Pazifik, denen die steigenden Wasserstände den Untergang bescheren könnten. Doch mittlerweile schwant den sicherheitsbewussten Mitteleuropäer*innen, dass es am Ende auch Hamburg erwischen könnte und dass in absehbarer Zukunft, wenn nicht die eigenen Lebensgrundlagen, so doch die der Kinder und Enkel bedroht sind.

Die Einschläge kommen also näher – und in der Folge greift die Angst um sich, es könne perspektivisch möglicherweise nicht mehr für alle Platz auf der Erde sein. Auch hier wieder müssen die Migrant*innen, die nicht zuletzt aufgrund ökologischer Katastrophen wie Wassermangel, Hitzewellen, Waldbrände und Hochwasser in die Metropolen flüchten (wollen), als Projektionsfläche für diese Ängste herhalten. Wenn gesagt wird, das Boot sei voll, heißt das nichts anderes, als genau diejenigen für überflüssig zu erklären, die ohnehin schon am meisten unter den Folgen der imperialen Lebensweise zu leiden haben.

6. Unter- und Übermenschen: Elemente der ideologischen Verarbeitung heute

Im Zuge der grassierenden Corona-Pandemie verstärken sich die beschriebenen Tendenzen noch ein weiteres Mal. Auch hier sind wieder die Menschen des Globalen Südens in besonderem Maße betroffen, und nicht zuletzt diejenigen, deren Migrationsversuch in einem Flüchtlingslager, etwa auf den griechischen Inseln endete. Die Abschottungstendenzen im Globalen Norden werden durch die besonders unter Deutschen verbreitete Panik, einreisende Migrant*innen könnten Krankheiten ins Land bringen, zusätzlich verstärkt und gerechtfertigt.[27] Gleichzeitig verdichtet sich das

27 Auch die Vorstellung, die Chines*innen seien schuld an der Pandemie, und die damit einhergehende Übertragung der Schuld auf in Europa lebende Asiat*innen zeigt deutlich, wie schnell sich rassistische Stereotype ausbreiten und Allgemeingut werden können. Schon die oftmals vorgenommene Identifizierung des Ursprungs des

allgemeine Klima der Angst, nicht nur vor der Krankheit selbst, sondern ebenso vor den Folgen der staatlich verordneten Eindämmungsmaßnahmen, die die Existenzgrundlage und die Lebensweise der metropolitanen Arbeits- und Konsumsubjekte massiv bedrohen.

Auch wenn Pandemien innerhalb der Geschichte des globalen Kapitalismus nichts Neues sind, unterscheidet sich die aktuelle Pandemie durch ihren Verlauf und ihre Folgen in einem zentralen Punkt von ihren Vorgängerinnen in den letzten 100 Jahren. Diese trafen nämlich in erster Linie die Menschen im Globalen Süden. Selbst die Pest, die zu Beginn der kapitalistischen Modernisierung Europa verwüstete (vgl. Gronemeyer 1993 sowie Zinn 1989), war ein paar Jahrhunderte später nur noch in den europäischen Kolonien (vor allem in Indien) verbreitet. Sie galt nun den europäischen Beobachter*innen wie etwa einer zu Forschungszwecken aus Deutschland angereisten Pestkommission als das ›Fremde‹, das die europäischen Kolonialmächte zu bedrohen schien (vgl. Tiné 2018).

Auch die zu Beginn des 20. Jahrhunderts wütende Spanische Grippe richtete zwar in den europäischen Metropolen große Verheerungen an, ihr Schwerpunkt lag aber trotz allem in der Peripherie:

> »Selten wird erwähnt, dass fast 60 Prozent der weltweiten Sterbefälle (das sind mindestens zwanzig Millionen Tote) damals im Punjab, in Bombay und anderen Teilen Westindiens auftraten, wo Getreideexporte nach Großbritannien und brutale Beschlagnahme-Praktiken mit einer großen Dürre zusammenfielen. Die daraus resultierende Nahrungsmittelknappheit trieb Millionen von armen Menschen an den Rand des Hungertodes. Sie wurden Opfer einer fatalen Wechselwirkung zwischen Unterernährung – die ihr Immunsystem schwächte – und einer grassierenden bakteriellen sowie viralen Lungenentzündung. Ähnliches geschah im britisch besetzten Iran, wo eine mehrere Jahre überdauernde Dürreperiode, die Cholera und Nahrungsmittelknappheit, gefolgt von einem ausgedehnten Malariaausbruch, zum Tod von schätzungsweise einem Fünftel der Bevölkerung führten« (Davis 2020).

Das gilt auch für jüngere Epidemien. Das Ebolafieber betraf vorwiegend West- und Zentralafrika, die verschiedenen Vorläufer der aktuellen Co-

---

Virus mit den Essgewohnheiten der Menschen im asiatischen Raum (allein die verallgemeinernde Zusammenfassung macht deutlich, wie wenig die Ideologie mit der Realität korrespondiert) verweist auf die rassistische Struktur der Krisenbearbeitung im deutschsprachigen Raum.

vid-19-Epidemie hatten ihre Schwerpunkte vornehmlich in Südostasien. Insbesondere bei der weltweiten Ausbreitung der Vogelgrippe nach 2004 waren die Folgen zwar auch in Europa spürbar, im Wesentlichen konnte der Ausbruch aber noch immer als etwas gelten, das von außen auf eine ansonsten sichere europäische Normalität trifft. Mit Covid-19 ist diese Distanz nicht länger aufrechtzuerhalten.[28] Mit dem Virus kommen die Kollateralschäden der globalen Warenproduktion und des damit verbundenen kapitalistischen Naturverhältnisses endgültig in der Gegenwart der kapitalistischen Zentren an.[29]

Das ändert freilich nichts daran, dass es auch in diesem Fall vor allem Menschen am unteren Ende der sozialen Hierarchie sind, die von den Folgen des Virus besonders betroffen sind. Gerade die im Vergleich zur weißen Bevölkerung hohe Sterblichkeit unter Schwarzen in den USA macht deutlich, dass die Krankheitsfolgen eine soziale Dimension besitzen: Insbesondere prekarisierte Menschen mit geringeren Einkommen, mangelnder gesundheitlicher Absicherung und instabilen Wohnverhältnissen weisen schwere Verläufe der Krankheit auf. Doch grundsätzlich sind auch Besserverdienende nicht vor ihr sicher, und die Gefahr insbesondere für die Eltern- und Großelterngenerationen der metropolitanen Lohnarbeiter*innen macht deutlich, dass die Sache so langsam brenzlig wird.

Das gilt noch mehr für die Folgen des Shutdown: das Einzige, was armseliger ist als ein Arbeitssubjekt, ist ein Arbeitssubjekt ohne Arbeit. Die Folgen treffen dabei nicht nur den Psychohaushalt der Betroffenen, sondern ihre materielle Lebenssituation: Eine steigende Arbeitslosigkeit und massenhafte (aktuelle und bevorstehende) Insolvenzen zeigen, in welche Richtung der Zug fährt. Das kapitalistische Subjekt kann nicht leben, wenn es nicht arbeiten kann.

Besonders nachdrücklich schlagen die Folgen des Virus und der Virusbekämpfung daher in den Ländern der Peripherie zu, wo viele Menschen infolge der neokolonialen Abhängigkeit oftmals ohne Zugang zum Gesundheitswesen und in großer materieller Armut leben. Aufgrund oftmals erzwungener Landflucht (wegen der fortdauernden Zurichtung

28 Die Betonung des chinesischen Ursprungs der Krankheit können wir dabei als Versuch verstehen, die Schuldfrage in Bezug auf die neue Bedrohung ebenfalls zu externalisieren.

29 Vgl. dazu genauer den Beitrag *Ein Virus stellt die Systemfrage* von Ernst Lohoff in diesem Band.

der landwirtschaftlichen Flächen für den Export) drängen sie sich in den Metropolen des Globalen Südens, in denen durch das finanzielle Ausbluten der Sozial- und Gesundheitssysteme die Krankenversorgung wenig bis gar nicht existent ist.

Hinzu kommt noch, dass viele Menschen in der Peripherie im informellen Sektor arbeiten und von der Hand in den Mund leben. Das lässt jedes Herunterfahren der Wirtschaft zu einer buchstäblichen Frage von Leben und Tod werden: Wer nicht mehr vor die Tür darf, verhungert. In der Türkei wurde der Fall von Ali al-Hamdan bekannt, einem im informellen Sektor tätigen syrischen Migranten, den auf dem Weg zu seiner illegalisierten informellen Arbeitsstelle die türkische Polizei erschoss. Versuche, wie in Indien, kleine Unternehmen mit Kreditbürgschaften über Wasser zu halten, greifen unter diesen Umständen ins Leere. Sie bekommen den Charakter einer veritablen Verschuldungsfalle, denn nach einem Ende des Lockdowns müssen die Zinsen und Tilgungen nun zusätzlich zum ohnehin kaum ausreichenden Einkommen erwirtschaftet werden.

Unabhängig von den besonderen Verheerungen, die die Pandemie im Globalen Süden anrichtet, trifft sie jedoch auch die Länder des Globalen Nordens und verstärkt dort das ohnehin weit verbreitete Gefühl der Angst und die damit verbundenen Mechanismen der Abwehr. Unübersehbar ist angesichts der Flüchtlingskatastrophe auf den griechischen Inseln die bürgerliche Kälte, mit der die Europäer*innen es schaffen, die Existenz des Elends auszublenden. Schon der Tod Unzähliger bei der Überfahrt nach Europa wurde vielfach verdrängt oder auf die menschenverachtende Formel ›selber schuld‹ zusammengekürzt. Die Frage, warum denn überhaupt Menschen solche Gefahren auf sich nehmen und was die Produktions- und Lebensweise in den kapitalistischen Zentren damit zu tun hat, musste dann gar nicht gestellt werden.

Eine andere Möglichkeit, das Massenelend der Exkludierten zu verdrängen, sind die angesichts der zunehmenden gesellschaftlichen Verunsicherung zuhauf kursierenden Verschwörungsideologien, die die Schuld an den Verheerungen immer einer hinter den Kulissen agierenden Macht zuschreiben. Der in den letzten Jahren erfundenen Erzählung vom ›großen Austausch‹ ist es in besonderem Maße gelungen, die Angst vor den ›Überflüssigen‹ aus dem Globalen Süden zugleich in rassistischen *und* antisemitischen Mustern projektiv zu verarbeiten. Laut dieser Verschwörungsideologie steht hinter den großen Migrationsbewegungen der letzten

Jahrzehnte ein finsterer Plan (jüdischer) Strippenzieher, die nicht nur am Elend und an den Kriegen kräftig verdienen, sondern zugleich auch mit der Massenzuwanderung die in Europa einheimische Bevölkerung auslöschen und die nationalen Identitäten zersetzen wollen.[30] Diese Vorstellungen spiegeln sich nicht zuletzt auch in den Pamphleten des Rechtsterrorismus. Der ›große Austausch‹, den der Attentäter von Christchurch kommen sah, wurde in dessen Wahnbild von Juden in Auftrag gegeben. Sie brächten, so seine Vorstellung, lateinamerikanische Migrant*innen ins Land, um die ›weiße Rasse‹ systematisch zu ersetzen. Und auch der Attentäter des Anschlags in Halle bediente sich dieser Vorstellungen. Für ihn war es der Milliardär George Soros, der nicht nur hinter der US-Notenbank und der Europäischen Union, sondern auch hinter den Migrationsbewegungen der letzten Jahre steckte. Bereits hier werden Prozesse, die von den gesellschaftlichen Entwicklungen der letzten Jahrzehnte angetrieben wurden, als Folge des böswilligen Handelns einer Gruppe von Menschen beschrieben.

Auch um die Corona-Pandemie sprießt eine Vielzahl von wilden Verschwörungsmythen, die sich im Kern immer an den Mustern des Antisemitismus orientieren. In ihrer ideologischen Struktur unterscheiden sie sich von den rassistischen Verarbeitungsmustern, dennoch lassen sie sich durchaus mit diesen verbinden. In den Letzteren wird das Virus als ›chinesisch‹ ethnisiert, eine Projektion, die bereits den Entstehungskontext des Virus verdreht: statt auf ein Vordringen der kapitalistischen Warenproduktion und die damit verbundene Zurückdrängung der Natur abzuheben, wird die Ursache für die Verbreitung von Viren in vermeintlichen Eigenschaften ›fremder‹ Menschen (etwa ihren Essgewohnheiten oder Jagdritualen) gesehen (vgl. Chuǎng 2020). Die Folgen des selbstzweckhaften ökonomischen ›Fortschritts‹ (wie etwa die zunehmende Besiedlung immer neuer Gebiete oder das Zusammenführen unterschiedlichster, sich in freier Wildbahn nie begegnender Spezies auf Tiermärkten) geraten auf diese Weise aus

30 Besonders hervorgetan mit der Verbreitung derartiger Vorstellungen hat sich im Sommerloch 2020 der vegane Starkoch Attila Hildmann. Der bezeichnete nicht nur die konservative Bundeskanzlerin Merkel als »Kommunistin« und »zionistische Jüdin«, sondern verbreitete auch die Behauptung, Bill Gates sei vom Zionismus gesteuert und wolle die Weltbevölkerung auf 500 Mio. Menschen dezimieren (*Der Spiegel*, 25.7.2020). In Vorstellungen wie jenen, mit denen Hildmann monatelang die sozialen Medien überflutete, wird der enge Zusammenhang von Schuldzuschreibung, Verschwörungsmythos und antisemitischem Ressentiment mehr als deutlich. Für genaue Belege vgl. www.volksverpetzer.de/analyse/attila-antisemitismus/

dem Blick. Stattdessen wird ein Mangel an ›Fortschritt‹ als Ursache der Pandemie(n) ausgemacht. Dementsprechend wird die Schuld zwar einer Gruppe von Menschen zugeschrieben, diese wird dabei jedoch nicht als aktiv handelnd, sondern als passiv ihren Traditionen folgend beschrieben.

Auch in den Verschwörungsideologien wird die Entstehung des Virus personifiziert, doch sind es hier immer irgendwelche ›geheimen Mächte‹, welche die Pandemie wahlweise verursacht oder zumindest fingiert haben. Sie wollen auf diesem Weg ihre Interessen durchsetzen und die Herrschaft im globalen Maßstab an sich ziehen. Besonders prominent ist dabei die irre Phantasie, dass die Gates-Stiftung zusammen mit der von ihr angeblich gesteuerten WHO hinter den Ereignissen stecke. Sie habe die Pandemie erfunden, um die allgemeine Impfpflicht durchzusetzen und sich daran sowie an den entsprechenden Medikamenten zu bereichern. Die Vorstellung, im Zusammenhang damit solle die Menschheit durch Impfstoffe und implantierte Chips manipuliert und die Bevölkerungszahl drastisch reduziert werden, darf dabei nicht fehlen.[31]

Diese (frei erfundenen) Zuschreibungen sind bezeichnend für die Art und Weise, in der eigene Vorstellungen in Verschwörungsideologien projektiv verarbeitet werden. Hier wird die kaum verhohlene Wunschphantasie von einer massenhaften Vernichtung der ›Überflüssigen‹ aus dem Globalen Süden der Einfachheit halber Bill Gates unterschoben, um sich im Anschluss moralisch über sie empören zu können. Andere sprechen diese rassistisch-eliminatorische Konsequenz der Vorstellung, es gäbe zu viele Menschen auf der Welt, offener aus. So schrieb auf einem rechtspopulistischen Newsblog ein User mit dem bezeichnenden Pseudonym *Vernunft 13*: »Bei unserer Überbevölkerung weltweit … Corona wirkt CO_2 neutral und ist bio«[32]; ein anderer User namens *Kat* stellte bereits im Januar 2020 unmissverständlich fest: »Das Coronavirus wäre doch mal etwas für Afrika, um die dortige Überbevölkerung einzudämmen.«[33] Und auch der Attentäter von Christchurch hatte in mehreren Passagen seines bereits erwähnten Pamphlets einen Bezug zwischen seinen Taten und der Notwendigkeit eines entschlossenen »Umweltschutzes« hergestellt.

31 Derartige Mythen sind zwar frei erfunden, halten sich nichtsdestotrotz bereits seit einiger Zeit: https://correctiv.org/faktencheck/2017/04/18/bill-gates-soll-gesagt-haben-impfen-ist-die-beste-art-der-bevoelkerungsreduktion-stimmt-das

32 https://www.pi-news.net/2020/02/corona-und-die-globalisierung/

33 https://www.pi-news.net/2020/01/das-coronavirus-ein-letzter-warnschuss/

So wie in der Frühphase des Kapitalismus die Menschen in den kolonialisierten Gebieten massenhaft versklavt oder umgebracht wurden, um den ›Überflüssigen‹ aus den Zentren Platz zu machen und ihnen den Raum zu verschaffen für ihre ›zivilisierte‹ kapitalistische Lebensweise, so werden nun die ›Überflüssigen‹ in der Peripherie, die für die kapitalistische Verwertung nicht benötigt werden, nur noch als Ballast angesehen, der am besten beseitigt werden sollte. Faktisch ist die Vernichtung im großen Stil ja auch schon längst im Gange, in der Gestalt von Hungersnöten, Krankheiten (die an sich heilbar wären) und Kriegen. Aber je stärker das die Menschen zwingt, in Richtung der kapitalistischen Zentren zu flüchten, desto höher bauen diese ihre Mauern und verschärfen ihre mörderische Politik der Ausgrenzung.

In *dieser* Hinsicht ist auch die Pharmabranche (und damit auch indirekt die Gates-Stiftung) durchaus nicht unschuldig am Massensterben in großen Teilen der Welt.[34] Denn tatsächlich fließt die medizinische Forschung der großen Pharmaunternehmen in alles Mögliche, aber nicht in die »Entwicklung neuer Antibiotika und antiviraler Mittel« (Davis 2020). Die wirtschaftliche Rationalität hat ein deutliches Forschungscredo ausgesprochen, das wir wie folgt verstehen können:

> »Von den achtzehn größten Pharmaunternehmen haben fünfzehn dieses Feld der Forschung völlig aufgegeben. Herzmedikamente, süchtig machende Beruhigungsmittel und Behandlungen gegen männliche Impotenz sind Profitmacher, nicht aber die Bekämpfung von Krankenhausinfektionen, neu aufkommenden Krankheiten und traditionellen Tropenkillern. Ein universeller Impfstoff gegen Grippe – d. h. ein Impfstoff, der auf die unveränderlichen Teile der Oberflächenproteine des Virus abzielt – ist seit Jahrzehnten eine Möglichkeit, die aber nie profitabel genug erschien, um Priorität zu erlangen« (Davis 2020).

Während also die Gefahr von Zoonosen durch die immer weiter fortschreitende Ausdehnung der Warenproduktion stetig steigt und immer neue Pandemien in den vom Weltmarkt abgehängten Regionen große Verwüstungen anrichten, wird im Namen eines ebenfalls der warenproduzierenden Rationalität entspringenden Rentabilitätsdiktats die systematische Prävention und Bekämpfung dieser Krankheiten ebenso systematisch

34 Es geht also nicht darum, die Pharmaindustrie und die Gates-Stiftung aus der Verantwortung zu nehmen; doch in den Verschwörungsideologien werden solche Zusammenhänge ja nicht kritisch thematisiert, sondern wahnhaft-projektiv verarbeitet.

verunmöglicht. Der massenhafte Mord an Menschen, die gemäß diesem Rentabilitätsdiktat als ›überflüssig‹ gelten, entspringt keinem großen Plan, wie ihn die Verschwörungsideologien wittern, aber er ist die brutale Realität der kapitalistischen Gesellschaft.

Literatur

Baumann, Zygmunt (2005): Verworfenes Leben. Die Ausgegrenzten der Moderne. Bonn: Bundeszentrale für Politische Bildung

Bierwirth, Julian (2015): Irrationalismus und Verschwörungswahn. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2015/irrationalismus-und-verschwoerungswahn/

Bierwirth, Julian (2019): Die Geburt des Ich. Aspekte von Identität und Individualität. In: Krisis 1/2019. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2019/die-geburt-des-ich-krisis-12019/

Brand, Ulrich / Wissen, Markus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: Oekom Verlag

Chuǎng (2020): Soziale Ansteckung Coronavirus: Mikrobiologischer Klassenkampf in China. Online abrufbar unter: https://wirkommen.akweb.de/2020/03/soziale-ansteckung/

Galeano, Eduardo (2016 [1973]): Die offenen Adern Lateinamerikas: Die Geschichte eines Kontinents. Kindle Ausgabe. Wuppertal: Peter Hammer Verlag

Davis, Mike (2005): Vogelgrippe. Zur gesellschaftlichen Produktion von Epidemien. Berlin: Assoziation A

Davis, Mike (2004): Die Geburt der Dritten Welt. Hungerkatastrophen und Massenvernichtung im imperialistischen Zeitalter. Berlin: Assoziation A

Davis, Mike (2020): Im Jahr der Pandemie. Online abrufbar unter: https://www.zeitschrift-luxemburg.de/im-jahr-der-pandemie/

Frank Andre Gunder (1968): Kapitalismus und Unterentwicklung in Lateinamerika. Frankfurt: Europäische Verlagsanstalt

Gronemeyer, Marianne (1993): Das Leben als letzte Gelegenheit. Darmstadt: Wissenschaftliche Buchgesellschaft

Heim, Susanne / Schaz, Ulrike (1996): Berechnung und Beschwörung. Überbevölkerung – Kritik einer Debatte. Berlin: Rote Risse

Höner, Christian (2004): Zur Kritik von Dialektik, Geschichtsteleologie und Fortschrittsglaube. Vorläufige Aspekte einer Kritik des historischen und dialektischen Materialismus

Kemper, Andreas (2014): Sarrazins Correctness. Ideologie und Tradition der Menschen- und Bevölkerungskorrekturen. Münster: Unrast

Lessenich, Stephan (2005): Neben uns die Sintflut. Wie wir auf Kosten anderer leben. München: Piper

Lohoff, Ernst (1996): Zur Dialektik von Mangel und Überfluss. In: Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft 21/22. Bad Honnef: Horlemann

Lohoff, Ernst (2013): Auf Selbstzerstörung programmiert. Über den inneren Zusammenhang von Wertformkritik und Krisentheorie in der Marx‹schen Kritik der Politischen Ökonomie. In: Krisis 2/2013. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2013/ernst-lohoff-auf-selbstzerstoerung-programmiert/

Lohoff, Ernst / Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast

Nachtwey, Oliver (2016): Die Abstiegsgesellschaft. Über das Aufbegehren in der regressiven Moderne

Smith, Adam (2019 [1776]): Der Wohlstand der Nationen. Eine Untersuchung seiner Natur und seiner Ursachen. Kindle Ausgabe. Book on Demand

Strobl, Ingrid (1992): Strange Fruit. Bevölkerungspolitik: Ideologien, Ziele, Methoden, Widerstand. Berlin-Amsterdam: ID-Archiv

Tiné, Naima (2018): Wie »ein paar Sehende aller Nationen aus der Enge des Laboratoriums und des Vaterlandes hinausgezogen sind und die Heimat der Pest besucht haben«. Eine transnationale Betrachtung der deutschen Pestexpedition nach Bombay 1897. Unveröffentlichte B.A.-Arbeit, Göttingen.

Tittor, Anne / Backhouse, Maria (2019): Ungleiche Pestizidbelastung in der globalen Bioökonomie: Das Beispiel Glyphosat. In: Fischer, Karin / Grandner, Margarete (Hg.): Globale Ungleichheit. Über Zusammenhänge von Kolonialismus, Arbeitsverhältnissen und Naturverbrauch. Wien: Mandelbaum

Trenkle, Norbert (2016): Die Arbeit hängt am Tropf des fiktiven Kapitals, in: Krisis (2016), 1, www.krisis.org/2016/die-arbeit-haengt-am-tropf-des-fiktiven-kapitals/

Trenkle, Norbert (2018): Workout. Die Krise der Arbeit und die Grenzen der kapitalistischen Gesellschaft, www.krisis.org/2018/workout-die-krise-der-arbeit-und-die-grenzen-der-kapitalistischen-gesellschaft/

UNHCR (2019): Weltweit erstmals mehr als 70 Millionen Menschen auf der Flucht. Online abrufbar unter: https://www.unhcr.org/dach/de/31634-weltweit-erstmals-mehr-als-70-millionen-menschen-auf-der-flucht.html

Zinn, Karl Georg (1989): Kanonen und Pest. Über die Ursprünge der Neuzeit im 14. und 15. Jahrhundert. Frankfurt am Main: Europäische Verlagsanstalt

Aus: Ernst Lohoff/ Norbert Trenkle (Hrsg.): Shutdown. Klima, Corona und der notwendige Ausstieg aus dem Kapitalismus.
Münster : Unrast-Verlag, 2020, S. 173 - 200

Lothar Galow-Bergemann und Ernst Lohoff

Gestohlene Lebenszeit

Warum Kapitalismus zu Verzicht nötigt und wir viel weniger arbeiten könnten

Die Welt, die wir kennen, zerfällt im Eiltempo. Seit Jahren stellt sich wie von selbst das Wort Krise ein – gleich ob von Klima, Finanzen, Wirtschaft, Sozialsystemen, Demokratie, Migration oder internationalen Beziehungen die Rede ist. In den kritischen Sozialwissenschaften ist von einem Zeitalter der »multiplen Krisen« die Rede (Brandt/Wissen 2017). Mit der Ausbreitung des Coronavirus hat sich diese allgemeine Krise in einer Geschwindigkeit und einem Ausmaß zugespitzt, wie es sich bis dahin kaum jemand vorstellen konnte.

Die Corona- und Klimakrise führen vor Augen, wie ›unsere Wirtschaft‹ vor den existenziellen Herausforderungen der Zeit versagt. Ewiges Wachstum, maximaler Profit und steigende Aktienkurse sind das Lebenselixier der Wirtschaft. Ohne sie fängt sie sofort an zu kriseln. Die Klimakrise offenbart, dass ein auf Unendlichkeit programmiertes Wachstum eher mittel- als langfristig auf die Zerstörung des Planeten hinauslaufen wird. Die Herausforderung durch die Corona-Pandemie führte dagegen schlagartig vor Augen, dass so eine Wirtschaft in kürzester Zeit Leichenberge produzieren kann[1], wenn ihr nicht massiv in die Speichen gegriffen wird. Der Marktwirtschaft Zügel anzulegen, bemühten sich zunächst viele Staaten – in unterschiedlichem Ausmaß und insgesamt mehr schlecht als recht. Übrigens führten sie damit bemerkenswerterweise im Handumdrehen vieles ad absurdum, was bis dahin als unumstößlich und heilig galt – von

1 So transportierte im März 2020 ein nächtlicher Konvoi von Militärfahrzeugen im italienischen Bergamo die Leichen von Corona-Opfern ab, weil der dortige Friedhof überfüllt war (*Der Tagesspiegel*, 19.03.2020), in New York City wurden Leichen in Kühlwagen gestapelt, weil die Beerdigungskapazitäten nicht ausreichten (*Der Tagesspiegel*, 01.05.2020) und in Ecuador blieben die Leichen einfach auf Straßen und in Wohnungen liegen (*Frankfurter Rundschau*, 15.04.2020).

der Schuldenbremse bis hin zum Glauben an das angeblich so segensreiche Wirken des Marktes selbst. Für einen kurzen Moment lag offen zutage, dass Handeln gegen die betriebswirtschaftliche Logik des Kapitals nicht nur möglich, sondern auch überlebensnotwendig ist. Das ist eine wichtige Erfahrung, die wachgehalten werden sollte, denn sie ist von großem Wert für jede emanzipatorische Bewegung.

Doch es dauerte nicht lange und die brutalen Zwänge der Kapitalverwertung verschafften sich gegen die halbherzigen gesundheitspolitischen Maßnahmen immer mehr Geltung. Bereits nach wenigen Tagen eines von Beginn an nur halbherzigen Shutdowns wurden die Stimmen immer lauter, die die Wirtschaft auf Teufel komm raus schleunigst wieder hochfahren wollten. In Deutschland gab Alexander Dibelius, ein Investmentbanker und Arzt(!), der die mörderischen Konsequenzen der betriebswirtschaftlichen Logik in schamloser Offenheit verteidigte, den Ton vor: »Ist es richtig, dass zehn Prozent der – wirklich bedrohten – Bevölkerung geschont, 90 Prozent samt der gesamten Volkswirtschaft aber extrem behindert werden, mit der unter Umständen dramatischen Konsequenz, dass die Basis unseres allgemeinen Wohlstandes massiv und nachhaltig erodiert?« (*Handelsblatt,* 23.03.20) Folgerichtig verharmloste er die Gefährdung durch eine Pandemie, die weltweit zu schwersten Gesundheitsschäden und vielen Todesopfern führt, zu »einer Grippewelle«, die »für die Menschheit nicht so fatal wie die Pest im Mittelalter oder ähnliche Seuchen« sei (ebd.). Die Denkweise des Investmentbankers, der dem Arzt in ihm keine Chance ließ, wurde bald tonangebend. Ein ganzer Chor von Ausstiegsdrängler*innen aus Wirtschaft und Politik stimmte bald diese Melodie an. Dies wurde umso populärer, als es sich auch schnell als enorm anschlussfähig an die Kreuz- und Querfront des vereinigten politischen Irrsinns erwies, wie sie sich schon bald in den sogenannten Corona-Demos zusammenfand. »Besser es sterben Menschen, als die Wirtschaft bricht ein« lautete die mal mehr, mal weniger offen ausgesprochene Botschaft. Denn genau darauf lief es im Prinzip immer wieder hinaus, gleich ob ein zynischer US-Präsident – die Zahl der offiziell registrierten Corona-Toten in seinem Land näherte sich gerade der 100.000er Grenze – für den Fall einer zweiten Pandemiewelle einen weiteren Lockdown kategorisch ausschloss (*zdf.de,* 22.5.2020) oder ob ein pseudophilosophisch daherschwurbelnder deutscher Parlamentspräsident meinte, man könne schließlich »nicht alles dem Schutz des Lebens unterordnen« (*Der Tagesspiegel,* 26.04.2020) und ein süddeutscher Ober-

bürgermeister meinte, es gehe ohnehin nur um »Menschen, die in einem halben Jahr sowieso tot wären« (*Der Tagesspiegel,* 28.4.2020). Wo sich die Ethik nach der Wirtschaft richten muss, brechen früher oder später alle Dämme der Humanität.

Auch in Deutschland waren die staatlichen Maßnahmen von Anfang an inkonsequent und widersprüchlich. Selbst zur Zeit der relativ stärksten Restriktionen mussten 60 Prozent der Beschäftigten weiterhin vor Ort arbeiten (*Welt online,* 02.04.2020) und durften das Virus zum Wohle der Wirtschaft weiterverbreiten. Menschen, die an Corona starben, hätten in Deutschland im Durchschnitt noch neun Lebensjahre vor sich gehabt (*tagesschau.de,* 08.05.2020). Gar nicht zu reden von all den Menschen im Globalen Süden, deren Infektion weder festgestellt noch behandelt wurde und die daran starben, ohne dass die Welt groß Notiz davon nahm. Armut und Hunger nahmen weltweit zu. Vor die Wahl zwischen Pest und Cholera gestellt, hieß das für viele Menschen: »Wir sterben lieber am Virus als zu verhungern« (*Der Tagesspiegel*, 04.06.2020). Eine Wirtschaft, die sich angesichts einer Pandemie als extrem stör- und krisenanfällig erweist, stahl und stiehlt weltweit vielen Menschen Leben und Gesundheit.

Doch all das markierte erst den Beginn der Verwerfungen. Fast alle Ökonom*innen rechneten mit einer schweren globalen Wirtschaftskrise im Gefolge der Corona-Krise. Bereits im Frühjahr schrieb etwa der Chefkommentator der *Welt*, Jaques Schuster, noch sei nicht klar, »ob die Folgen der Pandemie … Europa nur in eine schwere Rezession stürzen werden oder in eine tiefe Depression mit Staatsbankrotten und der Wiederkehr der Horde als politische Größe, so wie wir sie aus der Zwischenkriegszeit kennen« (*Die Welt*, 23.05.2020).

Das gigantische Krisenpotenzial des Kapitalismus wird heute noch nicht einmal mehr von seinen notorischen Fans abgestritten. Den Staaten und Zentralbanken blieb überhaupt nichts anderes übrig, als im Handumdrehen rund um den Globus Billionenbeträge für Rettungspakete zu generieren, die alles, was es bisher an ›Geldschöpfung‹ gab, bei Weitem in den Schatten stellten – selbst die in der Finanzkrise 2008/2009 und den Folgejahren. Eine ›solide‹ Deckung der staatlichen Ausgabenprogramme rückte in weitere Ferne denn je. So ging die EU-Kommission bereits im Frühjahr davon aus, dass sie die Anleihen, die sie dafür an den Finanzmärkten aufnehmen musste, erst im Jahr 2058 abgezahlt haben würde (*FAZ,* 27.05.2020). Das Bundesland Nordrhein-Westfalen plant bereits

mit dem Jahr 2070 (*Der Tagesspiegel*, 25.03.2020). Wohlgemerkt, es geht hier nicht um die bereits in früheren Zeiten angehäuften Schuldenberge, sondern alleine um diejenigen, die nun noch obendrauf gesattelt wurden. Ob die Akteur*innen selbst noch an die Rückführbarkeit der explodierenden Staatsverschuldung glauben? Vermutlich nicht. Zumal in den nächsten Jahrzehnten, so sicher wie das Amen in der Kirche, weitere schwere Krisen folgen werden, die selbstverständlich wieder gigantische staatliche Rettungspakete notwendig machen.

Der mit dem Corona-Virus konfrontierte Kapitalismus bestraft die Menschen also gleich dreifach: Erstens mit weitaus größeren Schäden an Leben und Gesundheit, als sie eine neue Seuche in einer vernünftig eingerichteten Wirtschaft mit sich brächten. Zweitens mit sinkendem Lebensstandard für viele – bis hin zu verstärkter Armut und Hunger. Und drittens mit der Aussicht auf eine Zukunft mit noch mehr wirtschaftlichen und politischen Krisen. Was unter kapitalistischer Herrschaft erst geschähe, wenn sich das Virus als besonders hartnäckig und mutationsfreudig erwiese oder längere Zeit kein Impfstoff gefunden würde, kann man sich an fünf Fingern abzählen. An das Auftreten einer ganz neuen Pandemie, die möglicherweise eine deutlich höhere Sterblichkeitsrate aufweisen könnte als Covid 19, will man gar nicht erst denken. Wenn eine Wirtschaftsweise, die angesichts einer Herausforderung, die jederzeit wieder auftreten kann, derart ins Taumeln gerät und viele Menschen buchstäblich mit sich in den Abgrund reißt, dann entpuppt sich die Abkehr von ihr als eine Frage des nackten Überlebens.

Gegenüber dem lebensbedrohenden Potenzial der Klimakrise nimmt sich die Corona-Pandemie allerdings noch eher bescheiden aus. Die Erderwärmung führt zu einer dystopischen Zukunft mit steigendem Meeresspiegel, Überschwemmungen, Starkregen, Dürre, Hitzerekorden und Stürmen in immer schnellerer Abfolge. Alle Beteuerungen, dieser Prozess ließe sich mit ›marktwirtschaftlichen Instrumentarien‹ bekämpfen, überzeugen in etwa so wie der Versuch, ein brennendes Haus mit Benzin zu löschen. Der Nachhaltigkeitsdiskurs ist so neu nicht, wie er manchen immer noch scheint. Genauer gesagt ist er sogar ein ziemlich alter Hut. International wird er spätestens seit dem Bericht des Club of Rome über die *Grenzen des Wachstums* (Dennis Meadows u.a.) im Jahr 1972 geführt. Dass wir uns trotz unzähliger Konferenzen, Beschlüsse und Erklärungen zur Nachhaltigkeit ein halbes Jahrhundert später auf dem Weg in eine Klimakatastrophe befinden, verweist auf die prinzipielle ökologische Inkompetenz der kapitalisti-

schen Wirtschaftsweise. Wenn schließlich die EU-Kommissionspräsidentin bei Ankündigung ihres ›Klimapakets‹ im Jahre 47 nach 1972 erklärte, der Klimaschutz müsse ausgerechnet zum *Wachstums*motor werden (*Deutschlandfunk,* 30.11.2019), sagt das alles über die Aussichten des Weltklimas unter kapitalistischen Bedingungen.

Selbst wenn ein Wunder geschähe und trotz Wirtschaftswachstums dank des beschleunigten Ausbaus von Windkraft und Solarenergie und des Übergangs zur Elektromobilität der CO_2-Ausstoß entscheidend zurückginge, wäre wenig gewonnen. Denn die Klimakrise ist nur ein Aspekt einer umfassenden Ressourcen- und Biosphärenkrise, und solange der Wachstumszwang unangetastet bleibt, wird eine Reduktion der Emission von Treibhausgasen immer nur mit einem verschärften Raubbau bei den anderen, nicht fossilen Naturressourcen erkauft.[2]

Dass der Wachstumszwang beseitigt werden muss, um den Prozess der Erderwärmung noch unter Kontrolle zu bekommen, demonstrierte auf seine Weise der Lockdown im Frühjahr 2020. Kaum war der Wachstumsmotor pandemiebedingt gedrosselt, zeigten sich schon schlagartig bedeutende positive ökologische Effekte. Das galt etwa für die Luft- und Wasserqualität. So zeigten Satellitenaufnahmen der NASA einen signifikanten Rückgang von Stickoxid- und Feinstaubemissionen (*Wissenschaft.de,* 19.03.2020). Was die Politik seit Jahrzehnten nicht zuwege bringt, war im Kampf gegen den Virus ganz nebenbei im Handumdrehen geschafft. In dem Maße, wie der Lockdown beendet wurde, war es mit all diesen positiven Erscheinungen freilich sofort wieder vorbei.

Der kurzzeitige ökologische Kollateralnutzen des Lockdown hat überzeugend vor Augen geführt, dass die Versöhnung von Ökonomie und Ökologie nicht ohne die Befreiung der *Reichtumsproduktion* vom Wachstumszwang zu haben ist. Die Reichtumsproduktion lässt sich aber wiederum nicht vom Wachstumszwang befreien, ohne eine Neubestimmung dessen, was *gesellschaftlicher Reichtum* überhaupt sein soll. Denn wenn wir sagen, jemand sei reich und damit meinen, er besitze viel Geld oder Kapital, reproduzieren wir lediglich einen ganz spezifischen Begriff von Reichtum – den kapitalistischen. Was aber Menschen wirklich zum Leben brauchen, ist *stofflicher* Reichtum wie Nahrung, Kleidung, Wohnung, Bil-

2 Ein ›qualitatives Wachstum‹ ist ein Hirngespinst, das die Verlagerung von Naturverbrauch auf neue Ressourcen mit dessen Reduktion verwechselt. Vgl. dazu den Beitrag *Wie Sand am Meer* von Ernst Lohoff in diesem Band.

dung, Wissen(schaft), Gesundheit, Kultur usw. Dass heutzutage z.B. die Versorgung einer Gesellschaft mit Lebensmitteln davon abhängt, dass u.a. die Chemie- und Automobilindustrie ›profitabel‹ sind – weil es nämlich nur dann ›Arbeitsplätze‹ und ›Kaufkraft‹ geben kann – hat keinerlei *stofflichen* Begründungszusammenhang, sondern ist allein der abstrakten Reichtumsproduktion des Kapitalismus geschuldet.[3] Der Übergang zu einem neuen Reichtumskonzept beginnt zwar im Kopf; freilich genügt ein Wechsel der Vorstellung vom Reichtum nicht. Damit die gesellschaftlichen Verhältnisse sinnliche Vernunft annehmen, ist es unerlässlich, den gesellschaftlichen Reichtum der kapitalistischen Form zu entkleiden. Die Gesellschaft muss dazu übergehen, keine *Waren* mehr zu produzieren, sondern simple *Güter*. Wir brauchen eine Produktion, die – anders als die Produktion von Waren – keinem anderen Zweck dient als dem der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse. Die Auflösung der Gesellschaft in getrennte Privatproduzenten und die Herrschaft des abstrakten Reichtums, der sich in Geld darstellen muss, sind zu überwinden.

Diese Perspektive mutet zunächst einmal fremdartig an. Das liegt nicht zuletzt daran, dass sie einen Zustand als gesellschaftliches Ziel propagiert, der laut herrschender Doktrin immer schon existiert. Folgt man der offiziellen Lesart, sind *Güter*erzeugung und *Waren*produktion grundsätzlich ein und dasselbe und die sinnlichen Bedürfnisse der Menschen stellen auch in der kapitalistischen Gesellschaft Alpha und Omega allen Wirtschaftens dar. Laut Duden, der sich an die Definitionen der VWL-Lehrbücher hält, ist unter einem »Wirtschaftsgut« nämlich ein »Gut, das der Befriedigung menschlicher Bedürfnisse dient« zu verstehen. Und das Wort Wirtschaft bezeichnet angeblich die »Gesamtheit der Einrichtungen und Maßnahmen, die sich auf Produktion und Konsum von Wirtschaftsgütern beziehen«.[4] Dass Reichtum sich in Geldgrößen misst und darstellt, erscheint in dieser Sicht als eine rein technische Angelegenheit.

Karl Marx hat schon im 19. Jahrhundert mit seiner *Kritik der politischen Ökonomie* dargelegt, warum dieses Verständnis in die Irre führt und inwiefern Gütermarktwaren Teil des gesellschaftlichen Reichtums sind. Nicht ihres Gebrauchswerts wegen verkörpern Rock, Leinwand, Auto und Co. gesellschaftlichen Reichtum, sondern einzig und allein soweit sie Tausch-

3 Vgl. zum Begriff des abstrakten Reichtums und zur Frage seiner Aufhebung auch den Text *Verdrängte Kosten* von Norbert Trenkle in diesem Band.

4 www.duden.de: Stichworte ›Wirtschaftsgut‹ und ›Wirtschaft‹.

wert und damit abstrakten Reichtum repräsentieren. Dessen permanente Vermehrung, der selbstzweckhafte Prozess der Verwandlung von Geld in mehr Geld, bildet in der warenproduzierenden Gesellschaft den eigentlichen Inhalt aller Ökonomie.

Wenn es eines Beweises bedurft hätte, dass die offizielle Doktrin der kapitalistischen Wirklichkeit nicht gerecht wird, die Corona-Pandemie liefert ihn – und zwar in Gestalt der unabsehbaren ökonomischen Kosten und Lasten des Shutdowns. Versetzen wir uns für einen Moment in eine Gesellschaft, in der die Reichtumsproduktion tatsächlich keinen anderen Inhalt hätte, als den, Menschen zu versorgen, und in der Tauschwert und abstrakter Reichtum keine Rolle spielen würden. Sähe sich eine solche Gesellschaft pandemiebedingt zu einem solchen Shutdown gezwungen, wie er im Frühjahr 2020 stattfand, dann blieben die Folgen äußerst begrenzt. Bekanntlich legt ein Virus wie Sars-CoV-2 keine Häuser in Schutt und Asche, er setzt weder Computer außer Gefecht noch zerstört er Maschinen oder beschädigt die Infrastruktur. Selbst in den direkt vom Shutdown betroffenen Wirtschaftssektoren bleibt der schon bestehende stoffliche Reichtum völlig unberührt. Wenn ein Restaurant für einige Wochen schließen muss, bleibt zwar die Küche kalt und die Gaststube leer, aber weder die Baulichkeiten noch die Einrichtung nehmen Schaden. Und auch was Köchin und Kellner angeht, bedeutet die Zwangspause keinerlei Verlust von Know-how. Rein stofflich betrachtet, kann Sars-CoV-2 nur in zweierlei Hinsicht Wohlstandsverluste nach sich ziehen. Zum einen muss die Gesellschaft, um Leben zu schützen, mehr menschliche und materielle Ressourcen für den Medizinsektor mobilisieren als üblich, Ressourcen, die für andere Verwendung nicht mehr zur Verfügung stehen. Zum anderen stellen die von Einschränkungen betroffenen Wirtschaftszweige weniger neue Güter und Dienste zur Verfügung als ohne diese. Dabei handelt es sich selbstverständlich aber um ein auf die Dauer der Restriktionen befristetes Phänomen.

Was den Verlust an stofflichem Reichtum angeht, gab es selbstverständlich zahlreiche, weit einschneidendere Ereignisse in der Geschichte als die Corona-Pandemie. Das schlimmste des 20. Jahrhunderts war der Zweite Weltkrieg. Da die kapitalistische Gesellschaft gnadenlos alles in Geldgrößen übersetzt,[5] werden perverserweise auch die verlorenen Menschenleben,

5 Man kann die bunte Vielfalt qualitativ verschiedener Gebrauchsgüter nicht in eine Geldgröße übersetzen, ohne von ihrer stofflichen Seite zu abstrahieren und als abstrakten Reichtum zu behandeln. Die bürgerliche Ökonomie hat zwar keinen Begriff

Kriegszerstörungen und an Kriegszwecke verschwendeten produktiven Potenziale zu einer Geldsumme aufaddiert. Nach gängigen Schätzungen von Historikern kostete der Zweite Weltkrieg die USA, das Land mit der bei Weitem größten Kriegswirtschaft, nach heutigem Wert 4 Billionen Dollar bzw. knapp 3,4 Billionen Euro.[6] Diese Größenordnung ist insofern höchst aufschlussreich, als sie einen Vergleichsmaßstab für die Kosten der Corona-Pandemie liefert. Natürlich ist es noch nicht absehbar, wie hoch diese schließlich ausfallen werden. Das hängt nicht zuletzt auch vom weiteren Verlauf der Pandemie ab. Allerdings könnten nach Schätzungen der Deutschen Bank allein die Maßnahmen im Frühjahr 2020 den deutschen Staat bis zu 1,9 Billionen Euro kosten und damit ungefähr genauso viel wie der gesamte Prozess der Wiedervereinigung.[7] Hinzu kommen noch die Notfall-Anleihekaufprogramme der EZB. Schon im März hatten die Frankfurter Währungshüter das Pepp (= Pandemic Emergency Purchase Programme) in Höhe von 750 Mrd. Euro gestartet, das bereits im Juni auf 1,35 Billionen Euro aufgestockt wurde.[8] Im Vergleich zu den Verwüstungen, die der Zweite Weltkrieg angerichtet hat, dürften sich die Verluste an *stofflichem* Reichtum im Gefolge der Corona-Pandemie im Promillebereich bewegen. Die volkswirtschaftlichen Gesamtkosten bewegen sich hingegen in einer ähnlichen Größenordnung. Würde die bürgerliche Ökonomie ihre eigenen Grundannahmen ernst nehmen, dann müsste sie angesichts dieser Diskrepanz ihre eigene Disziplin in die Mülltonne treten. Wenn Geld, wie immer behauptet wird, wirklich nur ein technisches Mittel zur Vermittlung von Gütern wäre und die monetären Flüsse lediglich die Bedürfnispräferenzen der Menschen und stofflichen Flüsse abbildeten, dann könnte es die immensen wirtschaftlichen Kosten, die alle Wirtschaftsexpert*innen sehen, gar nicht geben.

Fasst man dagegen in Anlehnung an Marx die Bildung abstrakten Reichtums und dessen permanente Vermehrung als den tatsächlichen Inhalt

des abstrakten Reichtums, dafür behandelt sie de facto den stofflichen Reichtum immer schon als Darstellungsform abstrakten Reichtums.

6 https://www.zeit.de/news/2015-05/08/geschichte-hintergrund-der-zweite-weltkrieg-in-zahlen-und-fakten-08065612

7 https://www.faz.net/aktuell/wirtschaft/kosten-der-corona-hilfen-1900- 000-000-000-euro-16761836.html

8 https://www.handelsblatt.com/finanzen/geldpolitik/anleihekaeufe-auf gestockt-ein-krisenprogramm-von-1-35-billionen-euro-die-ezb-geht-in-die-vollen/25886928.html

des ökonomischen Treibens in der Warengesellschaft, dann ist es nicht mehr rätselhaft, warum die kapitalistische Ökonomie auf den Shutdown derart überempfindlich reagiert. Maschinen kann man an- und abstellen, ohne dass sie Schaden nehmen. Menschen müssen sogar pausieren, um arbeitsfähig zu bleiben. Das gesellschaftliche Verhältnis *Kapital*, also der selbstzweckhafte Prozess der Verwandlung von Geld in mehr Geld, kann dagegen nicht einfach eine Pause einlegen, um einige Wochen später dort weiterzumachen, wo er aufgehört hat. Jeder Stillstand, ja sogar eine bloße Verlangsamung des Kapitalkreislaufes stellt bereits Kapitalvernichtung dar und ist deshalb für ›unsere Wirtschaft‹ fatal.

Was Einzelunternehmen angeht, springt dieser Zusammenhang unmittelbar ins Auge. Während des Shutdowns läuft das Gros der Betriebsausgaben weiter, während die Einnahmen einbrechen. Das bedeutet ein Schrumpfen des Kapitalstocks und dementsprechend setzt ein Neustart entweder genügend Reserven voraus oder er muss mit neuen Krediten finanziert werden. Das ist aber noch nicht alles. Die Welt des abstrakten Reichtums umfasst neben den Gütermarktwaren noch eine zweite Abteilung, nämlich die auf den Kapitalmärkten gehandelten Waren, etwa Aktien und Anleihen. Dieser Teil des abstrakten Reichtums bildet sich durch die Vorabverwandlung von Renditeerwartungen in zusätzliches gesellschaftliches Kapital (vgl. Lohoff/Trenkle 2012 sowie Lohoff 2014). Dieses *fiktive Kapital* (Marx) reagiert seiner eigentümlichen Entstehung wegen besonders sensibel auf einen Shutdown. Wenn sich Gewinnerwartungen in Luft auflösen und Unternehmen in die roten Zahlen rutschen, dann bekommt das dem Kurs ihrer Aktien nicht gut und auch die Anleihen solcher Unternehmen können notleidend werden. Es droht die massenhafte »Entwertung« von fiktivem Kapital (vgl. Lohoff/Trenkle 2012). Die exzessive Geldpolitik der Zentralbanken ist ausschließlich darauf gerichtet, diese Gefahr zu bannen, während die Regierungen mit ihren kreditfinanzierten Programmen primär Ersatz für entwertetes *fungierendes* Kapital schaffen.

Die Herrschaft des abstrakten Reichtums, die Ausrichtung der Wirtschaft auf die selbstzweckhafte Vermehrung von Geld in mehr Geld macht die Wirtschaft krisenanfällig. Diese Eigentümlichkeit wird durch die Abhängigkeit des heutigen Kapitalismus von der Finanzmarktdynamik noch einmal extrem gesteigert. Die absurde Reichtumsform des abstrakten Reichtums wird aber nicht erst mit dem Krisen-Stakkato unserer Tage zum Problem. Unter dem Gesichtspunkt der sinnlichen Vernunft und

der menschlichen Bedürfnisse ist auch schon der ›Normalzustand‹ des Kapitalismus ein Skandal. Wir bezahlen unseren Gehorsam gegenüber der Diktatur des abstrakten Reichtums seit jeher mit dem Verlust jeder Menge Lebenszeit und -qualität. Das wird uns allerdings erst dann bewusst, wenn wir die historische Besonderheit dieser Reichtumsform durchschaut haben und verstehen, dass sie weder Gottes Wille noch Naturgesetz ist, wir sie folglich auch wieder aus der Welt schaffen können. Und nicht nur das: wir werden es bei Strafe unseres Untergangs sogar tun müssen.

Wofür müssen wir in diesen sogenannten ›normalen‹ Zeiten eigentlich arbeiten? Wie viel Lebenszeit müssen Millionen Menschen mit Tätigkeiten zubringen, die mit der Versorgung mit den nötigen Gebrauchsgütern gar nichts zu tun haben, sondern einzig und allein mit der Aufrechterhaltung der warengesellschaftlichen Ordnung? Man denke nur an die Finanzindustrie, die Banken und Versicherungen, überhaupt das gesamte Geldwesen. Wie viel menschliche und natürliche Ressourcen werden für Steuerwesen, Handel und Werbung verschleudert, wie viel für die Arbeitsverwaltung, für Justiz, Polizei, Gefängnisse, Rüstung, Militär? Wie viele Menschen machen Überstunden ohne Ende, erleiden Herzinfarkt und Burnout, reiben sich im brutalen Konkurrenzkampf auf – alleine dafür, dass ›ihre‹ Firma mehr überflüssige und schädliche Autos produziert als die ›Mitbewerber‹, die genauso um die Gunst des Marktes buhlen müssen? Und dort, wo es doch eigentlich um das wirklich Notwendige gehen müsste, sei es in der Lebensmittel- und Gesundheitsversorgung oder im Bildungswesen – wie viel Arbeitszeit geht auch da allein dafür drauf, sicherzustellen, dass diese Bereiche wenigstens noch halbwegs ›finanziert‹ werden können? Wie viele Schiffe und Flugzeuge werden alleine aus dem Grund gebaut, weil die abstrakte Reichtumsproduktion den ewigen Wettlauf um das ›preisgünstigste Angebot‹ verlangt, und sei es auch 10.000 km weit entfernt? Wie viel Energie und Ressourcen, wie viel menschliche Kraft und Fähigkeiten verbrauchen sie, wenn sie permanent und in immer höherer Stückzahl und immer engerem Takt den Globus umrunden? Wie viele Materialtransporte und Reisen von Menschen, wie viele Computer, wie viele Bürogebäude und Produktionsstätten dienen alleine dem Zweck, die Produktion schnelllebiger, überflüssiger und umweltschädlicher Dinge auf immer neue Höhen zu treiben, weil sich das betriebswirtschaftlich rechnet – mit der Folge, dass es danach logischerweise noch mehr von diesen Materialtransporten, Reisen, Computern, Bürogebäuden und Produktionsstätten gibt? Wie viele

Menschen sind mit Herstellung, Handel und Bewerbung von Produkten befasst, die innerhalb kurzer Zeit kaputtgehen und durch neue, ebensolche ersetzt werden müssen (Valdivia 2004)?

Radikale Arbeitszeitverkürzung ist möglich, aber nicht im Kapitalismus

Die Produktion für die Müllhalde nimmt gerade heute immer groteskere Formen an. Noch nie in der Geschichte des Kapitalismus war ein größerer Teil der gesellschaftlichen Gesamtarbeit vom Standpunkt der Bedürfnisbefriedigung so offensichtlich überflüssig oder gar schädlich. Beide Entwicklungen kommen nicht von ungefähr. Die immer absurdere Verschwendung von Naturressourcen und menschlicher Lebenszeit ist unabdingbar, damit sich auf dem heutigen Produktivitätsniveau noch hinlänglich abstrakter Reichtum bildet. Weil mit immer weniger Arbeit immer mehr Güter erzeugt werden, sinkt die geschaffene Wertmasse, ein Prozess, der das System des abstrakten Reichtums in seinen Grundfesten bedroht. Systemimmanent bleiben nur zwei Gegenmittel: einerseits die Auftürmung von immer höheren und immer sinnloseren Bergen von Schrottgütern, andererseits die Flucht in den Finanzsektor, wo abstrakter Reichtum durch die Akkumulation von Zukunftserwartungen geschaffen wird. Das findet natürlich auch in der Beschäftigungsstruktur seinen Niederschlag. Immer mehr Menschen verbringen ihre Zeit als Angestellte im Bank-, Versicherungs- und Finanzsektor oder in der spekulativ aufgeblähten Immobilienbranche.

Karl Marx war bei Weitem mehr als der Klassentheoretiker, zu dem ihn sich bis heute die meisten Marxisten ebenso wie die Antimarxisten zurechtstutzen. Er hat nicht nur prognostiziert, dass die Produktivkräfte in einen letztlich unüberbrückbaren Widerspruch zu den kapitalistischen Produktionsverhältnissen geraten. Bei ihm finden sich bereits wichtige Hinweise darauf, welche neue Qualität sie dazu annehmen müssen. Die Produktivkraftentwicklung wird mit der kapitalistischen Wirtschaftsweise unvereinbar, sobald das »allgemeine gesellschaftliche Wissen, knowledge, zur unmittelbaren *Produktivkraft* geworden ist und daher die Bedingungen des gesellschaftlichen Lebensprozesses selbst unter die Kontrolle des general intellect gekommen und ihm gemäß umgeschaffen sind« (MEW 42, S. 602). Tritt der Mensch »neben den Produktionsprozess, statt sein Hauptagent zu sein« (ebd., S. 601) und löst die Anwendung der Wissen-

schaft die unmittelbare Produktionsarbeit als Hauptproduktivkraft ab, dann »bricht die auf dem Tauschwert ruhnde Produktion zusammen« (ebd.). Im sogenannten *Maschinenfragment* behandelte Marx den Wechsel der Hauptproduktivkraft bereits als ein Ergebnis der großen Industrie und machte diesen am Überhandnehmen des »capital fixe« fest. Damit lag er zwar daneben, denn erst mit der Dritten industrielle Revolution und dem Übergang zur ›Wissensgesellschaft‹ brach tatsächlich die Epoche an, in der »das Kapital [...] – ganz unabsichtlich – die menschliche Arbeit auf ein Minimum reduziert« (ebd., S. 598); umso klarer hat er aber die Konsequenz antizipiert, die sich aus der Marginalisierung der unmittelbaren Produktionsarbeit und dem Aufstieg des general intellect zur Hauptproduktivkraft ergeben. Entweder beginnt eine Epoche nicht enden wollender kapitalistischer Krisen – oder die Gesellschaft nutzt die völlig neuen Möglichkeiten menschlicher Emanzipation, die das Kapital durch die Installation der neuem Hauptproduktivkraft selber geschaffen hat, und befreit die Reichtumsproduktion von der Herrschaft der Ware. Dann entsteht eine neue Ordnung, in der keineswegs mehr die Arbeitszeit, sondern die *disposable time* das Maß des Reichtums ist (ebd., S. 604).

Leider ist dieser Marx'sche Gedanke nie im Mainstream-Marxismus angekommen. Dabei ist gerade heute der *arbeitskritische* Marx, ganz anders als der *arbeitsidentitäre* Klassenkampf-Marx derjenige, der Perspektiven des antikapitalistischen Kampfes aufzeigen kann. Der *general intellect*, wie Marx sagt, oder *das Wissen als allgemeine Produktivkraft* – verschafft uns die Möglichkeit, aus dem Gefängnis der Kapitalverwertung auszubrechen. Heute steht uns dank der Produktivkraftentwicklung ein gewaltiges Potenzial an *disposable time* zur Verfügung. Erst einmal erkannt und richtig genutzt, kann die große Mehrheit der Menschen endlich das tun, was bisher ganz wenigen Privilegierten vergönnt war: statt das ganze Leben mit Mühe und Arbeit zu verbringen, sich all dem widmen, das zu einem erfüllten Leben gehört.

In einer vernünftig eingerichteten Gesellschaft bestünde der gesellschaftliche Reichtum in der Bedürfnisbefriedigung der Individuen und der verfügbaren Zeit für ihre freie Entfaltung. Der Sinn und Zweck von Wirtschaften – falls man von Wirtschaft überhaupt noch reden will[9] –

9 Im Kapitalismus bildet die Wirtschaft eine eigene, von allen übrigen Lebensäußerung getrennte Sondersphäre. Wer dieses Wort heute in den Mund nimmt, hat

bestünde einzig und allein darin, die Menschen mit den benötigten Gütern und Diensten zu versorgen.

Gegenüber unserer heutigen Lebensweise, in der in erster Linie der Zwang, Geld zu erwerben, für die Art und den Umfang unserer Teilnahme am gesellschaftlichen Leben bestimmend ist, würde das zwei fundamentale Veränderungen bedeuten. Zunächst einmal würden wir viel weniger Lebenszeit mit der Herstellung der für unser Leben notwendigen Dinge verbringen. Darüber hinaus hätten wir ein ganz anderes Verhältnis zu dem, was wir da tun. Die Güterproduktion wäre keine uns selber fremde, äußerliche Praxis mehr, sondern Teil der eigenen freien Entwicklung. Bleiben wir aber zunächst einmal beim quantitativen Aspekt.

Unmengen von Bullshit-Arbeiten dienen ausschließlich oder ganz überwiegend der Aufrechterhaltung des Systems der *abstrakten Reichtumsproduktion*. In einer Gesellschaft, die nur den *stofflichen Reichtum* zum Mittelpunkt hat, den wir wirklich zum Leben brauchen, fallen diese Arbeiten ersatzlos weg. Fernerhin geht nicht nur der Energie- und Naturressourcenverbrauch zurück, wenn die Produktion sinnloser Güter eingestellt und stattdessen nachhaltig produziert wird, es wird auch Lebenszeit frei. Der Kampf für mehr Lebenszeit steht in einer langen Tradition; die Reduzierung der Arbeitszeit gehörte von Anfang an zu den zentralen Zielen der Arbeiter*innenbewegung. Als Kampf für die Neubestimmung des gesellschaftlichen Reichtums im Sinne der *disposable time* bekommt er freilich sowohl eine größere Reichweite als auch eine andere gesellschaftliche Qualität.

Der traditionelle Kampf der Arbeiter*innenbewegung für kürzere Arbeitszeiten hatte weder etwas mit einer Kritik des herrschenden Reichtumskonzepts zu tun, noch bedeutete er einen Bruch mit der Vorstellung, die Arbeit bilde das Zentrum des menschlichen Daseins. Im Gegenteil: Der Arbeitsstolz und die Selbststilisierung der Arbeiter*innenschaft zur ›Schöpferin aller Werte‹ bildeten die Quelle des Selbstbewusstseins der Arbeiter*innenbewegung. Der Sache nach bestand ihr Inhalt darin, bessere Verkaufsbedingungen für die Ware Arbeitskraft durchzusetzen. Solange die industrielle Massenarbeit für das Kapital unentbehrlich war, befanden sich die Arbeiterschaft und ihre gewerkschaftliche Interessenvertretung in einer

automatisch diese Konstellation im Kopf. Diese Sphärentrennung gab es aber weder in traditionellen Gesellschaften noch wird es sie in einer freien Gesellschaft geben.

starken Verhandlungsposition. Sie waren in der Lage, sich einen Anteil an den *Rationalisierungsgewinnen* des Kapitals zu sichern. Und dieser Anteil ließ sich eben in zwei unterschiedlichen Gestalten realisieren, entweder in der Form höherer Löhne oder in der Form von mehr Freizeit.

Angesichts des mit der Dritten industriellen Revolution erreichten Produktivitätsniveaus hat sich diese beschränkte, mit der Herrschaft des abstrakten Reichtums kompatible Art, ein Mehr an arbeitsfreier Lebenszeit durchzusetzen, in doppelter Hinsicht historisch überlebt. Zum einen wären heute, um zu einer ökologisch nachhaltigen Wirtschaftsweise zu gelangen, Arbeitsreduktionen in einer Größenordnung notwendig, die sich mit dem Lohnsystem und dem Zwang, durch Erwerbsarbeit sein Dasein zu sichern, nicht vereinbaren lassen. Das Lohnsystem bildet aber nun einmal die Grundlage gewerkschaftlicher Interessenvertretung. Zum anderen hat die Dritte industrielle Revolution die materielle Basis für Arbeitszeitkämpfe alten Stils unterminiert. Angesichts der Produktivitätsentwicklung lassen sich die gesellschaftlich dringend gebotenen Arbeitszeitverkürzungen nur noch im Kontext einer radikalen Kritik am System des abstrakten Reichtums und am Zwang zur Existenzsicherung durch Erwerbsarbeit auf die Agenda setzten.

Seitdem in der alten Bundesrepublik der 1980er-Jahre für Teile der Beschäftigten die 35-Stunden-Woche durchgesetzt wurde, bewegt sich in der Arbeitszeitfrage denn auch fast nichts mehr nach vorn. Im Gegenteil: die tatsächlichen Arbeitszeiten nehmen für viele Menschen wieder zu. Indikatoren dafür sind u.a. die wachsende Zahl der registrierten Überstunden, von denen viele noch nicht einmal bezahlt werden (von den erst gar nicht erfassten Überstunden ganz zu schweigen), der Zwang für viele Menschen, sich mit zwei oder drei Jobs über Wasser zu halten, oder das steigende Renteneintrittsalter. All das betrifft nicht nur die Lohnarbeitenden im klassischen Sinne, sondern auch viele Freiberufler, prekär Beschäftigte und andere. Es ist aberwitzig: Während die Computer und Roboter jeden Tag schneller und besser werden, während mit immer weniger Arbeit immer mehr Güter hergestellt werden, stehen gleichzeitig die Erwerbstätigen unter einem enormen Druck, ihre Arbeitszeit auszudehnen.

Dabei setzt der Aufstieg des *general intellect* zur Hauptproduktivkraft eine Entwicklung in eine ganz andere Richtung auf die historische Tagesordnung. Das Klimadesaster lässt sich nur in den Griff bekommen, wenn mit der permanenten Outputsteigerung endlich Schluss ist. Das hätte je-

doch eine drastische Reduktion der auf die Güterproduktion verwendeten Gesamtarbeitszeit zur Folge. Eine vernünftige Wirtschaftsordnung, in der es nicht mehr um Geld und Profit, sondern nur um eine effiziente Versorgung mit den notwendigen Gütern ginge, also um stofflichen Reichtum, käme wohl mit einer 5-Stunden-Woche zurecht.

Einer der Gründe, warum die Dritte industrielle Revolution absurderweise zum Gegenteil der gebotenen radikalen Arbeitszeitreduktion geführt hat, dürfte auf der Hand liegen: Die mit dem Prozess der Verwissenschaftlichung der Produktion einhergehende Marginalisierung lebendiger Arbeit schwächt die Verhandlungsposition der Arbeitskraftverkäufer*innen. Gerade weil Arbeitszeitreduktion das Gebot der Stunde wäre, hat die Arbeit im Interessenkampf mit dem Kapital heute weit weniger Durchsetzungskraft als im Zeitalter der Massenarbeit. Wichtiger und grundlegender als die Verschiebung des Kräfteverhältnisses ist aber ein anderer Gesichtspunkt. Wer fraglos akzeptiert, dass Geld und Erwerbsarbeit den Zugang zu den benötigen Gütern regulieren, macht es der Gegenseite leicht, die Erfüllung elementarer Bedürfnisse als nicht finanzierbar und deshalb ›utopisch‹ abzuwehren.

Man nehme nur die leidige Rentendebatte. Praktisch niemand will die Rente mit 67, die meisten wollen schon früher aus der Arbeitsmühle raus und die Jüngeren mit guten Gründen erst gar nicht rein. Als Antwort darauf ist im politischen Diskurs von der Rente mit 70 oder gar 75 die Rede. Dass, wer heute unter 40 ist, mit 80 noch keine Rente bekommen wird, von der es sich leben lässt, ist ein offenes Geheimnis. Und doch kapitulieren alle vor einem einzigen Argument. Die Gesellschaft altere schließlich und immer weniger Junge könnten doch nicht immer mehr Ältere finanzieren. Richtig daran ist, dass sich dieses Problem auf der Basis einer Rentenversicherung zwangsläufig stellt, etwas zeitverschoben übrigens auch in Ländern wie Österreich, dessen Pensionssystem derzeit noch ein Stück besser ist als das deutsche. Gegenwärtig wird also die Aussicht auf finanzielle Sicherheit im Alter für die große Mehrheit der Jüngeren auf dem Altar der ›Finanzierbarkeit‹ verbrannt. Dass die angeblich besseren Konzepte ›kapitalgedeckter Finanzierung‹ angesichts der wachsenden Instabilität der krisenbedingt aufgeblähten Finanzmärkte noch perspektivloser sind, liegt auf der Hand. Wenn sie trotzdem ernsthaft als ›Alternative‹ diskutiert und angepriesen werden, zeigt das die Ausweglosigkeit des Systems der *abstrakten* Reichtumsform auch auf diesem Gebiet. Betrachtet man das Problem hingegen

vom Standpunkt des *stofflichen* Reichtums aus, so löst es sich sofort in Luft auf. Angesichts der explodierenden Produktivität stünde eine vernünftig wirtschaftende Gesellschaft nur vor der Frage, wie sie die drastische Verkürzung des für die Herstellung notwendiger Dinge erforderlichen Zeitpensums auf die verschiedenen Lebensphasen verteilt.

Ob gewollt oder nicht, am Ziel der Beschäftigungssicherung festzuhalten, heißt unweigerlich, sich in die zerstörerische Logik fügen, die das System des abstrakten Reichtums nun einmal kennzeichnet. Eberhard von Kuenheim, legendärer Vorstandsvorsitzender von BMW, brachte die Perspektivlosigkeit und das zerstörerische Potenzial der kapitalistischen Produktionsweise bereits in den 1970er-Jahren (natürlich unbeabsichtigt) auf den Punkt. Gefragt, ob ihm denn nicht klar sei, dass man die ganze Welt nicht mit so vielen Autos wie in Westeuropa und Nordamerika zuschütten könne, antwortete er: »Es mag zwar zu viele Automobile auf der Welt geben, aber noch zu wenige BMWs.«[10] Nach dieser Logik müssen aber nicht nur die Manager*innen sämtlicher anderer Automobilkonzerne handeln, sondern auch die Gewerkschaften, Betriebsräte und die Lohnabhängigen, deren Lebensunterhalt davon abhängt, dass möglichst viele ›ihrer‹ Produkte auf dem Markt abgesetzt werden. Dass ›der ganze Laden irgendwann an die Wand fährt‹, ist zwar fast zu einer Art Allgemeinwissen geworden. Aber die systemimmanente Antwort darauf lautet: ›Wir müssen weiter auf die Wand zurasen, schließlich hängt unsere Existenz davon ab.‹ Weil für den Interessenstandpunkt der Arbeitskraftverkäufer*innen diese desaströse Logik grundlegend ist, wird das Arbeitsplatzargument zur Gummiwand, an der Bewegungen wie *Fridays For Future* regelmäßig abprallen: ›Wahrscheinlich habt ihr Recht und eigentlich sympathisiere ich ja mit euch, aber sagt mir doch mal, wovon meine Familie und ich in Zukunft leben sollen.‹

Wie sehr gerade die Gewerkschaften selbst vor minimalen Änderungen zurückschrecken, zeigte nicht zuletzt die Empörung der IG Metall darüber, dass die Bundesregierung ›nur‹ für die Anschaffung von Elektroautos eine Kaufprämie zahlen wollte. Dabei handelte es sich dabei noch nicht einmal um eine ökologisch fundierte Maßnahme, sondern es ging lediglich um die Beförderung deutscher Dominanz auf einem sogenannten ›Zukunfts-

10 Bayernkurier 7.3.2016, www.bayernkurier.de/wirtschaft/11379-eine-weltmarke-wird-100

markt‹, der auch weiterhin absichern soll, dass die Welt mit viel zu vielen Automobilen zugeschüttet werden kann – aber eben mit deutschen.

Wie wir es auch drehen und wenden: wollen wir eine wirklich ökologische Wende, so ist die Einsicht unumgänglich, dass schlicht und einfach wesentlich weniger Automobile produziert werden müssen. Wer sich dieser Wahrheit nicht stellt, wird ewig an der Quadratur des Kreises scheitern. Der bereits erwähnte BMW-Konzern produzierte im Jahr 2016 mit 125.000 Beschäftigten weltweit etwa 2,4 Mio. Fahrzeuge. In einer vernünftig und ökologisch wirtschaftenden Gesellschaft würden allenfalls noch zehn Prozent davon hergestellt werden – und die außerdem noch ausgesprochen langlebig und möglichst wenig reparaturanfällig. Die Konsequenz wäre ein doppelter Gewinn für die Umwelt und für viele Menschen, die wesentlich weniger arbeiten müssten. Zwar sind erste, wenn auch zaghaften Annäherungsversuche von Gewerkschaften und Umweltverbänden in jüngster Zeit ein kleiner Fortschritt. Doch anstatt die Forderung nach Arbeitszeitverkürzung offensiv mit dem Thema Klimawandel zu verknüpfen und damit in die politische Offensive zu gehen, befördern beide auch weiterhin die Illusion, Klimaschutz und ›Vollbeschäftigung‹ gingen zusammen. Soll der Kampf gegen den Klimawandel aber erfolgreich sein, bedarf er der Ergänzung durch eine breite gesamtgesellschaftliche Bewegung für *radikale* Arbeitszeitverkürzung. Und umgekehrt wird auch der Kampf der Beschäftigten um Arbeitszeitverkürzung nicht mehr entscheidend vorankommen, wenn er sich nicht aktiv auf die ökologischen Notwendigkeiten beruft und auf das Bündnis mit der Klimaschutzbewegung setzt. Beide Kämpfe könnten sich gegenseitig befeuern und weit über ihr jeweils angestammtes Klientel und Wirkungsfeld hinaus ausstrahlen. Sie könnten gesellschaftliches Potenzial für die notwendigen tiefgreifenden Veränderungen unserer Wirtschafts- und Lebensweise mobilisieren und dabei enorme Sprengkraft entwickeln. Noch ist das den wenigsten der jeweiligen Akteur*innen bewusst.

Damit sich daran etwas ändert, muss vor allem ein ebenso simpler wie radikaler Gedanke in die Köpfe: Prinzipiell wäre es ein Leichtes, alle Menschen mit dem zu versorgen, was sie brauchen und dabei schonend mit den Naturressourcen umzugehen. Unsere Epoche ist nur deshalb eine Krisenepoche, weil diese Gesellschaft darauf getrimmt ist, Güter als Waren zu produzieren – also nur als Mittel der Geldvermehrung – und weil die Menschen durch das Nadelöhr der Erwerbsarbeit hindurchmüssen, um zu den benötigten Gütern zu gelangen. Damit bekommt der Kampf für

bessere Lebensbedingungen und einen angemessenen Anteil am gesellschaftlichen Reichtum ein neues Ziel. Frühere Bewegungen für Arbeitszeitverkürzungen waren darauf ausgerichtet, den besonderen Interessen der Arbeitskraftverkäufer zu ihrem Recht zu verhelfen. Eine Bewegung für Arbeitszeitverkürzung auf der Höhe der Zeit müsste sich dagegen in eine gesamtgesellschaftliche Bewegung einfügen, die die Fesseln des immer aussichtsloser werdenden *Einkommens* sprengen und stattdessen ein gutes *Auskommen* für alle etablieren will.[11] Denn worauf es wirklich ankommt, sind nicht ›Arbeitsplätze‹, sondern der Zugang aller Menschen zu den Gebrauchsgütern, die sie für ein gutes Leben benötigen. Wenn etwa die Mieten im Gefolge explodierender Bodenpreise zum Höhenflug ansetzen, dann kann die Antwort nicht nur in immer mehr Lohn und höheren Transferleistungen bestehen. Es geht zuerst einmal um rapide Senkung der Mietkosten und der wichtigste Schritt dafür bestünde darin, den Boden seines Warencharakters zu entkleiden (Lohoff 2020).

Die umfassende Krise, in der wir leben, stellt unser Denken vor eine gewaltige Herausforderung. Sie zwingt uns dazu, die stillschweigend vorausgesetzte und fast nirgendwo angezweifelte Annahme, Gelderwerb sei eine unhintergehbare und absolut notwendige Voraussetzung unseres Lebens, infrage zu stellen. Das Prinzip, vom Gelderwerb zu leben, hat für große Teile der Menschheit noch nie gegolten. Und selbst in den reicheren Ländern funktioniert es für einen wachsenden Teil der Bevölkerung immer weniger. Es hat keine Perspektive mehr. So ehrenwert gewerkschaftliche Kämpfe um Arbeitszeitverkürzung bei ›vollem Personal- und Lohnausgleich‹ sein mögen: Es liegt auf der Hand, dass solche Kämpfe, wenn es denn überhaupt zu ihnen kommt, bestenfalls zu äußerst beschränkten Arbeitszeitreduktionen führen können. Sie sind weder in der Lage, eine nachhaltige Antwort auf die Herausforderungen der Zeit zu geben, noch vermögen sie die großen Möglichkeiten zu nutzen, die sich eröffnen. Unter Bedingungen explodierender Produktivität ist es schlicht nicht mehr möglich, das Lohnsystem für Massen von Menschen aufrechtzuerhalten. Wo im Rahmen des Althergebrachten nur noch um sich greifende Massenarmut möglich ist, geraten auch tradierte Vorstellungen von Politik und Klassenkampf ans Ende ihrer Möglichkeiten.

11 Siehe dazu z.B. Gruppe 180°, Im Grunde realistisch. Zum Verhältnis von Einkommen und Auskommen. www.180grad.org/download/grundauskommen-a4_2.pdf

Der Kampf um radikale Arbeitszeitverkürzung wird deswegen auch aussichtslos bleiben, solange die Akteur*innen sich einbilden, ihn isoliert führen zu können. Er muss eingebettet sein in eine gesamtgesellschaftliche Bewegung für einen fortschreitenden *Ausstieg aus dem Lohnsystem und der abstrakten Reichtumsproduktion* und für den *Einstieg in die gesellschaftliche Aneignung und Selbstorganisation des stofflichen Reichtums.*

Care: Die Verdrängung des Menschen überwinden

In einer vernünftig wirtschaftenden Gesellschaft wird also die für die gemeinsame Lebenssicherung aufgebrachte Zeit ganz erheblich unter dem heute üblichen Niveau liegen. Dennoch wird diese Gesellschaft keine ›Freizeitgesellschaft‹ sein, in der allein Maschinen und Computer für die Produktion des stofflichen Reichtums zuständig sind, während die Menschen nur noch ihren jeweiligen Vergnügungen nachgehen. Das liegt auch daran, dass in einigen Sektoren die Verdrängung des Menschen dringend zurückgedreht werden muss. Dort geht die von der betriebswirtschaftlichen Logik gebotene Minimierung der eingesetzten lebendigen Arbeit bei maximalem ›Output‹ auf Kosten der zu erfüllenden Aufgabe.

Das betrifft insbesondere die jenseits der Sachgüterherstellung angesiedelten Bereiche. Man denke an das Bildungs- und Gesundheitswesen oder die Betreuung von Alten und Kindern. Vom emanzipativen Standpunkt gilt hier selbstverständlich das Gebot: mehr Mensch! Im Bereich der sogenannten Care-Tätigkeiten hieße das beispielsweise für das Gesundheitswesen: Nichts gegen Pflege erleichternde Technik; es gibt keinen vernünftigen Grund, warum sich Pflegekräfte beim Umbetten von Patient*innen den Rücken ruinieren sollen. Nichts gegen robotergestütztes und damit zitterfreies Operieren. Indes bleibt der Kern der Care-Tätigkeiten die Beziehung von Mensch zu Mensch; und wenn die aus Gründen der betriebswirtschaftlichen Rentabilität immer weiter ausgedünnt wird, ist das eine Katastrophe und kein Fortschritt. Eine freie Gesellschaft wird dementsprechend einen relativ größeren Teil des gesellschaftlichen Zeitfonds, als das heute der Fall ist, auf solche Aufgaben verwenden. Ob damit ihr Umfang auch absolut zunehmen würde, ist offen. Denn vermutlich wird der physische wie psychische Gesundheitsstatus der Bevölkerung in einer vernünftig wirtschaftenden Gesellschaft, die sich von der kapitalistischen Bullshit-Produktionsweise

befreit hat, wesentlich besser sein und das senkt natürlich den absoluten Bedarf an ›Gesundheitsleistungen‹.

Der Mensch ist für den Menschen nicht ersetzbar. Geschieht das doch, stellt das kein Mehr an Reichtum, sondern eine neue Form sozialer Verelendung dar. Die Rehumanisierung und Neugewichtung vor allem der Care-Tätigkeiten ist aber nicht nur unerlässlich, damit zentrale gesellschaftliche Aufgaben wie Erziehung und Pflege adäquat ausgefüllt werden; sie ist auch in Hinblick auf die Menschen, die sich dort engagieren, unverzichtbar. Wenn Marx davon ausging, dass in einer Gesellschaft, die das Diktat des abstrakten Reichtums hinter sich gelassen hat, »die freie Entwicklung eines jeden die Bedingungen für die freie Entwicklung aller ist« (MEW 4, S.482), dann schließt diese freie Entwicklung die Übernahme von Verantwortung für andere selbstverständlich ein. Diese findet nicht jenseits aller gesellschaftlichen Zwecke im luftleeren Raum rein individueller Befindlichkeiten statt. In einer Gesellschaft, die ihren eigentlichen Reichtum in der *disposable time* erkennt, muss es eine bewusste Verständigung darüber geben, welche Zwecke verfolgt werden und wer sich dabei in welcher Form engagiert.

Die Corona-Krise hat uns noch einmal deutlich vor Augen geführt, welch geringer Stellenwert dem Care-Bereich, der immer noch vor allem von Frauen getragen wird, in der kapitalistischen Gesellschaft zugewiesen wird. Das betrifft zunächst einmal die bezahlte Care-Arbeit, die etwa im Gesundheitswesen eine zwar zentrale, in der Anerkennung und Besoldung aber völlig untergeordnete Stellung einnimmt. Denn im Zentrum des Medizinbetriebs, der sich stillschweigend am Vorbild der Autoreparatur orientiert, stehen nicht die Patient*innen, sondern die kaputten Einzelorgane. Am Pflegepersonal wird gleich doppelt gespart. Es wird zum einen gnadenlos ausgedünnt, sodass die Arbeitsbelastung einen extremen Grad annimmt. Zudem bekommen die Beschäftigten, gemessen an dem, was sie leisten müssen, Hungerlöhne. Nur allzu verständlich ist, dass ein Großteil der Pflegekräfte unter diesen Umständen einfach nur noch frustriert ist und die ursprüngliche Motivation, die sie einmal diesen Beruf ergreifen ließ, langsam aber sicher erodiert.

In der Anfangsphase der Corona-Krise wurde die Unterbezahlung der Pflegekräfte zu Recht häufig skandalisiert, aber ernsthafte Konsequenzen sind nicht daraus gezogen worden. Fast noch erbärmlicher war jedoch, wie die staatliche Krisenverwaltung ohne mit der Wimper zu zucken die unbe-

zahlte, in den Familien geleistete Care-Tätigkeit in den Dienst nahm. Wo der Staat zur Eindämmung der Pandemie Schulen, Kindergärten und Kitas schließt, wird das Auffüllen der Lücke zur Privatangelegenheit. Ohne ein Wort darüber zu verlieren, verlässt er sich dabei darauf, dass die weibliche Bevölkerung den klassischen Rollenstereotypen entsprechend einspringt und klaglos ›irgendwie‹ die Versorgung der Kinder und Alten organisiert und sicherstellt.

Der schäbige Umgang mit der Care-Tätigkeit in der Corona-Krise läuft auf eine Restauration der überkommenen Geschlechterordnung hinaus. Umgekehrt heißt daher, den Care-Tätigkeiten im Rahmen einer Neubestimmung des gesellschaftlichen Reichtums einen neuen Stellenwert zu geben, auch, die Axt an die Wurzel des patriarchalen Übels zu legen. Als Marx das Konzept der *disposable time* als Gegenentwurf zum abstrakten Reichtum skizzierte, hatte er diesen Aspekt überhaupt nicht im Auge. Für die antikapitalistischen Bewegungen des 21. Jahrhunderts ist er aber von zentraler Bedeutung. Erst eine von den Unmengen an Bullshit-Arbeiten befreite Gesellschaft wird über genügend *disposable time* für das wirklich Wichtige verfügen. Die Überwindung patriarchaler Verhältnisse erfordert mehr als nur die massive Reduzierung der gesamtgesellschaftlichen Arbeitszeit. Doch der Umstand, dass es heute ganz vorwiegend Frauen sind, die zu den besonders schlechten Bedingungen in diesen Bereichen arbeiten müssen, verweist auf einen weiteren, enorm bedeutsamen Zugang zur Forderung nach radikaler Arbeitszeitverkürzung: *den feministischen.* Und diese ist eben nur beim Ausstieg aus dem System der abstrakten Reichtumsproduktion zu haben (vgl. Samol 2013). Sei es unter dem Gesichtspunkt des Klimawandels, des Feminismus, der Verarmung oder der Rentenproblematik – es zeigt sich, dass radikale Arbeitszeitverkürzung nicht nur notwendig, sondern auch möglich ist. Aber der Kampf um sie wird ohne einen Bruch mit der kapitalistischen Logik kaum zu gewinnen sein.

Die Corona-Krise widerlegt die Unerschütterlichkeit kapitalistischer Zustände

Man sollte auf keinen Fall vergessen, was innerhalb kürzester Zeit in der Corona-Krise alles möglich wurde. Nicht nur landete die ›Schuldenbremse‹ auf dem Müllhaufen, sogar die politische Elite attestierte ›dem Markt‹ seine absolute Unfähigkeit, mit der Krise umzugehen. In Windeseile

organisierte die Bundesregierung Ende März 2020 einen *Hackathon*:[12] Während nur 48 Stunden fanden sich fast dreißigtausend Menschen zusammen, verbanden ihr Wissen und ihre Fähigkeiten und entwickelten in kürzester Zeit vielversprechende Ideen und Projekte. Kurzzeitig tat sich ein kleiner Blick in eine bessere Zukunft auf, die nicht von Konkurrenz, sondern von Kooperation geprägt ist. In den USA war es quasi über Nacht möglich, bis zu vier Monate Urlaub zu erhalten, für viele gab es eine Art Lohnfortzahlung im Krankheitsfall – von liberalen Ökonom*innen und den Republikaner*innen jahrzehntelang als Teufelszeug bekämpft. Der Präsident befahl *General Motors* die Herstellung von Beatmungsgeräten. Auch in Deutschland und anderen Ländern konnten vorhandene Kapazitäten schnell auf die Produktion von Schutzmasken, Desinfektionsmittel etc. umgestellt werden. Konversion der Produktion ist also möglich. Metropolen wie London, Paris und Brüssel machten ihre Innenstädte weitgehend autofrei und/oder deutlich fahrradfreundlicher. Spanien führte ein bedingungsloses Grundeinkommen ein. Nur verlacht worden wäre, wer Ende Februar prophezeit hätte, dass der Star des Neoliberalismus, Frankreichs Präsident Macron, zwei Wochen später sagen würde: »Morgen müssen wir die Lehren ziehen aus dem, was wir gegenwärtig durchmachen, das Entwicklungsmodell hinterfragen, in das sich unsere Welt seit Jahrzehnten verwickelt hat und dessen Mängel nun ans Licht kommen, die Schwächen unserer Demokratien hinterfragen. Eines hat sich durch diese Pandemie schon jetzt herausgestellt: Die kostenlose Gesundheit, unabhängig vom Einkommen, Stellung und Beruf, unser Sozialstaat sind keine Kosten oder Lasten, sondern wertvolle Güter, unverzichtbare Trümpfe, wenn das Schicksal zuschlägt. Diese Pandemie hat jetzt schon deutlich gemacht, dass es Güter und Dienstleistungen gibt, die außerhalb der Marktgesetze gestellt werden müssen« (*Der Freitag*, 13.03.2020).

Allerdings wäre es nicht empfehlenswert, auf die Lernfähigkeit der Regierenden zu setzten und ihnen das Gesetz des Handelns zu überlassen. Es kommt ganz im Gegenteil darauf an, die Dinge selbst in die Hand zu nehmen und in die richtige Richtung voranzutreiben. Gerade unter dem Druck der von Corona ausgelösten Wirtschaftskrise geraten bei Macron und seinesgleichen solche Ansätze von Einsicht nämlich im Handumdrehen wieder in Vergessenheit. Statt sich selbst die Unmöglichkeit einzugestehen,

12 https://wirvsvirus.org/

die Krise der kapitalistischen Wirtschaftsweise auf deren eigener Grundlage zu überwinden und der Bevölkerung reinen Wein darüber einzuschenken, versprechen sie angesichts der Corona-Krise lieber die Wiederherstellung des kapitalistischen ›Normalzustands‹. Jedem denkenden Menschen muss diese Perspektive kalte Schauer über den Rücken jagen. Denn zum einen handelt es sich bei dem Versprechen in Wirklichkeit um eine Drohung. Zum anderen lässt sich ein ›normal‹ funktionierender Kapitalismus gar nicht mehr herstellen und der zum Scheitern verurteilte Versuch läuft auf einen weiteren Umverteilungsschub von unten nach oben hinaus. Baden-Württembergs Ministerpräsident Winfried Kretschmann macht daraus nicht viel Hehl: »Die meisten Menschen werden erstmal ärmer sein«, kündigt er jetzt schon an. Denn schließlich, so Kretschmann, müsse das Geld für die Rettungspakete ja irgendwo wieder eingespart werden (*Stuttgarter Zeitung*, 11.04.2020). Die Politik zeigt sich wild entschlossen, immer tiefer in die immer selbe Sackgasse zu rennen und unsere Existenzsicherung weiterhin vom Wohlergehen der kapitalistischen Wirtschaft abhängig zu machen.

Den knallharten Zumutungen sind Forderungen nach Umschichtung der staatlichen Ausgaben entgegenzustellen. Hier und jetzt wesentlich mehr Geld für die Masse der Bevölkerung zu verlangen, z. B. in Form eines bedingungslosen Grundeinkommens oder wesentlich mehr Geld für lebenswichtige Infrastruktur, etwa für Gesundheits-, Bildungs- und Verkehrswesen oder die Lebensmittelversorgung, sind richtige Forderungen in der Krise. Wenn Staaten und Regierungen plötzlich Dinge machen konnten, die sie vorher als völlig indiskutabel zurückgewiesen hatten, dann muss das weiter von ihnen verlangt werden. Warum z.B. keine Aufhebung des Patentschutzes für Medikamente und Impfstoffe? Warum nicht konsequente Vorfahrt für ÖPNV und Fahrrad und drastische Einschränkung des Autoverkehrs? Warum kein dauerhafter Shutdown für besonders umweltschädigende Teile der Wirtschaft? Warum nicht noch viel mehr Hackathons, in denen sich die Millionen Fachleute für den Umbau austauschen und gemeinsam Neues entwickeln? Und warum eigentlich darauf warten, dass die Regierung das tut? Selbstorganisation ist angesagt.

Ohne entschiedenen Widerstand gegen die kapitalistischen Zumutungen infolge der Corona-Pandemie, ohne die Entwicklung breiter sozialer Kämpfe werden sich Lebensverhältnisse und Zukunftsperspektiven für die große Mehrheit deutlich verschlechtern. ›Keine Rückkehr zur Normalität‹

muss zur Leitlinie dieses Widerstands werden – beim Klimaschutz, bei der Arbeitszeit, in der Sozialpolitik, im Kampf gegen Sexismus und Patriarchat. Alle Initiativen, Bewegungen und Kämpfe müssen immer und überall ein vernünftig organisiertes Wirtschaften einfordern, das den Menschen dient, die natürlichen Lebensgrundlagen erhält *und notfalls auch einmal heruntergefahren werden kann, ohne Leben und Gesundheit zu bedrohen.*

Schon im Kommunistischen Manifest konstatierten Marx und Engels, der Kapitalismus habe »kein anderes Band zwischen Mensch und Mensch übriggelassen als das nackte Interesse, als die bare Zahlung« (MEW 4, S. 464). 170 Jahre später haben wir uns derart an die Auflösung der Gesellschaft in vereinzelte Konkurrenzsubjekte gewöhnt, dass wir unsere totale Markt- und Geldabhängigkeit wie eine unhintergehbare Naturtatsache behandeln. Dementsprechend mutet vielen die Vorstellung, Menschen könnten sich bei der Produktion und Verteilung des gesellschaftlichen Reichtums auch anders miteinander in Beziehung setzen als vermittels ›Bezahlung‹ ähnlich absurd an wie die Abschaffung der Schwerkraft. ›Kooperation ohne staatliche Anweisung und/oder monetäre Vermittlung mag im Rahmen kleinster sozialer Zusammenhänge funktionieren, aber taugt doch niemals als gesellschaftliche Perspektive‹, so der gängige Abwehrreflex, der sich stets auf seinen ›Realismus‹ beruft.

Dieser vermeintliche Realismus ist allerdings bei Licht besehen purer Illusionismus. Denn seine Vertreter*innen phantasieren sich für marktwirtschaftsverursachte Krisen wie das Klimadesaster und die anderen Krisen ausgerechnet marktwirtschaftskompatible Lösungsmöglichkeiten zurecht. Wer nicht aus dem Gedankengefängnis der bestehenden Wirtschaftsweise ausbricht, kommt zwangsläufig zu dem absurden Schluss, dass ausgerechnet der Markt, der für das ökologische Elend verantwortlich ist, einen Ausweg aus diesem eröffnen könne. Diese Gesellschaft rennt, solange sie der Logik des abstrakten Reichtums und der Konkurrenz folgt, immer tiefer in eine Sackgasse hinein. Von Bertolt Brecht stammt der Satz: »Umwälzungen finden in Sackgassen statt.« Ist das bezogen auf die Sackgasse Warengesellschaft, die längste und verheerendste der Geschichte, zu optimistisch gedacht? Vielleicht nicht.

Zumindest die vage Einsicht, dass ein grundsätzlich anderes Wirtschaften nötig wäre, ist weit verbreitet. Denn auch wenn die Politik angesichts der Corona-Krise wie gewohnt nur ›Beschäftigungssicherung‹ anstrebt, ist doch überdeutlich, dass sich die Gesellschaft andere Ziele setzen muss als

›Arbeit, Arbeit, Arbeit‹ und Wirtschaftswachstum. Die Unzufriedenheit mit den Verhältnissen bleibt heute noch oft dabei stehen, eine bessere Politik einzuklagen und an die Regierungen zu appellieren, sie mögen doch gefälligst endlich eine Lösung für die Misere finden. Damit sich allerdings ein Ausweg eröffnet und das Verhältnis zu Staat und Politik nicht zu einem ›Warten auf Godot‹ wird, darf es jedoch keinesfalls beim bloßen Appell an die politisch Verantwortlichen bleiben. Der Staat wird uns nicht erlösen. Es gilt vielmehr, soziale Bewegungen zu entwickeln und Kräfte zu sammeln, die willens und in der Lage sind, die überfällige Neu- und Selbstorganisation des gesellschaftlichen Reichtums in die Hand zu nehmen. Staat und Politik bleiben in diesem Kontext wichtig, aber nicht als die Heil bringende Instanz. Sie werden vielmehr zum Kampffeld, auf dem diese Bewegungen den Streit um Ressourcen und Eigentumsrechte mit den Vertreter*innen des warengesellschaftlichen Irrsinns aufnehmen.

In gesellschaftlichen Nischen gibt es schon geraume Zeit gewisse Ansätze zu selbstorganisierter Reichtumsproduktion und Verteilung jenseits von Markt- und Geldbeziehungen. Man denke an die in den 1980er-Jahren aufgekommene Freie-Software-Bewegung[13], an die in den Nullerjahren entstandene Freecycle-Netzwerke[14], an Projekte wie die Solidarische Landwirtschaft[15] oder das Mietshäuser Syndikat[16], das sich gebildet hat, um dem Immobilienmarkt Wohnraum zu entziehen. Als Inselprojekte in einer markttotalitären Umgebung haben sie freilich einen schweren Stand und verheddern sich ganz schnell in den Fallstricken und Widersprüchen des kapitalistischen Alltags. Und so interessant Instrumente wie der Hackathon sind, so illusionär wäre die Hoffnung, dass Regierungen so etwas zur Regel machen könnten – widerspricht dieses Verfahren doch zu offensichtlich den heiligen Grundsätzen des Privateigentums. Vorausgesetzt jedoch, der Gedanke selbstorganisierter Güterproduktion und -verteilung verbindet sich mit Abwehrkämpfen gegen die kapitalistischen Zumutungen und offensiven Bewegungen für radikale Arbeitszeitverkürzung und Klimaschutz, könnte er angesichts des Bankrotts des warengesellschaftlichen Systems zum Ausgangspunkt für das überfällige Projekt der Neuvergesellschaftung jenseits von Staat und Markt werden. In einem erfolgreichen gesellschaft-

13 Siehe z.B. https://de.wikipedia.org/wiki/Freie-Software-Bewegung
14 Siehe z.B. https://www.freecycle.org/
15 https://www.solidarische-landwirtschaft.org/startseite
16 https://www.syndikat.org/de/

lichen Transformationsprozess könnte z.B. die Open-Source-Hardware-Bewegung[17] sehr bedeutsam werden und vermutlich schnell aus den Kinderschuhen herauswachsen. Bereits heute stellen dort Entwickler der Öffentlichkeit kostenlos Baupläne und Know-how für eine Fülle von Objekten zur Verfügung – vom Krankenbett über Biogasanlagen und Laborgeräte bis zum Gabelstapler.[18] Jede und jeder kann die Objekte modifizieren, erstellen und weiterverteilen. Ebenso die damit verwandte global vernetzte Fab-Lab-Bewegung (fabrication laboratory)[19], die offene Werkstätten für computergesteuerte Fertigung organisiert, High-Tech-Maschinen und das nötige Wissen zur freien Verfügung stellt und nach dem Prinzip handelt, alle sollen Zugang haben und ihre Ideen verwirklichen können. Umgekehrt würden die Transformationskämpfe und -bewegungen das Potenzial dieser heute noch eher kleinen Bewegungen erst richtig zur Entfaltung bringen. Erfolgreich wird der Prozess gesellschaftlicher Selbstorganisation in dem Maße sein, wie es ihm gelingt, zunehmend mehr Bereiche des Lebens – Verbrauchsgüter, Wohnen, Gesundheit, Bildung usw. – der Marktlogik zu entziehen. Markt, Kapital und Geld würden dann zunehmend aus unserem Leben verschwinden.

Was Selbstorganisation vernünftig wirtschaftender Menschen bedeuten könnte, sei kurz am Beispiel der Textilindustrie erläutert. In der Marktwirtschaft geht die Produktion von Hosen, T-Shirts usw. mit massiver Naturzerstörung einher. Sie findet vorwiegend im Globalen Süden statt und ist mit extremer Ausbeutung bis hin zu Kinder- und Sklavenarbeit verbunden. Das alles, um einen anonymen Herrscher namens Weltmarkt mit Waren zu überfluten. In der Hoffnung, sie gewinnbringend verkaufen zu können, und mit der Folge, dass die Kleiderschränke ebenso wie die sogenannten ›Altkleider‹-Container im Globalen Norden aus allen Nähten platzen.[20] Ein Drittel des Produzierten gelangt noch nicht einmal zu den Konsumenten, sondern wird von den Läden mit dem Ende der Saison als unverkäuflich entsorgt. Eine gigantische Ausbeutung von Mensch und Natur für den Müll. Eine selbstorganisierte Textilindustrie der Zukunft würde

17 Siehe z.B. https://de.wikipedia.org/wiki/Open-Source-Hardware
18 Siehe z.B. https://en.oho.wiki/wiki/Home
19 Siehe z.B. https://fablab.fau.de/was-ist-ein-fablab/
20 Dazu gehören auch YouTube-Stars wie Marie Kondo, die mit ihrer Aufräummethode KonMarie ihre Kund*innen dazu motiviert, etwas von ihrem überflüssigen Quatsch wegzuschmeißen.

dagegen Produzent*innen und Konsument*innen direkt miteinander in Beziehung setzen. Über digitale Kommunikationskanäle und unter Nutzung von Technologien wie dem 3D-Drucker im Rahmen einer End-to-End-Produktion[21], wäre es möglich, sich schon vorab darüber zu verständigen, was überhaupt genau benötigt wird und was nicht. Damit würden nicht nur Transportkilometer ohne Ende eingespart, es hätte überhaupt eine enorme Reduktion des Ressourceneinsatzes zur Folge.

Nicht verzichten, sondern mit dem Verzichten aufhören

Leider ist nicht nur im herrschenden Diskurs, sondern auch unter manchen, die auf der Suche nach Wegen aus dem Kapitalismus sind, die Auffassung verbreitet, ›wir alle‹ lebten ›über unsere Verhältnisse‹ und müssten uns deshalb in Zukunft ›massiv einschränken‹. Doch wer Verzicht predigt, sieht die Wirklichkeit schon durch die Brille der spezifisch kapitalistischen, abstrakten Reichtumsform. Sobald man deren Ablösung durch die *disposable time* als neu zu installierendes Reichtumskonzept ins Auge fasst, ergibt sich eine ganz andere Perspektive: Wir leben nämlich heute ganz im Gegenteil weit *unter* unseren Möglichkeiten. Nicht Verzichten ist angesagt, sondern endlich aufhören mit dem Verzichten. Heute verzichten wir auf unendlich viel Lebenszeit, auf reiche soziale Beziehungen, auf das gute Leben für Alle, nur um im nicht enden wollenden Konkurrenzkampf zu bestehen. Zu diesen reicheren sozialen Beziehungen wird selbstverständlich auch die Möglichkeit gehören, sich weltweit zu vernetzen und den Globus zu bereisen und kennenzulernen. Sicher nicht so, wie das heute ein insgesamt recht kleiner Teil der Menschheit macht, nämlich schnell mal mithilfe energiefressender, umweltzerstörender und nervig unbequemer Maschinen durch die Welt zu hetzen, weil man sich ja schließlich schon bald wieder in die Arbeitsmühle begeben muss. Vielleicht in solarbetriebenen Luftschiffen und ohne den Druck, in kürzester Zeit möglichst viel ›mitnehmen‹ zu müssen, weil man viel weniger arbeiten muss und so eine Reise statt drei

21 Die technischen Möglichkeiten schafft die kapitalistische Gesellschaft und nutzt sie auch. Weil in der Warenproduktion aber ein struktureller Interessengegensatz zwischen Konsument*innen und Produzent*innen besteht, bedeutet dort End-to-End-Produktion etwas ganz anderes. Unter dem Schlagwort Kundenorientierung werden die gläsernen Kund*innen geschaffen, während die Produktionsprozesse weiterhin nach der betriebswirtschaftlichen Logik funktionieren.

Wochen durchaus auch einmal drei Monate oder länger dauern kann. Wer weiß, was sich eine Gesellschaft, die sich von der Herrschaft des abstrakten Reichtums befreit hat, alles einfallen lassen wird. Die Verminderung von Lebensqualität wird ganz bestimmt nicht dazu gehören, im Gegenteil. Denn das größte Potenzial an stofflichem Reichtum haben wir heute schon. Millionen Menschen wissen, wie man langlebige Güter herstellt, wie man Menschen gut pflegt oder gut unterrichtet, wie man Ressourcen sinnvoll verwaltet und dabei stets umweltverträglich arbeitet. Wissen, Intelligenz, Fähigkeiten und Phantasie sind massenhaft vorhanden. Sobald wir sie aus dem Gedankengefängnis befreien, das als ›unveränderbare Normalität‹ erscheinen lässt, wo in Wirklichkeit abstrakte Reichtumsproduktion herrscht, öffnen sich weite Tore. Denn die Fachleute für den Umbau sind vorhanden, sie sind sich nur nicht ihres Potenzials bewusst.

Literatur

Brandt, Ulrich/ Wissen, Marcus (2017): Imperiale Lebensweise. Zur Ausbeutung von Mensch und Natur im globalen Kapitalismus. München: oekom Verlag

Lohoff, Ernst (2014): Kapitalakkumulation ohne Wertakkumulation. Der Fetischcharakter der Kapitalmarktwaren und sein Geheimnis. In: *Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft* 1/2014). Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2014/kapitalakkumulation-ohne-wertakkumulation/

Lohoff, Ernst (2020): Warum das Wohnen unbezahlbar wird und was dagegen zu tun ist. In: *Krisis. Beiträge zur Kritik der Warengesellschaft* 1/2020. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2020/warum-das-wohnen-unbezahlbar-wird-und-was-dagegen-zu-tun-ist-krisis-12020/

Lohoff, Ernst/ Trenkle, Norbert (2012): Die große Entwertung. Warum Spekulation und Staatsverschuldung nicht die Ursache der Krise sind. Münster: Unrast Verlag

MEW 4 = Marx, Karl/ Engels, Friedrich: Manifest der Kommunistischen Partei. In: Marx-Engels-Werke Bd. 4, Berlin: Dietz Verlag, 1977, S. 459-493

MEW 42 = Marx, Karl: Grundrisse der Kritik der politischen Ökonomie. In: Marx-Engels-Werke Bd. 42, Berlin: Dietz Verlag, 1983

Samol, Peter (2013): Care und Warenform – eine Mesalliance. Online abrufbar unter: https://www.krisis.org/2013/care-und-warenform-eine-mesalliance/

Valdivia, Gaston (2004): Zeitverschwendung Marktwirtschaft. Über die absurdeste Reproduktionsweise seit Menschengedenken. In: Lohoff, Ernst/ Trenkle, Norbert/ Wölfingseder,Maria/ Lewed, Karl-Heinz (2004): Dead Men Working. Gebrauchsanweisungen zur Arbeits- und Sozialkritik in Zeiten kapitalistischen Amoklaufs. Münster: Unrast Verlag